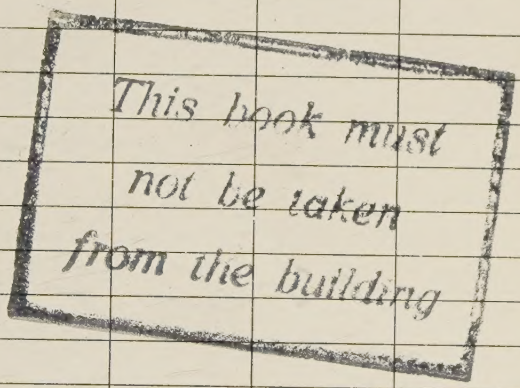
v.25 pt.1 JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 0278456+

The Woman's College of
University of North Carolina

The LIBRARY

~~G910.28~~
~~G37g~~
v.25
pt.1

Date Due



PRINTED IN U. S. A.

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/diediplomastisch0025vari

Die

Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

1871—1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

D
394
G4
v.25
pt.1

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

5419

Germany. Auswärtiges amt.

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M.B.H. IN BERLIN W 8

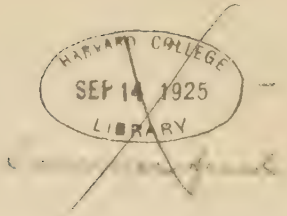
25. Band:

Die Englisch-Russische Entente und der Osten

Erste Hälfte

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8



1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1925 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Roßberg'schen Buchdruckerei in Leipzig

Inhaltsübersicht des fünfundzwanzigsten Bandes (1. Hälfte)

KAPITEL CLXXXIII

Das Werden der Englisch-Russischen Entente 1905—1907. Das Abkommen vom 31. August 1907 1

KAPITEL CLXXXIV

Eine Quadrupelentente zwischen England, Rußland, Frankreich und Japan? 1907 51
Anhang: Eine Deutsch-Amerikanisch-Chinesische Entente? 65

KAPITEL CLXXXV

Anläufe zu einem Deutsch-Russischen Abkommen über Persien. Deutschlands Verzichtpolitik in Persien 1905—1908 101

KAPITEL CLXXXVI

Die Deutsche Bagdadbahnpolitik. Englische und Russische Gegenwirkung. 1904—1908 175

Ein Namenverzeichnis für die Bände XIX—XXV erscheint am Schlusse der zweiten Hälfte des XXV. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

102518

Kapitel CLXXXIII

Das Werden der Englisch-Russischen Entente 1905—1907

Das Abkommen vom 31. August 1907

Nr. 8501

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 311 London, den 15. November 1905

Wie ich ganz vertraulich erfahre, kehrt Sir Ch. Hardinge* nicht auf seinen Posten nach Petersburg zurück, sondern tritt hier in die Stelle Sir Th. Sandersons, des ersten Unterstaatssekretärs des Foreign Office, ein.

Sir Ch. Hardinge hat einem beiderseitigen Bekannten gegenüber geäußert, er hoffe, in seiner hiesigen Stellung an dem Werke der Verständigung mit Rußland erfolgreich weiter zu arbeiten. Es hätten schon freundschaftliche Vorbesprechungen stattgefunden**. Jetzt sei aber nicht der Moment, in Anbetracht der inneren Lage Rußlands, die Verhandlungen weiter fortzuführen. Das Problem der Verständigung mit Rußland habe sich bedeutend vereinfacht. Seit dem Kriege sei die russische Regierung weit zugänglicher und weicher als früher. China sei überhaupt ausgeschieden, Tibet komme nicht mehr in Frage[1], und das Indian scare bestehe hier nicht mehr. In bezug auf Persien habe er, Hardinge, einen Plan, um die Russen unter Umständen ans Meer zu lassen. Es handele sich in Persien darum, die Handelsrivalität zwischen Rußland und England durch ein Freundschaftsabkommen zu beseitigen[2], und vor allem auch darum, die Konsularstreitigkeiten zu verhindern.

---

* Seit dem 26. Mai 1904 englischer Botschafter in Petersburg. Er kehrte in der Tat infolge seiner Ernennung zum Unterstaatssekretär im Foreign Office nicht nach Petersburg zurück. Über seine Bemühungen als Botschafter, eine Annäherung zwischen England und Rußland herbeizuführen, heißt es in einem späteren Berichte Graf Metternichs vom 3. September 1906 (Nr. 856): „Ein neu eingetroffener Sekretär der hiesigen russischen Botschaft hat einem Mitglied der Kaiserlichen Botschaft erzählt, Graf Lamsdorff habe ihm in diesem Frühjahr einen Brief Sir Ch. Hardinges vorgelesen, den dieser dem Minister anläßlich dessen Abgangs geschrieben habe. Sir Charles habe darin seine Freude darüber ausgedrückt, daß es ihm vergönnt gewesen sei, so erfolgreich mit dem Grafen zusammen an einer englisch-russischen Annäherung zu arbeiten. Ein Zeichen hierfür sei, daß König Eduard den Wunsch habe, dem Kaiser Nikolaus bald einen Besuch zu machen.“ Vgl. auch Nr. 8505.

** Vgl. darüber Bd. XIX, Kap. CXL, B.

Mein Gewährsmann, ein langjähriger Bekannter Hardinges, bezeichnete den Botschafter als einen Optimisten, der stets an die Erfüllung seiner Pläne glaube.

Graf Benckendorff hat meinem Freund gesagt, an eine russisch-englische Verständigung sei nicht zu denken, solange die Beziehungen zwischen Deutschland und England sich nicht besserten[2]. Wenn auch Abmachungen rein lokaler Natur in Zentralasien zwischen England und Rußland stattfänden, wodurch deutsche Interessen nicht berührt würden, so würde doch bei der hiesigen Stimmung Presse und öffentliche Meinung ein solches Abkommen als einen Sieg über Deutschlands Politik hinstellen, und das wolle man unter keinen Umständen in Rußland. Eine politische Entente zwischen England und Rußland sei überhaupt in Petersburg nicht beabsichtigt[3]. Die Anbahnung eines besseren Gefühls zwischen den beiden Reichen und die Hinwegräumung einzelner Streitfragen sei aber wohl möglich, und es habe in dieser Hinsicht kürzlich eine Sondierung stattgefunden, die aber bisher zu keinen Vorschlägen geführt habe. Das Thema sei im Gegenteil vorläufig fallen gelassen, werde aber wohl zu geeigneter Zeit wieder aufgenommen werden.

Lord Lansdowne sprach sich heute mir gegenüber infolge seiner neuesten Nachrichten sehr pessimistisch über die innere Lage Rußlands aus. Ich machte ihn im Laufe der Unterhaltung auf das Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" betreffend unsere angebliche Einwirkung auf die jüngste Haltung der russischen Regierung in Polen aufmerksam. Diese Fabel, welche von den auswärtigen Berichterstattern der englischen Zeitungen seit mehreren Tagen verbreitet wird, findet hier weiten Glauben*. Ich habe gestern auch gesprächsweise Anlaß genommen, bei Seiner Majestät König Eduard diese Nachrichten als unbegründet zu bezeichnen.

Ich bitte, die Mitteilung über Hardinges Versetzung nach London als geheim behandeln zu wollen.

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Alles schon unter Engl[ischem] Einfluß!

[2] ?

[3] aber in London.

---

* Seit Beginn des Oktober 1905 flammten überall in Rußland Streiks und Unruhen auf, die immer mehr einen revolutionären Charakter annahmen. In der ausländischen und insbesondere in der englischen Presse fehlte es nicht an Stimmen, die die deutsche Regierung bezichtigten, die russische in reaktionärem Sinne zu beeinflussen und vor allem in der Richtung, den Polen keine Konzessionen zu machen. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" wurde diese Behauptung als Lüge bezeichnet. Auch die russische Regierung wendete sich gegen solche ausländische Preßtreibereien.

Nr. 8502

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 45 St. Petersburg, den 28. Januar 1906
Ganz vertraulich

Bei dem Gespräche, in welches Seine Majestät der Kaiser nach der Frühstückstafel am gestrigen Festtage mich zu ziehen die Gnade gehabt, erwähnte der Monarch zunächst die Ernennung Herrn von Tschirschkys zum Staatssekretär*. Er begrüße diese Wahl mit Freuden, denn es sei ihm bekannt, daß Herr von Tschirschky das Vertrauen seines Herrn und Kaisers in hohem Maße genieße. Er selbst habe Herrn von Tschirschky in angenehmer Erinnerung aus der Zeit seiner Tätigkeit als hiesiger Botschaftsrat sowie namentlich von der denkwürdigen Begegnung auf Björkoe. Der nunmehrige Staatssekretär habe hier ein sehr freundliches Andenken hinterlassen als ein Mann von feinem diplomatischen Gefühl und Takt und von versöhnlichem Geist.

Sodann kam der Monarch auf England zu sprechen. Der Regierungswechsel** scheine ihm von guter Bedeutung zu sein, sowohl was die deutsch-englischen wie was die englisch-russischen Beziehungen betreffe. Er verspräche sich von der Tätigkeit des seitherigen britischen Botschafters Hardinge als geschäftsleitender Unterstaatssekretär im Foreign Office Gutes. Er sei ein verständiger, leidenschaftsloser und vornehm denkender Mann. Allzuviel könne er in bezug auf wesentliche Besserung der russisch-englischen Beziehungen freilich auch jetzt nicht erwarten. Rußland habe seit dem Abkommen vom Jahre 1873 über Afghanistan stets unangenehme Erfahrungen mit den Engländern gemacht. Sobald man etwas Neigung zu einer allgemeinen Verständigung zeige, rückten dieselben mit unerfüllbaren Forderungen, die sich auf Persien, den Persischen Golf, auf Afghanistan und andere Grenzgebiete beziehen, hervor. Er habe schon lange den Wunsch, mit England auf einen leidlichen Fuß zu gelangen, und habe mit König Eduard, als dieser noch Prinz von Wales, wiederholt in diesem Sinne gesprochen. Das Ergebnis sei indessen stets nur das Hervortreten unüberbrückbarer Gegensätze gewesen. Er habe weder Veranlassung noch Neigung, England mit weitgehenden Zugeständnissen entgegenzukommen, geschweige denn sich auf ein Abkommen einzulassen, dessen Vorteile lediglich auf englischer Seite liegen würden. Übrigens, setzte Seine Majestät, angeregt durch eine Zwischenfrage von mir, hinzu, lägen in neuerer Zeit englische Vorschläge zu einem Abkommen nicht vor, wenn auch

---

* Sie war am 24. Januar erfolgt.

** Im Dezember 1905 war das konservative Ministerium Balfour durch das liberale Kabinett Campbell-Bannerman ersetzt worden.

ein Teil der englischen Presse mit einer gewissen Systematik den Gedanken einer Verständigung mit Rußland erörtere.

Ich benutzte den Anlaß zu der Bemerkung, es sei eine Eigentümlichkeit der englischen Politik, daß die Beweggründe einzelner Wendungen nicht immer klar erkennbar, weil zuweilen nicht recht avouables seien. Vielleicht läge den englischen Freundlichkeiten an die russische Adresse weniger der tatsächliche Wunsch nach Beseitigung gewisser Reibungsflächen wie das Bestreben zugrunde, die gegenseitige Stellung der kontinentalen Mächte nach dem Bedürfnis englischer Pläne zu beeinflussen. Der Kaiser erwiderte lebhaft, auch er könne sich einigen Mißtrauens gegen die englischen Liebeswerbungen nicht entschlagen, die englische Politik sei immer auf die Verhetzung anderer Mächte gerichtet gewesen. Dafür werde er nicht zu haben sein. pp.*.

v. Schoen

Nr. 8503

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 31. März 1906

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Botschafter in London meldet in einem ganz vertraulichen Privatbriefe vom 29. d. Mts.:

Graf Benckendorff sagte mir kürzlich, von englisch-russischen Ausgleichsverhandlungen wäre vorläufig keine Rede. Der Botschafter hat den Eindruck, daß die englische Regierung die russischen Zustände für nicht genügend konsolidiert hält, um mit der russischen Regierung zu verhandeln. Wenn es aber jemals zu ernsten Verhandlungen käme, so würde es sich in Zentralasien um die Abgrenzung des beiderseitigen Einflusses auf den Pufferstaat Afghanistan, in Persien um die Gewährung einer russischen Eisenbahn nach dem Golf, in beiden Ländern um die Begrenzung der Konsularbefugnisse handeln. Graf Benckendorff sagt aber, für eine russische Eisenbahn nach dem Persischen Golf sei kein Geld da, und eine russische Expansionspolitik nach irgendeiner Seite hin sei infolge des Krieges für Jahre ausgeschlossen. Er war jetzt längere Zeit in Rußland und sieht sehr schwarz. Die brutale Repression treibe auch die gemäßigten Elemente wieder in die revolutionäre Richtung. Witte habe niemand, auf den er sich stützen könne. Es fehlten die Mitarbeiter für eine gesunde Verwaltung. Mit der Polizeiherrschaft sei es aber auf die Dauer aus, trotz aller angewandten Brutalität. Dafür werde auch schon die Duma sorgen.

* Der Schluß des Schoenschen Berichts gibt Äußerungen des Zaren über das englisch-japanische Bündnis und über die Marokkofrage wieder. Vgl. Bd. XXI, Kap. CLII Nr. 6969.

Der Funken lasse sich nicht mehr austreten. Auf die Armee sei zwar Verlaß. Aber abgesehen von einigen Garde-Regimentern wolle auch die gesamte Armee eine freiheitliche Entwickelung des Landes auf dem Boden der Verfassung. Die Geld- und Anleihe-Not sei auf das höchste gesteigert[1]. Die unverantwortlichen Ratgeber hätten leider immer bei dem Kaiser das leichteste Gehör. Augenblicklich scheine Ignatiew heranzukommen, ein ganz übler Kunde, früherer Generalgouverneur von Kiew (nicht der Vater der Lüge*).

Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sehr erfreulich! von uns sollen sie keinen Pfennig kriegen.

Nr. 8504

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 129 St. Petersburg, den 7. April 1906
Vertraulich

Über die Verhandlungen zur Anbahnung eines russisch-englischen Abkommens, worüber die englische Presse neuerdings so viel zu berichten weiß, ist es mir gelungen, von dem hiesigen großbritannischen Geschäftsträger Mr. Spring-Rice folgendes — selbstverständlich ganz vertraulich — zu erfahren:

Graf Benckendorff hat, als er kürzlich aus Urlaub von hier nach London zurückgekehrt war, bei Sir Edward Grey gesprächsweise angefragt, wie die britische Regierung über eine die russisch-englischen Differenzpunkte in Asien beseitigende oder abschwächende Vereinbarung denke. Irgendein Programm hat der russische Botschafter hierbei nicht entwickelt. Sir Edward hat geantwortet, die britische Regierung gedenke zurzeit nicht, mit irgendeiner Macht eine besondere Vereinbarung territorialer Natur abzuschließen[1]. Dagegen wünsche sie allgemein mit Rußland aufrichtig gute Beziehungen zu unterhalten und sei daher zu einer gegenseitigen Versicherung des guten Willens bereit, alle irritierenden Fragen ruhen zu lassen und die Entstehung neuer Reibungspunkte tunlichst zu vermeiden.

Auf dieser Basis ist eine einstweilige Verständigung in der Weise erfolgt, daß Herr Spring-Rice, der demnächst als englischer, und Herr Hartwig, der bisherige politische Direktor im hiesigen Ministerium des

---

* Beiname des früheren Innenministers Grafen Ignatiew.

Äußeren, der als russischer Gesandter nach Teheran geht, sich freundschaftlich verständigt haben, dort nicht gegeneinander zu arbeiten, vielmehr in steter Fühlung zu bleiben und den Versuchen der Perser, Rußland und England gegen einander auszuspielen, dadurch entgegenzuwirken, daß man sich vertrauensvoll über störende Zwischenfälle oder neue Unternehmungen, welche zu solchen führen könnten, unterrichtet.

Das ist, wie mir Mr. Spring-Rice versichert, alles, was in Sachen einer russisch-englischen Verständigung geschehen. Verhandlungen über eine Vereinbarung im Sinne territorialer Einteilungen und Abgrenzungen bezeichnet Spring-Rice zurzeit als ausgeschlossen, „da die Russen in ihren Forderungen so weit gehen, wie ihnen England niemals wird entgegenkommen können".

v. Schoen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Was sie brauchen, werden sie sich wie üblich nehmen.

Nr. 8505

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 404 London, den 26. April 1906

Ganz vertraulich

Graf Benckendorff sagte mir im Laufe eines Gesprächs, daß keinerlei russisch-englische Verhandlungen über asiatische Fragen stattfinden. In Petersburg warte man ab, ob England Vorschläge zu machen habe. Seine Regierung werde aber nicht selbst Vorschläge formulieren. Im übrigen mache ihm Sir E. Grey und die jetzige englische Regierung einen sehr versöhnlichen und entgegenkommenden Eindruck und zwar in höherem Maße als die frühere Regierung. Es scheine ihm, soweit er dies beurteilen könne, daß die liberale Regierung auch mit Bezug auf Deutschland weit versöhnlicher[1] fühle als die konservative.

Wenn nun auch noch keine Verhandlungen stattfinden, so kann es doch sehr bald dazu kommen. Es hängt dies ganz von der Geneigtheit Rußlands ab. Hier ist der Wunsch nach einem Ausgleich schon lange vorhanden und jetzt noch stärker als früher. Auch die enge Entente mit Frankreich treibt England dazu, die Reibungsflächen mit Rußland möglichst zu vermindern. Wenn auch keine dauernde und fundamentale Beseitigung der russisch-englischen Gegensätze in Asien erzielt werden kann, wie dies zwischen Frankreich und England anderweitig gelungen ist, so wäre immerhin auch schon eine Abmachung über geringfügigere Punkte für England

von Wert. Eine solche Abmachung wird dann von einer willigen Presse in den Himmel erhoben und als großes Werk gepriesen. Der Effekt, solange er dauert, ist dann der gleiche, als ob eine ernste Verständigung stattgefunden hätte. Für England ist der Zeitpunkt günstig. Sein Bündnis mit Japan gibt ihm eine starke Stellung in Nordasien, und die Schwäche Rußlands infolge des Krieges hält dieses für Jahre von Agressivpolitik in Mittelasien zurück.

Die russische 13-Millionen-Anleihe in England ist auf politische Motive zurückzuführen und soll und wird voraussichtlich auch eine politische Wirkung ausüben und die Wege des russisch-englischen Ausgleichs ebenen. Rußland braucht vor allem Geld. Mit der Aussicht, hier mehr zu erhalten, wird es sich schon auf Ausgleichsverhandlungen, die ihm nichts schaden, einlassen.

Wir können dies nicht hindern, und, wenn wir es versuchten, so würde es die Verhandlungen nur beschleunigen.

Die hiesige Regierung wünscht zwar zu einer Verständigung mit Rußland zu gelangen, nicht aber zu einer englisch-russischen Verständigung, die gegen Deutschland gerichtet ist. Sie wünscht im Gegenteil die englisch-deutschen Beziehungen zu bessern. Es ist mir von verschiedenen maßgebenden liberalen Persönlichkeiten tatkräftige Hilfe zur Herbeiführung besserer deutsch-englischer Beziehungen versprochen worden. Ich bin um Rat gefragt worden, wo diese Arbeit einsetzen solle. Meine Antwort lautet vorläufig:

„Politische Gegensätze zwischen England und Deutschland bestehen nicht, sind daher auch nicht hinwegzuräumen. Die öffentliche Meinung in Deutschland hat ihren guten Willen England gegenüber in vielen einflußreichen Versammlungen zum Ausdruck gebracht. Die deutsche Regierung wünscht, wie ich weiß, die besten Beziehungen zwischen England und Deutschland. Es ist nun an Ihnen, vorzugehen[2]. Solange die großen Londoner Pressen ihre Hetzarbeiten fortsetzen, glaube ich nicht, daß es anders wird."

Ich dränge aber hier jetzt nicht auf Inangriffnahme der Versöhnungsarbeiten, einmal weil ich überhaupt nicht als Bittender um englische Freundschaft auftreten will, und dann weil mir scheint, daß es besser ist, erst die Wellen von Algeciras im Sande verlaufen zu lassen.

Ich wiederhole aber, daß ungeachtet der Hetzpressen die Stimmung in England seit dem vorigen Herbst einen gewaltigen Umschwung erfahren hat, und daß die akute und gereizte Mißstimmung gegen Deutschland zum großen Teile geschwunden ist.

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ?

[2] Vor allem an S[einer] M[ajestät].

Nr. 8506

*Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Nr. 155 Wien, den 30. April 1906

Baron Aehrenthal, der seit einigen Tagen in Wien weilt und Mitte Mai auf seinen Posten zurückkehrt, hatte mich verfehlt, und erwiderte ich heute seinen Besuch.

Während unseres langen Gespräches äußerte der Botschafter, Graf Lamsdorff habe mit seinem bekannten Algeciras-Telegramm** eine rechte Torheit begangen, und die darüber in Deutschland herrschende Verstimmung sei nach unserer während des Krieges Rußland gegenüber beobachteten freundlichen Haltung nur zu begreiflich. pp.

Baron Aehrenthal äußerte dann, Rußland sei zwar so geschwächt, daß es als vollwertiger Faktor für längere Jahre, vielleicht sogar für sehr lange Zeit nicht mehr in Betracht komme. Nichtsdestoweniger aber erscheine es ihm sowohl in unserem, wie im österreichisch-ungarischen Interesse dringend erwünscht, daß wir unsere berechtigte Empfindlichkeit möglichst bemeisterten und die alten freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland auch weiter pflegten[1]. Er fürchte nämlich, daß eine ernste Erkaltung dieser Beziehungen dem König Eduard den willkommenen Anlaß bieten würde, sich Rußland zu nähern und eine Verständigung mit demselben zu suchen[2], wenn auch der Zar für den englischen Onkel nichts weniger als Zuneigung empfinde.

Als Sir Hardinge, der ja jetzt der eigentliche Leiter der englischen auswärtigen Politik sei, damals Petersburg verlassen habe, um sich auf seinen Posten nach London zu begeben, hätte derselbe ihm eines Tages freimütig erklärt, er werde fortan sein Hauptstreben auf einen Ausgleich mit Rußland richten[3]. Freilich, fuhr der Botschafter fort, glaube er nicht, daß Rußland auf das englische Anerbieten, wonach Nordpersien dem russischen, Südpersien aber dem englischen Einfluß zufallen solle, so leicht eingehen werde, selbst wenn England, wozu es voraussichtlich bereit sei, Konstantinopel und die Meerengen Rußland preisgebe[4]. Letzteres mache sich nämlich zweifellos kein Hehl daraus, daß letzterer Preis einen rein platonischen Wert habe, weil England gegebenenfalls schwerlich geneigt sein werde, Konstantinopel zu verteidigen. Nichtsdestoweniger aber müßten wir auf der Hut sein und eine russisch-englische Entente zu verhindern suchen[5]. Als ich hier einwarf, daß Rußland auf einen Einfluß in Südpersien wohl kaum verzichten dürfte, weil es sich damit den erstrebten Ausweg nach

---

* Die hier ausgelassenen Teile des Berichts betreffen Äußerungen Freiherrn von Aehrenthals über den Grafen Lamsdorff und den Grafen Goluchowski, die für das Thema der englisch-russischen Beziehungen nicht in Betracht kommen.

** Vgl. darüber Bd. XXI, Kap. CLIII, Nr. 7122.

dem Persischen Golf sperren würde, meinte Baron Aehrenthal, gerade darin liege der Schwerpunkt, den wir im Auge behalten müßten. In dem Festhalten des Zarenreiches an der Notwendigkeit dieses Ausweges liege die beste Gewähr gegen eine russisch-englische Verständigung.

Ich lasse dahingestellt, welche tieferliegenden Gründe dem Baron eine solche Verständigung gerade für Österreich-Ungarn so besonders gefährlich erscheinen lassen, doch liegt es nahe, daß die Möglichkeit, England könne in Verfolg derselben Rußland[6] freie Hand auf dem Balkan gewähren, das Leitmotiv seiner Befürchtungen bildet.

Der Botschafter, dessen bezügliche Anschauungen meiner Ansicht nach ernste Beachtung verdienen, bemerkte im weiteren Laufe des Gesprächs noch, es lasse sich nicht läugnen, daß sich seit dem vorigen Herbst wieder ein gewisser Umschwung im deutschfeindlichen Sinne in Rußland vollzogen habe[7].

Graf C. Wedel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wir haben gepflegt! ohne Effekt! Jetzt sollen die Russen mal pflegen!
[2] ! Das ist egal! und nicht zu hindern!
[3] Wissen wir!
[4] Aha! auch wieder eine Internationale Abmachung zu durchbrechen, ohne die andren Länder zu fragen!
[5] Nein! Damit die beiden erst Recht zusammenkommen!!
[6] und Italien auch
[7] ja

Nr. 8507

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 102 Berlin, den 19. Mai 1906

Zur vertraulichen Besprechung mit Herrn Iswolsky*:

Meldungen des „Standard" zufolge haben die Verhandlungen zu einer russisch-englischen Verständigung hinsichtlich Türkei, Persien, Afghanistan und Tibet vorgerückten Stand erreicht und sollen beendigt

---

* Iswolsky war am 12. Mai an Stelle von Graf Lamsdorff zum russischen Minister des Äußern ernannt worden. Bezeichnend ist, daß gleich nach Iswolskys Amtsantritt überall Gerüchte von russisch-englischen Abmachungen auftauchten. Schon am 18. Mai konnte der Geschäftsträger in Rom von Jagow melden, der russische Botschafter Murawiew habe seinem österreich-ungarischen Kollegen Graf Lützow vertraulich mitgeteilt, „demnächst würden kürzlich zustande gekommene englisch-russische Abmachungen bekannt gegeben werden. Es handele sich nicht um eine entente générale, zu der alle Vorbedingungen fehlten, sondern nur um Abkommen über bestimmte Punkte, in erster Linie Persien betreffend." Telegramm von Jagows Nr. 92 vom 18. Mai. Am 19. Mai erschien dann ein sensationeller Artikel im „Standard" über „Anglo-Russian Entente", nach dem eine Verständigung zwischen England und Rußland über die asiatischen Fragen, namentlich auch über Persien und die Bagdadbahn, im Gange wäre. Es tauchte sofort der Gedanke auf, daß es sich bei diesem Artikel um

werden, wenn neue Verfassung in Rußland zur Ausführung gelangt ist. Eisenbahnfrage in Persien bildet angeblich Hauptschwierigkeit, soll aber dadurch geregelt werden, daß Rußland die kaukasische Bahn bis zur Verbindung mit der Bagdadbahn ausdehnt, wobei Deutschland die Oberaufsicht über die Eisenbahn von Konstantinopel bis Bagdad erhält, während die Strecke von Bagdad bis zum Meerbusen unter englische Kontrolle kommen oder internationalisiert werden soll.

Unsere Stellung zu englisch-russischen Verhandlungen über eine Entente in asiatischen Fragen ist kurz folgende: Wir werden jedes Arrangement zwischen den beiden Mächten begrüßen, soweit es ausschließlich russisch-englische Interessen zum Gegenstand hat und durch Beseitigung russisch-englischer Reibungsflächen dem allgemeinen Frieden dient. Wir erwarten aber von der russischen Regierung, daß sie in Fragen, welche deutsche Interessen berühren, nicht ohne unser Zutun entscheidet und uns nicht vor ein fait accompli stellt. Als eine solche Frage betrachten wir die Bagdadbahn, da sie durch Konzession des Sultans deutsches Wertobjekt geworden ist*.

Bitte Herrn Iswolsky freundschaftlich, aber nachdrücklich vorzustellen, daß wir die Haltung Rußlands in dieser Frage als Gradmesser für die Gesinnungen ansehen werden, von welchen sich Rußland in seinen politischen Beziehungen zu uns in Zukunft leiten lassen will.

Über Ausführung Auftrags demnächst Drahtbericht.

Bülow

---

einen mehr oder minder offiziösen ballon d'essai handele. Am 24. Mai erklärte darauf Sir E. Grey im Unterhause im Hinblick auf den „Standard"-Artikel: ein englisch-russisches Abkommen existiere zwar nicht, wohl aber „bestehe englischer- und russischerseits eine wachsende Neigung, sich über gemeinsam interessierende Fragen auf freundschaftlichem Wege auseinanderzusetzen. Dies habe kürzlich bei verschiedenen Gelegenheiten zu einem Zusammenwirken der beiden Regierungen geführt. Die britische Regierung werde diese Tendenz mit Freuden fördern, welche die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern stärken werde". Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow, 25. Mai 1906. Über den „Standard"-Artikel vgl. auch Kap. CLXXXVI, Nr. 8628, Fußnote ** und Nr. 8632.

* Ähnlich hatte sich der Botschafter in London Graf Metternich schon am 7. Mai gegenüber dem Kriegsminister Haldane ausgesprochen. In Metternichs Bericht vom 8. Mai (Nr. 441) hieß es darüber: „Ich bemerkte, ich begriffe vollkommen, wenn England die etwaigen Gegensätze mit Rußland zu beseitigen wünsche. Auf der anderen Seite sähe ich, daß schon jetzt von den hiesigen Publizisten und von der deutschfeindlichen Presse des Auslands die größten Anstrengungen gemacht würden, um Stimmung für ein englisch-russisches Abkommen zu machen mit dem ausgesprochenen Zwecke, um dadurch ein Gegengewicht gegen die angeblichen Expansionsgelüste Deutschlands zu schaffen. Wenn ich daher eines Tages vor das fait accompli einer russisch-englischen Aussöhnung gestellt würde, ohne daß hier vorher ähnliche Versuche mit Deutschland gemacht worden seien, so könne ich ihm nicht verschweigen, daß ich dann den Glauben an die freundschaftlichen Absichten Englands und seiner Regierung aufgeben würde. Gerade das sei der springende Punkt, der bisher ein freundschaftliches Verhältnis mit Deutschland verhindert habe, daß England Anstrengungen mache, mit aller Welt auf bestem Fuße zu stehen außer mit uns." Siehe den vollen Wortlaut des Berichts in Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7181.

Nr. 8508

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 193 St. Petersburg, den 20. Mai 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 102*.

Herr Iswolsky erklärte auf meine Darlegungen, er sei von Organisations- und Personalfragen noch derartig in Anspruch genommen, daß er noch nicht zu politischen Arbeiten gelangt sei, daher auch die stattgehabten Verhandlungen mit England noch nicht genau kenne. Aber das könne er mir sagen, daß die „Standard"-Meldung unmöglich richtig sein könne. Rußland und England hätten lediglich über eine allgemeine Verständigung in asiatischen Fragen in dem Sinne verhandelt, daß man auf Basis des Status quo neue Reibungsflächen vermeide. Von Bagdadbahn sei seines Wissens überhaupt nicht die Rede gewesen, und es sei gänzlich ausgeschlossen, daß Rußland und England über Interessen und Rechte Dritter, insbesondere Deutschlands, verfügten, ohne vorher mit diesem Verständigung zu suchen.

Herr Iswolsky bittet zwei Tage Zeit, um sich mit der Frage eingehend vertraut zu machen und mir sodann ganz präzise und erschöpfende Antwort zu geben.

Schoen

Nr. 8509

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 197 St. Petersburg, den 22. Mai 1906

Im Anschluß an Telegramm Nr. 193 vom 20. Mai**.

Herr Iswolsky machte mir nunmehr mündlich folgende Eröffnung: „Die Kaiserliche Regierung hat der mündlichen Mitteilung des deutschen Botschafters, betreffend die in englischer Presse verbreiteten Gerüchte über eine bevorstehende russisch-englische Verständigung über ihre Interessen in der Türkei, Persien, Afghanistan und Tibet, besondere Beachtung geschenkt.

Der offene und freimütige Charakter dieser Mitteilung entsprach vollkommen den traditionellen freundschaftlichen Beziehungen, die zwi-

---

* Siehe Nr. 8507.

** Siehe Nr. 8508.

schen den beiden Nachbarmächten bestehen, eine Tatsache, welche von der russischen Regierung in ihrem vollen Maße erkannt wird. Die russische Regierung ist daher ihrerseits bereit, der deutschen Regierung eine ebenso offene und aufrichtige Antwort zu erteilen. Alle in jener Mitteilung erwähnten Zeitungsgerüchte entbehren vollkommen der Begründung. Wenn Rußland und England in letzter Zeit in Würdigung ihrer beiderseitigen Vorteile und der höheren Interessen des Friedens eine Verständigung über ihre Interessen in Aussicht genommen haben, so haben diese Bestrebungen noch keine bestimmte Form angenommen und die Verhandlungen bisher lediglich das Prinzip der Aufrechterhaltung des Status quo in jenen Gebieten festgelegt. Immerhin könnte sich hieraus eine konkrete Vereinbarung auf Grundlage der beiderseitigen Interessen ganz natürlich entwickeln. Die russische Regierung hat daher mit ganz besonderer Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Regierung eine derartige Verständigung, falls sie zustande kommen sollte, freudig begrüßen würde. Die russische Regierung erkennt die Interessen Deutschlands in der so wichtigen Bagdadbahnfrage vollinhaltlich an und wird keinerlei Entscheidung, welche dieselbe Frage berühren könnte, treffen, ohne sich vorher in vollkommener Offenheit mit der deutschen Regierung auseinandergesetzt zu haben. Sie hegt dabei die feste Überzeugung, daß die deutsche Regierung sich von den gleichen Gefühlen leiten lassen und ihrerseits bereit sein wird, den russischen Interessen Rechnung zu tragen."

Ich habe Herrn Iswolsky für diese loyale, eingehende und entgegenkommende Erklärung warm gedankt.

Schoen

Nr. 8510

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 107 Berlin, den 23. Mai 1906

Auf Telegramm Nr. 197*.

Ich bitte, Herrn Iswolsky in mündlicher Unterredung auch meinen persönlichen Dank für seine schnelle und loyale Erklärung auszudrücken, die ganz dem entspräche, was ich von seinen mir bekannten Gesinnungen und seiner hohen staatsmännischen Einsicht erwartet hätte. Ich nähme mit Genugtuung Akt davon, daß die russische Regierung die so wichtigen Interessen Deutschlands in der Bagdadbahnfrage vollinhaltlich anerkenne, und daß sie keine Entscheidung, welche diese Frage berühren könnte, treffen würde, ohne sich vorher in vollkommener Offenheit mit uns auseinandergesetzt zu haben. Dagegen könne sich auch die russische Regierung

* Siehe Nr. 8509.

darauf verlassen, daß wir uns von den gleichen Gefühlen leiten lassen und unsererseits bereit sein werden, den russischen Interessen in der Frage Rechnung zu tragen.

Bülow

Nr. 8511

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 210 St. Petersburg, den 30. Mai 1906

Wie mir Herr Iswolsky vertraulich mitteilte, ist die Erklärung, welche er mir kürzlich über die englisch-russischen Verständigungsbestrebungen sowie über die Berücksichtigung der deutschen Interessen durch Rußland abgab*, zuvor durch den Zaren ausdrücklich genehmigt worden. Dieselbe Erklärung wurde sodann nachträglich der englischen Regierung bekanntgegeben und hat ihre volle Billigung gefunden.

Nach allen hiesigen Beobachtungen scheint es festzustehen, daß eine Vereinbarung zwischen Rußland und England über die Einflußsphären in Persien nicht nur nicht erfolgt ist, sondern auch vorerst nicht zustande kommen wird. Wie ich schon vor einiger Zeit zu berichten in der Lage war, handelt es sich zurzeit nicht um eine territoriale Abgrenzung, sondern nur um eine Art von Waffenstillstand in dem asiatischen Interessengebiet.

Diese Ansicht wird insbesondere auch von dem hiesigen persischen Geschäftsträger geteilt**, welcher diese Frage mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Er erzählte, daß er sowohl mit dem englischen Geschäftsträger Spring-Rice als im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten darüber gesprochen und an beiden Stellen gehört habe, daß keinerlei Verständigung über Persien erfolgt sei. Nur vor dem japanischen Kriege sei von einer solchen die Rede gewesen.

Ferner erzählte der persische Geschäftsträger streng vertraulich, ihm sei mitgeteilt worden, daß die „Standard"-Nachrichten weder aus London noch aus Paris noch aus St. Petersburg, sondern aus Deutschland stammten[1]. Auf seine Bemerkung, daß Deutschland doch gar kein Interesse an solchen Erfindungen haben könne, sei ihm erwidert worden, Deutschland bezwecke damit, die Türkei argwöhnisch und sich noch geneigter zu machen.

„Das klingt", so schloß der Geschäftsträger, „völlig unwahrscheinlich, denn Deutschland hat ja schon alles in der Türkei, was es wünscht, und braucht zu solchen Preßmanövern nicht seine Zuflucht zu nehmen. Außerdem ist doch der ‚Standard' ein englisches Blatt."

---

* Siehe Nr. 8509.
** Ali Guli Chan.

Wer diese Anschuldigung gegen Deutschland gemacht hat, gab der persische Geschäftsträger nicht an. Es ließ sich jedoch aus dem Zusammenhang entnehmen, daß die Äußerungen nicht im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten gefallen waren.[2]

Die hiesigen Zeitungen sind ebenfalls übereinstimmend davon überzeugt, daß bis zu einem konkreten Abkommen zwischen England und Rußland noch längere Zeit vergehen werde, und daß der bisherige Meinungsaustausch nur die Aufrechterhaltung des Status quo zum Ergebnis gehabt habe, sodaß vorläufig jede Verletzung der beiderseitigen Interessen ausgeschlossen sei. „Das russische Volk", so schreibt heute die „Nowoje Wremja", „bringt nicht ohne Grund der englischen Diplomatie ein verständliches Mißtrauen entgegen, aber seine Interessen werden zurzeit von dem klugen Herrn Iswolsky vertreten, der aus einem möglicherweise zustandekommenden Abkommen die größten Vorteile für Rußland zu ziehen bestrebt sein wird." Im übrigen fährt die „Nowoje Wremja" fort, durch ihren Londoner Korrespondenten* gegen Deutschlands Einfluß in Kleinasien Stimmung zu machen. In dem heutigen Bericht des Korrespondenten heißt es, die offizielle Erklärung über die deutschen Rechte an der Bagdadbahn** habe in England, Frankreich und Italien eine Bewegung zugunsten der Neutralisierung der Bagdadbahn durch eine europäische Konferenz hervorgerufen. Der ausschließliche Einfluß Deutschlands sei nicht mit den Rechten und Interessen der anderen Mächte vereinbar[1]. Eine Konferenz könne gegenüber der Türkei dieselben Prinzipien in Anwendung bringen, wie sie Deutschland bei der Marokkoangelegenheit aufgestellt habe.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] England!

Nr. 8512

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 112 Berlin, den 7. Juni 1906
Geheim

Auf Telegramm Nr. 209***.
Zu Ew. ausschließlich persönlichen Orientierung.
Russischer Kaiser hat unserm allergnädigsten Herrn in Brief vom

---

* Wesselitzky.
** Vgl. dazu Kap. CLXXXVI.
*** Am 6. Juni hatte von Schoen gemeldet, die Zeitungsnachricht vom Besuche der englischen Flotte in Kronstadt sei, wie er unter der Hand erfahre, nicht unbegründet.

25. v. Mts. geschrieben: Vor einer Woche habe man in Petersburg eine offizielle Anfrage der englischen Regierung erhalten, ob ein Geschwader der Kanalflotte die russischen Häfen besuchen dürfe. Obgleich der Moment für Rußland höchst ungelegen wäre, hätte eine zustimmende Antwort gegeben werden müssen. Diese Art von zwangsweiser Selbsteinladung erinnere ihn, den Zaren, an das uns gegenüber im letzten Jahre eingeschlagene Verfahren*.

Mühlberg

Nr. 8513

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 223 St. Petersburg, den 13. Juni 1906
Vertraulich

Euerer Durchlaucht ist bereits bekannt, daß die britische Regierung vor einigen Wochen hier hat anfragen lassen, ob ein Besuch eines Geschwaders der Kanalflotte anläßlich dessen diesjähriger Übungsreise in der Ostsee in Kronstadt und anderen russischen Häfen (Libau und Hangö) genehm wäre, und daß die russische Regierung nicht umhin konnte, hierauf eine zustimmende Antwort zu erteilen.

Herr Iswolsky hat die Angelegenheit aus eigener Initiative nunmehr ganz vertraulich mit mir besprochen. Er sagte, der englische Flottenbesuch komme recht ungelegen. Werde die politische Bedeutung desselben auch durch den Umstand nicht unwesentlich abgeschwächt, daß das Geschwader außer russischen auch deutsche und schwedische Häfen besuchen solle, so sei der Besuch in Kronstadt doch immerhin geeignet, hier und anderswo Aufsehen zu erregen und Vorstellungen über den Wärmegrad der russisch-englischen Annäherung zu erwecken[1], welche den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen würden. Die russische Regierung habe, ohne eine starke Unhöflichkeit zu begehen, keine ablehnende Antwort geben können, immerhin habe er in seinem Antwortschreiben auf gewisse Schwierigkeiten der russischen Häfen und Reeden hingewiesen und gebeten, bei der Auswahl und der Zahl der englischen Schiffe hierauf Rücksicht zu nehmen.

Trotz der schon erwähnten Abschwächung der politischen Bedeutung

---

* Anspielung auf die Ostseefahrt der englischen Kanalflotte Ende August 1905, die zu einem Besuch von Swinemünde und Neufahrwasser führte. Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXXXVIII, Nr. 6229, S. 478, Fußnote**.

des Ereignisses, setzte Herr Iswolsky im allerstrengsten Vertrauen hinzu, sei man hier darauf bedacht, die englische Demonstration durch eine andere zu paralysieren, welche die Welt darüber aufzuklären geeignet sein würde, daß die russische Politik ihrer traditionellen Freundschaft treu bleibe, und welche namentlich in Deutschland mit Befriedigung begrüßt werden würde. Bis auf weiteres wollte Herr Iswolsky auf diesen sehr diskreten Punkt nicht näher eingehen.

Daß der englische Flottenbesuch hier in einer Zeit wenig willkommen ist, welche dem Höhepunkt russisch-englischer Gegensätze und feindseliger Stimmung noch so nahe liegt, wo eine oberflächliche Ausgleichung dieser Gegensätze erst im zarten Stadium des Werdens begriffen ist, wo überdies Rußland mit inneren Schwierigkeiten und Sorgen schwer belastet ist, bedarf kaum der näheren Ausführung. So sehr die russische Regierung auch der Bereitwilligkeit Englands, die Streitaxt zu begraben, entgegenzukommen bereit sein mag, so sieht sie doch in dem angebotenen Flottenbesuch eine etwas eilige und gewaltsame Art des Vorgehens, eine gewisse Nötigung, der sie sich ungern unterzieht. Die englisch-russische Verständigung hat noch zu wenig greifbare Gestalt gewonnen und bietet mangels territorialer Einräumungen den russischen Zielen zu geringe Befriedigung, als daß es der russischen Regierung erwünscht sein könnte, daß sie in so demonstrativer Weise, wie ein Flottenbesuch es mit sich bringt, der Welt als vollendete Tatsache vor Augen geführt wird. Sie wird gewissermaßen vor die Notwendigkeit gestellt, eine unvollkommene Verständigung als abgeschlossene Sache anzuerkennen und damit auf weitere Ausgestaltung derselben fürs erste zu verzichten. Überdies sieht sich die russische Regierung in der nicht weniger unangenehmen Lage, die Engländer mit Zurüstungen empfangen zu müssen, zu denen viele materielle Voraussetzungen fehlen, ihnen einen Einblick in die nicht ohne englische moralische Mitschuld herbeigeführte russische maritime Unfähigkeit zu gewähren und zu dem Geständnis genötigt zu sein, den Besuch in absehbarer Zeit in einer dem russischen Großstaat entsprechenden Weise nicht erwidern zu können.

Trotz dieser Umstände kann, nach den bisherigen Auslassungen der russischen Presse zu urteilen, damit gerechnet werden, daß der englischen Flotte hier eine recht freundliche Aufnahme zuteil wird. Die öffentliche Meinung ist durch eine Presse, welche unter Ausnützung der russischen Freiheitsbewegung England unablässig als den Idealstaat liberaler Institutionen preist, Deutschland als den Hort des Absolutismus hinstellt und nicht müde wird, auf unseren allergnädigsten Herrn als auf den reaktionären Freund[2] und Ratgeber des Zaren hinzudeuten, in englandfreundlichem Sinne so wirksam bearbeitet, der Kreis derjenigen, welche politische Einsicht und politisches Taktgefühl besitzen, so eingeschränkt worden, daß ein Protest gegen die englische Aufdringlichkeit nicht zu erwarten ist.

Das vorliegende Beispiel zeigt wiederum, daß man bei dem russischen

Nationalcharakter mit Zartgefühl und wohlerwogenem Interesse weniger Erfolge erreicht als mit jener Rücksichtslosigkeit und geschäftigen Mache, welche das Verhalten Englands gegenüber Rußland charakterisiert.

v. Schoen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Soll der Besuch ja gerade
[2] !

Nr. 8514

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 193 London, den 13. Juli 1906

Sir E. Grey ersuchte mich soeben um eine Zusammenkunft, um mich zu bitten, zur vertraulichen Kenntnis der Kaiserlichen Regierung zu bringen, daß die russische Regierung ihm zu verstehen gegeben habe, sie fürchte, daß in Anbetracht der unruhigen inneren Lage der beabsichtigte Besuch der englischen Flotte in russischen Häfen der Ostsee zu unliebsamen Demonstrationen führen könne und daher für den Augenblick wohl besser unterbliebe.

Der englische Minister hält es unter diesen Umständen für richtiger, daß das englische Geschwader den beabsichtigten Besuch in der Ostsee überhaupt aufgebe, denn erstens würde durch den Wegfall der russischen Häfen die Übungsfahrt in der Ostsee so abgekürzt werden, daß es kaum mehr der Mühe lohnt, sie auszuführen, und zweitens würde das Unterbleiben des Besuchs russischer Häfen, nachdem er einmal angekündigt gewesen sei, während andererseits der Besuch in deutschen und schwedischen Häfen trotzdem stattfände, noch mehr in die Augen fallen und besser zu vermeidende Kommentare nach sich ziehen.

Er stehe augenblicklich noch mit der hiesigen Admiralität über die Aufgaben der Übungsfahrt in der Ostsee in Verhandlung. Sobald diese abgeschlossen sei, werde eine offizielle Bekanntmachung erfolgen. Er habe aber gewünscht, der Kaiserlichen Regierung offen vorher die Gründe mitzuteilen, die für die Aufgabe des Besuchs maßgebend seien. Er bedauere, daß dadurch auch der Besuch in deutschen Häfen wegfalle, besonders da in diesem Jahre die politische Atmosphäre klarer sei und der Besuch nicht wie im vorigen Jahre falsche Vorstellungen in der öffentlichen Meinung erweckt haben würde.

Ich dankte dem Minister für seine Mitteilung.

Metternich

Nr. 8515

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 249 St. Petersburg, den 14. Juli 1906

Herr Iswolsky bestätigte mir vertraulich den Inhalt der offiziösen Preßnachricht, wonach der englische Flottenbesuch angesichts der Agitation in beiden Ländern und der Befürchtung, er möge von der hiesigen Opposition als ein nicht der russischen Regierung, sondern lediglich dem russischen Liberalismus erwiesener Freundschaftsdienst hingestellt und ausgebeutet werden, unterbleibt.

Der Minister sagte, daß die russische Regierung sich mit der englischen in sehr freundschaftlicher Weise über den Aufschub auf unbestimmte Zeit verständigt habe. Auch hätten die beiden Souveräne aus diesem Anlaß herzliche Telegramme ausgetauscht.

Er fügte hinzu, er sei sich darüber allerdings klar, daß das Ereignis einen vorläufigen Stillstand der englisch-russischen Annäherung bedeute, viel Aufsehen erregen und unliebsame Kommentare hervorrufen werde, man müsse dies aber in den Kauf nehmen.

Wesentlich sei, daß nunmehr die Gefahr peinlicher und in ihren Folgen unberechenbarer Zwischenfälle beseitigt sei.

Schoen

Nr. 8516

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 330 St. Petersburg, den 8. September 1906
Streng vertraulich

Wie ich streng vertraulich höre, hat Herr Iswolsky persönlich der Petersburger Telegraphen Agentur mitteilen lassen, sie möge fortan nach Persien keine englandfeindlichen Nachrichten mehr senden und sich auch aus Persien keine solchen Telegramme mehr kommen lassen. Die gleiche Instruktion soll an Herrn von Hartwig ergangen sein, weil dieser bisher die Reibungen mit England noch nicht genügend vermieden habe.

Miquel

Nr. 8517

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 865 London, den 8. September 1906
Ganz vertraulich

Der russische Botschafter schilderte mir das Scheitern des englischen Flottenbesuchs in Kronstadt in folgender Weise: Er habe bemerkt, daß man hier angefangen habe, nervös zu werden. Sir Charles Hardinge habe ihm eines Tages gesagt, England könne nicht den ersten Schritt zur Aufgabe des Besuches machen[1]. Daraufhin habe der Botschafter Herrn Iswolsky anheimgestellt, durch ein freundliches Telegramm des Zaren an König Eduard die Sache rückgängig zu machen[2]. Dies sei dann auch geschehen, und es sei weder in Petersburg noch hier eine Verstimmung zurückgeblieben.

Nachdem das bekannte Wort „La Douma est morte, vive la Douma" gefallen war*, habe Graf Benckendorff den Premierminister vor Anfang eines Diners im Hause des Prinzen von Wales zur Rede gestellt, was auch von den übrigen Eingeladenen bemerkt und kommentiert worden sei, und ihm gesagt, daß angesichts der Lage in Rußland des Ministers Ausruf als eine Einmischung in die inneren Verhältnisse eines fremden Staates aufgefaßt werden würde, was natürlich nicht die Beziehungen zwischen England und Rußland erleichtern werde. Sir Henry Campbell-Bannerman habe versichert, daß ihm eine Einmischung vollständig fern gelegen habe.

---

* Die berühmte Äußerung des englischen Premierministers Sir H. Campbell-Bannerman war am 23. Juli gelegentlich der Eröffnung der „Interparlamentarischen Konferenz" gefallen, zwei Tage nachdem ein kaiserlicher Ukas vom 21. Juli die Duma wegen „wahrhaft ungesetzlicher Handlungen" aufgelöst hatte. Am 30. Juli hatte Graf Metternich telegraphisch (Nr. 205) über den Eindruck der Äußerungen Sir Campbell-Bannermans gemeldet: „Wie ich von befreundeter Seite vertraulich erfahre, haben die dumafreundlichen Äußerungen Sir Campbell-Bannermans auf der Interparlamentarischen Konferenz zu einer sehr lebhaften, aber anscheinend nicht auf Weisungen aus Petersburg beruhenden Auseinandersetzung zwischen dem russischen Botschafter und dem Premierminister geführt. Seine Majestät König Eduard soll außer sich gewesen sein und seinem Minister eine heftige Szene gemacht, auch veranlaßt haben, daß in Petersburg oder dem Botschafter beschwichtigende Erklärungen abgegeben worden sind. Ebenso sind Sir E. Grey und Graf Benckendorff sehr verstimmt darüber, daß der Premierminister die von ihnen so zähe verfolgte Annäherungspolitik durch den Ruf: ‚La Douma est morte, vive la Douma!' gestört hat." Über gleichzeitige Äußerungen Sir E. Greys zu Graf Metternich, welche dartun, daß der leitende englische Außenminister durch den Zwischenfall Campbell-Bannerman und den voraufgehenden Zwischenfall des Ausfalls des englischen Flottenbesuchs keineswegs in seinen Bestrebungen auf Herbeiführung einer englisch-russischen Entente neben der englisch-französischen entente cordiale irritiert wurde, vgl. den Bericht des deutschen Botschafters vom 31. Juli 1906 (Nr. 774) in Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7191.

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Rußland habe selbst erklärt, daß eine neue Duma einberufen werden solle. Er habe in keiner Weise Partei ergreifen wollen, sondern lediglich der von der russischen Regierung selbst anerkannten jungen parlamentarischen Körperschaft anläßlich der Anwesenheit einzelner Mitglieder derselben seine Sympathie ausdrücken wollen. Er sei „désolé" zu hören, daß seine Worte als eine Parteinahme gegen die russische Regierung oder als Einmischung in die inneren russischen Verhältnisse aufgefaßt werden könnten. Keines von beiden habe er beabsichtigt. Als Graf Benckendorff den Minister gefragt habe, ob er ihm diese Erklärung schriftlich geben wolle, habe der Minister dies zugesagt und getan. Darauf habe der Botschafter, der auch von Sir Edward Grey die entgegenkommendsten Erklärungen erhalten habe, den Zwischenfall als erledigt betrachtet.

Aus sonstigen Äußerungen des Grafen Benckendorff gestatte ich mir noch einiges Persönliches hinzuzufügen.

Herr Iswolsky habe an der Universität Edinburg studiert und daher ein gewisses Verständnis für England und englische Verhältnisse beibehalten. Er sei ursprünglich in seiner Karriere mit der panslawistischen Woge gewachsen. Nachdem sie ihn aber emporgehoben, habe er diese verderbliche Richtung gänzlich von sich abgeschüttelt. Er zeichne sich durch Klugheit aus und werde von Ehrgeiz beherrscht[3]. Sein schwacher Punkt sei die Eitelkeit. Mit Herrn von Schoen sei er sehr befreundet, und er wünsche Anlehnung an Deutschland. Seiner politischen Auffassung nach sei er liberal, da er aber den Fragen der inneren russischen Politik bisher ganz fern gestanden habe, so werde er wohl den Wechsel von Ministerien überdauern können.

Über den Grafen Lamsdorff, der sich in die neue Zeitrichtung nicht habe einleben können noch wollen, machte er die mir interessante Bemerkung, daß er als Politiker zwar ein objektives Urteil und keine Vorurteile gegen andere Nationen gehabt habe, daß ihm aber unter den großen Nationen die Franzosen am wenigsten sympathisch gewesen seien[4]. Die vorgefundene Freundschaft und Allianz mit Frankreich habe er natürlich trotzdem pflegen müssen.

Graf Benckendorff wiederholte mir, was ich schon bei einer früheren Gelegenheit berichtet habe, daß, als Sir Edward Grey ihm seinerzeit gesagt habe, die russisch-englische Verständigung dürfe keine Spitze gegen Deutschland haben, er erwidert habe, daß dies ganz den Ansichten der russischen Regierung entspräche und auch sie keine Verständigung mit England eingehen würde, die eine Spitze gegen Deutschland enthielte. pp.*

P. Metternich

---

* Der Schluß des Berichts gibt Äußerungen Graf Benckendorffs über die englischen Zeitungskorrespondenten Dillon und Sir Donald Mackenzie Wallace sowie über die deutsch-russischen Beziehungen wieder, die im Zusammenhang der russisch-englischen Beziehungen nicht von Belang sind.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ! Nachdem es sich ungebeten angesagt hatte!
[2] !!
[3] richtig
[4] !! stramm gelogen!

Nr. 8518

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 347 St. Petersburg, den 19. September 1906

Kürzlich sagte mir der Vertreter der „Associated Press", das hiesige Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten scheine jetzt mehr und mehr in das englische Fahrwasser zu steuern[1]. Anderenfalls würde Herr von Hartwig nicht zum zweiten Male Anweisung erhalten haben, in Persien nichts gegen England zu unternehmen. Die Rolle Englands bei den innerpolitischen Streitigkeiten in Persien gefalle dem russischen Gesandten offenbar ganz und gar nicht. Gleichwohl müsse er auf Wunsch seiner Regierung gute Miene zum bösen Spiel machen. pp.*

Im Anschluß hieran möchte ich eine Deduktion erwähnen, der man hier öfters begegnet: „Rußland", — so heißt es, — „hat seine Flotte verloren und besitzt keine Mittel, sie bald neu zu schaffen. Es muß sich daher mit einer Macht befreunden, die über eine große Flotte verfügt, dies kann nur England sein[2].

Miquel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Iswolsky
[2] sehr plausibel!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Nette Aussichten! Man kann also in Zukunft mit der Alliance Franco-Russe, Entente cordiale Franco-Anglaise und Entente Anglo-Russe rechnen, mit Spanien, Italien, Portugal als Anhängsel dazu im zweiten Treffen!

Nr. 8519

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 264 Therapia, den 5. Oktober 1906
Vertraulich

Sinowiew sprach mir gestern über die schwebenden russisch-englischen Verhandlungen. Er sagte mir, als er vor drei Wochen Petersburg verließ, habe lediglich eine Verständigung über Tibet in Aussicht gestanden, da

* Das hier ausgelassene Stück des Berichts gibt einzelne russische Pressestimmen wieder.

England sich in dieser Beziehung bereit erklärte, auf einen erheblichen Teil der nach dem jüngsten Feldzug vertragsmäßig von der tibetanischen Regierung erworbenen Privilegien zu verzichten. Dagegen hätten bezüglich der für Rußland überaus wichtigen Regelung der afghanischen Grenzfrage und wegen Persien noch keine bestimmten englischen Vorschläge, sondern nur allgemeine Erklärungen über die Zone zu einer Verständigung vorgelegen. Im Auftrage Iswolskys habe er über die Bündnisfrage* auf Grund seiner langjährigen Tätigkeit in Teheran ein ausführliches Gutachten erstattet. Dasselbe gipfele in dem Gedanken, daß Rußland an seiner bisherigen persischen Politik nichts ändern solle. Speziell empfehle er, an dem bestehenden Vertrag, welcher Persien den Bau von Eisenbahnen untersage, festzuhalten und denselben nach seinem im Jahre 1910 bevorstehenden Ablauf zu erneuern. Zur Begründung führe er an, daß die persische Regierung, die Rußland jetzt schon 30 Millionen Rubel schulde, durch .....** Bauten sich vollkommen ruinieren werde. Der wichtigste Grund bestehe aber darin, daß zwischen England und Persien ein Geheimvertrag bestehe, inhaltlich dessen England das Recht zum Bau von Eisenbahnen im Süden Persiens eingeräumt werde, falls im Norden Eisenbahnen gebaut würden. Wenn dieses Zugeständnis aktuell werde, sei für das Vordringen Englands in Persien kein Halt mehr möglich. In seinem Gutachten spreche er sich auch entschieden dahin aus, daß ein etwaiges Anerbieten Englands, die beiderseitigen Interessensphären durch eine wagerechte Linie abzugrenzen, für Rußland nicht annehmbar sei. England habe heute schon eine präponderierende Stellung am Persischen Golf. Aber während es auf der türkischen Seite in Kueit bereits festen Fuß gefaßt habe, sei das gegenüberliegende Ufer noch unbestritten persisch. Damit sei der englischen obengenannten Aktion eine gewisse Grenze gezogen. Erkennt dagegen Rußland vertragsmäßig an, daß der Süden Persiens der englischen Interessensphäre zugehöre, so erhalte England am persischen Ufer freies Spiel. Dadurch werde Rußland auch rechtlich jeder Zugang zum Persischen Golf verschlossen. Besser, als einen derartigen Vertrag einzugehen, sei es, den bestehenden Zustand aufrechtzuerhalten und auf eine Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären zu verzichten. Mit dieser Absicht habe sich Iswolsky einverstanden erklärt.

Der Botschafter versicherte mich bei dieser Gelegenheit, daß in maßgebenden russischen Kreisen eine feindselige Stimmung gegen die Bagdadbahn nicht bestehe. Als im April d. Js. die Kaiserliche Regierung in St. Petersburg darüber interpellierte, daß nach Zeitungsnachrichten zwischen Rußland und England wegen der Bagdadbahn Verhandlungen schwebten, habe Rußland erwidert, daß es in dieser Beziehung nichts ohne die deutsche Regierung unternehmen werde***.

Marschall

---

* Die Entzifferung „Bündnisfrage" ist zweifelhaft.
** Zifferngruppe unverständlich.
*** Vgl. Kap. CLXXXVI.

Nr. 8520

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in Paris von Flotow an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Jagow

Privatbrief. Undatierte Abschrift von der Hand des Vortragenden Rats von Jagow

Streng vertraulich [pr. 10. Dezember 1906]

Ein russischer Diplomat, mit dem ich durch langjährige Bekanntschaft in vertraulichen Beziehungen stehe, äußerte sich in intimer Unterhaltung wie folgt:

Herr Iswolsky habe im Herzen gar keine Sympathie für eine Annäherung an England. Er glaube aber, daß es im Augenblick ein Gebot politischer Notwendigkeit sei, sich mit diesem Lande zu verständigen. Er, wie viele andere maßgebende Russen, glaube, daß Japan sich dauernd zu einem neuen Kriege gegen Rußland rüste, man müsse daher eine Sicherung dagegen durch Annäherung an das mit Japan verbündete England suchen. England, insbesondere der König, suche diese Annäherung auf jede Weise zu fördern. Die Art, wie man bestrebt gewesen sei, einen Besuch des Herrn Iswolsky von Paris aus in London herbeizuführen, sei fast eine bassesse zu nennen*. Mein Gewährsmann, der ein Gegner der Annähe-

* Tatsächlich hatte auch Iswolsky selbst, der am 12. Oktober auf der Reise über Tegernsee nach Paris kurz in Berlin verweilte und auf der Rückreise hier einen mehrtägigen Aufenthalt vornahm, dem damals in Berlin anwesenden Botschafter von Schoen erzählt, daß kurz vor Antritt seiner jetzigen Reise Anregungen von englischer Seite an ihn herangetreten seien, auch in London einen Besuch abzustatten, indessen habe er höflich aber bestimmt abgelehnt, „hauptsächlich deswegen, weil ein solcher Besuch zu einer Zeit, wo die angebahnte englisch-russische Verständigung über die ersten Entwurfsstadien noch nicht hinausgelangt sei, auswärts irrtümliche und beunruhigende Vorstellungen zu wecken geeignet sein würde". Iswolsky hatte auch seinen Berliner Aufenthalt zum Anlaß genommen, um sich gegenüber dem Fürsten von Bülow und dem Botschafter von Schoen eingehend über „die englisch-russischen Annäherungsbestrebungen, deren Ziele, Grenzen und bisherige Etappen" auszusprechen. Zu Schoen äußerte er sich nach dessen Aufzeichnung vom 30. Oktober (siehe deren vollen Text in Bd. XXII, Kap. CLX, Nr. 7364) im wesentlichen dahin: „Die Position Rußlands in Ostasien sei nach dem unglücklichen Kriege und angesichts des erneuten englisch-japanischen Bündnisses derart geschwächt und bedroht, daß Rußland nichts anderes übrig bleibe, als sich mit England — mit Japan direkt sei auf lange Jahre hinaus jeder aufrichtige Versöhnungsversuch ausgeschlossen — wenigstens so weit zu verständigen, daß man die zahlreichen Reibungspunkte an der langen von Kamtschatka bis Suez reichenden Grenzlinie der direkten Interessen tunlichst zu vermindern suche. Es komme hierbei Tibet, Afghanistan und Persien in Betracht. Im allgemeinen könne er zunächst sagen, daß das Verständigungswerk noch ganz in den Anfangszügen liege und wohl auch niemals so weit gelangen werde, wie es die Presse in beiden Ländern, namentlich in England, glauben machen wolle. Vorläufig werde ausschließlich über Persien verhandelt. Er habe die ersten Verständigungsentwürfe vorgefunden, sei indessen in den Verhandlungen nicht weiter gegangen, ohne sich vor allem des Einverständnisses der britischen Regierung damit zu versichern, daß ein zu treffendes Arrangement, welchen Umfang es auch gewinnen möge, 1. keinerlei Spitze gegen Deutschland haben dürfe, 2. die sorgsame Beachtung der Rechte und Interessen Dritter enthalten müsse."

rung an England ist, mache seine Stimme unablässig in dieser Richtung geltend, habe aber dabei mit dem Widerstand des sehr anglophilen und anglomanen Botschafters in London Graf Benckendorff zu kämpfen. Mein Gewährsmann glaubt, daß die Russen in Persien und Tibet, wo sie schon seien, die stärkeren wären und daher einer Abmachung mit England nicht bedürften. Dasjenige, was man von russischer Seite in uas London beständig erstrebt und beantragt habe, nämlich daß England auf Grund seines Verhältnisses zu Japan den Russen gewisse Garantien, nämlich einen Schutz vor japanischen Angriffen oder Übergriffen, in irgendeiner Form gewähre, sei von England bisher völlig abgelehnt worden. England betrachte augenscheinlich sein Verhältnis zu Japan als das wichtigere, wolle sich aber trotzdem von russischer Seite so viele Vorteile als möglich in Asien sichern.

Trotzdem sei zu befürchten, daß Herr Iswolsky in Überschätzung der Notlage Rußlands sich zu einem Abkommen mit England bestimmen lassen werde, denn Herr Iswolsky sei sehr „Snob" und habe als junger Minister den Wunsch, eine „Tat" vollbracht zu haben. Mein Gewährsmann will nicht an eine lange Ministerschaft Iswolskys glauben. Iswolsky habe nur geringes Vermögen und werde versuchen, sich bald auf einen Botschaftsratsposten* zu retten, bevor er als Minister in Gefahren gerate. Wahrscheinlich werde er Berlin erstreben, und diese Neigung biete ja für uns allerhand Chancen, ihn an uns zu fesseln.

(gez.) Flotow

Nr. 8521

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 1148 London, den 18. Dezember 1906
Geheim

Von unterrichteter Seite erfahre ich mit der Bitte um strengste Geheimhaltung folgendes über die Geschichte und den gegenwärtigen Stand der russisch-englischen Verhandlungen:

Von englischer Seite — vermutlich unter warmer Befürwortung durch den Grafen Benckendorff und unter der Einwirkung des Königs — angeregt, hätten die englisch-russischen Ausgleichsbestrebungen keinerlei Erfolg gehabt, solange Graf Lamsdorff Minister des Auswärtigen gewesen sei. Graf Lamsdorff habe von vorneherein verlangt, die Basis kennen zu lernen, auf der England sich eine Verständigung denke, und da diesem Wunsche nicht entsprochen worden sei, so sei es zu eigentlichen Verhandlungen mit ihm überhaupt nicht gekommen. Dieselben hätten erst unter

* Wohl verschrieben für „Botschafterposten".

Herrn Iswolsky eingesetzt, der mit stark anglophilen Gesinnungen sein Portefeuille übernommen habe. Sir Arthur Nicolson* habe schließlich den ersten Schritt getan, indem er bei seinem Eintreffen in St. Petersburg dort erklärt habe, England habe ein Einvernehmen mit Frankreich erzielt, es wünsche und halte es wohl für möglich, auch mit Rußland, dem Verbündeten Frankreichs, zu einem ähnlichen Einvernehmen zu kommen[1], und er schlage zu diesem Zwecke vor, alle zwischen beiden Ländern bestehenden Streitfragen nacheinander durchzusprechen und zunächst mit Tibet anzufangen. Hierauf sei Herr Iswolsky eingegangen, und über Tibet hätte man sich mangels besonders ernster Streitpunkte auch leicht verständigt. Schon bei Persien aber hätten die Schwierigkeiten begonnen, und wenn schließlich wenigstens bezüglich der gemeinsam der persischen Regierung zu gewährenden Anleihe ein Einvernehmen erzielt worden sei**, so habe dies doch bis jetzt zu keinem praktischen Ergebnis geführt. Bei der Unsicherheit der Verhältnisse in Persien im gegenwärtigen Augenblicke wisse man nämlich nicht, wer zu der Aufnahme der Anleihe in Persien eigentlich berechtigt sei. Man habe daran gedacht, der Sicherheit halber die Zustimmung des neuen persischen Parlaments einzuholen. Dieses stehe aber der Anleihe durchaus ablehnend gegenüber, und so komme es, daß es bis jetzt bei der guten Absicht geblieben sei, Persien eine gemeinsame Anleihe zu gewähren.

Im übrigen hätten die russisch-englischen Verhandlungen schon seit geraumer Zeit keinerlei Fortschritte mehr gemacht. Sie würden in Petersburg geführt, und man höre von dort schon seit lange nichts mehr darüber. Es sei nicht zu verkennen, daß sich in neuer Zeit ein vollständiger Umschwung in den Anschauungen des Herrn Iswolsky vollzogen habe. Dieser Umschwung falle zeitlich etwa mit dem Aufenthalt des Ministers in Paris und Berlin und den dort gepflogenen Unterredungen zusammen. Als Herr Iswolsky in Paris geweilt habe, habe König Eduard versucht, den Minister durch Herrn Poklewsky zu einem Abstecher nach England zu bewegen[2]. Herr Iswolsky aber habe mit dem Hinweise[3] abgelehnt, daß er von seinem Souverän nur zu Besuchen in Paris und Berlin ermächtigt worden sei. Kaiser Nikolaus scheine einer Annäherung an England nicht sehr sympathisch gegenüberzustehen, was den Minister mit beeinflußt haben möge. Von maßgebendem Einfluß auf den Umschwung in seinen Ansichten aber sei die Erkenntnis gewesen, daß Rußland auf eine Sicherung seines Besitzstandes im Fernen Osten als Folge eines Einvernehmens mit England nicht[4] rechnen könne. Der Zweifel, ob es möglich sein werde, als Gegengabe für Konzessionen an England in Zentralasien dieses Eingeständnis zu erlangen, sei schon für die Zurückhaltung des Grafen Lamsdorff bestimmend gewesen. Nachdem die Haltung Japans in jüngster Zeit die Berechtigung dieses Zweifels habe erkennen lassen, habe auch Herr Iswolsky seine An-

* Nachfolger Sir Ch. Hardinges als Botschafter in Petersburg.

** Um Mitte Oktober 1906 hatten Rußland und England eine Konvention geschlossen, um Persien zu gleichen Teilen eine Anleihe von 400000 Pfund Sterling zu gewähren.

sichten über den Wert einer russisch-englischen Verständigung vollständig gewechselt, und damit erkläre sich das Stocken der Verhandlungen in St. Petersburg, trotz aller Bemühungen des Grafen Benckendorff und Herrn Poklewskys, die unter dem Einflusse des Königs, der sie mit seinen Gnadenbeweisen überhäufe, immer mehr dazu kämen, alles nur noch durch die englische Brille anzusehen.

Wie ich aus sicherer Quelle vertraulich erfahre, hat auch Ihre Königliche Hoheit die Großfürstin Wladimir sich kürzlich in Paris dahin ausgesprochen, daß Herr Iswolsky im Anfange seiner Ministertätigkeit zwar stark anglophil gewesen sei, daß inzwischen aber seine Annäherungspolitik an England eine ziemliche Abkühlung erfahren habe.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Was unsererseits stets versucht worden ist, aber ohne Erfolg
[2] hat mir Iswolsky selbst erzählt.
[3] nach vorheriger Anfrage beim Zaren, der ihm Londonreise verbot!
[4] richtig

Nr. 8522

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 43 St. Petersburg, den 11. Februar 1907

Der zurzeit auf Urlaub hier weilende russische Botschafter in London Graf Benckendorff sagte mir gesprächsweise, er könne seinen Aufenthalt hier ruhig um einige Wochen verlängern, denn es gebe jetzt in London nichts Wichtiges für ihn zu tun. Die Verhandlungen zwischen Rußland und England über einen asiatischen Ausgleich seien schon seit einiger Zeit ins Stocken geraten. Herr Iswolsky zeige kein Interesse mehr für dieselben und schütze die schwierigen und seine ganze Aufmerksamkeit absorbierenden Verhandlungen mit Japan* als Hindernis für die Weiter-

---

* Seit Mitte des Jahres 1906 fanden in Petersburg Verhandlungen zwischen dem russischen Außenministerium und dem japanischen Gesandten Motono in Ausführung des Friedens von Portsmouth statt. Die anfangs glatt verlaufenden Verhandlungen gerieten im Herbst ins Stocken, da vor allem die Frage des Handelsvertrages und der Fischereigerechtsame in den ostsibirischen Gewässern große Schwierigkeiten boten. Ende November und Mitte Dezember klagte Iswolsky gegenüber Botschafter von Schoen heftig über die Begehrlichkeit und die Anmaßung der Japaner; ja er sprach bereits von der ultima ratio eines neuen Krieges. Berichte von Schoens vom 28. November (Nr. 439) und vom 16. Dezember (Nr. 467) 1906. Doch konnte Iswolsky angesichts des englisch-japanischen Zusammenhaltens nicht ernstlich an eine neue kriegerische Auseinandersetzung mit Japan denken. So bezeigte er im weiteren Fortschreiten der Verhandlungen sich mehr und mehr nachgiebig. Da andererseits im Gegensatz

führung der mit England in Angriff genommenen Fragen vor. Es sei ja richtig, meinte Graf Benckendorff, daß für die allgemeine Stellung Rußlands zu England der Ausgang seiner Auseinandersetzungen mit Japan in gewichtiger Weise mitspreche. Dies sei, seiner Ansicht nach, indessen kein hinreichender Grund, um die Verhandlungen mit England derart hintanzusetzen, wie es jetzt hier geschehe, auch könne er sich der im Ministerium des Äußern vorherrschenden Auffassung von dem düsteren Ernst der Situation hinsichtlich Japans nicht anschließen. Er glaube nicht an aggressive Absichten Japans, um so mehr als England sich zurzeit jeder Beeinflussung seines asiatischen Bundesgenossen in antirussischem Sinne enthalte. Er wolle damit allerdings nicht sagen, daß Japan, in Ausbeutung seiner Siegerstellung, in der Auslegung des Portsmouther Friedens nicht sehr weit gehe und Zumutungen stelle, deren Erfüllung dem Selbstbewußtsein Rußlands sehr schwer fallen müsse. Herr Iswolsky sei aber offenbar übertrieben nervös und schwarzseherisch, vermutlich weniger aus sachlichen wie aus persönlichen Gründen, der Erwägung nämlich, daß der schließliche Ausgang der Verhandlungen mit Japan für Rußland ein erneutes kaudinisches Joch bedeuten könnte, für das Herr Iswolsky, wenn auch mit Unrecht, verantwortlich gemacht werden würde.

Diese Äußerungen des Grafen Benckendorff bestätigen im wesentlichen meine berichtlich bereits dargelegten Beobachtungen.

v. Schoen

Nr. 8523

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 69 St. Petersburg, den 26. Februar 1907

Wie ich kürzlich zu berichten die Ehre gehabt*, spricht sich Herr Iswolsky nunmehr etwas beruhigter über den Gang und die Aussichten der Verhandlungen mit Japan aus. Eine noch zuversichtlichere Sprache

---

zu dem sich völlig passiv verhaltenden England Frankreich, das gleichfalls mit Japan in Verhandlungen über ein Abkommen stand, die am 10. Juni 1907 zum Abschluß führten, in Tokio auf eine Ermäßigung der japanischen Forderungen an Rußland hinwirkte, kam es schließlich am 30. Juli 1907 zu dem japanisch-russischen Vertrage vom 30. Juli 1907, dem am 28. ein Handels- und ein Fischereivertrag voraufgegangen waren. Vgl. dazu auch Anhang sowie A. M. Pooley: The secret Memoirs of Count Tadasu Hayashi, p. 203ff., 220 ff.

* Am 25. Februar hatte Schoen bereits kurz telegraphisch (Nr. 54) gemeldet, daß in den russisch-japanischen Verhandlungen die Hauptschwierigkeiten infolge von Konzessionen auf beiden Seiten überwunden seien. Im Anschluß daran hieß es in dem Telegramm: „Auch russisch-englische Verhandlungen über Verständigung in Asien sind wieder aufgenommen. Der englische Botschafter äußert Vertrauen in baldigen Abschluß."

führt der hiesige japanische Gesandte, der allerdings von vornherein die russische Schwarzseherei als unbegründet bezeichnet hat. Über den Inhalt der Verhandlungen gibt er auch jetzt auf vertrauliches Befragen keine Antwort, er meint aber, man nähere sich nun dem Ende, und zwar einem befriedigenden. Der englische Botschafter glaubt zu wissen, die Japaner hätten auch jetzt, wie in Portsmouth, Bluff mit weitgehenden Forderungen getrieben, hätten jedoch, sobald sie Konzessionen von russischer Seite erreicht, auch ihrerseits viel nachgegeben. Von Einwirkungen dritter Mächte behauptet er nichts zu wissen, es sei nicht wahrscheinlich, daß sich irgend eine Macht für oder gegen die Japaner ins Zeug gelegt habe.

Die englisch-russischen Verhandlungen über eine Verständigung in asiatischen Fragen hätten, so äußerte Sir Arthur Nicolson zu einem unbeteiligten Diplomaten, nur insofern einen losen Zusammenhang mit den russisch-japanischen, als Herr Iswolsky lange Zeit durch die letzteren so absorbiert war, daß er den ersteren wenig Interesse widmete. Sie seien indessen jetzt, angeregt durch die neueren Ereignisse in Persien, wieder in Fluß gekommen, und er habe begründete Aussicht, daß sie in nicht ferner Zeit zu einem befriedigenden Abschluß führen würden.

Für die Vermutung, daß Rußland und England nunmehr in Sachen der asiatischen Verständigung einig sind, wenigstens soweit Persien in Betracht kommt, spricht meines Erachtens auch der Umstand, daß Herr Iswolsky nunmehr mit positiven Vorschlägen über eine Verständigung bezüglich der Bagdadbahn an uns herangetreten ist*. Ich kann mir nicht denken, daß er diesen Schritt unternommen haben sollte, bevor er nicht mit England über eine Teilung der Interessensphären in Persien einigermaßen im reinen war, und ich möchte annehmen, daß er uns das Abkommen über die Bagdadbahn nicht ohne vorheriges Einvernehmen mit England angeboten hat, dessen Widerstand gegen die mesopotamische Bahn noch stärker und mehr von politischen Empfindlichkeiten beeinflußt ist wie der russische.

v. Schoen

Nr. 8524

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 74 London, den 8. März 1907

Ich fragte heute Sir E. Grey, ob die Zeitungsnachrichten zutreffend seien, die von einem günstigen Fortschritt der englisch-russischen Verhandlungen zu berichten wüßten. Der Minister bejahte dies, indem er sagte,

* Vgl. dazu Kap. CLXXXV und Kap. CLXXXVI.

die Verhandlungen seien seit etwa 14 Tagen wieder aufgenommen worden und hätten bereits einige Ergebnisse, insbesondere in der Frage der indischen Grenze, gezeitigt.

Metternich

Nr. 8525

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 227 London, den 19. März 1907

Graf Mensdorff sagte mir, die englisch-russischen Verhandlungen seien, nach Äußerungen des Grafen Benckendorff zu schließen, im besten Gange. Sie umfaßten Tibet, Persien und Afghanistan. Der Ausgleich über Afghanistan biete am meisten Schwierigkeit, da gewisse russische Befürchtungen und Empfindlichkeiten zu überwinden seien.

Auch Sir Charles Hardinge hat sich dem zurzeit hier weilenden früheren österreichischen Diplomaten Fürsten Kinsky gegenüber in der hoffnungsvollsten Weise über den russisch-englischen Ausgleich in Asien ausgesprochen. Fürst Kinsky meint, daß das ganze Abkommen rein negativer Art sein wird — Versprechungen, sich nicht gegenseitig ins Gehege zu kommen.

Als ich ihm mitteilte, daß beide Regierungen schon vor mehreren Monaten übereingekommen seien, an Persien nur gemeinsam Anleihen zu machen*, erwiderte er, daß diese Bestimmung auf einer alten Abmachung aus den neunziger Jahren beruhe, die alle sechs Jahre erneuert werden müsse. Die russische Regierung habe sich zur Zeit, als er Diplomat in Petersburg gewesen sei, an diese Bestimmung nicht gehalten. Auf den Vorwurf des englischen Botschafters habe der russische Auswärtige Minister sich damit entschuldigt, daß die einseitige Anleihe an Persien ohne sein Wissen durch das Finanzministerium gemacht worden sei. Fürst Kinsky glaubt sich zu erinnern, daß im Laufe dieses Winters der sechsjährige Termin zur Erneuerung des Abkommens abgelaufen sei. Die Erneuerung beruhe also auf altem Abkommen und stelle gar keine neue Verständigung dar. Es zeige dies nur, wie sehr man hier bemüht sei, den Ausgleich aufzubauschen. Auch Graf Mensdorff glaubt, qu'on fera mousser l'affaire, um möglichst viel politisches Kapital aus der Verständigung zu schlagen.

Auch der von Herrn von Iswolsky besonders geschätzte Botschaftsrat Herr von Poklewsky, der heute nach Rußland abgereist ist, sieht sehr rosig mit Bezug auf die Verhandlungen.

P. Metternich

---

* Vgl. Nr. 8521, S. 27, Fußnote **.

Nr. 8526

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 252 London, den 27. März 1907

Am Montag früh ist in Portsmouth ein russisches Geschwader, bestehend aus drei Schiffen, eingetroffen.

Da König Eduard telegraphisch den Wunsch geäußert hatte, ein Teil der russischen Offiziere und Mannschaften möchte London besuchen, so begaben sich gestern zufolge der an sie daraufhin gerichteten Einladung 18 Offiziere und 100 Mannschaften des russischen Geschwaders unter Führung eines englischen Marineoffiziers nach London, wo sie während ihres kurzen Aufenthaltes Gäste der Admiralität waren. Am Nachmittage fand zu Ehren des russischen Besuches eine Extravorstellung im Hippodrom statt. Bei dem am Abend veranstalteten Festbankette im Grand Hotel wurden Trinksprüche auf die beiden Souveräne ausgebracht und ein Huldigungstelegramm an König Eduard abgesandt. Nach dem Festbankette fand eine Galavorstellung im Alhambra-Theater statt, welches dem Berliner Wintergarten entspricht, zu der der russische Botschafter, der Erste Lord der Admiralität Lord Tweedmouth, Sir Edward Grey und Admiral Sir John Fisher erschienen waren. Heute früh sind die russischen Seeleute nach Portsmouth zurückgekehrt, von wo das Geschwader morgen wieder in See gehen soll.

Die Presse hat von dem Besuche bisher keine besondere Notiz genommen*.

P. Metternich

Nr. 8527

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 325 London, den 20. April 1907

Nach den vereinzelten Nachrichten, die ich über die englisch-russischen Verhandlungen erhalte, machen dieselben zwar langsame, aber

* In einem Privatbriefe an Staatssekretär von Tschirschky vom 28. März bemerkte Graf Metternich zu dem Thema „englisch-russische Annäherung und Flottenbesuch“ noch: „Der englisch-russische Ausgleich steht innerhalb der schon häufig skizzierten Grenzen vor der Tür. Hier wird man viel Kapital daraus zu schlagen suchen, zum größten Teil aus Furcht vor uns. Sie wollen sich hier vor uns sichern. Daher die neue Sucht nach Freundschaften. Ich bleibe aber dabei, daß sie hier nicht aggressiv sein wollen. — Es ist wohl noch nie dagewesen, daß ein Auswärtiger englischer Minister zur Begrüßung fremder Gäste in ein Varietätentheater geht (Alhambra — Russische Seeleute). Geld bekommen die Russen hier trotzdem nicht.“

sichere Fortschritte. Nachdem die Besorgnisse Herrn Iswolskys über die Haltung Japans sich vermindert haben, scheint er zu größerem Entgegenkommen gegen die englischen Wünsche bereit zu sein, als dies anfänglich der Fall gewesen sein mag[1]. Das Abkommen über Tibet bildet zwar nach dem eigenen Ausspruch des Ministers nur ein protocole de désintéressement, dagegen handelt es sich in Persien anscheinend um Abmachungen von positiverem Inhalt. Die Teilung des Landes in eine russische und englische Interessensphäre dürfte den wichtigsten Punkt der Abmachungen bilden. In Afghanistan macht die Seistanfrage noch immer Schwierigkeiten. Graf Benckendorff sagte mir diesbezüglich, Rußland könne doch nicht gut zugeben[2], daß England Seistan militärisch besetze. Den langsamen Fortschritt der Verhandlungen erklärte er mir mit dem Zeitverlust, der mit der geographischen Feststellung der einzelnen in Betracht kommenden Punkte verknüpft sei. Auch glaube ich aus den Äußerungen des Botschafters schließen zu sollen, daß Herr Iswolsky die Taktik verfolgt, die Verhandlungen mit Japan und mit England de pari passu fortschreiten zu lassen. Graf Benckendorff glaubt zwar nicht, daß England in Tokio zur Nachgiebigkeit gegenüber Rußland geraten habe. Die Japaner hätten selbst eingesehen, daß sie Konzessionen machen müßten. Es ist mir aber bekannt, daß die japanische Regierung zur Zeit ihrer letzten Anleiheverhandlungen in Petersburg Erklärungen darüber abgegeben hat, daß sie keinerlei kriegerische Absichten gegen Rußland hege. Diese Erklärungen dürften unter dem Drucke der hiesigen Finanzkreise erfolgt sein, die ähnlich wie die französische Regierung die Übernahme der japanischen Konversionsanleihe vermutlich von einem besseren Fortschritt der Verhandlungen mit Rußland abhängig gemacht haben. Inwieweit dabei Herr Koch*, der Vermittler der Anleihe, persönlich eine Rolle gespielt hat, möchte ich dahingestellt sein lassen. Tatsache ist, daß Herr Koch, dessen vor einigen Jahren verstorbener Bruder ein sehr bekannter Bankdirektor in St. Petersburg war, sich mehr oder weniger als Russe ansieht[3] und der Vertrauensmann der hiesigen russischen Botschaft ist, die fortlaufend über den Fortschritt der japanischen Anleiheverhandlungen durch ihn unterrichtet war.

Stumm

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Aha! er war und ist angloman

[2] vielleicht doch?!

[3] natürlich

---

* Teilhaber des Londoner Bankhauses Panmure, Gordon and Co.

Nr. 8528

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 147 St. Petersburg, den 21. April 1907

Die aus englischen Zeitungen stammende Nachricht, wonach ein englisches Geschwader in diesem Jahre baltische Häfen anlaufen werde, ist hier meist dahin aufgefaßt worden, daß bei dieser Gelegenheit der Besuch russischer Schiffe in England* erwidert werden solle.

Wenn auch die russische Presse hierzu noch keine Stellung genommen hat, so hört man doch öfters die Ansicht aussprechen, daß gegen den Besuch, der wohl nicht in Kronstadt, sondern in Reval oder einem anderen Hafen stattfinden würde, in diesem Jahre, soweit sich dies bisher übersehen ließe, nicht die gleichen Bedenken wie im Vorjahre zu erheben sein würden.

Die Anwesenheit eines englischen Geschwaders in einem russischen Hafen würde jedenfalls als ein weiterer Schritt zur Vorbereitung einer englisch-russischen Verständigung anzusehen sein, und zwar selbst dann, wenn der Besuch den russischen Marinekreisen etwa deshalb wenig willkommen sein sollte, weil die russische Flotte sich zurzeit in einem ungünstigen Zustande befindet.

Eine offizielle Bestätigung des bevorstehenden Besuches habe ich, wie ich hervorheben möchte, von keiner Seite gehört. Sir Arthur Nicolson sagte mir, er habe von dem Flottenbesuch noch keine Kenntnis und halte ihn auch zurzeit nicht für opportun.

v. Schoen

Nr. 8529

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 440 London, den 30. Mai 1907

Graf Benckendorff sagte mir, daß die russisch-englischen Verhandlungen über Asien fortschreiten und voraussichtlich in etwa einem Monat zum Abschluß gebracht werden würden.

Augenblicklich handele es sich um die Frage, für beide Mächte gleiche Handelsbedingungen mit Afghanistan festzustellen.

Meine Frage, ob England versuche oder versucht habe, das ursprüngliche Programm zu erweitern und auf neue Gebiete auszudehnen, verneinte der Botschafter.

Metternich

---

* Vgl. Nr. 8526.

Nr. 8530

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 631 London, den 26. Juli 1907

Sir Edward Grey hat sich dem Grafen Mensdorff gegenüber, wie dieser mir sagt, kürzlich dahin ausgesprochen, daß die Verhandlungen mit Rußland sich immer noch in die Länge zögen. Wenn beide Regierungen auch schließlich über den Inhalt einig sein würden, so werde dann die schwierige und zeitraubende Frage der Formulierung des Vertrages zu erledigen sein.

Ein mit der hiesigen politischen Leitung in intimer Fühlung stehender Engländer sagte mir kürzlich im Gespräche, er höre aus Petersburg, daß wir dem englisch-russischen Ausgleich dort entgegenarbeiteten.

P. Metternich

Nr. 8531

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 280 St. Petersburg, den 10. August 1907

In einem Bericht des Kaiserlichen Botschafters in London war die Äußerung „eines mit der politischen Leitung in intimer Fühlung stehenden Engländers" erwähnt, der aus Petersburg gehört habe, daß „wir hier dem englisch-russischen Ausgleich entgegenarbeiten"*.

Wenn, wie anzunehmen, die Quelle dieser Information die hiesige englische Botschaft sein und bei dieser tatsächlich die Meinung bestehen sollte, daß wir hier den Engländern Knüppel in die Räder stecken, so stellt diese Auffassung der Beobachtungsgabe meines englischen Kollegen oder seiner Mitarbeiter kein glänzendes Zeugnis aus. Der englischen Botschaft kann es nicht unbekannt sein, daß Euere Durchlaucht nicht nur hier haben erklären lassen, daß eine Verständigung zwischen Rußland und England in asiatischen Dingen, die uns nicht berühren, von Deutschland als ein weiteres Pfand des Weltfriedens gern begrüßt werden würde, sondern daß Euere Durchlaucht das gleiche auch im Reichstag** gesagt haben. Sollte

---

* Vgl. Nr. 8530.

** Am 30. April 1907 hatte Fürst Bülow im Reichstage gesagt: „Gestützt auf Zusicherungen, die uns von beiden Seiten spontan gegeben worden sind, sehen wir dem Abschluß der englisch-russischen Verhandlungen über Persien ohne Unruhe entgegen. Der gleiche ruhige und abwartende Standpunkt gilt für das, was Rußland und England als asiatische Landmächte über innere asiatische Grenzfragen, mag es

die britische Botschaft gleichwohl in dem Wahne befangen sein, daß wir hier ihre Zirkel stören, so würde dies einen starken Zweifel an der Aufrichtigkeit von Euerer Durchlaucht Erklärungen oder den Argwohn voraussetzen, daß ich oder meine Mitarbeiter hier auf eigene Faust eine Politik treiben, welche mit der Auffassung der Kaiserlichen Regierung in Widerspruch stehen würde.

Demgegenüber kann ich nur auf das bestimmteste erklären, daß weder ich noch ein Mitglied der Kaiserlichen Botschaft je durch ein Wort oder auch nur eine Geste, an welche Adresse auch immer, eine dem russisch-englischen Ausgleich über Asien feindselige Stellung eingenommen oder angedeutet haben.

Ich sehe mich zu dieser Erklärung noch deshalb besonders veranlaßt, weil es nicht das erste Mal ist, daß ich der Verdächtigung der Anglophobie begegne. Da ich dazu persönlich nicht den geringsten Anlaß gegeben habe, weder hier noch anderwärts, weder jetzt noch früher, so nehme ich an, daß jene Behauptung von deutschen Widerständen der Ausdruck einer in manchen Köpfen sich findenden fixen Idee ist, wenn sie nicht etwa dem verdächtigen Bedürfnis entsprungen sein sollte, den eigenen Erfolg durch eingebildete oder erfundene Schwierigkeiten in ein helleres Licht zu stellen.

Mein englischer Kollege ist zurzeit auf Urlaub abwesend, kommt aber in den nächsten Tagen hierher zurück. Ich werde dann vorsichtig aus ihm herauszubringen suchen, ob er, wozu ich ihn vorläufig für zu klug halte, Anteil an der albernen Legende hat.

v. Schoen

Nr. 8532

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 286 St. Petersburg, den 18. August 1907

Ich habe meinen englischen Kollegen, der von einem kurzen in London verbrachten Urlaub zurückgekehrt ist, freundschaftlich gefragt, ob er der meinen Nachrichten zufolge dort in manchen Kreisen verbreiteten Meinung

sich nun um Tibet oder um Afghanistan handeln, vereinbart haben oder noch vereinbaren werden. Meine Herren, ich sehe voraus, daß man mir wieder vorwerfen wird, ich nähme die russisch-englische Annäherung zu gleichmütig. Ich nehme sie als das, was sie ist, nämlich als den Versuch, auf einem uns ziemlich fernliegenden Gebiete alte Streitfragen zu begleichen. Ich nehme sie aber auch als Bekräftigung einer Ansicht, die ich als nüchterner Beobachter schon vor Jahren aus dem Auslande hierher mitgebracht habe, nämlich, daß wir den Gegensatz zwischen Walfisch und Elefanten nicht als unveränderlichen Faktor in unsere politische Rechnung einstellen können. Es gibt überhaupt keinen Gegensatz zwischen zwei Mächten, den Deutschland dauernd als eine Gelegenheit für sich und als eine Ungelegenheit für andere ausnützen könnte. Das kann man offen aussprechen ohne Leichtherzigkeit, aber auch ohne Pessimismus."

begegnet sei, daß wir hier dem russisch-englischen Ausgleich entgegenarbeiten.

Sir Arthur Nicolson erwiderte lebhaft und bestimmt, er habe in London nichts Derartiges sagen hören. Wäre er jener Auffassung begegnet, so würde er sie als durchaus irrig nachdrücklich zurückgewiesen haben, denn es sei ihm bekannt, daß wir der wiederholt abgegebenen Erklärung, wonach wir eine russisch-englische Verständigung über asiatische Fragen, die unsere Interessen nicht berühren, mit Genugtuung als ein Element des Weltfriedens betrachten, treu geblieben seien.

Ich habe keinen Anlaß, an der Aufrichtigkeit dieser Versicherungen meines englischen Kollegen zu zweifeln.

v. Schoen

Nr. 8533

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 719 London, den 22. August 1907

Es ist mir nicht bekannt, auf welche Quelle die Nachricht zurückzuführen ist, daß wir in Petersburg dem englisch-russischen Ausgleich entgegenarbeiten. Es scheint mir aber nicht notwendig, den Urheber derselben lediglich in der englischen Botschaft in Petersburg zu suchen, so verdächtig mir auch Sir Arthur Nicolson nach meinen Madrider Erfahrungen, und nachdem er mir hier wiederholt als deutschfeindlich bezeichnet worden ist, erscheint. Es gibt Politiker, die gute russisch-deutsche Beziehungen mit guten deutsch-englischen Beziehungen zurzeit nur schwer vereinbar halten, und zu den Vertretern dieser Anschauung rechne ich in erster Linie auch den Botschafter Grafen Benckendorff und den Botschaftsrat, Herrn Poklewsky[1], die in ihrem Streben nach Herbeiführung einer russisch-englischen Entente jedes Augenmaß und jedes politische Urteil verloren zu haben scheinen. Nicht als ob ich beide Herren der Germanophobie für verdächtig hielte. Graf Benckendorff ist gewiß nicht deutschfeindlich gesinnt[2], und auch Herr Poklewsky ist in dieser Hinsicht meiner Überzeugung nach nicht so schlimm als sein Ruf. Beide aber sind von der Überzeugung durchdrungen, daß jedes Anzeichen für das Vorhandensein guter deutsch-russischer Beziehungen hier mit Mißtrauen betrachtet wird und eine größere Annäherung Englands an Rußland, wie sie ihnen als zu erreichendes Endziel vorschwebt, erschwert. Die jüngste Kaiserzusammenkunft in Swinemünde* hat die Herren besonders beunruhigt, und von einem

---

* Über die Swinemünder Kaiserzusammenkunft (3.—6. August) vgl. Bd. XXII, Kap. CLX, Nr. 7378 und 7379. Wie Iswolsky nach seiner Rückkehr zu Botschafter von Schoen sagte, hätte er sich bei dieser Gelegenheit nochmals mit Fürst Bülow über

Mitgliede der russischen Botschaft höre ich ganz vertraulich, daß die Begegnung Seiner Majestät des Kaisers mit König Eduard* von ihnen mit einem Seufzer der Erleichterung unter dem Gesichtspunkte begrüßt worden ist, daß dieselbe geeignet sei, den ungünstigen Eindruck zu paralysieren, den die Swinemünder Begegnung hier habe hervorrufen müssen[3]. Ähnliche Erwägungen dürften auch Herrn Wesselitzky bei seinen antideutschen Korrespondenzen in der „Nowoje Wremja" leiten. Ich kann mir daher sehr wohl denken, daß es auch außerhalb der englischen Botschaft in Petersburg Persönlichkeiten gibt, die glauben, die englisch-russischen Beziehungen dadurch zu fördern, daß sie in Petersburg wie in London die Ansicht verbreiten, daß Deutschland dem englisch-russischen Ausgleich entgegenarbeite.

Zu den Emissären, die in Rußland für eine Entente mit England tätig sind, gehören Sir Donald Mackenzie Wallace[4] und ein Mr. Baring, der Bruder des Lord Revelstoke, der lange in Rußland gelebt hat, die russische Sprache vollkommen beherrscht und Korrespondenzen für die „Morning Post" schreibt. Er ist ein intimer Freund des Grafen Benckendorff. Sein Bruder, der Finanzier der russischen Regierung in London, ist in der russischen Botschaft Hausfreund. Von einer Seite, die sich oft als gut unterrichtet erwiesen hat, habe ich nun die Vermutung aussprechen hören, daß die beiden vorgenannten Herren die Mission übernommen haben, die russische Presse für den Ententegedanken zu gewinnen, und zwar auch, soweit nötig, mit finanziellen Argumenten. Mein Gewährsmann neigt der Ansicht zu, daß die „Nowoje Wremja" sich solchen Argumenten zugänglich erwiesen hat, und er schließt das unter anderem auch aus den aufsehenerregenden Artikeln, die das Blatt kürzlich über die französisch-russischen Beziehungen gebracht hat**. — Er behauptete übrigens, bestimmt zu wissen, daß einer dieser Artikel aus der Feder des aus dem Dienst entlassenen früheren Botschaftssekretärs Schelking stamme. — Trotzdem glaubt mein Gewährsmann nicht, daß diese Bestrebungen bisher Erfolg gehabt haben. Die russisch-englischen Verhandlungen würden, wenn sie überhaupt zu einem Ergebnis führten, was noch nicht, trotz der Reise Sir Arthur Nicolsons nach London und trotz der Konzessionen, die er von hier nach Petersburg genommen habe, unbedingt feststehe, lediglich eine Regelung rein technischer Fragen zuwege bringen. Von allgemeinen politischen Vereinbarungen sei gar keine Rede, so sehr auch Herr Iswolsky die Anglomanie der Grafen Benckendorff und Konsorten teile. Der Zar sei dafür nicht zu haben. Es handele sich nur um mehrere protocoles de désintéressement. Er habe übrigens bei einem kürzlichen Aufenthalt in Petersburg

---

das dem Abschluß nahe englisch-russische Übereinkommen ausgesprochen und besonders betont, daß hierbei die Interessen und Rechte Deutschlands sorgsam beachtet werden sollten.

* Gemeint ist König Eduards VII. Besuch in Wilhelmshöhe am 14. August. Näheres darüber in Bd. XXIV, Kap. CLXXIV.

** Vgl. Bd. XXII, Kap. CLX, Nr. 7377, S. 66, Fußnote**.

und häufigem Verkehr mit dem Minister den Eindruck gewonnen, daß derselbe eine außerordentlich unbedeutende Persönlichkeit und seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen sei[1]. In seiner ganzen Laufbahn nur an kleinen Posten tätig gewesen, fehle ihm vollständig der Überblick sowie die Erfahrung in der Behandlung großer politischer Fragen. Er habe auch bestimmte Anzeichen dafür, daß der Zar eine wenig günstige Meinung von Herrn Iswolsky habe, der ihm obendrein wegen seiner liberalen Tendenzen verdächtig sei. Aus letzterem Grunde sei es dem Minister auch in keiner Weise gelungen, in der Petersburger Gesellschaft festen Fuß zu fassen, was ihn umsomehr bekümmere, als er großen Wert auf soziale Erfolge lege. Er glaube unter diesen Umständen, daß der Minister nur von dem einen Gedanken beseelt sei, nach einigen äußeren Scheinerfolgen möglichst bald sein Ministerportefeuille loszuwerden und sich einen angenehmen Botschafterposten zu sichern.

Eine Kurzsichtigkeit sieht mein Gewährsmann unter anderem in der Genugtuung, mit der Herr Iswolsky das französisch-japanische Abkommen* begrüßt habe. Er habe zu ihm geäußert, daß dasselbe mit seinem Vorwissen zustande gekommen sei. Er sei ein entschiedener Freund aller der in neuerer Zeit abgeschlossenen Ententen, da sich durch dieselben die Mächte gegenseitig an Händen und Füßen bänden und damit der Friede gesichert werde[5]. Die Befriedigung des Herrn Iswolsky erkläre sich wohl auch damit, daß er von der französisch-japanischen Entente günstige Wirkungen auf die russisch-englischen Beziehungen erwartet habe.

Die Angaben meines russischen Gewährsmannes über die Bedeutung des russisch-englischen Abkommens finden eine gewisse Bestätigung in Angaben, die mir von unterrichteter englischer Seite zugegangen sind. Hiernach würden die bezüglich Persiens vor einigen Wochen abgeschlossenen Vereinbarungen darauf hinauslaufen, dort eine englische und eine russische Einflußsphäre in dem Sinne zu schaffen, daß jeder der beiden Kontrahenten auf die Erwerbung staatlicher oder privater Konzessionen in dem dem anderen Teile zugewiesenen Gebiete verzichte. Der Verzicht Rußlands erstrecke sich auf Seistan, der Englands auf Nordpersien, einschließlich Teherans. Die beiden Interessensphären würden durch einen dem allgemeinen Wettbewerb offenen Teil getrennt. Die dem Bau von Eisenbahnen bisher entgegenstehenden Verträge mit der persischen Regierung würden allmählich aufgehoben werden, sodaß auch den russischen Eisenbahnplänen im Norden nichts mehr im Wege stehen werde. Mein Gewährsmann sagte mir, daß trotz des in diesen Abmachungen zum Ausdruck kommenden Verzichtes Rußlands auf einen Hafen im Persischen Golf[6] dieselben im Foreign Office vielfach sehr ungünstig beurteilt und als eine zu große Nachgiebigkeit gegen die russischen Wünsche angesehen würden.

Es scheint somit, daß weder auf der einen noch auf der anderen Seite der Enthusiasmus für die geplanten Abkommen ein ungeteilter ist, und es

---

* Vgl. dazu Nr. 8522, Fußnote und das folgende Kapitel.

wird interessant sein zu beobachten, welche Beurteilung sie in der öffentlichen Meinung der beiden Länder finden werden, wenn sie endlich das Licht der Welt erblicken.

Stumm

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] nicht mehr wie sein Bruder, der uns verabscheut
[3] hat sie nicht!
[4] Privatjournalist und Gesendeter des Königs E[duards] VII.
[5] Schaafskopf! Ein Ereigniß zerreißt sie wie Spinneweben
[6] elende Schlappheit!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Vorzüglich geschrieben!

Nr. 8534

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 283 St. Petersburg, den 31. August 1907

Das englisch-russische Abkommen ist soeben unterzeichnet worden*. Die Veröffentlichung erfolgt erst nach der Ratifikation.

Miquel

Randvermerk des Fürsten von Bülow:
Es ist wichtig, daß das Abkommen von unserer Presse ruhig und sachlich besprochen und, wenn es, wie ich dies annehme, dem entspricht, was uns von russischer und englischer Seite angekündigt wurde, nicht etwa zu einer englisch-russischen Allianz aufgebauscht oder ohne Not als Verletzung deutscher Interessen hingestellt wird.
B. 1/9.

Nr. 8535

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 306 St. Petersburg, den 5. September 1907

Als die hiesige englische Botschaft von der Urlaubsreise des Herrn Iswolsky nach Karlsbad erfuhr, hat sie, wie ich aus bester Quelle vertraulich höre, hiervon dem Foreign Office Kenntnis gegeben und darauf

---

* Siehe den Text des Abkommens im englischen Blaubuch: Russia Nr. 1 (1907) [Cd. 3750], und daraus neuerdings abgedruckt in: The Cambridge History of British Foreign Policy 1783—1919, Vol. III, p. 358ff.

die Anweisung erhalten, dem Minister nahezulegen, daß er den König Eduard in Marienbad aufsuche. Ob Herr Iswolsky diesem Wunsche entsprechen wird, ist heute hier noch nicht bekannt*, wiewohl von englischer Seite wenigstens vor einigen Tagen nicht hieran gezweifelt wurde. Dieses Bestreben, die Beziehungen zwischen Rußland und England möglichst intim erscheinen zu lassen, entspricht dem ganzen Verhalten Englands während der Verhandlungen. Wenn die letzteren auch von den beiden Mächten streng geheim gehalten wurden, so erhellt doch aus manchen Bemerkungen von Mitgliedern der englischen Botschaft und der Presse, daß England das treibende Element darstellte und mit einiger Unruhe den Abschluß des Abkommens herbeisehnte, während Rußland mehr geschoben wurde. Von dieser Beobachtung bis zu der Vermutung, daß auch gerade England das größere Interesse an dem Vertrage hatte, namentlich um sich für seine gesamte auswärtige Politik mehr Bewegungsfreiheit zu verschaffen, ist kein weiter Schritt.

Begreiflicherweise werden hier manche Stimmen des Mißtrauens und des Unwillens darüber laut, daß das Abkommen der russischen Regierung gewissermaßen aufgezwungen wurde. Man übersieht nicht, daß Rußland aus Schwäche einen Schritt tun muß, den es ohne den japanischen Krieg und die Revolution vermieden haben würde. Besonders scheint dies in der Armee der Fall zu sein. General von Linewitsch hat sich zum Beispiel noch bis zuletzt in scharfer Weise gegen jedes Abkommen mit England ausgesprochen, da der Augenblick für eine freundschaftliche Annäherung an den Bundesgenossen Japans noch nicht gekommen sei. Das Bewußtsein von der Ohnmacht Rußlands dem englischen Ansinnen gegenüber, selbst wenn dieses sich in gemäßigten Formen hält, erbittert auch den Obersten Snjäsarew, den Besitzer des in enger Verbindung mit dem Generalstab stehenden „Golos Prawdy". Er schreibt, mit zäher Konsequenz halte England das russische Volk vom eisfreien Meere zurück. Der neue Vertrag werde dieses Prinzip voraussichtlich wieder in Persien zum Ausdruck bringen. Rußland habe sich, ob es wolle oder nicht, zu dem Vertrag verstehen müssen, um unendliche Reibereien und Verwickelungen zu vermeiden. Er schließe sich durchaus dem Wunsche der „Daily News" an, wonach die Vereinbarungen über Asien nicht in eine entente cordiale verwandelt werden dürften.

Oberst Snjäsarew, der sich früher gelegentlich auf der Botschaft vorgestellt hatte, ließ mir den Artikel vorlegen; ich habe es jedoch abgelehnt, mich in irgendeiner Weise dazu zu äußern.

Wieweit in den leitenden Kreisen eine ähnliche Stimmung herrscht, ist schwer zu beurteilen. Im allgemeinen scheint es der russischen Diplomatie ziemlich leicht zu fallen, England gegenüber gute Miene zum bösen Spiel zu machen, wogegen in den Hofkreisen die Erinnerung an Englands Haltung während des letzten Krieges noch stärker nachwirkt. Je pessi-

* Tatsächlich fand der Empfang Iswolskys von seiten des englischen Königs am 5. September in Marienbad statt.

mistischer der Russe die Lage seines Vaterlandes beurteilt, desto mehr ist er geneigt, sich England zu nähern, zunächst aus Furcht vor neuen Verwickelungen in Ostasien, denen Rußland nicht gewachsen sein würde, und sodann in der Hoffnung, durch die Verständigung mit der liberalen Westmacht endgültig die seit dem Kaiser Alexander III. an Mißerfolgen so reichen Zeiten des Absolutismus zu überwinden. Zwar machen einige Blätter der englischen Regierung das Kompliment, bei den Verhandlungen die Fragen der inneren Politik gänzlich aus dem Spiel gelassen zu haben, aber zweifellos sind die vielen Hinweise auf eine liberale Zukunft das beste Mittel gewesen, um die Abneigung der Massen gegen das an sich dem russischen Volke wenig sympathische England zu beseitigen. Die gelesensten Blätter, wie „Russ", „Rjetsch", „Birschewija Wjedomosti", „Slowo", „Peterburgskaja Gaseta", „Listok", alle mit mehr oder weniger liberaler Tendenz, sind ganz für England eingetreten. Sie sprechen zum Teil den Wunsch aus, das Abkommen möge die Einleitung zu einer engen Freundschaft zwischen beiden Ländern bilden und sich nicht nur in Asien, sondern auch im nahen Orient wirksam zeigen. Bei einigen dieser Zeitungen ist von englischer Seite ein direkter Einfluß ausgeübt worden. England arbeitete also auch hier erfolgreich mit dem liberalen Gedanken, ähnlich, wenngleich natürlich in vorsichtiger Form, wie es vor einigen Jahren in Paris die Parole von der triple alliance libérale: England, Frankreich, Italien, ausgab. Sir Arthur Nicolson schlug sich anfänglich ganz auf die linke Seite und wurde erst später durch seinen Freund Sir Donald Mackenzie Wallace zu größerer Zurückhaltung veranlaßt. —

Mit auffallender Schärfe tritt der „St. Petersburger Herold" gegen die englandfreundliche Politik des Herrn Iswolsky auf, und das zweite deutsche Blatt, die „St. Petersburger Zeitung", kann ebensowenig in die Freude über das Abkommen einstimmen.

Da die einzelnen Bestimmungen des Vertrages noch unbekannt sind, so ist es erklärlich, wenn die hiesigen Vertreter der fremden Mächte ihre Ansicht in Gesprächen noch nicht geäußert haben. Nur der persische Geschäftsträger sagte mir: „Andere Staaten mögen die neue englisch-russische Politik für praktisch und nützlich halten, aber Persien hat dabei nur zu verlieren, es wird die Kosten bezahlen."

Miquel

Nr. 8536

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 325 St. Petersburg, den 25. September 1907

Der englisch-russische Vertrag sollte erst morgen veröffentlicht werden. Eine von der hiesigen Regierung und der englischen Botschaft leb-

haft bedauerte Indiskretion des „Reuter"-Korrespondenten[1] hat jedoch die vorzeitige Bekanntgabe des Textes im Auslande ermöglicht. Ferner ist der Vertrag seinem wesentlichen Inhalte nach, wenn auch in einer für Rußland ungünstigeren Form bereits von der liberalen „Rjetsch" wiedergegeben worden. Der Verfasser dieses Artikels war Herr Briantschaninow, welcher vor einem Jahr ganz gegen den Wunsch des Hofes die Enkelin des Ministers Gortschakow heiratete und sich zu einem Privatpolitiker für auswärtige Politik ausbildet. —

Laut den Vertragsbestimmungen über Tibet erkennen die beiden Mächte die Oberherrschaft Chinas an, verzichten auf jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten sowie auf die Entsendung von Vertretern nach Lhasa und verpflichten sich, in den nächsten drei Jahren keine wissenschaftliche Mission nach Tibet zu schicken. Dieser Vertrag, welcher gewissermaßen den augenblicklichen Waffenstillstand für längere Zeit aufrechterhält, bietet wenig neue Gesichtspunkte und namentlich nicht solche, die Deutschland besonders interessieren könnten.

Eine größere Bedeutung kommt dagegen den Vereinbarungen über Afghanistan zu, wo England sich den Löwenanteil zu sichern gewußt hat[2]. Abgesehen von der Gleichberechtigung im Handel hat Rußland dort keinerlei Rechte mehr geltend zu machen, nachdem es dieses Land ausdrücklich als außerhalb seiner Interessensphäre liegend anerkannt hat. Wenn England verspricht, die politische Selbständigkeit des Landes nicht anzutasten und keine Gebietsteile zu annektieren, so lassen diese Verpflichtungen doch noch einen weiten Spielraum für sein Vorgehen in Afghanistan, wofür die gnädigst gewährte Zusicherung, die Afghanen nicht gegen Rußland aufzureizen, nur einen dürftigen Trost für letzteres bilden dürfte. Die an Marokko erinnernde pénétration pacifique kann leicht die Vorstufe zur Begründung eines englisch-mohammedanischen Weltreichs, der Verbindung von Indien nach Ägypten bilden[3]. Durch den ausschließlichen Einfluß in Afghanistan und die Sicherheit gegen die russische Konkurrenz dürfte England auch einen größeren Rückhalt gegen etwaige indische Aufstandsbewegungen finden. Zur Beurteilung des englisch-russischen Verhältnisses in Afghanistan wird es künftig von Interesse sein, die Entwicklung der dortigen Bahnprojekte zu beobachten. In hiesigen Blättern wurde bereits die Ansicht laut, die Möglichkeit einer Bahnverbindung nach Indien unter Benutzung der Strecke Merw—Kuschk sei nun erheblich näher gerückt.

Ich darf hier einschalten, daß die Nichterwähnung von Ostturkestan auffallen muß. Bekanntlich schenkt Rußland, wie es durch Errichtung von Konsulaten etc. bewiesen hat, diesem Teile Chinas große Aufmerksamkeit und hat dabei das Mißtrauen Englands früher erweckt. Wenn für Tibet die Oberherrschaft Chinas dauernd anerkannt wurde, warum geschah dies nicht auch für Ostturkestan? Die Frage liegt nahe, ob hier nicht den russischen Expansionsgelüsten freie Hand gelassen werden soll, nachdem ihnen in Ostasien und in Afghanistan fast gleichzeitig ein Riegel

vorgeschoben worden ist. Höchstens könnte aus dem russisch-japanischen Vertrage vom 17./30. Juli d. Js. Artikel 2 über die Integrität Chinas geschlossen werden, daß sich Rußland jede Absicht auf Ostturkestan versagen will[4].

In Persien hat Rußland mehr erreicht, als sich nach den Ausführungen der „Rjetsch" annehmen ließ. Das nördliche, dem russischen Einfluß unterworfene Persien wird nicht etwa durch eine gerade Linie vom russisch-afghanisch-persischen Grenzpunkt bis nach Kasri-Schirin an der türkisch-persischen Grenze abgeteilt, sondern diese Linie macht einen starken Bogen nach Süden, sodaß sie auch Jesd und Ispahan, mithin einen großen Teil von Mittelpersien einschließt. Die englische Einflußsphäre erstreckt sich von Belutschistan bis zu einer etwa vom obengenannten russisch-afghanisch-persischen Grenzpunkt über Kirman zum Persischen Golf bei Bender-Abbas führenden Linie. Welchen Charakter man hierbei dem zwischen den beiden Einflußsphären liegenden Dreieck zuerkannt hat, ist nur teilweise im Vertrage zum Ausdruck gebracht. Dadurch ist der russischen Regierung immer noch (vielleicht zum Schein?) die Möglichkeit des Vordringens bis zum Persischen Golf in seiner nördlichen Hälfte gelassen worden. Dieser Umstand wird in russischen Kreisen jedenfalls angenehm berühren. Zum mindesten bleibt die Versicherung Englands, in Nordpersien für sich nichts zu beanspruchen und auch die Ansprüche fremder Staaten dort nicht zu unterstützen, außerordentlich wertvoll für Rußland, besonders in diesem Augenblick seiner großen Schwäche, welcher das überlegene England zu weiterem Vordringen in Persien hätte verleiten können.

Prüft man den Vertrag in seinen Einzelheiten unter Berücksichtigung des früheren Zustandes, so will es mir scheinen, daß die von ihm geschaffenen Neuerungen in Asien hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. In der Tat ist eigentlich nur die Festsetzung der Interesselinien in Persien von grundlegender Bedeutung; aber auch sie ist kaum so eingreifend, daß sie den ganzen Apparat rechtfertigt, mit dem das Abkommen in Szene gesetzt wurde. Schon vorher hatten sich England und Rußland verständigt, sich gegenseitig keine Schwierigkeiten in Persien zu bereiten. In Afghanistan ist schon heute England in einer ungleich bevorzugteren Lage als Rußland, zumal es eine Verbindung mit dem Emir hergestellt hat, die Rußland nicht besitzt. Letzteres würde wohl auf lange Zeit hinaus doch nicht in der Lage gewesen sein, gegen Englands Wunsch dort weiter vorzudringen. Ähnlich steht es mit Tibet; etwas wesentlich Neues ist auch dort nicht geschaffen worden.

Von dieser Betrachtung ausgehend kommt man leicht zu der Schlußfolgerung, daß die Bedeutung des englisch-russischen Abkommens nicht so sehr in Asien, sondern vielmehr in Europa liegt, wo sich seine Folgen auf längere Zeit hinaus bemerkbar machen dürften[5]. Dieser Zweck dürfte England vor allem den dringenden Wunsch nach einer freundschaftlichen Abrechnung mit Rußland nahegelegt haben. Der englische Einfluß muß

in Europa steigen, nachdem die Reibungsflächen mit Rußland beseitigt sind[6]. Letzteres gewinnt Muße zur Reorganisation und hat das Glück, von keiner europäischen Macht hierbei gestört zu werden.

Miquel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wie immer!
[2] wie immer
[3] !
[4] ?
[5] richtig
[6] sehr richtig! und wird uns in Europa noch unangenehmer werden als bisher
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut

Nr. 8537

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 326 St. Petersburg, den 27. September 1907

Als vor einigen Jahren verlautete, es werde eine englisch-russische Verständigung geplant, und als dies mit Rücksicht auf die günstigere Lage Rußlands vor dem japanischen Kriege und vor der Revolution starken Zweifeln begegnete, da trafen die ersten bestimmteren Nachrichten aus England ein. Dies ist nicht zu verwundern. Denn England hat den Plan ausgedacht, ihn während des japanischen Krieges, der die russische Regierung mürbe machte, weiter gesponnen und gleich nach dem Friedensschluß wieder aufgenommen. Die sodann erfolgende Zurückweisung des zu früh angesagten Flottenbesuchs* hat England zwar zu größerer Vorsicht veranlaßt, aber keineswegs von seinem Ziele abgelenkt. So ist es bis zum letzten Augenblick geblieben, wo die hiesige englische Botschaft mit Ungeduld die Unterschrift des Herrn Iswolsky erwartete. Das Abkommen ist weit mehr ein Werk der englischen als der russischen Politik. Rußland ist darauf eingegangen, um sich Ruhe zur Durchführung seiner inneren Reformen und zur Besserung der Finanzen zu verschaffen. Namentlich die russischen Diplomaten, unter anderen Herr Iswolsky[1], sowie die hiesigen liberalen Kreise fanden schließlich den Gedanken an die englische Freundschaft so bequem, daß sie mit Eifer diesem Werke ihre Arbeitskraft widmeten.

Demgegenüber kam die Erwägung, daß der andere Kontrahent soeben noch der Bundesgenosse des feindlichen Japan war, nicht in Betracht. Von Rußland in dieser Beziehung die Feinfühligkeit westeuropäischer

* Vgl. Nr. 8512ff.

Staaten zu erwarten, wäre ebenso verkehrt, als etwa die russische Revolution mit der französischen zu vergleichen. Als aber England schon vor dem japanischen Kriege hier eine Verständigung anbot, lehnte Rußland ziemlich barsch ab, und Herr von Hartwig machte sich ein Vergnügen daraus, hierüber zu sprechen.

England muß zu dem starken Drängen nach einer Verständigung mit Rußland seine guten Gründe gehabt haben. Da es sich vor einer bedrohlichen Ausdehnung des russischen Einflusses in Asien nicht zu ängstigen brauchte, und da das Abkommen tatsächlich auch die asiatischen Verhältnisse nicht sehr wesentlich geändert hat, so liegt die Annahme nahe, daß England sich für europäische Fragen gegen eine feindliche Haltung Rußlands sichern wollte. Deshalb sollte die sich aus einigen asiatischen Differenzen ergebende Spannung zunächst beseitigt werden. Die Abrede über Tibet, Afghanistan und Persien war nur teilweise Selbstzweck, zum großen Teil war sie Mittel zu einem anderen Zweck[2].

Niemand wird England aus dieser Politik einen Vorwurf machen können; man kann die geschickte Durchführung der in seinem Interesse liegenden Pläne nur bewundern[3]. Diese brauchen auch nicht notwendigerweise auf eine deutschfeindliche Richtung zurückgeführt zu werden. Wenigstens hat man sich von Regierungswegen in St. Petersburg wie in London bemüht, diese Annahme zu entkräften. Namentlich wurde es vermieden, irgendwie in deutsche Rechte einzugreifen. In Persien hat jeder Kontrahent lediglich für sich auf die Tätigkeit in einem bestimmten Gebietsteile verzichtet. Von einer pénétration pacifique, bei welcher die Handelsfreiheit anderer Staaten nach dreißig Jahren aufhören sollte, wie in Marokko ist hier nicht die Rede. Die Erfahrungen haben klug gemacht.

Dennoch gilt Deutschland als dasjenige Land, welches am meisten durch das Abkommen betroffen wird. Während der ganzen Zeit der Verhandlungen hat die Presse in England und in Rußland nicht aufgehört, deutschfeindliche Artikel zu bringen, vor allem in der Periode, wo der Abschluß der Verständigung noch nicht sichergestellt war. Durch aufreizende Artikel gegen Deutschland sollte dem Publikum der Gedanke an eine englisch-russische Annäherung mundgerecht gemacht werden: Daher auch bei jeder Verzögerung der Verhandlungen die böswillige Behauptung, die deutsche Regierung, und namentlich die Kaiserliche Botschaft intrigiere gegen den Vertrag! — Ein Analogon zu der Behauptung, Seine Majestät der Deutsche Kaiser hindere die freiheitliche Bewegung in Rußland. Die lange Dauer der Verhandlungen war in Wirklichkeit durch die zeitraubenden mehrfachen Rückfragen nach Indien, Afghanistan und Persien und durch das gelegentlich geringe Empressement des Herrn Iswolsky zu erklären, nicht aber durch Hetzereien Deutschlands, die wenig Sinn in einer Angelegenheit gehabt hätten, wo England will und Rußland muß.

Heute, wo der Vertrag unterzeichnet ist, kommen einige Zeitungen auf ihr früheres Urteil zurück und wiederholen es mit Genugtuung:

„England wurde zum Vertrage veranlaßt nicht etwa durch die eingebildeten Gefahren in Asien, sondern durch das Wachsen einer drohenden Macht in Europa" und „es will im Stillen Ozean und in der Nordsee freie Hand haben"[4].

Den ersten Glockenschlag zu dem neuen Kurs hat Baron Aehrenthal schon vor Jahresfrist vernommen, und, verstimmt über russische Angriffe gegen Österreichs Balkanpolitik, wies er auf die Schwierigkeiten hin, welche Deutschland in Konstantinopel erwachsen könnten. Ob jetzt die Vereinbarungen über Persien Deutschlands dortige Stellung und den Eisenbahnanschluß an die Bagdadbahn erleichtern wird, steht noch dahin. Wie geschickt auch immer der Wortlaut des Vertrages gefaßt sein mag, der Eindruck bleibt nicht aus, daß die Mächte ein Syndikat gegründet haben, mit dem wir zu rechnen haben werden. Dieses Bedürfnis nach engem Zusammenschluß ist ein wenn auch lästiges Kompliment für das deutsche Heer, die deutsche Marine, unsere Kaufmannschaft und die Entwickelungsfähigkeit des deutschen Volkes überhaupt[5].

Miquel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Immer Anglomane gewesen und ist es mehr als je

[2] richtig

[3] ja

[4] es soll nur kommen es wird über den warmen Empfang überrascht werden

[5] sehr gut und richtig d. h. also gegen uns im Ganzen.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Sehr gut

Nr. 8538

*Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Nr. 3945 St. Petersburg, den 9. Oktober 1907

Zum Wechsel auf dem hiesigen Botschafterposten schreibt der „St. Petersburger Herold" vom 26. September/9. Oktober d. Js., der Fort-

---

* Die folgenden Schriftstücke beleuchten ein eigentümliches Nachspiel, das der Abschluß des englisch-russischen Abkommens vom 31. August in einer Reise des englischen Generalissimus Sir John French nach Rußland im Oktober 1907 fand. Daß ein Zusammenhang zwischen beiden Ereignissen bestand, wurde zwar offiziell, u. a. auch von Kriegsminister Haldane, gegenüber Graf Metternich in Abrede gestellt (Bericht Metternichs Nr. 841 vom 15. Oktober), aber in der russischen wie in der französischen Presse ungeniert zugegeben. So schrieb die Zeitung „Russj" nach einem Bericht

gang des Herrn von Schoen* bedeute einen großen Verlust für das Petersburger Deutschtum. Herr von Schoen habe es verstanden, durch sein offenes und entgegenkommendes Auftreten alle Stände und Berufsarten der hiesigen deutschen Kolonie für sich zu gewinnen[1].

Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit habe jedoch in der Festigung der deutsch-russischen Beziehungen bestanden. Der diplomatischen Geschicklichkeit des Herrn von Schoen sei es zu danken, daß der englisch-russische Vertrag nicht als ein Fortschritt der englischen antideutschen Einkreisungspolitik anzusehen sei[2].

Miquel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gut

[2] dafür sorgt die jetzige Zusammenkunft des Generalissimus der Britischen Armee Sir J. French mit Gen[eral] de Lannes (Frankreich) bei Palytzin**.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Die Einkreisungspolitik geht weiter ihren ruhigen unveränderlichen Gang, trotz der Einladung nach Windsor***, die nur eine Finte ist und bestimmt den Dummen beider Nationen Sand in die Augen zu streuen. French's Sendung nach Petersburg 3 Wochen ehe ich nach London komme ist beispiellos; umsomehr wenn man weiß daß seit 40—50 Jahren kein deutscher Heerführer offiziell je in Russland geduldet worden ist!

Miquels vom 19. Oktober (Nr. 352) über die Mission: „Sie hat einen militärischen Charakter, ist aber eng mit der Politik verknüpft. Es ist nämlich die Befürchtung aufgekommen, als könnte die gegenwärtige Gärung in Persien eine Gestalt annehmen, die sowohl die russischen als auch die englischen Interessen bedrohen könnte. Es ist daher die Frage einer eventuellen Besetzung gewisser Teile Persiens durch russische und englische Truppen aufgeworfen worden." Und in „Le Gaulois" hieß es in einem eigenen Artikel über den Besuch Sir John Frenchs in Petersburg vom 12. Oktober: „Ne faut-il pas voir dans la présence du général French sur les bords de la Neva une première manifestation de certains secrets desseins de la politique anglaise? Avec le sens remarquable de l'opportunité qui est une des qualités de sa politique, l'Angleterre n'a-t-elle pas estimé qu'il fallait profiter de l'impression favorable produite en Russie par suite de l'entente russo-anglaise, pour tâcher d'établir un courant de sympathie entre les deux nations, en prenant l'initiative de fournir prétexte à des démonstrations mutuelles d'amitié?" Daß unter solchen Umständen der Besuch des Generals Sir J. French in Petersburg trotz der beschwichtigenden offiziellen Versicherungen bei Kaiser Wilhelm II. und der öffentlichen Meinung in Deutschland Beklemmungen hervorrief, ist verständlich. Sie wiederholten sich, als im März 1908 auch der General Hamilton auf zehn Tage nach Rußland ging und dort Besichtigungen vornahm. Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang noch, daß Sir John French auch König Eduard VII. zu der Revaler Zusammenkunft mit dem Zaren im Juni 1908 begleitete. Vgl. Kap. CLXXXIX, Nr. 8803.

* Am 7. Oktober war die Designierung Botschafter von Schoens zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts bekanntgegeben worden; die offizielle Ernennung erfolgte erst am 30. Oktober. Ende Oktober kehrte von Schoen von seinem Urlaub für kurze Zeit nach Petersburg zurück.

** Chef des russischen Generalstabes.

*** Über den Besuch Kaiser Wilhelms II. in England (November—Dezember 1907) vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXIV.

Nr. 8539

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 342 St. Petersburg, den 11. Oktober 1907

General French ist gestern hier mit dem Dampfer „Wologda" in Begleitung seines Adjutanten Lord Brooke eingetroffen und beim englischen Militärattaché abgestiegen. Gestern besuchte der General den Verweser des Kriegsministeriums General Poliwanow.

Die „Börsenzeitung" bringt folgende Notiz: „Der in Petersburg eingetroffene General French ist mit offiziellen Vollmachten König Eduards ausgestattet und wird daher einigen Ministern und hochgestellten Persönlichkeiten offizielle Visiten abstatten sowie die Schären besuchen. Offiziell wird der Besuch General Frenchs durch seinen Wunsch, die russische Armee kennen zu lernen, erklärt, und wird er daher der Revue über zwei Garderegimenter beiwohnen. Die Aufgabe Frenchs besteht im Studium der in Rußland herrschenden Stimmung und der Prüfung der Zeitgemäßheit des Besuchs eines englischen Geschwaders in Kronstadt."

Demgegenüber hält die hiesige englische Botschaft daran fest, daß der Besuch keinerlei offiziellen Charakter trage. Wie ich höre, wird General French auch das Dragonerregiment in Wasilkow bei Kiew besuchen, dessen Chef Seine Majestät der König von England ist.

In militärischen Kreisen scheint man der Ansicht zu sein, daß die Reise des Generals zur Vorbereitung eines Besuches des Königs Eduard diene.

Miquel

Nr. 8540

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 366 St. Petersburg, den 31. Oktober 1907

Mein englischer Kollege sagte mir aus freien Stücken mit einem gewissen Nachdruck, die Reise des Generals Sir John French, welche von der deutschen Presse viel bemerkt worden zu sein schiene, sei eine ganz private gewesen. Der General sei weder von dem Zaren noch von einer politischen Persönlichkeit empfangen worden. Natürlich habe er dem General Poliwanow, Vertreter des abwesenden Kriegsministers, einen Höf-

lichkeitsbesuch gemacht, und dieser habe dem englischen General, der kein Wort russisch oder französisch spricht, zur Überwindung der sprachlichen Schwierigkeiten einen englisch sprechenden Offizier als Begleiter zur Verfügung gestellt und die Ausrüstung einiger Truppen zeigen lassen. Allerdings habe French dem in Kiew garnisonierenden Dragonerregiment König Eduards einen Besuch gemacht und einen Gruß des hohen Inhabers überbracht, sonst aber habe er keinerlei Mission gehabt. Der General habe die Rückreise über Odessa—Konstantinopel unternehmen wollen, sei indessen durch Quarantäne in seinen Plänen gestört worden und die Donau hinaufgereist[1]. An eine Reise nach Persien, von der die Zeitungen gesprochen, sei nie gedacht gewesen. Jetzt müsse General French längst wieder nach England zurückgekehrt sein. Irgend ein Zusammenhang zwischen der Reise Frenchs und derjenigen eines französischen Generals Delanne bestehe nicht. Der letztere sei General a. D. und lediglich wegen industrieller Unternehmungen, an denen er beteiligt, nach Rußland gekommen. Die beiden Generäle kennten sich nicht und hätten sich nicht gesehen.

Trotz dieser Versicherungen meines englischen Kollegen kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Reise General Frenchs den Versuch von englischer Seite darstellt, bald nach Abschluß der russisch-englischen Vereinbarung über Asien in der allgemeinen Annäherung um einen weiteren Schritt vorwärts zu kommen[2].

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Aha Balkan!

[2] richtig

Kapitel CLXXXIV

Eine Quadrupelentente zwischen England, Rußland, Frankreich und Japan? 1907

Nr. 8541

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 179 St. Petersburg, den 17. Mai 1907

Bei dem letzten Diplomatenempfang sagte ich zu Herrn Iswolsky, ich hätte die russischen Preßstimmen zu dem französisch-japanischen Abkommen* mit großem Interesse gelesen. Der Herr Minister hat sich daraufhin sehr eingehend über seine persönliche Stellungnahme zu dem Abkommen und über die Grundzüge der jetzigen auswärtigen Politik Rußlands geäußert. Offenbar war es ihm im Hinblick auf einige deutsche Preßstimmen darum zu tun, nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als wolle er eine Richtung einschlagen, welche ihn als weniger deutschfreundlich erscheinen lassen könnte. Denn er wiederholte in dem Gespräch stets von neuem, daß die Politik Rußlands zurzeit nicht von den Sympathien der herrschenden Kreise beeinflußt werde, sondern lediglich auf eine dringende Zwangslage zurückzuführen sei[1].

„Sie werden", so meinte der Minister, „aus der gesamten russischen Presse ersehen haben, daß das neue Abkommen außerordentlich günstig beurteilt wurde. Namentlich hat auch die offiziöse ‚Rossija' in diesem Sinne geschrieben. Ich bin in der Tat der gleichen Meinung und erkläre gern, daß das französisch-japanische Abkommen nicht nur mit meinem Vorwissen zustande gekommen, sondern sogar als direkt mit unseren japanischen Verhandlungen** im Zusammenhang stehend zu betrachten ist[2]. Die Ursache hierzu läßt sich mit wenigen Worten schildern.

Nach dem Kriege hat Japan sofort mit neuen bedeutenden Rüstungen begonnen. Wenn auch viele Politiker in Tokio eine besonnene Haltung einnehmen, so fehlt es doch dort nicht an Persönlichkeiten, namentlich

---

* Vgl. dazu Kap. CLXXXIII, Nr. 8522, Fußnote. Den Text des Abkommens (vom 10. Juni 1907) siehe u. a. in: The secret Memoirs of Count Tadasu Hayashi, ed. A. M. Pooley, p. 321f., den wesentlichen Inhalt auch in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1907, S. 266f.

** Vgl. darüber Kap. CLXXXIII, Nr. 8522, Fußnote.

unter den Militärs, die gern auf einen neuen Angriff gegen Rußland hinarbeiten möchten, so daß seit dem Frieden ernste Besorgnisse in St. Petersburg vorhanden gewesen sind[3]. Da der Vertrag von Portsmouth viele Fragen offen gelassen hat, so müssen zwischen Rußland und Japan der Reihe nach mehrere kleinere Abkommen getroffen werden. Im Hinblick auf die hierbei unvermeidlich zutage tretenden Meinungsverschiedenheiten würde die Möglichkeit einer kriegerischen Bedrohung durch Japan von der russischen Regierung sehr unangenehm empfunden werden[4]. Ein neuer Zusammenstoß ist auf jeden Fall zu vermeiden. Als ein Mittel hierzu betrachte ich vor allem auch das neue Abkommen zwischen Frankreich und Japan."

Herr Iswolsky gab nicht näher an, welche Bestimmungen das Abkommen enthält. Ich mußte jedoch aus seinen Worten entnehmen, daß darin in irgendeiner Form die Aufrechterhaltung des gesamten Status quo in Ostasien (namentlich auch in China) als wünschenswert oder notwendig bezeichnet wurde. Zum mindesten muß irgendeine für Rußland günstige Bestimmung darin enthalten sein. Nur so ist es zu verstehen, wenn Herr Iswolsky die Gefahr eines Angriffs der Japaner auf russisches Gebiet (besonders auf Wladiwostok) durch das Abkommen vermindert glaubt.

„Um sich zu vergegenwärtigen," so fuhr der Minister fort, „wieviel uns an dem Frieden gelegen ist, muß man bedenken, wie schwer die Kriegführung auf eine Entfernung von 13000 km ist, wie geschwächt Rußland aus dem Kriege hervorging, und wie ungeheure pekuniäre Anforderungen zu unserer Verteidigung gemacht werden müßten. Allein die ausreichende Befestigung von Wladiwostok würde sich kaum mit 250 Millionen Rubel bewerkstelligen lassen. Es würden Ausgaben ohne Ende sein, die Rußland heute nicht mehr leisten kann. Man stelle sich nun vollends die Wirkung eines Krieges auf die innere Lage vor. Es würde jedenfalls zu einer ganz gefährlichen Bewegung, vielleicht gar zu Bestrebungen, das Reich aufzulösen, kommen, woran doch Europa kein Interesse haben kann[5]. Gleichzeitig würde die Monarchie gefährdet werden." (Hierbei erwähnte der Minister von sich aus die Interessengemeinschaft der Dynastien[6]; die innere Lage erscheint ihm wie gerade so vielen russischen Diplomaten in sehr trübem Lichte, während der Pessimismus in den Verwaltungskreisen weniger hervortritt.)

„Wir müssen uns also um jeden Preis gegen Japan schützen. Hierzu dienen mir der französisch-japanische Vertrag und natürlich auch die Verhandlungen mit England[7]. Aus diesem Gesichtspunkt heraus muß man die Verträge beurteilen und nicht annehmen, daß es sich um Bündnisse oder gar um ein Bündnissystem handelt, welches anderen europäischen Mächten schaden könnte[8]. Es liegt im europäischen Interesse, die Japaner nicht allzu mächtig werden zu lassen[9]. Man wird ja sehen, wie Japan das Prinzip der offenen Tür in Korea und in der Mandschurei auffassen wird[10]. Seinerzeit ist der Ausgang des Krieges von einem großen Teil

Europas[11] freudig begrüßt worden, aber der Rückschlag kann nicht ausbleiben.

Ich weiß sehr wohl, daß die deutsche Regierung und vor allem der Herr Reichskanzler nicht an das angebliche Bündnissystem[12]* glaubt, aber ich möchte gern, daß diese richtige Auffassung in Deutschland in recht weite Kreise dringen möge. Man hat sich noch vielfach nicht die Lage Rußlands klar gemacht. Unsere jetzige Politik mag, das gebe ich zu, befremdend erscheinen[13] und als ‚mesquine' gelten. Es kann gewiß auffallen, daß wir mit England, welches während des Krieges der Verbündete Japans war und noch heute ist, einen Vertrag abschließen, aber wir können uns nicht von unseren Sympathien und Stimmungen leiten lassen[14]; wir müssen eine Politik der Notwendigkeit, der zwingenden bitteren Notwendigkeit befolgen"[15].

Hiernach zeigt es sich von neuem, daß Herr Iswolsky und manche Kreise, denen er nahesteht, zwar seit dem Kriege gegen England eingenommen sind und persönlich auf herzliche Beziehungen zu Deutschland großes Gewicht legen[16], aber sich doch durch die schwierige Lage Rußlands genötigt sehen, sich gerade mit England unter voller Aufrechterhaltung des Zweibundes möglichst freundschaftlich zu stellen[17]. Diese Politik der Gegenwart und der Zukunft ist im Sinne des Herrn Iswolsky ein Ergebnis der Machtstellung Japans, welche der Minister so hoch einschätzt, daß er dagegen auch in Nordamerika, welches sich übrigens seiner Ansicht nach während des Krieges unfreundlich benommen hat, kein wirksames Gegengewicht erblickt.

Rechnet man hierzu noch die Hinneigung aller radikalen Kreise zu England und die hier weithin verbreitete, in der Presse stets von neuem zum Ausdruck gelangende Abneigung gegen Deutschland, so kommt es praktisch darauf hinaus, daß Deutschland für die russische Regierung erst in dritter und vierter Linie in Betracht kommt[18]. Rußland wird daher wohl von uns nicht mehr als eine freundliche, aber doch sehr gemessene[19] Haltung erwarten können.

Dagegen dürfte es vielleicht nützlich sein, Herrn Iswolsky persönlich keine Schwierigkeiten zu machen und nur zu versuchen, ihn von der großen Furcht vor Japan allmählich abzubringen. Ich habe im Laufe des Gespräches eingeworfen, daß ich gehört hätte, die Veränderungen in der japanischen Armee bedeuteten keineswegs eine Vorbereitung zu einem

* Seit Mitte März war namentlich in englischen und japanischen Zeitungen viel die Rede von der Eventualität eines Vierbundes zwischen Rußland, Frankreich, England und Japan. Nach einem offiziellen Dementi des Reuterschen Bureaus wären alle Meldungen von Verhandlungen behufs Abschlusses einer solchen Entente à quatre betreffend den Fernen Osten unzutreffend. Ein ähnliches Dementi erfolgte von japanischer Seite. Auch der Botschafter in Tokio Freiherr Mumm von Schwarzenstein sprach sich in einem Telegramm vom 19. März (Nr. 25) dahin aus, daß es sich bei jenen Meldungen in der Hauptsache wohl nur um müßige Kombinationen handele, die durch den Fortgang der englisch-russischen und der japanisch-russischen Verhandlungen hervorgerufen wären.

neuen Kriege, sondern dienten nur dazu, die im Laufe des früheren Krieges entstandenen Schäden auszugleichen. Der Minister erwiderte, dies könne möglich sein, die Bedrohung bliebe aber für Rußland die gleiche.

Miquel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Warum hat er sich nicht ehrlich zu uns öffentlich geschlagen und sich mit uns vereint!?
[2] das wird er mal bitter bereuen!
[3] und dazu veranlaßt er Gallier auch noch das Geld vorzuschießen
[4] ach du liebe Zeit! Soweit will er schon heruntergekommen sein
[5] ?
[6] in Praxi macht er keinen Gebrauch davon!
[7] aha!
[8] ?!
[9] und daher pumpt ihnen Gallien mit Russ[ischer] Genehmigung mehrere Milliarden!
[10] garnicht! Es macht sie zu!
[11] von uns nicht!
[12] ich glaube dran und meine Landsleute alle!
[13] das weiss der Deibel
[14] das sind eben Stimmungen!
[15] bei der wie gewöhnlich Deutschland gar nicht in Betracht kommt, als wäre es nicht da!
[16] Quatsch! Er denkt nicht daran!
[17] also 3 Bund!
[18] richtig
[19] kühl wie ein Eiszapfen!

Nr. 8542

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Konzept

Nr. 444
Vertraulich

Berlin, den 2. Juni 1907
[abgegangen am 11. Juni]

Der hiesige „Lokalanzeiger" vom 12. v. Mts. brachte die im Ausschnitt anliegende Meldung seines Pariser Korrespondenten*, worin unter Berufung auf erhaltene Aufklärungen von seiten diplomatischer russischer

---

* Die Meldung des „Lokalanzeiger" lautete: „Ich erhalte aus diplomatischen russischen Kreisen folgendes Augenblicksbild der zwischen Japan und Rußland schwebenden Unterhandlungen: Japan verlangt viel in Petersburg. Seine Vertreter glauben sich immer noch am Konferenztisch von Portsmouth und sind so anspruchsvoll, als handle es sich nicht um Durchführungsbestimmungen, sondern um eine völlige Revision des Portsmouther Friedensvertrages mit neuen für Rußlands Weltstellung recht bedenklichen Bedingungen. Man kommt immer wieder mit dem Hinweis auf die aus seinem

Kreise im Zusammenhang mit den japanisch-russischen Verhandlungen etwas dunkle Andeutungen über gleichzeitige Verhandlungen gemacht werden, die den Beitritt Rußlands zu einer „Koalition" bezwecken sollen. In nicht mißzuverstehender Weise spielt die Korrespondenz an auf eine gegen Deutschland gerichtete Koalition zwischen England, Japan, Frankreich und Rußland. Der letztere Staat ist, wie weiter gesagt wird, an sich nicht abgeneigt, der Koalition beizutreten, will sich aber damit in voller Kenntnis des Wertes, den sein Beitritt für die Koalition haben würde, nicht übereilen. Noch bedenklicher wird die Sache durch die Hinzufügung, daß bei dem gegenwärtigen Verhältnisse Rußlands zu den innerhalb und außerhalb der Koalition stehenden Mächten die große Schwierigkeit darin bestehe, die wahren Ziele der Koalition schriftlich so festzulegen, daß deren Veröffentlichung ohne Gefahr diplomatischer Komplikationen erfolgen könnte. Auch in dieser Bemerkung liegt unverkennbar wiederum eine deutliche Anspielung auf Deutschland.

Ich brauche nicht näher auszuführen, eine wie ernste Sache für uns ein förmlicher Anschluß Rußlands an Japan und die beiden Westmächte mit einer sichtlichen Tendenz gegen uns sein würde.

Der betreffende Korrespondent des „Lokalanzeiger" scheint allerdings nach einer vor einigen Jahren mit einer ebenfalls von ihm lancierten Tendenznachricht gemachten Erfahrung auf besondere Glaubwürdigkeit keinen Anspruch zu haben. Immerhin würden wir bei unserer heutigen internationalen Lage die gebotene Vorsicht verabsäumen, wenn wir selbst dergleichen Stimmen ganz unbeachtet ließen.

Es kommt hinzu, daß auffallenderweise in dem Bericht des Herrn von Miquel vom 17. v. Mts. Nr. 179* Äußerungen des russischen Auswärtigen Ministers wiedergegeben sind, die eine merkwürdige Annäherung der Ideen des Ministers an den Gedankengang des „Lokalanzeiger"-Artikels verraten und sich fast wie ein Präludium zu einer Wendung der russischen Politik nach dieser Richtung ausnehmen. Ich denke dabei namentlich an die Bemerkung Iswolskys, daß die russische Politik jetzt nicht von Sympathien der herrschenden Kreise beeinflußt werde, sondern

---

Beitritt zur Koalition für Rußland erwachsenden moralischen Vorteile. Es besteht aber beim gegenwärtigen Verhältnis Rußlands zu den innerhalb und außerhalb der Koalition stehenden Mächten die große Schwierigkeit, die wahren Ziele dieser Koalition schriftlich festzulegen, so daß deren Veröffentlichung ohne Gefahr diplomatischer Komplikationen erfolgen könnte. Die wichtigste aller Fragen bleibt die des gegenseitigen Vertrauens. Aber gerade in dieser Richtung zeigt man sich gegenüber Japan in Petersburg zurückhaltender, als dies in London und Paris vielleicht gewünscht wird. Das durch mannigfache Erfahrungen gewitzte Rußland will in voller Kenntnis des Wertes, den sein Beitritt zur Koalition für diese besitzt, sich keineswegs übereilen. Zunächst ist es also an Japan, einige seiner wahrhaft exorbitanten Forderungen herabzumindern. Daran will das Petersburger Kabinett erkennen, ob man darauf hält, daß Rußland nicht notgedrungen sondern gern seine wichtigsten Interessen der Koalition anvertraue."

* Siehe Nr. 8541.

der dringenden Zwangslage Rechnung tragen müsse. Allerdings hat der Minister sich beeilt hinzuzufügen, daß es sich nicht um Bündnisse oder gar um ein Bündnissystem handle, welches anderen europäischen Mächten schaden könnte. Vielleicht wird man aber in dieser Verwahrung den Nachdruck auf die letzten Worte, „anderen europäischen Mächten schaden könnte", zu legen haben, denn Herr Iswolsky sagte dann, daß Rußlands jetzige Politik befremdend erscheinen und als „mesquine" gelten könnte.

Ähnlich klingende Äußerungen Iswolskys hat, wie wir aus Wien erfahren, Ihr österreichisch-ungarischer Kollege seiner Regierung berichtet.

Angesichts dieser Sachlage ist es erforderlich, daß Ew. Exzellenz auch Ihrerseits den Andeutungen des „Lokalanzeiger" näher nachgehen und herauszubekommen versuchen, ob sich Anhaltspunkte dafür finden, daß die russische Politik den Eintritt Rußlands in eine Koalition mit den drei oben genannten Mächten betreibt oder ventiliert.

Wenn Ihre sonstigen Bemühungen zu diesem Zwecke ohne sicheres Ergebnis nach der einen oder anderen Richtung bleiben, so wird in Anbetracht der Wichtigkeit des Gegenstandes auch nichts dawiderstehen, daß Sie den Zeitungsartikel Herrn Iswolsky direkt vorlegen, um aus den Bemerkungen, die er dazu macht, ein Urteil darüber zu gewinnen, ob er uns gegenüber ein reines Gewissen hat oder aber tatsächlich damit umgeht, über die durch die Geschichte geheiligten und für beide Reiche nützlichen Bande zwischen Preußen-Deutschland und Rußland leichten Herzens sich hinwegzusetzen und allen zwischen den beiden Kaisern und schon deren Vorfahren getroffenen Verabredungen zum Trotz Rußland an die Seite der Gegner Deutschlands zu führen.

Wir können es verstehen und werden uns damit abfinden, wenn der Leiter der auswärtigen Politik Rußlands auf Grund seiner Auffassung von der Lage seines Landes unter Festhaltung an dem französischen Bündnis durch Begleichung der mit Japan und mit England bestehenden Reibungsflächen sich gegen Komplikationen mit diesen beiden Staaten Sicherheit zu verschaffen trachtet. Wir können es aber nicht verstehen und finden es durch das Sicherungsbedürfnis nicht gerechtfertigt, wenn Rußland sich mit den erwähnten drei Staaten zu einer Koalition zusammenschließt, die, möge sie auch ostentativ nur defensive Zwecke affichieren, doch der Natur der Sache nach direkt gegen uns gerichtet ist und unsere Weltstellung bedrohen muß. Ew. Exzellenz wollen Herrn Iswolsky darüber nicht im Zweifel lassen, daß nach unserer Auffassung Rußlands Anschluß an eine solche Koalition mit dem Fortbestande seines bisherigen Verhältnisses zu uns unvereinbar sein, Rußland vielmehr sich damit in die Zahl unserer Gegner einreihen würde.

Mühlberg

Nr. 8543

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 180 St. Petersburg, den 19. Juni 1907

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 102* und auf Erlaß Nr. 444**.

Herr Iswolsky sagt mir, daß er von der Mitteilung über das französisch-englisch-spanische Abkommen, die ihm gleichfalls am vorigen Sonnabend zugegangen, völlig überrascht worden sei. Er sei über die Vorverhandlungen nicht unterrichtet, geschweige denn in dieselben hineingezogen gewesen. Streng vertraulich fügte er hinzu, er betrachte das Abkommen nicht als beunruhigend, aber immerhin, umsomehr als eine besondere Veranlassung für dasselbe nicht ersichtlich, als ein Glied in einer von England geschmiedeten für Deutschland nicht erfreulichen Kette. Er halte derartiges Abkommen zum mindesten für nicht nützlich und würde seinerzeit die Hand zu ähnlichen Abmachungen nicht bieten.

Anders verhalte es sich bei den dem Abschluß nahen Abkommen Rußlands mit England und mit Japan. Hier handele es sich um ganz bestimmte, scharf umgrenzte Fragen und Gebiete und die Beseitigung von Reibungsflächen. Diese Abkommen hätten keinerlei Spitze gegen irgend eine andere Macht, am wenigsten gegen Deutschland. Sollten deutsche Interessen berührt werden, so würde er uns loyal in Kenntnis setzen und freundschaftliche Verständigung mit uns suchen. Mit Japan erstrebe er allerdings neben den Konventionen über Fischerei, Handelsvertrag und Eisenbahnverbindungen einen Vertrag allgemeinpolitischen Charakters, ähnlich dem japanisch-französischen; dies geschehe aber lediglich, um Japan auf den Status quo festzunageln und an weitergehenden Aspirationen zu hindern. Der Beitritt zu irgendwelcher Koalition oder Kombination sei ihm weder von Japan noch sonst einer Macht angesonnen worden, und er gebe mir gern die bestimmteste Versicherung, daß er zum Eintritt in eine politische Koalition, welcher Art auch immer, am allerwenigsten einer solchen, welche eine mehr oder weniger offene Spitze gegen Deutschland haben oder gewinnen könnte, nie und nimmer zu haben sein werde.

Schoen

---

* Durch Telegramm Nr. 102 vom 17. Juni 1907 war Botschafter von Schoen von dem englisch-französisch-spanischen Notenaustausch vom 16. Mai über die Aufrechterhaltung des Status quo im Mittelmeer verständigt worden.

** Siehe Nr. 8542.

Nr. 8544

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 218 St. Petersburg, den 19. Juni 1907
Vertraulich

Ich habe heute Gelegenheit gehabt, Herrn Iswolsky auf das Thema einer angeblich im Werden begriffenen Koalition Japans-Frankreichs-Englands und Rußlands zu bringen.

Er selbst begann die Unterhaltung mit Berührung der neuesten französisch-spanischen und englisch-spanischen Abkommen. Die Mitteilung hiervon sei ihm am 15. d. Mts., am gleichen Tage wie den übrigen Kabinetten, zugegangen, also nicht etwa, wie in französischen Blättern behauptet, vorher. Wenn er auch seinerzeit von den Gerüchten über eine englisch-spanische Vereinbarung, die nach dem Besuch König Eduards in Cartagena auftauchten, gehört habe, so sei ihm die jetzige Nachricht doch überraschend gekommen. Er habe von den stattgehabten Verhandlungen keine Kenntnis gehabt, geschweige denn, daß er in dieselben hineingezogen worden wäre. Er müsse gestehen, daß die neuerlich anscheinend beliebte Anhäufung von Vereinbarungen, die offenbar der englischen Initiative entspringen, seinen Beifall nicht habe. Für den Abschluß der gegenwärtigen Abkommen mit Spanien falle es ihm schwer, irgend einen plausiblen Grund zu entdecken. Niemand denke daran, den Status quo des Besitzstandes und der Interessen der drei in Frage kommenden Mächte im Mittelmeer und im Atlantischen Ozean umzustoßen. Die Abkommen erschienen ihm daher überflüssig und wenn auch nicht beunruhigend, so doch nicht nützlich, da sie einer unruhigen Tendenz zu entspringen, ein Glied in einer Kette zu bilden schienen, die England, wenn auch vielleicht ohne aggressive Absichten, so doch ohne freundschaftliche Gefühle um Deutschland zu schmieden am Werke sei. Er nehme an, daß diese neuen Abkommen, dieses Hereinziehen einer dritten Westmacht in die entente cordiale in Berlin nicht angenehm berührten, und er sympathisiere mit derartigen Gefühlen.

Ganz anders verhalte es sich mit den Vereinbarungen, die Rußland mit England und Japan zu schließen im Begriffe stehe. Hier handle es sich nicht wie bei dem Abkommen mit Spanien um vage Voraussetzungen und einen Hintergrund politischen Anschmiegens, sondern um ganz bestimmte Fragen und Gebiete, über die eine Verständigung behufs Vermeidung verhängnisvoller Konflikte dringend geboten sei. Irgend eine Spitze gegen dritte Mächte bleibe den russisch-englischen und russisch-japanischen Vereinbarungen fremd. Bezüglich der Verständigung mit England sei von beiden Seiten ausdrücklich erklärt worden, daß sie die

Interessen dritter Mächte sorgsam zu wahren habe und im besonderen keinerlei unfreundliche Tendenz gegen Deutschland haben dürfe. Für eine gleiche Verwahrung bezüglich der russischen Verständigung mit Japan liege keine Veranlassung vor, er nehme aber keinen Anstand, allgemein zu erklären, daß Rußland bei Abmachungen mit anderen Staaten in allen Fragen, die auch deutsche Interessen berührten, sich mit uns in voller Loyalität rechtzeitig ins Benehmen setzen und eine freundschaftliche Verständigung suchen würde.

Ich benutzte diesen Anlaß zu der Bemerkung, ich hätte gehört, daß Herr Iswolsky außer den besonderen im Portsmouther Frieden vorgesehenen Spezialkonventionen über Fischerei, Handelsbeziehungen und Eisenbahnverbindungen auch einen allgemeinen politischen Vertrag mit Japan abzuschließen gedenke. Auch sei ich in der Presse wiederholt dem Gedanken einer Koalition zwischen Japan, Frankreich, England und Rußland begegnet. Man sage, Rußland sei dem Beitritt nicht abgeneigt, wolle aber temporisieren, da es nicht leicht sei, eine Formel zu finden, die nicht eine Tendenz gegen andere Mächte verrate. Wenn derartige Dinge tatsächlich im Gange sein sollten, so könnte uns das nicht gleichgültig lassen.

Herr Iswolsky erwiderte, es sei ihm lieb, sich offen aussprechen zu können. In der Tat beabsichtige er noch den Abschluß eines allgemeinen politischen Vertrages mit Japan. Bekanntlich seien die Verhandlungen über die Spezialkonventionen seinerzeit infolge unerhörter Forderungen von japanischer Seite ins Stocken geraten, ja dem Abbruche nahe gewesen, und es sei ein Moment eingetreten, wo Rußland allen Ernstes sich vor die Frage gestellt sah, ob es nicht wieder zum Schwerte greifen müßte. Er selbst sei damals auf den Gedanken gekommen, Japan einen allgemeinen Vertrag vorzuschlagen, welcher die Aufrechterhaltung des Status quo in Ostasien und der Integrität Chinas ausspräche. Japan würde dadurch an das Bestehende gebunden, und es würde seinen etwaigen weiteren Aspirationen ein Riegel vorgeschoben werden. Für diese Abmachung habe eine unverdächtige Formel gefunden werden müssen, keineswegs aber für eine weitere Kreise umfassende Vereinbarung. Frankreich sei Rußland in den bezüglichen Verhandlungen etwas zu Hilfe gekommen und zu einer Abmachung ähnlichen Inhalts bereits gelangt, während die Verhandlungen zwischen Rußland und Japan, da hier zunächst die Spezialabkommen fertig zu stellen waren, noch nicht abgeschlossen seien. Eine Tendenz gegen irgend eine dritte Macht, das wiederhole er, wohne diesen Abmachungen nicht inne, es handle sich weder um Allianzen noch um ein Allianzsystem.

Was nun die angebliche Koalition betreffe, so sei ihm weder von Japan noch einer anderen Macht der Gedanke einer solchen entgegengebracht, geschweige denn der Beitritt nahegelegt worden. Und wenn dies geschehen wäre, so würde er abgelehnt haben. Er könne mir auf das bestimmteste erklären, daß Rußland in keinerlei politische Koalition oder Kombination, welcher Art auch immer, eintreten werde, am wenigsten

in eine solche, welche eine offene oder versteckte Spitze gegen Deutschland hätte oder gewinnen könnte. Dafür wäre er sowohl wie sein kaiserlicher Herr nie und nimmer zu haben.

Ich dankte Herrn Iswolsky für die offene Aussprache und die Versicherungen, die ich nicht anders erwartet hätte, da ich mir nicht denken könnte, daß die Leiter der russischen Politik leichten Herzens von dem jahrhundertalten, durch gewichtige Interessen vorgezeichneten Wege aufrichtiger und enger Freundschaft mit Deutschland abweichen würden.

v. Schoen

Nr. 8545

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 205 St. Petersburg, den 31. Juli 1907

Wie Herr Iswolsky mir streng vertraulich sagt, hat er gestern mit dem japanischen Gesandten das politische Abkommen über Anerkennung und Erhaltung des beiderseitigen Status quo unterzeichnet, nachdem die Konvention über Fischerei und Eisenbahnanschlüsse sowie Handelsvertrag bereits vor einigen Tagen zur Unterzeichnung gelangt waren. Iswolsky wird den Text des politischen Abkommens dem Herrn Reichskanzler in Swinemünde zur Kenntnis bringen*, worauf es den anderen Mächten mitgeteilt werden soll.

Schoen

---

* Tatsächlich hat Iswolsky gelegentlich der Zusammenkunft der beiden Kaiser in Swinemünde (3.—6. August 1907) dem Fürsten Bülow den Text des russisch-japanischen Abkommens vom 30. Juli 1907 mitgeteilt. Vgl. darüber Bd. XXII, Kap.CLX, Nr. 7378. Die beiden Artikel des Abkommens lauteten:

Article I:

Chacune des Hautes Parties Contractantes s'engage à respecter l'intégrité territoriale actuelle de l'autre et tous les droits découlant, pour l'une et pour l'autre Partie, des traités, conventions et contrats en vigueur entre elles et la Chine, copies desquels ont été échangées entre les Parties Contractantes, (en tant que ces droits ne sont pas incompatibles avec le principe de l'opportunité égale), du Traité signé à Portsmouth le 23 août/6 septembre 1905, ainsi que des conventions spéciales conclues entre le Japon et la Russie.

Article II:

Les deux Hautes Parties Contractantes reconnaissent l'indépendance et l'intégrité territoriale de l'Empire de Chine et le principe de l'opportunité égale pour ce qui concerne le commerce et l'industrie de toutes les nations dans cet Empire, et s'engagent à soutenir et à défendre le maintien du statu quo et le respect de ce principe par tous les moyens pacifiques à leur portée.

Nr. 8546

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Tokio Freiherrn Mumm von Schwarzenstein

Konzept

Nr. A 336 Berlin, den 5. August 1907

Die von Ew. pp. erörterte Frage*, ob es für Deutschland wünschenswert sei, ein ähnliches Abkommen mit Japan anzubahnen, wie es kürzlich Frankreich abgeschlossen hat, war hier bereits Gegenstand von Erwägungen gewesen. Das Resultat dieser Erwägungen ist dasselbe, zu dem auch Ew. pp. gelangt sind, daß es sich nicht für uns empfiehlt, die Initiative zu einem solchen Abkommen zu ergreifen. Auch betreffs der Gründe einer derartigen Zurückhaltung pflichte ich Ew. pp. Ansichten bei.

In der Tat würde es unserem Ansehen nur schädlich sein können, wenn wir jetzt mit einer Abmachung nachhinken würden. Wir würden dabei ebenso wie Frankreich den Eindruck hervorrufen, als fühlten wir uns nicht sicher und fürchteten uns vor Japan. Zudem ist ein besonderes Abkommen nach Analogie des japanisch-französischen für die Wahrung unserer Interessen in Ostasien überflüssig. Wir sind genügend gedeckt durch das deutsch-englische Abkommen vom 16. Oktober 1900. Dadurch, daß Japan am 29. Oktober desselben Jahres diesem Abkommen beigetreten ist, hat es nicht nur seine Übereinstimmung mit unserer Politik der Erhaltung der Integrität Chinas und der Offenen Tür daselbst in bindender Form bekundet, sondern es hat auch unsere Position in Kiautschou anerkannt. Eine solche Anerkennung liegt in den einleitenden Worten des Abkommens, wo es heißt, daß die vertragschließenden Teile „von dem Wunsche geleitet, ihre Interessen in China und ihre Rechte aus bestehenden Verträgen aufrecht zu erhalten, übereingekommen sind usw." Zum Überfluß haben die Japaner außerdem bis in die neueste Zeit immer wieder erklärt, daß sie nicht daran dächten, uns Kiautschou zu mißgönnen.

Es sprechen aber auch noch andere Gründe gegen ein Abkommen der hier in Frage kommenden Art. Wie aus der Berichterstattung des Kaiserlichen Gesandten in Peking hervorgeht, hat das japanisch-französische Abkommen in China sehr mißfallen**; durch eine Nachahmung desselben würden wir also Gefahr laufen, uns unsere gute Stellung in China zu verderben. Bei den zurzeit zwischen Japan und den Vereinigten Staaten

---

* Am 16. Juni hatte Freiherr von Mumm aus Anlaß verschiedener japanischer Zeitungsartikel die Frage aufgeworfen, ob es wünschenswert sein würde, wenn Deutschland ein ähnliches Abkommen mit Japan eingehen würde wie Frankreich (und nach diesem Rußland). Freiherr von Mumm verneinte diese Frage, vor allem im Hinblick darauf, daß ein solches Abkommen zwischen Deutschland und Japan eigentlich schon bestand, da Japan am 29. Oktober 1900 dem deutsch-englischen Jangtseabkommen beigetreten war.

** Siehe Anhang.

bestehenden Schwierigkeiten würde ferner ein deutsch-japanisches Abkommen voraussichtlich in Washington nicht angenehm berühren.

Aus allen diesen Gründen werden wir uns einer Initiative in dieser Sache zu enthalten haben.

Dafür, daß die Japaner wünschen, ein analoges Abkommen wie mit Frankreich und neuerdings mit Rußland auch mit uns zu schließen, liegen hier keine Anzeichen vor. Weder der Botschafter Inouye noch Herr Tsudzuki oder Admiral Yamamoto, die unlängst hier Gelegenheit zu politischer Aussprache hatten, haben irgendwelche Andeutungen in diesem Sinne fallen lassen.

Sollten Ew. pp. etwaigen solchen Andeutungen nicht ausweichen können oder vielleicht bestimmten Anträgen begegnen, so bitte ich in freundlicher Form zu antworten, daß Ihnen die Ansicht der Kaiserlichen Regierung darüber nicht bekannt sei, und mir sofort telegraphisch Meldung zu erstatten. Auch stelle ich Ew. pp. ergebenst anheim, falls Ihnen dies angebracht erscheint, in der Presse unter Hinweis auf den Text des deutsch-englischen Abkommens von 1900 zu verbreiten, daß durch den Beitritt Japans zu diesem Abkommen sowie durch häufigen Meinungsaustausch zwischen deutschen und japanischen Staatsleuten die Identität der politischen Ziele beider Länder hinreichend deutlichen Ausdruck gefunden habe, um nicht der Bekräftigung durch ein besonderes Abkommen zu bedürfen, das nichts wesentlich Neues zu bieten vermöge.

Den Empfang dieses Erlasses bitte ich zu bestätigen.

Tschirschky

Anhang

Eine Deutsch-Amerikanisch-Chinesische Entente?

Nr. 8547

Der Gesandte in Peking Graf von Rex an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 145 / Peking, den 4. Juli 1907
[eingetroffen am 18. August]

Ich begab mich gestern auf das Waiwupu*, um womöglich festzustellen, wie die chinesische Regierung über den französisch-japanischen Vertrag** denke. Leider konnte ich nur konstatieren, daß das Waiwupu sich noch keine Ansicht über den Vertrag gebildet hatte; die Herren erklärten, sie seien über den wirklichen Wortlaut des Vertrages noch im unklaren. Der japanische Gesandte habe ihnen zwar im Auftrage seiner Regierung den Text in japanischer und chinesischer Sprache übergeben, der chinesische Text schiene ihnen aber nicht einwandsfrei. Der französische Gesandte habe nur mündlich den ungefähren Inhalt des Vertrags dem Waiwupu mitgeteilt. Bei dieser Sachlage habe das Waiwupu noch keine Beratung mit dem Prinzen Tsching über den Vertrag gepflogen. Ich legte nun den Herren den hier gehorsamst beigefügten Artikel der „North China Daily News" vor***, in welchem der Vertrag in der weitgehendsten

* Chinesisches Ministerium des Äußern.

** Der entscheidende Passus des französisch-japanischen Abkommens vom 10. Juni 1907 betreffend die Unabhängigkeit und Integrität Chinas sowie die Garantie des beiderseitigen Besitzstandes auf dem asiatischen Festlande lautete: „Les Gouvernements du Japon et de la France, d'accord pour respecter l'indépendance et l'intégrité de la Chine ainsi que le principe de l'égalité de traitement dans ce pays pour le commerce et les ressortissants de toutes les nations, et ayant un intérêt spécial à voir l'ordre et un état de choses pacifique garantis notamment dans les régions de l'empire chinois voisines des territoires, où ils ont des droits de souveraineté, de protection ou d'occupation, s'engagent à s'appuyer mutuellement pour assurer la paix et la sécurité dans ces régions, en vue du maintien de la situation respective et des droits territoriaux des deux parties contractantes sur le continent asiatique."

*** Nach dem Artikel der „North China Daily News" vom 21. Juni hätten sich Frankreich und Japan in dem Vertrage vom 10. Juni — in Geheimartikeln? — über ihre gegenseitigen Interessensphären in China in einer Weise verständigt, die dem Beginn einer Aufteilung gleich gekommen wäre.

Weise interpretiert wird. Ich bat die Herren mir seinerzeit zu sagen, ob die in dem Artikel gegebene Auslegung des Vertrages richtig sei. Durch die Vorlegung dieses Artikels glaubte ich die Chinesen am unauffälligsten auf die Gefahren, die der Vertrag für China in sich birgt, aufmerksam zu machen, ohne mich dabei zu kompromittieren. Die Herren dankten sehr für die Aufmerksamkeit und versicherten, sie würden mir später ihre Ansicht zur Sache mitteilen.

Meinerseits beehre ich mich Euerer Durchlaucht zu dem Vertrag folgendes zu unterbreiten:

Der Vertrag bedeutet eine tiefe Verbeugung Frankreichs vor Japan. Frankreich erkennt hiermit ohne Rückhalt die Macht Japans in Ostasien an und zeigt, daß es sich durch sein Freundschaftsverhältnis zu England noch nicht genügend vor japanischen Aspirationen geschützt fühlte. Für Japan ist der Vertrag von unschätzbarem Wert, da der französische Geldmarkt ihm nunmehr offen steht. Nachdem das Bündnis mit England Japan zu einer Großmachtstellung verholfen hat, erklärt sich Frankreich bereit, die junge Großmacht weiterhin zu stärken. Während man in England von Tag zu Tag mehr einsieht, welchen Fehler man durch das zu große Entgegenkommen gegenüber Japan begangen hat, bildet man sich in Frankreich viel auf einen Vertrag ein, der den englischen Fehler noch weiter ausführt. Der Vertrag ist eine weitere Grundlage für die Vorherrschaft Japans in Ostasien. Vorläufig erleichtert derselbe den Franzosen ihre Arbeit, sie können nunmehr weit schärfer gegenüber den Chinesen auftreten und bilden im Verein mit den Engländern und Japanern eine Macht, die den wirtschaftlichen Bestrebungen der übrigen Länder in China großen Schaden zufügen wird. Wenn auch China sehr bald die Gefahren, die ihm von diesen Mächten drohen, erkennen wird, so ist es doch fraglich, ob es den Mut haben wird, diesem Druck zu widerstehen und sich anderen Ländern zuzuwenden.

Unter den obwaltenden Umständen erscheint es mir als eine zwingende Notwendigkeit, daß sich Deutschland mit anderen Großmächten über Ostasien verständigt. Wir müssen den Chinesen den Beweis liefern, daß sie keinesfalls genötigt sind, sich ohne weiteres den Wünschen der drei vorgenannten Mächte zu unterwerfen, sondern daß sie Anlehnung und genügenden Schutz bei anderen Mächten finden können. Sollte es nicht möglich sein, uns mit Amerika und Rußland über Ostasien zu verständigen? China dann auf unsere Seite zu bringen, könnte wohl gelingen. China ist meines Erachtens eines solchen Schrittes vollauf wert. Man darf nicht außer Acht lassen, welche enorme Ausdehnung China hat, und welche große wirtschaftliche Ausbeute ein Land mit über 300 Millionen Menschen in sich birgt. Ungestörte Handelsbeziehungen zu diesem Reich sollten wir uns möglichst bald durch Bündnisse sichern. Bleiben wir in Ostasien auf uns allein angewiesen, so werden unsere wirtschaftlichen Interessen mit der Zeit unzweifelhaft großen Schaden erleiden. Schon gegenwärtig zeigen sich die Anfänge der gemeinsamen Arbeit der drei Mächte in Anleihefragen;

auch in der Bewaffnungsfrage sind die Japaner sichtlich bemüht, Creuzot die Bestellungen zu verschaffen, obgleich sie recht wohl wissen, daß die Kruppschen Geschütze bedeutend besser sind. Diese gegenseitige Hülfeleistung wird mehr und mehr Platz greifen und die Bestrebungen eines isoliert dastehenden Landes zunichte machen.

A. Rex

Nr. 8548

Der Botschafter in Tokio Freiherr Mumm von Schwarzenstein an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 315 Tokio, den 5. August 1907
[eingetroffen am 1. September]

Nach Meldungen japanischer Zeitungskorrespondenten aus Peking soll die Nachricht vom Abschlusse des französisch-japanischen Abkommens in chinesischen Hof- und Regierungskreisen eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen haben. Insbesondere habe Generalgouverneur Yuan-Schi-Kai sich ziemlich scharf über das Unterfangen fremder Mächte ausgesprochen, die über die chinesische Regierung gewissermaßen zur Tagesordnung übergingen, indem sie Chinas Integrität garantierten, ohne China selbst dabei auch nur zu konsultieren. Auch die Klausel des Abkommens, wonach Frankreich und Japan einander Unterstützung bei Unruhen in chinesischen Gebieten versprochen haben, die ihren Besitzungen oder Pachtgebieten benachbart sind, scheint das chinesische Mißtrauen gegen die Ziele des französisch-japanischen Abkommens wachgerufen zu haben, hinter dem man offenbar eine Art Einleitung zur Aufteilung des chinesischen Reiches[1] wittert.

Die schwebenden Verhandlungen zwischen Rußland und Japan sind nur geeignet, diese chinesischen Besorgnisse zu verstärken, denn wie Euerer Durchlaucht aus der hiesigen Berichterstattung bekannt ist, soll in diesem Abkommen Japan sich verpflichten, gegen die Anerkennung seiner Suprematie in der Südmandschurei die überwiegenden Interessen Rußlands in der Nordmandschurei und in der Mongolei anzuerkennen*, wodurch die allmähliche Abbröckelung eines weiteren Stücks des chine-

---

* In dem Abkommen vom 30. Juli zwischen Rußland und Japan sind derartige Bestimmungen nicht vorhanden. Die Frage ist nur, ob nicht neben dem ostensibelen Vertrage geheime Abmachungen herliefen. Das Bestehen solcher Geheimartikel bzw. eines selbständigen Geheimabkommens vom 30. Juli scheint hervorzugehen aus Sasonows Schreiben an Graf Benckendorff vom 24. Juni 1910. B. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre S. 265.

sischen Reiches eingeleitet werden würde. Nach Äußerungen Vicomte Hayashis zu verschiedenen fremden Diplomaten und nach einer gesprächsweisen Mitteilung des russischen Gesandten* an mich war ursprünglich sogar beabsichtigt gewesen, der Mongolei in dem Abkommen namentlich Erwähnung zu tun, während neuerdings aus Kreisen der russischen Gesandtschaft verlautet, daß von solcher ausdrücklichen Erwähnung Abstand genommen werden soll. Falls diese letztere Nachricht, wie ich annehme, zutrifft, so mag der Grund des Verzichtes auf die Namhaftmachung der Mongolei entweder Rücksichtnahme auf die begreifliche Empfindlichkeit Chinas oder aber auch die von Vicomte Hayashi früher betonte Undefinierbarkeit der russischen Vorzugsrechte in der Mongolei sein, die, wie der Minister damals sagte, zu vage seien, um sich in eine bestimmte Form fassen zu lassen. Die chinesische Regierung wird aber auch durch die Abstandnahme von der Namhaftmachung der Mongolei über die wahren Ziele des russisch-japanischen Abkommens kaum getäuscht werden.

Das Gefühl des Unbehagens, welches infolge dieser verschiedenen Abmachungen die Regierungskreise in Peking ergriffen zu haben scheint, wird auch durch die Erklärungen, die Preßnachrichten zufolge der japanische Geschäftsträger in Peking** dem Waiwupu gegenüber abgegeben haben soll, kaum beschwichtigt worden sein. Es wird vielmehr neue Nahrung gefunden haben in den jüngsten Vorgängen in Korea und in den von Söul aus berichteten Äußerungen des Vicomte Hayashi. Dieser soll sich einer „Reuter"-Meldung zufolge in Soeul einem Interviewer gegenüber dahin ausgesprochen haben, China möge sich Koreas Schicksal zur Warnung dienen lassen, denn sonst könnte leicht irgendwelche mächtige Nation sich veranlaßt sehen, in China die koreanischen Vorgänge nachzuahmen und dort Ordnung zu schaffen. Allerdings hat Vicomte Hayashi nach seiner Rückkehr hierher dieses Interview einem Vertreter des „Japan Chronicle" gegenüber bestritten, die Wirkung der „Reuter"-Meldung auf China dürfte aber durch dieses verspätete Dementi des japanischen Staatsmannes kaum wesentlich abgeschwächt worden sein.

Ob ein Erfolg all dieser Momente der sein wird, China den Wünschen der Japaner gefügiger als bisher zu machen, oder ob nicht vielleicht China im Gegenteil nunmehr Anschluß an andere Mächte suchen wird, muß zunächst dahingestellt bleiben. Vermutlich wird, wie auch japanische Zeitungen dies bereits andeuten, die Beängstigung der chinesischen Staatsmänner der Stellung des deutschen Vertreters in Peking zugutekommen, wenn ich auch nach meinen in Peking gemachten Erfahrungen bezweifeln möchte, daß sich die chinesische Regierung deshalb zu wirklich ernsthaften Zugeständnissen an uns entschließt. Trotz alles Vertrauens, das man seit der Zeit der Boxerwirren in Peking zu der Uneigennützigkeit

---

* G. Bachmetiew.
** M. Abé.

der deutschen Politik gefaßt hat, wird man dort doch wohl die durch die Entente mit Frankreich und Rußland gefestigte Stellung Japans als eine zu starke empfinden, als daß man eine offene und dauernde Auflehnung gegen das Inselreich schon jetzt wagen wird.

A. v. Mumm

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Nr. 8549

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. A 649 Berlin, den 15. September 1907
[abgegangen am 23. September]

In dem nebst Anlage abschriftlich beigefügten Berichte vom 4. Juli d. Js.* weist der Kaiserliche Gesandte in Peking auf die Gefahren hin, die nach seiner Ansicht infolge der Ententen zwischen England, Frankreich und Japan den wirtschaftlichen Bestrebungen der übrigen Länder in China drohen. Um diesen Gefahren zu begegnen, hält er eine Verständigung über Ostasien zwischen Deutschland, Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika für angezeigt.

Die Ausführungen des Grafen Rex erscheinen einer Beachtung wert, namentlich soweit sie sich auf Deutschland und die Vereinigten Staaten beziehen. Wenn auch nach Lage der Verhältnisse ein politisches Abkommen zwischen der dortigen Regierung und uns über Ostasien zunächst nicht in Betracht kommen kann, so dürfte sich doch vielleicht ein Weg finden lassen, um unsere gleichartigen wirtschaftlichen Interessen in China gegen das Übergewicht der drei Ententemächte sicherzustellen.

Euere Exzellenz darf ich bitten, diese Frage gefälligst einer Prüfung zu unterziehen und über das Ergebnis zu berichten. In der Anlage füge ich noch zwei Artikel des „Courrier d'Haiphong" und der „Shungwei Jhihpar" zum französisch-japanischen Abkommen ergebenst bei**, die eine geeignete Handhabe bieten dürften, um ganz unauffällig auch die Aufmerksamkeit der dortigen Regierung auf die Angelegenheit zu lenken.

Tschirschky

---

* Siehe Nr. 8547.
** Hier nicht abgedruckt.

Nr. 8550

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg, z. Z. in Dublin (New Hampshire), an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. A 77 Dublin N. H., den 9. September 1907

Geheim

Auf Wunsch des Präsidenten Roosevelt begab ich mich am 10. v. Mts. zu ihm behufs eingehender Besprechung der leitenden Fragen betreffend Japan und den Fernen Osten. Ich betonte nach Diskussion der japanischen Frage, daß auf absehbare Zeit Gefahr eines Krieges zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ausgeschlossen sei, falls der Präsident die antijapanischen Ausfälle im Westen* unter Kontrolle halten könne. Zweifellos erstrebe Japan die Kontrolle des Pazifischen Ozeans, Ausdehnung seines Gebietes nach dem Süden und Vorherrschaft in China[1]. Symptome dafür seien bereits nach dem Kriege mit China bemerkbar gewesen, aber aggressives Vorgehen Japans sei erst zu erwarten, wenn Japan seine großen inneren Fragen gelöst, sich von den schweren Folgen des russischen Krieges erholt hätte und für einen großen Krieg gerüstet sei. Hervorragende Militärs wiesen aber auf lange Jahre hin[2], die vergehen würden, bis Japan für einen solchen Krieg gerüstet sei. Diese Herren erklären, daß die schweren Gefahren der japanischen Ausdehnung sich nicht gegen die Vereinigten Staaten allein, sondern auch in demselben Maße gegen die Alliierten Japans[3] — England und Frankreich — richten. Seine Majestät der Kaiser habe bereits vor langen Jahren diese Gefahr, welche den christlichen Nationen der Welt droht, klar erkannt und diesen dringend ans Herz gelegt[4], alten Hader zu vergessen und sich eng zusammenzuschließen. Nur hierdurch würden diese Mächte imstande sein, den Erzfeind zu vernichten. Wer neutral bliebe und sich von diesem Zusammenschluß fernhielte, sei für die Vernichtung der christlichen Mächte verantwortlich[5].

Hierauf übergab mir der Präsident streng vertraulich das Flottenprogramm, welches Admiral Evans soeben ausgearbeitet hatte, und ersuchte, nach Studium desselben mich darüber zu äußern. Ich hob nach Durchsicht des Schriftstücks hervor, daß, falls antijapanische Ausfälle im

---

* Im Westen Amerikas, insbesondere in Kalifornien, bestand schon seit dem Sommer 1906 eine scharfe Mißstimmung wegen der überhand nehmenden japanischen Einwanderung. Im Herbst 1906 kam es zu einem gereizten Schriftwechsel zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, da die Ortsbehörden von San Franzisko japanische Kinder von den öffentlichen Schulen ausschlossen. Die Spannung, die durch Ausschreitungen der kalifornischen Bevölkerung gegen japanische Einwanderer erhöht wurde, nahm zeitweise einen bedrohlichen Charakter an, indessen kam es dank der sehr vorsichtigen Politik des Präsidenten Roosevelt nicht zu kriegerischem Ausbruch. Vgl. Bd. XXIII, Kap. CLXIX, Nr. 7962, S. 276, Fußnote, und Theodore Roosevelt, An Autobiography, p. 411ff.

Zusammenhang mit der Flottenexpedition* verhindert werden könnten, diese kaum irritierend auf Japan wirken und Gefechtswert der Vereinigten Staaten-Flotte um 50 Prozent erhöhen dürfte. Der Präsident antwortete, daß mit Bezug auf die amerikanische Flotte ein unlösbares Problem vor ihm stände, nämlich der Mangel eines befestigten Hafens im Fernen Osten als Flottenstützpunkt im Falle eines großen Krieges mit Japan. Selbst die beste Flotte müsse unterliegen, wenn sie nach Engagement keinen befestigten Hafen zur Verfügung hätte.

Als er im Zusammenhang hiermit die Haltung Chinas im Falle des großen Zukunftskrieges erörterte, wies ich auf Unterredungen hin, die ich mit Liangch'êng gehabt habe, den ich 1884 in Washington kannte. Jetzt sei er Chinas begabtester Diplomat, der, als ich in Peking war, bereits bevorzugter Günstling der chinesischen Kaiserin gewesen sei und intime Beziehungen zu mir dort fortgesetzt hätte. Jetzt kehre er auf einen einflußreichen Posten nach Peking zurück. Er habe bereits hier klar die Absichten Japans China gegenüber durchschaut und diese eingehend mit mir erörtert. Dies veranlasse mich zu glauben, daß der einflußreiche Beamte alles aufbieten wird, um die Verfolgung seiner Japan gegenüber mißtrauischen Politik in Peking zu sichern. Es sei nicht ausgeschlossen, daß es ihm gelingen werde, das im Kriegsfalle von Japan angestrebte Zusammengehen mit China oder eine Neutralität Chinas im Falle eines solchen Krieges zu verhindern. Eine Gefahr liege in dem Tode der Kaiserin-Mutter und damit drohenden inneren Unruhen.

Hierauf besprach der Präsident die Möglichkeit eines kriegerischen Einfalls Japans in die Vereinigten Staaten im Falle des vorerwähnten Krieges. Nach längerem Schweigen äußerte der Präsident am Schlusse unseres Gespräches hierüber:

„On my return from Cuba with the cavalry brigade I took you straight to Montauk Camp for a thorough inspection of all the forces. I remember your words: ‚Even the best race horse will fail in a formidable race if thorough training is lacking.' Since those days you know that it has been my main effort to introduce the best system of training in the army. I have f a i l e d. I tried to force the system and what was the result? The soldier deserted because he refused to subject[6]. If Japan invades America using powerful forces, our army will first suffer a crushing blow. This lesson will produce a thorough military reorganization[7]; after this has been achieved, Japan's army will be annihilated if she has left it in America, and America will take her revenge[8]. I still have sincere confidence in our people. — I have discussed with you the deeply confidential sides of these great questions of vast importance because in the history of America no foreign representative has ever held the trust of her people

* Seit Anfang Juli 1907 liefen Nachrichten durch die Presse, daß ein großes amerikanisches Schlachtschiffgeschwader in den Stillen Ozean geschickt werden solle. Es kam dazu aber erst um die Jahreswende.

as you do and in the future no foreign representative ever can hold this trust[9]. This is owing to peculiar circumstances. The advice you gave us during and after the war between China and Japan has in all cases proved to be the best advice the country received. I remember your letter to me from Manchuria clearly pointing out the qualities of the Japanese army, and your letter from Talienwan where you had closely studied highly important tasks of the Japanese navy there. They have not been forgotten."

Am folgenden Tage berief der Präsident den Staatssekretär Root und Kriegssekretär Taft zu sich, um die auf seinen Besprechungen mit mir beruhenden Entscheidungen festzulegen.

Sternburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] ?
[3] ja
[4] aha!
[5] gut
[6] angelsächsisch! in England auch so
[7] geht nicht im Kriege
[8] sehr optimistisch
[9] bravo

Schlußbemerkung des Kaisers:
Bravo! Sternburg! ihm meinen telegr[aphischen] Dank mitth[eilen].

Nr. 8551

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Klein-Flottbek, an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Geheim

Kl.-Flottbek, den 17. Oktober 1907

Graf Rex telegraphiert:

„Chinesischer Gewährsmann versichert bestimmt, Staatsrat habe auf Vorschlag Yuan-Schi-Kais mit Rücksicht auf jüngste Verträge anderer Mächte über China chinesische Gesandte in Washington und Berlin telegraphisch angewiesen, wegen Bündnisses mit Amerika und Deutschland zu sondieren[1]."

Euer pp. wollen vorstehendes Präsident Roosevelt nach Rückkehr lediglich zu seiner und Roots Kenntnis streng vertraulich mitteilen.

Sollten Sie bei dieser Mitteilung oder auf Grund Ihrer sonstigen Beobachtungen zu der Überzeugung gelangen, daß Präsident Roosevelt geneigt ist, mit uns in chinesischen Fragen gemeinsam vorzugehen, so wollen Sie dem Präsidenten ganz vertraulich und als Ihre persönliche Ansicht bemerken, wir würden vermutlich wie in der Vergangenheit, namentlich

zur Zeit des russisch-japanischen Krieges, so auch in Zukunft bereit sein, mit den Vereinigten Staaten von Amerika in China Hand in Hand zu gehn[2]. Es liege uns nach Ihrer Kenntnis daran, China gegenüber Japan zu stärken, auch wünschten wir die Aufrechterhaltung der Integrität und Selbständigkeit Chinas[3], um die Offene Tür in China für unsern Handel zu wahren.

Indem ich bemerke, daß der hiesige chinesische Gesandte* bisher nicht mit der Frage an uns herangetreten ist, sehe ich Euer pp. telegraphischer Berichterstattung mit lebhaftem Interesse entgegen.

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:

[1] Das kommt von der ewigen „Entente"-Wirtschaft der Briten die ihren Intressen zu lieb über andere Länder wie über eine Viehheerde disponiren. Die Chinesen haben mehr Selbstgefühl wie Spanien, Portugal und Gallien. Wir müssen ihnen unbedingt den Rücken stärken und ihr Vertrauen nicht zurückweisen. Vielleicht hat unser früherer Gesandter** dabei mitgewirkt mit dem ich diesen Punkt öfters mit Ew. Durchlaucht Einverständniß besprach. So am Tage seiner Abmeldung noch. Ich bin sehr dafür.

[2] ja

[3] richtig

Nr. 8552

Der Gesandte in Peking Graf von Rex an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 217 — Peking, den 31. Oktober 1907
[eingetroffen am 25. November]

Nach eingehenden Beobachtungen glaube ich nunmehr nicht länger mit der Behauptung zurückhalten zu dürfen, daß der französisch-japanische und der russisch-japanische Vertrag die politische Lage in Ostasien wesentlich verändert haben. Noch vor wenig Jahren wurde die Integrität Chinas als Prinzip hingestellt, und es schien, als ob alle Mächte entschlossen seien, demgemäß zu verfahren. Die erwähnten Verträge betonen zwar auch die Integrität Chinas, aber im Grunde fassen sie oder die sie begleitenden geheimen Klauseln die etwaige Notwendigkeit eines Aufgebens dieses Prinzips ins Auge und stellen für diesen Fall einigermaßen die Interessensphären fest.

Soweit sich vermuten läßt, dürften sich durch die Verträge Japan die Mandschurei und wahrscheinlich Fokien, Frankreich Jünnan und

---

* Tseng Ku'an-chan.

** Freiherr Mumm von Schwarzenstein.

Kwangsi und Rußland die Mongolei reserviert haben. Also diese Mächte sind gegebenenfalls sicher, daß sie die betreffenden Provinzen besetzen können, ohne bei den beiden anderen Mächten Anstoß zu erregen. England kennt naturgemäß alle geheimen Abmachungen, welche die betreffenden Verträge begleiten. Es hat denselben zugestimmt, nachdem es sich überzeugte, daß seine Interessensphäre in China unberührt blieb. Daß diese Sphäre das Jangtsegebiet ist, darüber dürfte kein Zweifel obwalten.

Ich will nun gern annehmen, daß zurzeit weder die europäischen Großmächte noch Amerika an eine Aufteilung Chinas denken, Japan jedoch wird durch sein Vorgehen die Mächte in nicht allzu ferner Zeit zwingen[1], sich eingehend mit China zu beschäftigen. Japan fühlt sehr wohl, daß es die chinesische Frage aufrollen muß, bevor China sich zu einem modern wohlorganisierten und gut bewaffneten Staat ausgebildet hat. Die Tätigkeit der Japaner in ganz China scheint mir unzweideutig darauf hinzuweisen, daß sie Großes im Schilde führen. Mein russischer Kollege*, der auf Grund geheimer Gelder das unterirdische Treiben der Japaner besser als ich verfolgen kann, behauptet, daß den Japanern ihr ausgedehnter Informationsdienst in China sicherlich sechs bis acht Millionen Mark koste. Daß man eine solche Summe nicht, ohne bestimmte Ziele zu haben, ausgibt, dürfte sicher sein. Ich bin fast geneigt zu glauben, daß den Japanern als höchstes Ziel die Überführung des Mikado nach Peking vorschwebt[2]. Sofern die Japaner es verstehen, sich mit den Großmächten auseinanderzusetzen, erscheint mir das Ziel nicht unerreichbar. Gegenüber der eisernen Energie der Japaner wird die große Überzahl dieser furchtsamen und energielosen Chinesen nicht schwer ins Gewicht fallen. Außerdem besitzt die große Masse der Chinesen noch keinen ausgeprägten Patriotismus, und vor allem ist eine Anhänglichkeit an die bestehende Dynastie wohl unter den Mandschus, aber in keiner Hinsicht unter den Chinesen vorhanden. Hierzu tritt, daß man angesichts des hohen Alters der Kaiserin-Regentin mit dem geistig unbedeutenden Kaiser allgemein sehr unzufrieden ist und der Wunsch nach einem starken Oberhaupt immer lauter wird. Somit tritt zu der Gefahr, die der Dynastie von außen droht, die Gefahr im eigenen Lande. Ich habe bereits in früheren Berichten darauf hingewiesen, wie stark der Gegensatz zwischen Mandschus und Chinesen in der letzten Zeit hervortritt, und wie notwendig es sei, der Sonderstellung der Mandschus ein Ende zu machen. Es ist nicht zu leugnen, daß sich in den wenigen Wochen der Anwesenheit Yuan-Schi-Kais in Peking die Lage wesentlich zugunsten einer friedlichen Entwickelung des Landes verändert hat; man sieht bereits, daß ein Mann an der Spitze steht, der entschlossen ist, die Verhältnisse durch Taten zu bessern. Yuan-Schi-Kai erscheint mir auch als der Mann, der es verstehen wird, die Japaner in ihre Schranken zu verweisen. Bei dem hartnäckigen Charakter des Genannten kann es aber auch leicht zu einem Konflikt mit Japan kommen.

---

* Pokotilow.

Für China bestehen somit zwei Gefahren: die eine ist ein Bruch mit Japan, hervorgerufen durch sein rücksichtsloses Vorgehen, die andere ist das Entstehen einer antidynastischen Bewegung im Lande. In beiden Fällen wird Japan, falls ihm der Zeitpunkt günstig erscheint, versuchen, seine aggressiven Pläne gegen China zur Ausführung zu bringen.

Auf solche Ereignisse müssen wir vorbereitet sein. Unsere Politik muß mit der Möglichkeit eines Aufrollens der chinesischen Frage rechnen und sich für diesen Fall Freunde unter den Mächten suchen.

China können wir angesichts seiner unvollkommenen Bewaffnung noch nicht als vollwertigen Faktor in unsere politische Berechnung einsetzen, auch weiß der Chinese noch wenig davon, was es heißt, große Politik treiben. Er versteht nicht, die politischen Vorgänge in der Welt unter dem Gesichtswinkel seiner Interessen zu betrachten. Wie lange hat es beispielsweise gedauert, bis sich die hohen Pekinger Regierungskreise über die Bedeutung des französisch-japanischen und russisch-japanischen Vertrags für China klar wurden. Die große Masse des Volks kümmert sich absolut nicht darum, was in der Welt vorgeht, hat daher auch kein politisches Verständnis.

Ich habe jederzeit bei sich darbietender Gelegenheit den Chinesen klarzumachen versucht, daß die Grundlage für auswärtige Politik ein gut ausgebildetes und gut bewaffnetes Heer sei; ich habe dem Prinzen Tsching in diesem Sommer folgendes gesagt: „Das langsame Vorgehen der chinesischen Regierung in der Bewaffnungsfrage beweist mir, daß dieselbe die Lage, in der sich China befindet, nicht übersieht. Ich bin der Ansicht, daß China Grund hat, alles zu tun, um baldmöglichst wie alle übrigen Staaten mit den modernsten Waffen ausgerüstet zu sein."

Ich muß hier leider konstatieren, daß es sehr schwer ist, einen Einfluß auf die Chinesen zu gewinnen. Kein einziger Gesandter hier kann sich eines Einflusses auf das Waiwupu rühmen. Die hohen Herren der Regierung sind ungemein eingebildet, empfindlich und wenig mitteilsam. Aus alter Zeit haftet ihnen noch eine gewisse Scheu vor einem freundschaftlichen Verkehr mit den Europäern an. Ich glaube trotz meines zuweilen energischen Auftretens in der Bahnfrage ihr Zutrauen zu mir nicht verscherzt zu haben, ich hoffe sogar, daß sie sich im Laufe der Verhandlungen überzeugt haben, daß ich ihnen als ein Freund gegenüberstehe. Ob es mir aber jemals gelingen wird, die gewisse Schranke, die der Chinese zieht, zu beseitigen, erscheint mir fraglich. Vielleicht treten einmal Ereignisse ein, die die Chinesen veranlassen, mir näher zu treten. Daß sie Freunde in ihrer gegenwärtigen politischen Lage brauchen, wird ihnen allmählich klar. Ich habe jedoch zurzeit den Eindruck, daß sie noch unschlüssig sind, welchen Weg ihre Politik einschlagen muß.

A. Rex

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig

[2] wie der Bulgare nach Stambul will!

Nr. 8553

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 158
Geheim

Washington, den 8. November 1907

Hatte eingehendes Gespräch über Frage mit Präsidenten. Er teilt mir mit, daß auch er jetzt Meldung aus Peking habe, daß dortige Regierung infolge Allianzen zwischen Mächten um Integrität Chinas ernstlich besorgt sei. Vertrauliche Anfrage über von China angestrebte Abschließung eines Bündnisses zwischen Deutschland und Vereinigten Staaten habe er von hiesigem chinesischen Vertreter* bisher nicht erhalten. Erst kürzlich habe ihm japanischer Botschafter** versichert, daß seine Regierung für Integrität Chinas eintreten würde. Auf diese Bemerkung legt jedoch Präsident wenig Wert. Er ist der Ansicht, daß Japan nach dem Kriege mit Rußland bemüht war, einen engen Anschluß an China zu erreichen, er glaube aber, daß das rücksichtslose Vorgehen Japans in der Mandschurei China gereizt und ein Zusammengehen jetzt erst recht unmöglich gemacht habe, und daß Japan jetzt im Einklang mit Rußland, England und Frankreich auf eine Zerstückelung Chinas mit der Zeit hinarbeiten werde. Seiner Ansicht nach würde Japan Löwenanteil nehmen und die genannten drei Mächte mit geringeren Gebieten abfertigen, diese mit der Zeit aber auch noch an sich reißen. Für chinesischen Vorschlag eines Bündnisses mit Deutschland und Vereinigten Staaten von Amerika halte Präsident Zeit noch nicht für reif, es fehle hierzu noch ein genügender Anlaß. Er befürchtet, daß eine öffentliche Erklärung betreffend den Zusammenschluß Deutschlands und Vereinigten Staaten von Amerika für die Erhaltung der Integrität Chinas und der Offenen Tür jetzt nur Neid erzeugen würde und schaden könne. Ein geeigneter Moment dürfte sich jedoch vielleicht bei Gelegenheit der amerikanischen Flottenexpedition nach dem Fernen Osten zeigen***. „Teilen Sie", bemerkte der Präsident, „Seiner Majestät mit, daß ich in den großen ostasiatischen Fragen nach wie vor Hand in Hand mit ihm gehen werde. Ich würde Seiner Majestät für Vorschläge zur Aufrechterhaltung des Status quo und Stärkung Chinas dankbar sein, auch möchte ich des Kaisers Ansicht über das von China angestrebte Bündnis mit Deutschland und Vereinigten Staaten hören."

Als ich nachher gesprächsweise Kiautschou erwähnte, bemerkte Präsident: „Der Kriegswert dieses Platzes ist mir nicht bekannt. Wenn ich

---

* Wuting-fang.
** Vicomte S. Aoki.
*** Vgl. Nr. 8550, S. 73, Fußnote *.

aber in die Zukunft blicke, sehe ich die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenwirkens der Flotten Deutschlands und der Vereinigten Staaten gegen Japan. Ohne starken Kriegshafen würde aber unser Vorgehen wenig Erfolg versprechen. Was England anbetrifft, so glaube ich nicht, daß es in einen solchen Krieg eingreifen würde. England weiß, daß wir in diesem Falle in Kanada einmarschieren."

Zurzeit schiene ihm England kaum eine auswärtige Politik zu haben, Staatssekretär Sir E. Grey stände isoliert, und das Kabinett sei aus Amateuren zusammengesetzt.

Ich warf, durchaus meine persönliche Ansicht betonend, die Frage ein, ob ein Krieg zwischen Japan und Amerika nicht auch einen Landkrieg bedeuten würde. Japan scheine sich bereits jetzt mit der Frage einer militärischen Basis in Mexiko zu beschäftigen, auch sei wohl ein Einfall aus Kanada nicht ausgeschlossen. Würde nicht die Unterstützung Amerikas durch deutsche Truppen von großem Werte sein?

Präsident antwortete: „Nein, den Landkrieg müssen unsere Truppen allein ausfechten. Ich bin überzeugt, daß wir, von deutschen Truppen unterstützt, siegreich sein würden, aber was würde die Folge sein? Der Sieg, den die deutschen Truppen für uns erringen, würde hier als ein großer Sieg Amerikas ausposaunt werden. Das würde für unser Heer noch nachteiliger wirken als die Lobpreisungen der Amerikaner über die Heldentaten ihrer Truppen nach dem spanisch-amerikanischen Krieg. Ich bin zur Überzeugung gekommen, daß eine disziplinierte, modern geschulte Armee erst geschaffen werden kann, nachdem unsere jetzige Armee eine schwere Niederlage erlitten hat, die hier den Aberglauben vernichtet, daß die amerikanischen Truppen unbesiegbar seien. Eine gründliche Neubildung der Armee ist meines Erachtens ohne eine vorherige Niederlage gänzlich undurchführbar. Ich vertraue aber noch dem amerikanischen Volke und hoffe bestimmt, daß diese reorganisierte Armee die erlittenen Schlappen wieder gut machen würde."

Sternburg

Nr. 8554

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Nr. 136 Berlin, den 22. November 1907
Geheim

Auf Telegramm 158 vom 8. d. Mts.*

Bitte Präsidenten im allerhöchsten Auftrage mitzuteilen, Euer pp. hätten ganz richtig angenommen, daß Seine Majestät in den großen ost-

* Siehe Nr. 8553.

asiatischen Fragen nach wie vor mit ihm Hand in Hand gehen würden. Seine Majestät seien der Ansicht, daß ein Vorschlag Chinas, ein Bündnis mit Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zu schließen, in ernste und wohlwollende Erwägung zu ziehn, daß aber zu warten sei, bis China mit einem solchen Wunsche an uns herantrete. Dies sei bisher nicht geschehn. Die Frage, welche Schritte dann zur Aufrechterhaltung des Status quo und Stärkung Chinas angebracht sein würden, werde hier genau erwogen und geprüft werden.

Sagen Sie dem Präsidenten ferner, wir würden uns mit ihm in Verbindung setzen, sobald China an uns herantrete, und erwarteten, daß er uns gleichfalls benachrichtige*.

v. Schoen

Nr. 8555

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Entzifferung

Nr. A 100 Washington, den 5. Dezember 1907

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 138 vom 2. d. Mts.**

Bei gestriger Unterredung habe ich dem Präsidenten von der vom Grafen Rex gemeldeten Sondierung des chinesischen Vizepräsidenten im Waiwupu wegen Annäherung an Deutschland und Amerika Mitteilung gemacht.

Der Präsident nahm meine Angaben mit sichtlichem Interesse entgegen. Schließlich sagte er, bei den hiesigen Anschauungen und Grundsätzen sei ein formelles Bündnis zwar ausgeschlossen, dagegen könne eine Verständigung wegen gemeinsamen Vorgehens der drei Mächte vereinbart werden.

Sternburg

---

* Auf Telegramm Nr. 136 antwortete Freiherr von Sternburg am 24. November: „Habe Präsidenten befohlene Mitteilung gemacht. Er erklärt sich mit Auffassung und Vorschlägen Seiner Majestät durchaus einverstanden und wird alle bezüglichen Meldungen, die ihm aus China zugehen, mir mitteilen."

** Durch Telegramm Nr. 138 vom 2. Dezember war Freiherrn von Sternburg ein am 30. November eingelaufenes Telegramm des Grafen Rex mitgeteilt worden, wonach ein Mitglied des Waiwupu bei ihm privatim wegen Annäherung an Deutschland und Amerika sondiert und auf die reservierte Haltung des Gesandten hin erklärt habe, die chinesische Regierung werde nunmehr voraussichtlich direkte Anfrage in Berlin und Washington stellen.

Nr. 8556

Der Gesandte in Peking Graf von Rex an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 250
Geheim

Peking, den 7. Dezember 1907
[eingetroffen am 29. Dezember]

Bald nach der Berufung Yuan-Schi-Kais nach Peking tauchte in einzelnen chinesischen Zeitungen die Nachricht auf, daß der neue Präsident des Waiwupus und Mitglied des Staatsrats dem Throne ein Bündnis mit Deutschland und Amerika vorgeschlagen habe.

Obgleich mir im Hinblick auf die veränderte allgemeine politische Lage die Meldung nicht unwahrscheinlich vorkam, beschloß ich doch, eine völlig abwartende Haltung einzunehmen und mich jeden Versuchs zu enthalten, Yuan-Schi-Kai oder die übrigen chinesischen Staatslenker über die Richtigkeit der Nachricht auszuhorchen. Ich ging dabei davon aus, daß, falls die chinesische Regierung wirklich den Wunsch hegte, uns näher zu treten, die Initiative zu seiner Verwirklichung jedenfalls völlig ihr selbst überlassen bleiben müßte.

Im Oktober hörte ich dann aus sonst zuverlässiger privater Quelle, daß die chinesischen Vertreter in Berlin und Washington tatsächlich angewiesen worden seien, die deutsche und die amerikanische Regierung wegen eines Bündnisses zu sondieren. In Wirklichkeit scheint indessen diese Weisung, wie ich jetzt erfahre, nur dahin gelautet zu haben, über die allgemeine Stimmung in Deutschland und Amerika gegenüber China im Hinblick auf die Möglichkeit eines Bündnisses zu berichten.

Es verging dann längere Zeit, ohne daß ich weiteres von der Sache hörte. Erst am 30. v. Mts. kam, wie bereits auf anderem Wege gemeldet, Liang tun yen im Auftrage Yuan-Schi-Kais zu mir, um mir die Frage vorzulegen, ob und auf welcher Grundlage Deutschland etwa geneigt sein würde, in engere Beziehungen zu China zu treten. Er betonte dabei, daß dieser Schritt zwar von Yuan-Schi-Kai ausginge, aber auch die Billigung aller übrigen maßgebenden Faktoren gefunden hätte. Ich antwortete ihm gemäß den mir gewordenen Weisungen, ohne mich auf eine Erörterung von Einzelheiten einzulassen. Liang machte einen ziemlich hilflosen Eindruck und schien zu befürchten, daß seine Regierung sich einem Refus aussetzen könnte[1]. Ich wiederholte, daß meiner Überzeugung nach eine Anfrage in Berlin jedenfalls einer wohlwollenden Prüfung sicher sei. Auf meine Frage, ob er, Liang, nun glaube, daß die entsprechenden Weisungen nach Berlin und Washington ergehen würden, antwortete er nach einigem Zögern bejahend[2].

Um den richtigen Maßstab für die Beurteilung dieses Schrittes der chinesischen Regierung zu gewinnen, muß man sich meines Ermessens vorerst über den Grund klar zu werden suchen, der Yuan-Schi-Kai, diesen

auch heute noch bei den meisten Fremden im Rufe der Japanerfreundlichkeit stehenden Staatsmann, bewogen hat, eine so außerordentliche Maßnahme vorzuschlagen. Es wird sich dabei gleichzeitig ergeben, ob wir ein Interesse daran haben, dem Wunsche Chinas zu entsprechen.

Der Grund für das Vorgehen Yuan-Schi-Kais liegt offenbar nicht allein in der fortwährend zunehmenden Verstimmung gegen Japan, sondern vor allem in den mehr oder weniger engen Beziehungen, in welche diese Macht nacheinander zu England, Frankreich und schließlich selbst zu Rußland getreten ist. Diese Beziehungen haben hier die Besorgnis erweckt, daß zwischen allen oder wenigstens einigen der genannten vier Mächte ein geheimes Einverständnis über ein gemeinsames Vorgehen im Falle innerer chinesischer Umwälzungen[3] erzielt worden ist, eine Möglichkeit, auf welche ich in meiner Berichterstattung bereits wiederholt hingewiesen habe.

In der späten, aber richtigen Erkenntnis, daß Deutschland und Amerika im Gegensatz zu den vorhergenannten Mächten lediglich wirtschaftliche und keine politischen Ziele in China verfolgen und deshalb seine natürlichen Freunde sind, hat man sich dann zu diesem in der chinesischen Geschichte wohl beispiellosen Schritte entschlossen.

Bleibt China der innere Friede erhalten, so würde es den vorhergenannten Mächten wohl an einer Handhabe zu gewaltsamem Eingreifen fehlen. Die chinesische Regierung rechnet aber, ebenso wie jedermann hierzulande, mit der Möglichkeit des Ausbruchs einer großen Revolution gegen die Mandschudynastie, einer Möglichkeit, die für den Fall des Ablebens der Kaiserin-Regentin sogar eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich hat. Kommt es nun zu einer solchen Katastrophe, so halte auch ich es nicht für unwahrscheinlich, daß Japan, Frankreich und England unter dem Vorwande der Notwendigkeit, ihre Untertanen und ihren Handel zu schützen, und auf Grund eines bereits vereinbarten Programms auf weite Strecken chinesischen Gebiets die Hand legen und den alten Teilungsgedanken, der lange schon vergessen schien, von neuem beleben werden[4].

Was Rußland anbetrifft, so glaube ich kaum, daß es in die geheimsten Absichten Japans, Frankreichs und Englands in bezug auf China eingeweiht ist. Wohl scheint es, daß Japan ihm in einer geheimen Klausel des Vertrages vom 30. Juli d. Js. eine gewisse Sonderstellung in der äußeren Mongolei eingeräumt hat, um dafür selbst freiere Hand in der Mandschurei zu bekommen. Daß aber Rußland schon jetzt für eine Aufteilung des ganzen chinesischen Reiches gewonnen sein sollte, bei der es in seiner gegenwärtigen Schwäche sicherlich nicht den Löwenanteil erhalten würde, möchte ich füglich bezweifeln[4].

Derjenige, welcher die augenblickliche hiesige Lage nicht aus eigener Anschauung kennt, mag überhaupt geneigt sein, das Wiederaufleben des Aufteilungsgedankens in das Reich der Fabel zu verweisen. Wenn man sich aber die Interessen vergegenwärtigt, die Japan, Frankreich und England hier verfolgen, so wird doch auch der Fernerstehende vielleicht zu einer anderen Anschauung gelangen.

Japans Pläne gegenüber dem großen chinesischen Nachbarreich dürften bis vor kurzem ziemlich unbegrenzt gewesen sein. Es träumte von einer allmählichen pénétration pacifique des ganzen Landes und der schließlichen Ersetzung des Tartarenchans durch den Mikado. Warum sollten auch 50 Millionen Japaner nicht dieselbe Rolle spielen wie einst 8 Millionen Mandschus? Das erwachende Selbstgefühl Chinas und sein wachsendes Mißtrauen gegen den japanischen „Befreier" mögen dann die Verwirklichung so hochfliegender Pläne immer schwieriger haben erscheinen lassen. Auch konnte man sich wohl in Japan nicht darüber im Zweifel sein, daß die Absorbierung des ganzen China nur gegen den Willen Englands durchführbar ist. Daher der Entschluß, sich mit einem Teil zufrieden zu geben und den Rest anderen zu überlassen[5]. Der japanische Anteil würde etwa bestehen im Norden aus der Mandschurei und den nördlichen Provinzen des eigentlichen China, einschließlich Tschilis und Schantungs, und im Süden aus der Provinz Fokien.

Frankreichs Aspirationen in Südchina sind bekannt. Da sein Handel mit dem Englands, Japans, Deutschlands und Amerikas hier auf die Dauer doch nicht erfolgreich konkurrieren kann, wird es mit Freuden zugreifen, wenn es einen Teil des Landes für sich allein gewinnen kann, um dort nach berühmten Mustern den fremden Wettbewerb durch Zollschranken auszuschließen.

England wird durch den seit lange heimlich erstrebten Besitz des Jangtsetales[6] abgefunden. Indem es diese Abfindung annimmt[7], erhält es den wertvollsten Teil des chinesischen Reiches und wird gleichzeitig der Notwendigkeit überhoben, gegen den japanischen Bundesgenossen Front zu machen und dadurch seine maritime Stellung in Europa zu schwächen. Die immer zunehmende Schwierigkeit, in einem selbständigen und erstarkenden China wirtschaftliche Konzessionen zu erlangen, vielleicht auch die finanziellen Verluste, die seinen asiatischen Kolonien aus der von China geforderten Einschränkung des Opiumhandels erwachsen müßten, und die besonders in Indien zu ernsten Erschütterungen führen könnten, mögen den Wunsch, den wichtigsten Teil des chinesischen Reiches selbst zu beherrschen, verstärken.

Nicht unmöglich, daß Italien von Englands Gnaden einen Teil der Provinz Tschekiang mit der Nimrodbucht erhalten soll.

Das ruhebedürftige Rußland hofft man voraussichtlich im gegebenen Moment durch Überlassung der ganzen Mongolei und Ostturkestan für die Rolle des passiven Zuschauers zu gewinnen. Die Vorteile, die es durch das englisch-russische Abkommen soeben an anderer Stelle, in Persien, erlangt hat, könnten dazu beitragen, ihm eine solche Resignation zu erleichtern.

Bleiben von den in China interessierten Mächten noch Deutschland und Amerika übrig. Beide würden bei der Verteilung der Beute unberücksichtigt bleiben. Amerika, weil es niemals Landerwerb in China erstrebt hat, und weil es, ebenso wie Deutschland, „nicht zum Ringe gehört". Deutschland, weil England ihm die Lust an der Weltpolitik gründlich

austreiben will. Bezeichnend für die Rolle, welche man uns zudenkt, war eine Äußerung, die der hiesige Berichterstatter einer japanischen Zeitung kürzlich zu einem Mitgliede der Kaiserlichen Gesandtschaft getan hat. Nachdem er von sich aus auf die Möglichkeit einer Aufteilung Chinas im Falle innerer Unruhen zu sprechen gekommen war — ein Thema, welches auch von chinesischer Seite bereits ganz offen erörtert wird —, meinte er lachend: „Deutschland wird sich dann wohl mit England über das Jangtsetal zu einigen haben."

Das gemeinsame Interesse Chinas, Deutschlands und Amerikas, eine solche Entwicklung der Dinge zu verhindern, ist offensichtlich[4]. Dieselbe würde für China das Ende bedeuten, für Deutschland und Amerika den Verlust eines ungeheuren, zukunftsreichen Absatzgebietes und für uns außerdem den vollkommenen Zusammenbruch unseres politischen Prestiges im In- und Ausland[4]. Der Platz an der chinesischen Sonne, den wir seit beinahe zehn Jahren nicht aus Liebhaberei, sondern aus zwingender Notwendigkeit für uns beanspruchen, wäre uns genommen.

Gelänge es daher, eine geeignete Form für eine politische Verständigung mit Amerika und China zu finden, die uns gegen derartige Perspektiven zu schützen vermöchte, so würde ich kein Bedenken tragen, ein Eingehen auf den Wunsch der chinesischen Regierung als auch in unserem Interesse liegend zu bezeichnen.

Was könnte nun den möglichen Inhalt einer solchen Verständigung bilden?

Da China zurzeit militärisch noch schwach ist, müßten Deutschland und Amerika ihm in gewissen Grenzen ihren Schutz zusichern, wogegen China wirtschaftliche Gegenleistungen gewähren könnte. Ich betone, daß der zu gewährende Schutz in gewissen Grenzen zu bleiben hätte, das heißt er müßte auf das eigentliche China, das Land der 18 Provinzen, beschränkt werden, für dessen Integrität wir schon 1900 und 1904 eingetreten sind[4]. Eine Garantieübernahme für die dünnbevölkerten Nebenländer, an denen wir verhältnismäßig wenig interessiert sind, verbietet sich schon der Mandschurei wegen, wo wir uns unmöglich wegen jeder Reiberei zwischen China und Japan den ernstesten Konflikten aussetzen können. Eine Ausdehnung unseres Schutzes auf die Nebenländer wäre aber vor allem auch Rußlands wegen unmöglich, dem, wie erwähnt, jetzt bereits gewisse Vorteile in der äußeren Mongolei zugesichert zu sein scheinen, und dem im Falle des Ausbruchs chinesischer Wirren von Japan, Frankreich und England wohl sofort die ganze Mongolei und Ostturkestan angeboten werden dürften. Ein deutsch-amerikanisch-chinesischer Dreibund ist aber überhaupt nur denkbar, wenn für den Fall eines Konflikts mit der japanisch-französisch-englischen Gruppe wenigstens auf die Neutralität Rußlands gerechnet werden kann[8].

Weit günstiger, ja außerordentlich stark würde natürlich unsere Lage, wenn es gelänge, Rußland gänzlich von der japanisch-französisch-englischen Gruppe loszulösen[9] und unter gewissen Voraussetzungen zu einem

Anschluß an die deutsch-amerikanisch-chinesische Kombination zu bewegen. Ich sage, unter gewissen Voraussetzungen, denn ein völliger Eintritt Rußlands in das deutsch-amerikanisch-chinesische Bündnis ist wiederum der chinesischen Nebenländer wegen, deren Besitz Rußland anstrebt, nicht wohl denkbar. Man kann China nicht zumuten, mit Rußland ein Bündnis zu schließen und diesem als Preis Teile eigenen Gebiets entweder sogleich oder für den Fall eines siegreichen Krieges gegen Japan zu überlassen. Außerdem hätten die Russen auch kaum ein Interesse daran, das Jangtsetal gegen England oder gar Südchina gegen das leider immer noch verbündete Frankreich zu verteidigen.

Was die Russen aber zweifellos sehr ungern sehen würden, das wäre ein Eindringen der Japaner in die nördlichen Teile des eigentlichen China und eine dauernde Festsetzung Japans in der chinesischen Hauptstadt[10]. Stände Rußland ganz allein, so würde es sich im gegebenen Moment vielleicht mit der ganzen Mongolei und Ostturkestan abfinden lassen, hätte es aber Aussicht auf irgendwelche Hilfe, so sollte ich glauben, daß es gelingen müßte, es gegen eine Festsetzung der Japaner in Peking mobil zu machen.

Als erstrebenswertes Ziel könnte mir nach alledem etwa folgendes erscheinen:

1) Der Abschluß eines Vertrages zwischen Deutschland, Amerika und China, der die Integrität des eigentlichen China sicherstellt[11] und den erstgenannten Mächten als Gegenleistung gewisse geheimzuhaltende[12] wirtschaftliche Vorteile gewährt. Als solche könnten in Frage kommen die Zuwendung aller im Auslande zu vergebenden Aufträge für Bewaffnung, Ausrüstung und Schiffsbauten bei allmählicher Ersetzung der japanischen Instrukteure durch Deutsche[13] und Amerikaner. Ferner vielleicht ein allgemeines Optionsrecht für alle im Auslande zu begebenden chinesischen Staatsanleihen.

2) Unabhängig davon womöglich der Abschluß eines auch vor China geheimzuhaltenden Vertrages zwischen Deutschland, Amerika und Rußland, worin diese drei Mächte übereinkommen, gemeinsam gegen Japan vorzugehen, falls dieses Gebietsteile im eigentlichen China nördlich des ehemaligen Laufes des Hoangho okkupiert oder das deutsche Kiautschougebiet angreift. Als Gegenleistung könnte Rußland sein gegenwärtiger Besitzstand in Ostasien gegen einen japanischen Angriff garantiert und außerdem versprochen werden, daß ihm nach einem erfolgreichen Kriege mit Japan nicht nur in der Mongolei und Ostturkestan, sondern auch in der Mandschurei und Korea völlig freie Hand gelassen wird. Dadurch erhielte es weit mehr, als ihm die japanisch-französisch-englische Gruppe jemals zu bieten vermöchte.

Um den Wünschen des amerikanischen Handels entgegenzukommen, könnte Rußland versprechen, in der wiedergewonnenen Mandschurei keine höheren Zölle zu erheben, als sie im eigentlichen China Rechtens sind[4].

Zu erwägen wäre schließlich, ob die im Vertrage zu 2) ausgesprochene Garantierung deutschen und russischen Gebiets nicht auf die sämtlichen

gegenwärtigen Besitzungen der drei Kontrahenten in Ostasien und im Stillen Meere ausgedehnt werden könnte[14]. Damit dürfte der Friede und der Status quo in diesen Gegenden wohl endgültig gesichert sein.

China wird natürlich eine Beschränkung des ihm zu gewährenden Schutzes auf das eigentliche China sehr ungern sehen. Man könnte ihm aber entgegenhalten, daß es mit seinem Vorschlage etwas spät komme, und daß eine Garantieübernahme für seine Nebenländer mindestens so lange eine Unmöglichkeit sei, als die chinesische Armee nicht einen ernst zu nehmenden Machtfaktor darstellte[4].

Ob Amerika für eine solche Bindung seiner Politik zu haben sein wird, entzieht sich meiner Beurteilung. Sehr möglich, daß es vorzieht, erst im letzten Augenblick, bei Eintritt der Katastrophe, eine Verständigung zu versuchen. Es würde das meines unmaßgeblichen Dafürhaltens schon im Interesse der Erhaltung des Friedens ein schwerer Fehler sein[4]. Wissen Japan, Frankreich und England, daß andere Mächte sich darüber einig geworden sind, eine Zerstückelung des eigentlichen China nicht zuzulassen, so werden sie es sich dreimal überlegen[4], ob sie es trotzdem wagen sollen, dasselbe anzutasten. Haben sie ihre Aktion bereits begonnen, so werden sie sich um papierene Proteste anderer Mächte schwerlich kümmern, sondern nur noch den Waffen weichen.

A. Rex

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden! Es ist sofort in die Verhandlungen einzutreten, ohne Zeitverlust!

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Nein! wir müssen unter allen Umständen mit China zu Rande kommen! Das ist noch wichtiger als Japan
[2] gut
[3] richtig! ist auch so! China ist bereits supponirt aufgetheilt
[4] richtig
[5] vorläufig! Das Programm bleibt nach wie vor „L'Asie pour les Asiates (i[d] e[st] pour les Japonais)
[6] wenn es ihn kriegt
[7] das werden die Japaner nicht zugeben!
[8] richtig Das ist auch zu machen!
[9] ich glaube wäre nicht ganz unmöglich
[10] Hauptsache!
[11] richtig! habe ich schon vor einem Jahr vorgeschlagen!
[14] ja, meine ich auch

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[12] Ist das möglich?
[13] ??

Schlußbemerkung des Kaisers:
Ausgezeichnet! Ganz meine Anschauungen, die ich auch Yin-cheng* gegenüber geäußert! Nicht nur Juan-shi-kai, sondern auch Yin-cheng hat diese Anfrage an uns veranlaßt, auf Grund der von mir direkt bei I[hrer] M[ajestät] angeregten Entente mit uns! Das ist ein Jahr her, und wir haben bisher nichts darin gethan! Jetzt aber wird gearbeitet werden! Sofort, subito!

---

* Chinesischer Gesandter in Berlin, abberufen 1906.

Nr. 8557

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Eigenhändig

30/XII 07

Mein lieber Bülow

Ich habe heute den Geheimbericht von Rex*, den ich schon lange erwartet habe, mit Interesse und Freude gelesen. Das ist mal ein offenes klares Urtheil und ein klar gestecktes Ziel. Ich theile vollkommen seine Ansichten. Sie sind zum Theil nur Wiederholungen von dem, was ich schon lange dem Ausw[ärtigen] Amt gepredigt habe. Aber ich habe es leider niemals zur Aktion bringen können, da bei uns Deutschen des „Gedankens Blässe" ja stets „Unternehmungen voll Kraft und Nachdruck" zu lähmen pflegen. Im Herbst vorigen Jahres habe ich nach Verabredung mit Ihnen, ein Gespräch mit dem scheidenden Yin-tschang über die Zukunft China's gehabt. Ich habe ihm geschildert wie sie uns am Herzen läge und wie ich bestrebt sei der Kaiserin die Wege zu ebnen, was daraus hervorgehe, daß ich Befehl gegeben habe, daß meine Truppen zurückgezogen würden. Er solle das von mir an I[hre] M[ajestät] melden. Den Erfolg dieses Schrittes werden Sie sich noch entsinnen bzw. in Ihren Akten finden. Er war durchschlagend; und China begann wieder Vertrauen zu uns zu fassen. Damals habe ich mit Ihrem Einverständniß Ying-tschang zur Mittheilung an I[hre] M[ajestät] Kaiserin aufgetragen, eine Entente Cordiale, die die wichtigsten Theile Chinas (nicht die weitläuftigen äußren Provinzen) garantirte und uns Kiau-tschou sowie Unterstützung bei event[ue]l[len] Angriff vorzuschlagen. Das hat er mir versprochen. Da er nun erst jetzt zu Ansehen und Einfluß gelangt ist, hat er erst die Angelegenheit in Gang gesetzt, und zwar zu einem sehr geeigneten Zeitpunkt. Der Rex'sche Vorschlag deckt sich ganz mit meinem und muß zur Basis sofortiger Verhandlungen gemacht werden. Eine Entente Cordiale mit China zur Aufrechterhaltung des Status quo ist absolut nöthig für uns! Sonst ist unsere ganze Weltpolitik in die Binsen zu werfen. Ich habe daher mit Freuden die Abfahrt der Amerik[anischen] Flotte gesehen**. Deren Herumkommen nach dem Pacific schmeißt ja alle Berechnungen der Briten und Japaner über den Haufen. Die Briten müssen nolens volens wieder ein starkes Geschwader nach dem Osten schicken, den sie schon fest in Jap[anischer] Hut wähnten; das muß sie in Europa uns gegenüber schwächen. Die Japaner wollen natürlich China für sich, aber auch alle Weißen aus Asien hinaushaben. Sie sind aber mit ihrer Flotte nicht fertig, daher auch nicht geneigt jetzt mit Amerika schon zu fechten. Daher ist für diese und uns die Situation günstig,

---

* Siehe Nr. 8556.

** Vgl. Nr. 8550, S. 73, Fußnote *.

da der Druck von 19 Linienschiffen, 15 Panzerkreuzern, also der größten Flotte unter einem Kommando in der Welt, schon die anderen vor Theilungsversuchen mit Benachtheiligung Amerikas und uns hübsch bewahren wird. Es liegt also auch im Amerikanischen Interesse, eine solche Entente Cordiale mit China für die Aufrechterhaltung des Status quo zu schließen damit ihr Handel nicht zu kurz komme. Russland wird in the long run, wenn diese Leute die Lage erst ordentlich begriffen haben, auch einer solchen Abmachung geneigt sein, weil es doch ein großes Interesse hat sich China zu erhalten, und nicht außer Japan auch noch andere mißliebige Europäer als orientalische Nachbarn zu bekommen. Der Kaiser hat mir in dieser Beziehung schon Andeutungen gemacht, ich habe ihm ein gutes Verhältniß besonders warm ans Herz gelegt zu China. Alle Europ[äischen] Nationen haben für bestimmte Zwecke ihre Ententen hier geschlossen, um sich zu wahren und Intressen sicher zu stellen. Wir müssen das unbedingt hier jetzt thun, da unsere wichtigsten Exportintressen der Zukunft auf dem Spiele stehen; diese bedingen eine Fortdauer China's als Ganzes! Bei einer Raubtheilung wie die 3 Pennbrüder das vorhaben sind wir verloren und erledigt! Es kann ja der modus operandi so gewählt werden, daß China mit jedem einzelnen von uns die Entente schließt. Wir können ja Rooseveldt durch Sternburg mit Hochdruck bearbeiten, sodaß, wenn er den Antrag kriegt, er ihn mit Wohlwollen annimmt. Wir müssen unbedingt so bald als möglich abschließen! Auf diesen Moment habe ich seit Jahren hingearbeitet und gewirkt! Es war nicht leicht! So oft ich mit der Frage zu Tschirschky kam, da rang er blos die Hände und sagte „China, ach ja, China!" Das war alles! Daß wir dabei auch so nebenbei mal die Russen — scheinbar — etwas zwischen die Scheren kriegen, was solchen Schleichern wie Lamsdorff und Iswolsky gegenüber sehr angebracht ist, verfing auch nicht! Jetzt ist aber die höchste Zeit, eine günstige Gelegenheit jetzt forsch zugegriffen und mal nicht ewig nach anderen umgesehen, was sagt dieser, was sagt der! Die Anderen haben sich niemals um uns gekümmert, also tit for tat! — Wie lebensfähig China ist beweist der Artikel der Finanzchronik, den ich ihnen gestern schickte. Auch ist das Chinesische Selbstgefühl nicht zu unterschätzen, und wenn ihrer Armee Reorganisation etwas von uns unterstützt und beeinflußt würde, wäre das gut! Die ganze Politik Englands der letzten Jahre ist klar! Seine Stellung in Europa unangreifbar machen uns gegenüber, um uns bei der Ergreifung des Yang-tze Gebiets in Europa maritim festzuhalten, zu fesseln, so daß wir uns ducken sollen und sie beim Raub nicht stören. Dazu alle Ententen mit den Mittelmeermächten, um überall Stützpunkte zu haben, und die Lanzirung von Frankreich obendrein in die Marokkosache. Diese sollte zu einem Zusammenstoß zwischen uns beiden führen, damit der Brite uns beide los war und den fetten Bissen allein einstecken konnte! Deswegen auch die Entente mit Russland wegen Persien, damit Russland beruhigt und still wird und nicht stört. Daher auch jetzt der kolossale Aerger der Briten

über die Fahrt der Amerikan[ischen] Flotte, den sie mir auch nicht verhelten*; das maritime Gleichgewicht ist hoffnungslos verschoben und wird im Orient anders als es ihnen paßt. Daher muß hingewirkt werden, daß die Flotte im Pacific bleibt und möglichst auch nach den Philippinen und China geht! Es ist die Deckung für den Yangtse, bis wir mit unsrer Flotte fertig sind! Gegen Amerika wird England niemals etwas wagen; sieht es daß wir beiden entschlossen zusammengehen zur Erhaltung China's, wird es als echter Pharisäer vielleicht sogar mitthun! Und so ist Japan unschädlich gemacht. Also ist hier ein großes Werk zu thun, vorwärts, überlegt ist lange genug! Der Worte sind genug gewechselt, jetzt laßt uns Thaten sehen!

Wilhelm I. R.

an Schön zu lesen geben.

Nr. 8558

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Gesandten in Peking Grafen von Rex

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 2 Berlin, den 3. Januar 1908

Auf Bericht Nr. A 250 vom 7. v. Mts.**

Bündnisvertrag zwischen Deutschland, China und den Vereinigten Staaten von Amerika ist wegen der Vereinigten Staaten unmöglich, da diese die hierfür erforderliche Zustimmung des Senats nicht erhalten würden. Ziel der auch uns sehr erwünschten Annäherungsverhandlungen muß vorläufig auf Austausch von Deklarationen beschränkt bleiben. Darin müßte China uns und Vereinigte Staaten um Unterstützung seiner Politik bitten, die es dahin zu präzisieren hätte, daß es keine territorialen Abtretungen zugunsten irgend einer Macht vornehmen und die Tür für den Handel aller Nationen offen halten wird, während Deutschland und die Vereinigten Staaten China ihr Einverständnis mit dieser Politik zu erklären und ihm gleichzeitig zuzusichern hätten, ihre Politik darauf zu richten, daß Chinas Integrität und Unabhängigkeit in vollem Umfang aufrechterhalten wird. Dies würde voraussichtlich in Washington durchzusetzen sein, dritten Mächten gegenüber unbedenklich erscheinen, nachdem letzthin wieder Frankreich und Japan, und zwar ohne Zuziehung Chinas, eine entsprechende Vereinbarung getroffen haben, und auch China befriedigen, da wir durch den Notenaustausch das gemeinsame Interesse Deutschlands und der Vereinigten Staaten an der Fortdauer Chinas als

* Der Kaiser denkt an seinen Aufenthalt in England im November und Dezember 1907.
** Siehe Nr. 8556.

Ganzes den übrigen Mächten gegenüber dokumentieren. China dürfte derartigen Deklarationen sogar den Vorzug vor einem Bündnisvertrag geben, der sich ausdrücklich auf die 18 Provinzen des Reichs beschränkt, weil durch solchen Vertrag die chinesischen Außenländer dem Zugriff Dritter geradezu preisgegeben würden.

Die von Euerer Exzellenz angeregten geheimen Abmachungen über Vergünstigungen Chinas an uns und die Vereinigten Staaten sind unter allen Umständen zu vermeiden, da sie dem Prinzip der Offenen Tür widersprechen und weder chinesischerseits noch wohl auch in Washington streng geheim gehalten werden würden. Wie ich streng vertraulich und ausschließlich zu Ew. persönlicher Direktive hinzufüge, ist Eindruck zu vermeiden, als ob wir besonderes Interesse am Austausch der Deklarationen haben. Initiative muß vielmehr von China ausgehen, das namentlich die Vereinigten Staaten für Idee zu gewinnen suchen muß, damit nach außen neben China tunlichst nicht Deutschland sondern die Vereinigten Staaten als treibender Faktor erscheinen. Dies wird leicht zu erreichen sein, wenn China bei Demarchen in Washington, wobei wir ihm selbstverständlich gern nach Möglichkeit förderlich sein werden, die Charaktereigenschaften des Präsidenten Roosevelt, insbesondere sein Selbstgefühl und seinen Tatendrang, gebührend berücksichtigt.

Bitte demgemäß unauffällig, vielleicht durch Yintschang, bei Chinesen auf alsbaldige Einleitung der Verhandlungen hinzuwirken, die selbstverständlich bis zum Abschluß auch chinesischerseits streng geheim zu halten sind.

Die Frage einer weiteren Verständigung zwischen Deutschland, Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika ist vorläufig noch nicht spruchreif.

Bülow

Nr. 8559

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. A 18
Geheim

Berlin, den 6. Januar 1908

Der zu Euer Exzellenz gefälliger ganz vertraulicher Information abschriftlich beigefügte Bericht des Kaiserlichen Gesandten in Peking vom 7. v. Mts.* hat Veranlassung dazu geboten, die Frage einer politischen Verständigung zwischen Deutschland, den Vereinigten Staaten von

* Siehe Nr. 8556.

Amerika und China einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Das Ergebnis dieser Prüfung ist folgendes:

Eine politische Verständigung zwischen uns, den Vereinigten Staaten und China erscheint aus den vom Grafen Rex angeführten Gesichtspunkten sehr erwünscht. Ein förmlicher Bündnisvertrag zwischen den drei Mächten wird indes schon mit Rücksicht auf die von Euerer Exzellenz wiederholt erörterte Stellungnahme des Präsidenten Roosevelt zu der Frage nicht in Betracht kommen können. Dagegen wird unbedenklich der Austausch von Deklarationen ins Auge gefaßt werden können, worin China uns und die Vereinigten Staaten um Unterstützung seiner Politik zu bitten hätte, die es dahin zu präzisieren haben würde, daß es keine territorialen Abtretungen zugunsten irgendeiner Macht vornehmen und die Tür für den Handel aller Nationen offen halten wird, während Deutschland und die Vereinigten Staaten China ihr Einverständnis mit dieser Politik zu erklären und ihm gleichzeitig die Zusicherung zu erteilen haben würden, ihre Politik darauf richten zu wollen, daß die Integrität und die Unabhängigkeit Chinas in vollem Umfange aufrechterhalten wird.

Nach Euerer Exzellenz Berichterstattung zur Sache glaube ich annehmen zu dürfen, daß der Austausch derartiger Deklarationen den Intentionen des Präsidenten Roosevelt und der dortigen Regierung entsprechen würde. Dritten Mächten gegenüber dürfte die Maßnahme um so unbedenklicher erscheinen, als sie durch China angeregt wird und letzthin wieder Frankreich und Japan, und zwar ohne China, eine entsprechende Vereinbarung getroffen haben. Die Maßnahme würde endlich wohl zweifellos auch China befriedigen, da Deutschland und die Vereinigten Staaten durch den Notenaustausch ihr gemeinsames Interesse an der Fortdauer Chinas als Ganzes den übrigen Mächten gegenüber dokumentieren würden.

Irgendwelche Abmachungen über Vergünstigungen Chinas an uns und die Vereinigten Staaten in handelspolitischer Hinsicht müßten dabei unter allen Umständen vermieden werden, da sie dem Prinzip der Offenen Tür widersprächen. Ebenso wäre der Eindruck zu vermeiden, als ob Deutschland ein besonderes Interesse an dem Austausch der Deklarationen hätte, da sonst sofort das Mißtrauen der übrigen Mächte gegen uns erregt werden würde. Um dieser Gefahr vorzubeugen, wäre es sehr erwünscht, wenn nach außen hin neben China tunlichst nicht wir, sondern die Vereinigten Staaten als treibender Faktor erschienen.

Graf Rex ist telegraphisch in entsprechendem Sinne verständigt und beauftragt worden, durch den bisherigen chinesischen Gesandten am hiesigen Hofe General Yintschang unauffällig dahin zu wirken, daß China alsbald entsprechende, selbstverständlich bis zum eventuellen Abschluß streng geheim zu haltende Verhandlungen in Washington und bei uns einleitet.

Indem ich ergebenst bemerke, daß Seine Majestät der Kaiser und König größtes Interesse für das alsbaldige Zustandekommen der ange-

deuteten Verständigung bekundet haben, darf ich Euerer Exzellenz bewährter Geschicklichkeit vertrauensvoll überlassen, das Feld dort unauffällig für die Angelegenheit vorzubereiten und den Präsidenten, falls China mit entsprechenden Vorschlägen an ihn herantreten sollte, tunlichst für deren Annahme und Unterstützung auch in Berlin zu gewinnen.

v. Schoen

Nr. 8560

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. A 57 Berlin, den 20. Januar 1908
Geheim

Mit Bezug auf Erlaß Nr. A 18 vom 6. d. Mts.* zu Euerer Exzellenz gefälliger vertraulicher Information.

Graf Rex meldet:

„Die Frage einer politischen Verständigung zwischen Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika und China wird in gewünschtem Sinne von Yun-Schi-Kai und Prinzen Tsching Kaiserin vorgetragen werden. Es besteht Absicht, einen Spezialgesandten nach Washington zu senden, der für Indemnitätsnachlaß** danken und dabei über Angelegenheit verhandeln soll."

v. Schoen

Nr. 8561

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter tn Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. A 227 Berlin, den 21. März 1908

Zu Euerer Exzellenz gefälliger ganz vertraulicher Information.

Der Kaiserliche Gesandte in Peking berichtet unterm 28. v. Mts.:

„Am Schlusse einer Unterredung, die ich mit dem früheren Generalgouverneur, jetzigen Großsekretär und Mitglied des Staatsrates Tschang-Tschi-Tung über die Tsingtauer Schulprojekte gehabt habe, kam dieser ganz aus eigenem Antrieb auf die Möglichkeit einer deutsch-chinesischen Ver-

* Siehe Nr. 8559.

** Im Jahre 1907 war der chinesischen Regierung von der der Vereinigten Staaten die 1901 festgesetzte „Boxerindemnität" im wesentlichen erlassen worden.

ständigung zu sprechen. Ich muß hier bemerken, daß ich über dieses Thema bisher nur mit dem Vizepräsidenten des Waiwupu Liang[tun]yen verhandelt habe. Derselbe ist ein intimer, zuverlässiger Freund Yuan-Schi-Kais, politisch ein Patriot und ehrenhafter Charakter.

Tschang-Tschi-Tung leitete das Gespräch mit der wiederholten Versicherung ein, daß er ein intimeres Verhältnis zwischen China und Deutschland für sehr erwünscht halte, und daß diese Ansicht auch von anderen maßgebenden Mitgliedern der Regierung geteilt werde. Die Teilnahme Amerikas sei unbedingt erforderlich. Daher werde sich China zunächst an Roosevelt wenden.

Bei den Besprechungen sei allerdings die Befürchtung geäußert worden, daß das Bekanntwerden einer Verständigung zwischen den drei Mächten leicht den Unwillen der Nichtbeteiligten erregen und diese zu einer feindseligen Haltung gegenüber China veranlassen könnten. Man hält deshalb allgemein die Geheimhaltung auch der getroffenen Abmachungen für erforderlich.

Als ein weiteres Bedenken sei zur Sprache gebracht worden, daß China zurzeit nicht in der Lage sei, Gegenseitigkeit in bezug auf militärische Hilfe zu gewährleisten, da sein Heer und seine Marine noch unzureichend seien.

Ich glaube, daß es mir gelungen ist, Tschang-Tschi-Tung wegen dieser beiden Bedenken zu beruhigen, wenigstens schloß er die Unterhaltung mit der Bemerkung, er hoffe bestimmt, daß es zu der von allen Seiten als wünschenswert erkannten Annäherung kommen werde.

Die Unterredung ist von besonderer Bedeutung, weil nunmehr feststehen dürfte, daß die nach Prinz Tsching einflußreichsten Mitglieder der Regierung, Tschang-Tschi-Tung und Yuan-Schi-Kai, offenbar auf die gedachte Verständigung hinarbeiten.

Wie ich von Liang soeben erfahre, besteht die Absicht, entweder ihn oder Tang Shao-yi (Gouverneur von Mukden) nach Washington zu betrauen. Liang sowohl wie Tang haben seinerzeit in Amerika studiert, beherrschen die englische Sprache vollständig und würden auch sonst der Aufgabe vollkommen gewachsen sein."

Der Bericht hat Seiner Majestät dem Kaiser und Könige vorgelegen und ist von allerhöchstihm mit folgender Schlußbemerkung versehen worden:

„Es muß nach Besprechung mit China, Amerika und uns von hier und Washington aus ein ‚statement of policy' gemacht werden, welches allen anderen Nationen zur Kenntnis mitgeteilt wird. Das genügt vollkommen. Darin steht als Hauptsache: Open door, status quo und integrity of Chinese Empire."

v. Schoen

Nr. 8562

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68 Washington, den 7. April 1908
Nr. A. 227*

Präsident sagte mir gestern, daß der neue chinesische Gesandte** der bisherigen Annahme entgegen den Gedanken einer Verständigung Chinas mit Deutschland und Amerika nicht ausgedrückt habe, also keine entsprechenden Instruktionen zu haben scheine. Ich machte ihm verschiedene Mitteilungen aus angezogenem Erlaß, namentlich von chinesischer Absicht der Entsendung eines Spezialgesandten hierher. Das befriedigte ihn sehr, wohl um so mehr, als er von jetzigem chinesischen Gesandten nichts hält.

Ferner teilte ich Präsident mit, daß Seine Majestät der Kaiser und König allerhöchstsich für „statement of policy" mit den Grundsätzen „open door, status quo und integrity of Chinese Empire" ausgesprochen hätten, welches allen anderen Nationen mitzuteilen wäre. Hierüber hat er sich Äußerung vorbehalten. pp.***

Sternburg

Nr. 8563

Der Gesandte in Peking Graf von Rex an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 122 Peking, den 1. Juni 1908
[eingetroffen am 13. Juli]

Vor meiner Abfahrt nach Peitaho hielt ich es für notwendig, von Yuan-Schi-Kai eine bestimmte Äußerung darüber zu hören, zu welchen Entschlüssen die chinesische Regierung bezüglich einer Annäherung an Amerika und Deutschland gelangt sei. Ich suchte ihn daher heute auf seinem Landsitz auf und bat ihn, mir zu sagen, welches der derzeitige Stand der Angelegenheit sei.

Yuan-Schi-Kai erwiderte mir ohne Umschweife, eine Annäherung an Amerika und Deutschland anzubahnen, sei absolut fest beschlossene Sache;

---

* Siehe Nr. 8561.
** Wu ting-fang.
*** Der Schluß des Telegramms ist ohne Bedeutung.

nur sei man sich zurzeit noch nicht klar darüber, auf welche Weise dies zu geschehen habe[1].

Selbstverständlich müsse ein besonderer Abgesandter über die Sache in Washington verhandeln, der aber vor der Öffentlichkeit in anderer Angelegenheit dorthin entsandt werden müsse; vorläufig sei der Zeitpunkt für eine solche Mission noch nicht abzusehen[2]. Man sehe noch nicht klar, in welcher Weise man in dieser Sache an die Amerikaner herantreten könne, da man doch vorläufig gar nicht wisse, wie Amerika gesinnt sei[3].

Ich erwiderte Yuan-Schi-Kai, ich könnte die Sache nicht für schwer ansehen; der betreffende Abgesandte brauche ja nur unter Hinweis auf die in letzter Zeit Ostasien betreffenden Bündnisverträge dem Präsidenten die Besorgnis auszusprechen, daß China mehr und mehr in eine Abhängigkeit von diesen vertragschließenden Mächten gelangen würde, um daran die Frage zu knüpfen, ob Amerika für den Fall, daß China in Schwierigkeiten käme, bereit sein würde, sich der chinesischen Interessen anzunehmen. Diese Frage würde naturgemäß eine nähere Besprechung der Stellung Amerikas zu China nach sich ziehen, und dabei werde sich herausstellen, inwieweit Amerika gesonnen sei, sich für China zu engagieren. Sollte Amerika hierbei erklären, daß sein Schutz allein nicht genüge, so könne der betreffende Vertreter ja darauf hinweisen, daß doch wohl zum Beispiel Rußland und Deutschland China in derselben Weise wohlgesinnt seien.

Auf die hierauf folgende Frage Yuan-Schi-Kais, ob ich ein Einverständnis zwischen Amerika, Deutschland und China für stark genug hielte, um England, Frankreich und Japan gegenüber das Gleichgewicht zu halten, erwiderte ich, die Tatsache allein, daß Amerika und Deutschland geschlossen für China einträten, werde ein aggressives Vorgehen der genannten Mächte verhindern[4]; auch würden sich im Ernstfalle voraussichtlich noch andere europäische Mächte um die Beiden gruppieren. Im allgemeinen glaubte ich, daß weder England noch Japan es wagen würden, China anzutasten, wenn sie dabei Gefahr liefen, sich Amerika zum Feinde zu machen, da dieses Land wirtschaftlich einen zu großen Faktor darstelle[4].

Yuan-Schi-Kai bemerkte hierauf, die Lage Chinas erheische, daß die Angelegenheit mit größter Vorsicht behandelt werde, damit nicht etwa aus einem solchen Schritt für China Verwickelungen entständen. Er wiederhole, er könne mir momentan noch nicht sagen, wie die Ausführung des Planes vor sich zu gehen habe, im Prinzip[5] stehe aber der Entschluß der Regierung absolut fest.

Zum Schluß fragte er mich, ob ich eine schriftliche Abmachung für notwendig hielte. Ich antwortete, von einem formellen Vertrage zwischen China und Amerika könne wohl keine Rede sein, da ein solcher dem Kongreß vorgelegt werden müsse; ich hielte es für ausreichend, wenn durch einen Notenaustausch die Verpflichtungen gegenüber China festgestellt würden[6].

Die Erledigung der Frage des Nachlasses der amerikanischen Indemnität scheint sich hinauszuziehen, sodaß die in Aussicht gestellte Entsendung eines Spezialgesandten nach Amerika vorläufig noch nicht erörtert worden ist.

Angesichts der Charaktereigenschaften Yuan-Schi-Kais ist es unleugbar von großer Tragweite, daß er mir wiederholt den festen Entschluß seiner Regierung kundgab; denn jeder, der bisher in großen Fragen mit Yuan-Schi-Kai amtlich zu tun hatte, hat ihm stets das Lob erteilen können, daß er gehalten hat, was er einmal zugesagt hat. Wir haben es hier somit mit ernsthaften Absichten der Regierung zu tun, deren tatsächliche Ausführung allerdings durch allerhand nachträgliche Bedenken in Frage gestellt werden kann.

Vorläufig bin ich bestrebt, unsere freundschaftlichen Aussprachen für wirtschaftliche und kulturelle Fragen auszunutzen.

A. Rex

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Umstandsbaron! ist ihnen vor einem Jahr schon auseinandergesetzt worden!
[2] Time is n o t money! anscheinend!
[3] Das ist ja alles bereits mit Roseveldt abgemacht! und den Himmlischen Söhnen mitgetheilt!
[4] richtig
[5] d. h. es wird gar nichts gemacht werden!
[6] es ist mit Amerika abgemacht, a statement of policy zu machen! nichts schriftliches auch kein Bündniß.

Nr. 8564

Der Gesandte in Peking Graf von Rex an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68
Geheim

Peking, den .. August 1908
[eingetroffen am 5. August]

Tang Shao-yi hat sich vertraulich über seine amerikanische Mission ausgesprochen. Dank für Erlaß der Indemnität lediglich Vorwand, eigentlicher Zweck Anbahnung der Annäherung an Deutschland und Amerika. Ankunft in Amerika erst nach Beendigung der Wahlen. Tang bittet Kaiserlichen Botschafter zu informieren. Rückkehr über Europa unter Vorwand als Kommissar zum Studium finanzieller Frage.

Rex

Nr. 8565

Der Gesandte in Peking Graf von Rex an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 243

Peking, den 15. Dezember 1908
[eingetroffen am 3. Januar 1909]

Die amerikanisch-japanische Deklaration vom 1. d. Mts.* war für das hiesige diplomatische Korps eine Überraschung**. Indessen entspringt sie, soweit sich das von hier aus übersehen läßt, aus der Lage, in der sich die Deklaranten befanden. Auf Grund meiner hiesigen Wahrnehmungen bin ich zu folgender Auffassung der zugrunde liegenden Vorgänge gelangt:

Wie bekannt, waren die Beziehungen der beiden Länder in letzter Zeit zwar nicht direkt getrübt, es waren aber so viele Reibungspunkte in die Erscheinung getreten, daß der Ausbruch wirklicher Feindschaft nicht mehr unwahrscheinlich war. Die Entsendung der amerikanischen Flotte nach dem Stillen Ozean stellte die Kriegsfrage unwillkürlich zur Diskussion. Japans Stellung zu dieser Frage dürfte folgende gewesen sein: Obgleich anzunehmen war, daß es Japan gelingen würde, die amerikanische Flotte

---

* Siehe den Text des amerikanisch-japanischen Notenaustausches vom 30. November 1908 in: Das Staatsarchiv, Bd. 76, 329ff., bei Hayashi a. a. O., p. 325 ss. Über die Genesis des Abkommens s. Hayashi a. a. O., p. 236 ss.; O. Franke, Die Großmächte in Ostasien von 1894—1914, S. 300ff.

** Der Abschluß dürfte auch für die deutsche Regierung eine Überraschung insofern bedeutet haben, als diese der Hoffnung gewesen war, daß die Mission Tang Shao-yis nach Washington, deren Zustandekommen sie begünstigt hatte, zu einer amerikanisch-deutsch-chinesischen Deklaration führen würde, und als sie keineswegs darauf vorbereitet war, daß die Vereinigten Staaten statt dessen mit Japan abschließen würden. Nachträglich äußerte sich Präsident Roosevelt darüber am 31. Dezember 1908 zu dem Nachfolger Freiherrn von Sternburgs Grafen Bernstorff, wie dieser am 2. Januar 1909 berichtete: „Mein Herr Amtsvorgänger habe öfters mit ihm den Gedanken erörtert einer gemeinsamen Garantie der Integrität Chinas durch Deutschland und Amerika unter Teilnahme Chinas an dem Vertrage. Darauf hätte er nicht eingehen können, weil China dadurch vielleicht zu einer japanfeindlichen Politik verführt worden wäre. Ein japanisch-chinesischer Konflikt hätte China vollkommen ungerüstet gefunden, und weder Deutschland noch Amerika wären in einem solchen Falle bereit gewesen, China gegen Japan zu schützen. Wir könnten doch nicht unsere Flotte in den Stillen Ozean schicken, und Amerika könne keinen Krieg für China führen, weil die hiesige öffentliche Meinung einen solchen Krieg nicht billigen würde. Wenn es einmal zu einem amerikanisch-japanischen Kriege kommen müsse, so dürfe dies nur für rein amerikanische Interessen geschehen. Dann werde das amerikanische Volk gern seine ganze Kraft einsetzen und auch sicher den Sieg erringen. Obigen Gedankengang habe er — soweit derselbe Amerika betreffe — auch ganz offen dem hier weilenden außerordentlichen chinesischen Botschafter Tang Shao-yi gegenüber entwickelt, denn völlige Offenheit sei die einzige richtige Politik. Lügen hätten kurze Beine. „One is always found out." Dabei exemplifizierte der Präsident auf die russische Politik vor dem japanischen Kriege.

zu schlagen und für die nächste Zeit unschädlich zu machen, so konnte doch dieses Argument nicht ausschlaggebend für den Beginn eines Krieges sein, da Japan sich dann einen Gegner geschaffen hätte, der sofort mit seinen reichen Mitteln an die Vorbereitungen zu einem Revanchekrieg gegangen wäre. Japan würde somit in die Lage gekommen sein, seitens zweier Großmächte einen Revanchekrieg erwarten zu müssen. Einer solchen Situation war Japan namentlich in finanzieller Hinsicht nicht gewachsen. Aus diesen Erwägungen heraus hat es vorgezogen, den Friedensweg zu beschreiten, um sich vorläufig ungestört seiner inneren Entwickelung widmen zu können.

Was Amerika anbetrifft, so hat sich der Präsident Roosevelt wohl anfänglich in dem Glauben bewegt, daß seine Armada der japanischen Flotte gewachsen sei, bald jedoch wurde es der amerikanischen Regierung klar, daß ihre Flotte an Gefechtswert der japanischen bei weitem nachstehe. Das Beste, was unter diesen Umständen getan werden konnte, war, die politische Lage umzugestalten, der gewissen Spannung zwischen den beiden Ländern die Daseinsberechtigung zu nehmen und für die Welt einen guten Grund für die Heimkehr der Flotte zu finden. Die Deklaration war das passende Mittel, sie erscheint mir vom amerikanischen Standpunkt als eine Art Waffenstillstand, welcher dazu dienen soll, die Flotte auszubauen und die Vorteile eines Panamakanals einem künftigen Kriege zu verschaffen. Ich sage Waffenstillstand, weil durch die Deklaration keine der zwischen Japan und Amerika strittigen Fragen geregelt worden ist. Die Reibungsflächen sind dieselben geblieben, sie haben nur durch die Erklärung der Aufrechterhaltung des Status quo im Stillen Ozean und der Integrität Chinas eine gewisse Beschränkung erfahren.

China erscheint in der Deklaration wiederum als Vertragsobjekt. Wenn auch der Inhalt nichts für China Verletzendes enthält, so berührt doch die Tatsache der Nichtbeteiligung die Chinesen höchst peinlich. Der amerikanische* und der japanische** Gesandte haben dem Waiwupu die Deklaration kurz vor der Veröffentlichung mitgeteilt, welches sie ohne jede Kritik zur Kenntnis genommen hat. Na-tung soll dem amerikanischen Gesandten gesagt haben, es gebe ja schon mehrere Verträge über China, auf einen mehr käme es nicht an. Der genannte Gesandte erzählte jedoch mir und allen Kollegen, die Chinesen seien hocherfreut über die Deklaration. Dies ist entschieden nicht der Fall. Die Chinesen hegen ein großes Mißtrauen gegen dieselbe gerade wegen der Harmlosigkeit ihres Wortlauts. Den Artikel 5 erachten sie für zu allgemein gehalten, um Vertrauen einzuflößen. Alle Chinesen glauben vorläufig, daß Japan nicht ohne Hintergedanken gehandelt habe. Ein hoher chinesischer Beamter sagte: „Sollte diese Deklaration uns für einige Jahre seitens Japans Ruhe verschaffen, so wollen wir gern jede Kritik unterlassen.“ Dies ist aber der Punkt, der

---

* William W. Rockhill.
** Ijuin.

mir zweifelhaft erscheint. Wird Japan nunmehr sein aggressives Vorgehen auf chinesischem Gebiet aufgeben? Wird Amerika noch fürderhin sich ebenso energisch japanischen Anmaßungen in der Mongolei entgegenstellen? Erst aus der Praxis wird man die Bedeutung der Deklaration für China erkennen können.

Die Chinesen erwarten, durch Berichte von Tang Shao-yi aus Washington Näheres über die Geschichte der Deklaration zu erfahren. Daß dieselbe kurz vor Ankunft des Genannten in Washington gezeichnet wurde, befremdet die Chinesen; sie meinen, daß die amerikanische Regierung, falls sie wirklich das Wohl Chinas im Auge habe, die Ansicht dieses hohen chinesischen Staatsmannes vor der Zeichnung hätte anhören können. Die Chinesen vermuten, die Japaner hätten es so absichtlich eingerichtet, daß der Abschluß vor dem Eintreffen Tang Shao-yis erfolgte.

A. Rex

Kapitel CLXXXV

Anläufe zu einem Deutsch-Russischen Abkommen über Persien

Deutschlands Verzichtpolitik in Persien 1905—1908

Nr. 8566

Aufzeichnung des Gesandten in Tanger Rosen, z. Z. in Berlin, für den Staatssekretär Freiherrn von Richthofen*

Eigenhändig

Berlin, den 14. Oktober 1905

Der persische Gesandte** beabsichtigt, Eure Exzellenz zu fragen, ob in irgend einer Weise die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Persien ausgedehnt werden könnten. Er ist bereit, dem deutschen Handel, Industrie und Bankwesen jede Art Konzession zu verschaffen. Er möchte nicht nach fünfjähriger Anwesenheit in Berlin mit ganz leeren Händen nach Persien zurückkehren, wohin er demnächst einen Urlaub antritt.

Außerdem möchte der Gesandte eventuell um Militärinstruktoren bitten. Zu letzterem Punkte wäre es vielleicht ganz gut, ihm zu sagen, daß den recht tüchtigen deutschen Offizieren, welche zum Teil jahrzehntelang in Persien angestellt gewesen sind, ein auch nur einigermaßen ihnen angemessenes Feld der Tätigkeit niemals eröffnet worden ist, und daß zwei derselben, die Generale Fellmer und Weth, noch heute auf die Regelung ihrer bescheidenen Pensionsansprüche warten.

Rosen

Nr. 8567

Aufzeichnung des Gesandten in Tanger Rosen, z. Z. in Berlin

Eigenhändig

Berlin, den 24. Oktober 1905

Auf das Anerbieten des persischen Gesandten, die Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Teheran nach Chanikin (Anschluß an die Bagdadbahn) einer deutschen Gesellschaft zu verschaffen, ließe sich zunächst antworten:

„Es ist der Kaiserlichen Regierung nach den ihr vorliegenden Berichten zweifelhaft, ob Persien — angesichts des sogenannten geheimen Eisenbahnabkommens mit Rußland — überhaupt in der Lage ist, zur-

* Der Referent für orientalische Angelegenheiten im Auswärtigen Amt Rosen war schon im März 1905 zum Gesandten in Tanger ernannt worden, wurde aber durch die Marokkokrise in Berlin zurückgehalten.

** Mirza Mahmud Chan.

zeit Eisenbahnkonzessionen zu vergeben. Es erscheint daher zunächst erwünscht, hierüber Sicherheit zu erlangen. Ist die persische Regierung in der Lage, hierüber eine befriedigende Erklärung abzugeben? — Im übrigen wird die Angelegenheit näher geprüft werden."

Rosen

Nr. 8568

Der Geschäftsträger in Teheran Freiherr Hartmann von Richthofen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 24 — Teheran, den 4. Juni 1906
Streng vertraulich — [eingetroffen am 16. Juni]

Der Sohn des Ministers des Auswärtigen* und Kabinettschef seines Vaters Hussein Chan hat mir vor einigen Tagen die folgende wichtige Mitteilung in halboffizieller Form gemacht. Er sprach zunächst die Ansicht aus, daß die Einrichtung einer Schiffahrtsverbindung zwischen Deutschland und dem Persischen Golf seitens der Hamburg-Amerika-Linie von der persischen Regierung als ein Anzeichen dafür aufgefaßt werde, daß man in Deutschland gesonnen sei, den deutschen Handel mit Persien soviel wie möglich zu stärken. Die persische Regierung begrüße jedes derartige Unternehmen mit der größten Freude, sie könne sich aber nicht verhehlen, daß eine erfolgreiche Konkurrenz des deutschen Handels mit dem englischen und russischen ohne die Errichtung einer deutschen Bank in Persien ausgeschlossen sei. Er sei daher beauftragt, mir vertraulich mitzuteilen, daß alle derartigen Bestrebungen auf die weitgehendste Beihülfe der persischen Regierung rechnen könnten, und daß insbesondere eine Bankkonzession für eine deutsche Finanzgruppe gegebenenfalls umgehend seitens des Schahs würde erteilt werden.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß sich die persische Regierung nicht allein aus Interesse an der Hebung des deutschen Handels zu einem solchen Entgegenkommen, das ihr in mancher Hinsicht Unannehmlichkeiten bereiten könnte, verstehen will. Ihre Absichten gehen vielmehr dahin, Deutschland soviel wie möglich an den Geschicken Persiens zu interessieren, um auf solche Weise bei einer drohenden englisch-russischen Okkupation auf die Unterstützung Deutschlands und alsdann vielleicht auch auf die Hülfe anderer Mächte wie Österreichs und Frankreichs gegen ein Attentat auf die Souveränität des Schahs rechnen zu können. Die persischen Politiker mögen wohl glauben, daß die Einführung von finanziellen und anderen Zwangsreformen in Persien noch auf internationaler Basis zu erreichen sei, und sie vertrauen hierbei in erster Linie auf die Kaiserliche Regierung, welche nach ihrer Ansicht stets eine so orientfreundliche Politik geführt hat. So durchsichtig daher diese Motive der

* Muschir ed Dauleh.

persischen Regierung für ihr außerordentliches Entgegenkommen auch sind, so läßt sich andererseits aber die Richtigkeit der Tatsache nicht verkennen, daß der deutsche Handel in Persien unter den gegenwärtigen Verhältnissen und ohne ein einer Bank ähnliches Institut einen irgendwie größeren Aufschwung nicht zu nehmen vermag. Der englische und der russische Handel beruhen fast ausschließlich auf den beiden Banken dieser Staaten in Persien, da es für den europäischen Kaufmann und Fabrikanten nur mit den größten Schwierigkeiten möglich ist, ohne eine kreditgewährende Mittelsperson mit dem persischen Abnehmer Geschäfte abzuschließen. Zufolge dieses Umstandes ergibt sich für Deutschland die betrübende Tatsache, daß sein Handel in Persien weder mit dem Interesse, welches deutsche Firmen an Persien nehmen — die Kaiserliche Gesandtschaft erhält jährlich etwa 500 kaufmännische Anfragen —, noch mit der Konkurrenzfähigkeit und der Beliebtheit deutscher Waren hier zu Lande auch nur irgendwie im Einklang steht. Gegen die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Ware ließe sich allerdings einwenden, daß die russische Regierung durch ihre Transitzölle jederzeit den deutschen Handel nach Nordpersien über Rußland zu unterbinden vermag. Eine solche Maßregel würde aber wohl vor allem der Karawanenstraße Trapezunt—Täbris—Teheran zugute kommen, nach welch ersterem Ort bekanntlich Schiffe der deutschen Levantelinie verkehren. Die Vorteile aber, welche die Einrichtung einer direkten Verbindung zwischen Deutschland und dem Persischen Golf dem deutschen Handel mit Persien bringen wird, lassen sich zurzeit noch gar nicht absehen. Daß sie seitens der deutschen Kaufmannschaft nicht niedrig eingeschätzt werden, ergibt sich daraus, daß bereits jetzt, wenige Wochen nach dem Bekanntwerden der Absicht der Hamburg-Amerika-Paketfahrt-Gesellschaft, auf diese neue Schiffahrtsverbindung bezugnehmende Handelsanfragen hier eintreffen. Es kann sich daher für die deutsche Handelspolitik weniger darum handeln, in Persien ein Institut mit der Bestimmung zu gründen, den deutschen Handel für Persien zu interessieren, als vielmehr durch eine derartige Gründung dem mit allen Kräften nach Persien strebenden deutschen Kaufmann eine Konkurrenzfähigkeit mit den durch ihre hiesigen Banken unverhältnismäßig begünstigten Engländern und Russen zu verschaffen. Eine deutsche Bank in Persien würde hierfür sicherlich das wirksamste Mittel sein, wirksamer als ein Warenmusterlager oder ähnliche Projekte, die, wie Euerer Durchlaucht bekannt, bereits früher in Erwägung gezogen worden sind. Eine deutsche Bank würde natürlich der englischen und russischen gegenüber im Anfang keinen leichten Stand haben; aber es ist anzunehmen, daß sie bei guter Leitung namentlich die letztere überflügeln, und daß auch sie binnen kurzem — wie die beiden andern — auf eine Dividende von 7 % rechnen könnte. Ihre Einnahmen würden sich gleich denen der andern Banken vor allem zusammensetzen aus der Kreditgewährung auf Waren zu 8—12 %, aus der Provision für den Abschluß von Geschäften und aus der Finanzierung von Unternehmungen wie Warenhäusern, Fabriken und anderen.

Hierzu würde als unvermeidlich eine beständige Gewährung kurzfristiger Anleihen an die persische Regierung kommen, welche stets einen Teil des Bankkapitals für sich gegen eine Verzinsung von 8% in Anspruch nehmen würde.

Ende des Jahres 1905 drohte, wie Euerer Durchlaucht damals berichtet wurde, der englischen und russischen Bank schon einmal eine empfindliche Konkurrenz dadurch, daß die Österreichische Überseebank die Errichtung einer Filiale in Teheran beabsichtigte. Warum die Ausführung dieses Projektes unterblieb, ist mir unbekannt. Aussicht auf Erfolg würde es wohl gehabt haben, und es kann auch zurzeit insoweit noch als Fingerzeig dienen, als es wegen der Höhe der erforderlichen Kapitalreserve sicher geratener ist, gegebenenfalls in Persien Agenturen einer großen deutschen Bank — wie zum Beispiel der Orientbank — zu errichten, statt ein selbständiges Bankunternehmen ins Leben zu rufen.

Ich darf diesen Ausführungen, welche auf den Berichten und mündlichen Mitteilungen des Gesandten Grafen von Rex fußen und mit seinen Ansichten übereinstimmen dürften, noch gehorsamst folgendes hinzufügen. Die Angst der persischen Regierung vor einer binnen kurz oder lang eintretenden englisch-russischen Aktion, verbunden mit ihrer augenblicklichen Finanznot, macht dieselbe zurzeit in weitgehendster Form unseren Wünschen gefügig. Es ist nicht zu erwarten, daß diese entgegenkommende Haltung lange andauern wird, denn mit einer Sinnesänderung der Perser muß ebenso wie mit dem Zustandekommen einer englisch-russischen Vereinbarung und somit mit einem Ausscheiden des deutschen Einflusses gerechnet werden. Die deutsche Politik steht somit augenblicklich an dem Scheidewege, ob sie in Persien den aussichtsvollen merkantilen Konkurrenzkampf gegen die beiden bisher bevorzugten Nationen mit den ihr unerwartet und freiwillig gebotenen Machtmitteln aufnehmen und sich somit allerdings noch stärker an der Regelung der politischen Verhältnisse des Reiches des Schahs beteiligen, oder ob sie den Dingen ihren Lauf lassen und sich handelspolitisch desinteressieren will.

Da mir Euerer Durchlaucht Willensmeinung in dieser schwerwiegenden Frage nicht bekannt ist und ich nicht weiß, ob Euere Durchlaucht für die deutschen Absichten am Persischen Golf Günstiges von einer stärkeren Interessierung in Persien erwarten, so habe ich mich den Mitteilungen Hussein Chans gegenüber im großen und ganzen zuhörend verhalten und insbesondere jedes Eingehen auf die eventuelle Konstruktion der zukünftigen Bank und vor allem jede Besprechung der Höhe der von der Bank der persischen Regierung zu gewährenden Anleihesumme unterlassen. Ich habe nur eine vertrauliche Berichterstattung an Euere Durchlaucht zugesagt. Hussein Chan, dem gleich seinem Vater viel an dem Zustandekommen der Angelegenheit gelegen zu sein scheint, meinte darauf, daß gegebenenfalls die persische Regierung bereit sei, zunächst durch eine Note ganz generell zu erklären, daß sie einer jeden deutschen Bank, die von der Kaiserlichen Regierung empfohlen werde, die erforderliche

Konzession zu erteilen gewillt sei. Die Einzelheiten der Konzession könnten alsdann geregelt werden, wenn die Kaiserliche Regierung sich bewogen finden sollte, von dem so erhaltenen Rechte Gebrauch zu machen. Hussein Chan fügte hinzu, daß er, da die Angelegenheit außerordentlich dränge, die Verpflichtung zur Ausstellung dieser Note nur für die Dauer von drei Wochen, also etwa bis zum 25. d. Mts. übernehmen könne.

Euere Durchlaucht darf ich daher gehorsamst, wenn angängig, um telegraphische Weisung bitten, ob ich Hussein Chan unter der Hand einen ablehnenden Bescheid erteilen soll, oder ob mich Euere Durchlaucht ermächtigen, eine dem Obigen entsprechende Note entgegenzunehmen und der persischen Regierung den Empfang derselben zu bestätigen. Die Note würde ungefähr den folgenden Wortlaut haben:

„Bezugnehmend auf unsere mündlichen Besprechungen beehrt sich der Unterzeichnete Euerer Hochwohlgeboren mitzuteilen, daß die Regierung Seiner Majestät des Schahinschah bereit ist, einer jeden deutschen Bank oder Gruppe von deutschen Kapitalisten, welche ihr von der Kaiserlich Deutschen Gesandtschaft in Teheran empfohlen werden sollte, die erforderliche Konzession zur Errichtung einer Bank in Persien zu erteilen. Falls die Kaiserlich Deutsche Regierung von diesem ihr hierdurch gegebenen Rechte Gebrauch zu machen gewillt ist, so sollen die Einzelheiten des Konzessionsvertrages entweder zwischen der Kaiserlich Persischen Regierung einerseits und der Kaiserlich Deutschen Gesandtschaft in Teheran andererseits oder zwischen der Kaiserlich Persischen Regierung einerseits und den deutschen Gründern der Bank unter Zustimmung der Kaiserlich Deutschen Gesandtschaft in Teheran andererseits vereinbart werden. Die Kaiserlich Persische Regierung hält sich durch das Vorstehende für die Dauer nur eines Jahres für gebunden, falls die entsprechenden Verhandlungen nicht bereits im Laufe dieses Zeitraums begonnen werden sollten.

Unterschrift des Ministers des Äußeren."

Richthofen

Nr. 8569

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Geschäftsträger in Teheran Freiherrn Hartmann von Richthofen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 18 Berlin, den 20. Juni 1906

Auf Bericht Nr. A 24*.

Mit Sicherung Bankkonzession einverstanden unter Bedingung, daß Angelegenheit auch persischerseits vorläufig streng geheim behandelt wird.

Tschirschky

* Siehe Nr. 8568.

Nr. 8570

Der Geschäftsträger in Teheran Freiherr Hartmann von Richthofen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 Teheran, den 28. Juni 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 18*.

Persische Regierung hat für Abschluß zur Sicherung von Bankkonzessionen folgende Wünsche:

1. Abschluß nicht durch Notenaustausch, sondern durch Konvention zwischen persischer Regierung und Gesandtschaft, deren Inhalt mit dem im Bericht Nr. A 24** enthaltenen Notenentwurf identisch sein würde. Halte dies gleichfalls für vorteilhafter, da infolge alsdann notwendiger Signatur durch Schah von Persien größere Sicherheit vorhanden.

2. Vordatieren der Konvention als vom 25. Mai. Grund hierfür, wie Minister des Innern streng vertraulich mitteilt, daß kurz nach diesem Datum Verhandlungen wegen neuer Anleihe mit russischer Regierung begonnen haben und persische Regierung bei späterem Bekanntwerden der Konvention russischen Vorwürfen durch Hinweis begegnen will, daß deutscher Bank Konzession bereits vorher erteilt gewesen. Tatsächliches Datum der Unterzeichnung kann durch Notenaustausch festgelegt werden.

Verpflichtung unsererseits Angelegenheit, falls persische Regierung nicht andere Mitteilung zukommen läßt, mindestens sechs Monate geheim zu halten. Hierbei bleibt für persische Regierung Verpflichtung zur Geheimhaltung auch über diese Frist, solange Kaiserliche Regierung für angezeigt hält, bestehen.

Erbitte Einverständnis für diese drei Punkte. Unterzeichnung voraussichtlich 30. Juni.

Richthofen

Nr. 8571

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Geschäftsträger in Teheran Freiherrn Hartmann von Richthofen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 19 Berlin, den 29. Juni 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 11***.

Einverstanden mit Abschluß Bankkonzession durch Konvention zwischen persischer Regierung und Gesandtschaft mit dem für Note und

* Siehe Nr. 8569.
** Siehe Nr. 8568.
*** Siehe Nr. 8570.

zwecks Geheimhaltung vorgeschlagenen Inhalt*. Vordatieren der Konvention dagegen nicht angängig, da wir hierdurch später in peinliche Lage kommen könnten.

Mühlberg

Nr. 8572

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 904 Berlin, den 29. Juli 1906
Ganz vertraulich

Die persische Regierung hat uns aus eigenster Initiative ohne irgend welche Anregung seitens der Kaiserlichen Gesandtschaft in Teheran die Konzession zur Gründung einer deutschen Bank in Persien angeboten. Wir haben diesem Anerbieten schon aus dem Grunde nähertreten müssen, weil wir uns durch eine Ablehnung in direkten Widerspruch mit den Interessen unserer Handels- und Industriekreise gesetzt haben würden, die dem persischen Markte neuerdings eine lebhaftere Aufmerksamkeit widmen, aber bei den gegenwärtigen Verhältnissen und ohne ein einer Bank ähnliches deutsches Institut in Persien unter dem Mangel der zum Abschluß von Geschäften mit dem dortigen Abnehmer notwendigen kreditgewährenden Mittelsperson empfindlich leiden. Von der persischen Regierung ist uns darauf unterm 1. d. Mts. die förmliche Zusage erteilt worden, einer jeden deutschen Bank oder Gruppe von deutschen Kapitalisten, welche ihr von der Kaiserlichen Gesandtschaft in Teheran empfohlen werden sollte, die erforderliche Konzession zur Errichtung einer Bank in Persien zu gewähren. Auf Wunsch der genannten Regierung soll diese Konzession für die Dauer von sechs Monaten, das heißt also bis zum 1. Januar k. Js. geheimgehalten werden. Aus diesem Grunde sind auch bisher Verhandlungen mit Bankhäusern in der Angelegenheit nicht eingeleitet worden, und muß daher vorläufig dahingestellt bleiben, ob sich die deutsche Finanz zur Ausnützung der Konzession bereit finden lassen wird.

Es ist selbstverständlich und bedarf an sich keiner besonderen Betonung, daß durch die Errichtung einer deutschen Bank in Persien unsere bisherige Politik diesem Lande gegenüber keine Änderung erfahren wird. Wir werden vielmehr in Persien nach wie vor lediglich wirtschaftliche, keinerlei politische Ziele verfolgen. Da es jedoch nach früheren Erfahrungen nicht ausgeschlossen erscheint, daß selbst die Errichtung eines ausschließlich wirtschaftlichen Interessen dienenden deutschen Bankunternehmens in Persien von der uns feindlichen Presse zu neuen Mißdeutungen

* Die Konvention betreffs Erteilung einer Bankkonzession an deutsche Kapitalisten gelangte dann am 1. Juli zur Unterzeichnung.

unserer Politik ausgenutzt werden könnte, so lege ich Wert darauf, daß die dortige Regierung durch Eure Exzellenz rechtzeitig von der Konzession und unseren damit verbundenen Absichten Kenntnis erhält, damit wenigstens an dortiger amtlicher Stelle nicht etwa der Verdacht aufkommt, daß wir unsere Haltung gegenüber Persien verändern wollen.

Eure Exzellenz bitte ich hiernach, die vorstehenden Ausführungen mit Rücksicht auf den persischen Wunsch der Geheimhaltung bis zum 1. Januar k. Js. streng vertraulich zu behandeln. Sollte dort jedoch vorzeitig etwas über die uns erteilte Bankkonzession bekannt werden, so wollen Eure Exzellenz der dortigen Regierung ohne Erwähnung der mit der persischen Regierung vereinbarten Klausel der Geheimhaltung gefälligst unverzüglich eine entsprechende Erklärung abgeben und über deren Aufnahme berichten.

Indem ich bemerke, daß dem Kaiserlichen Botschafter in London ein gleichlautender Erlaß zugeht, behalte ich mir eventuell eine weitere Mitteilung über den Zeitpunkt einer entsprechenden Verständigung der dortigen Regierung vor.

Tschirschky

Nr. 8573

Der Geschäftsträger in Teheran Freiherr Hartmann von Richthofen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. A 42 Teheran, den 6. August 1906

Die Ereignisse, welche sich zurzeit in Teheran abspielen*, haben ein scharfes Licht auf die gegenwärtige politische Lage in Persien geworfen. Sie haben gezeigt, daß zurzeit nur zwei Mächte in der Lage sind, einen tatsächlichen Einfluß auf die Geschicke dieses Landes auszuüben, England und Deutschland. Rußland, das man bisher gewöhnt war allein mit England in Persien handelnd auftreten zu sehen, muß zum mindesten auf

---

* Ende Juli 1906 war es in Teheran zu einer revolutionären Bewegung unter Führung der Geistlichkeit und Kaufmannschaft gekommen. Die Aufrührer flüchteten sich in Scharen in die englische Gesandtschaft, die offen mit ihnen sympathisierte. Durch Vermittlung der englischen Gesandtschaft verlangten die Aufrührer die Absetzung des Großwesirs und die Einführung von Reformen. Tatsächlich nahm der Schah die Demission des Großwesirs an, ernannte aber zu dessen Nachfolger nicht den englischen Kandidaten Nisam es Saltaneh, sondern den bisherigen Minister des Äußern Muschir ed Dauleh. Am 30. Juli hatte der Geschäftsträger Freiherr von Richthofen telegraphiert (Nr. 21), daß er mit Vorsicht die Kandidatur des letzteren unterstütze, worauf er jedoch sofort (Telegramm Nr. 20 vom 31. Juli) die Weisung erhielt: „Ew. pp. wollen sich jeder auch vorsichtigster Unterstützung irgendeiner Kandidatur enthalten und lediglich Ihre Beobachtungen hierher melden."

geraume Zeit als ein wesentlicher Machtfaktor ausgeschieden werden. Diese Anschauung hat die persische Regierung und hat das persische Volk. Die Regierung, die sich von dem Druck der russischen Anleihe noch nicht völlig zu befreien und altgewöhnte Bahnen nicht so kurzerhand zu verlassen vermag, zeigt sich der russischen Gesandtschaft gegenüber auch weiterhin besonders höflich und entgegenkommend, aber sie sucht dort keine Stütze mehr gegen den überhand genommenen englischen Einfluß. Für das Volk zählt aber die russische Gesandtschaft nicht mehr mit, es hat dieselbe an den großen.....*, die im Staate vorgehen, nicht beteiligt. Der hiesige russische Gesandte** hat zwar behauptet, daß nur englische Intrigen es verhindert hätten, daß die Mollahs mit ihrem Anhang auch zu ihm mit der Bitte um Schutz und Unterstützung gegen die Regierung gekommen wären. Es entspricht dies, wie ich zuverlässig weiß, aber nicht den Tatsachen. Die Mollahs haben gar nicht daran gedacht, auch in die russische Gesandtschaft zu gehen, sie waren vielmehr davon überzeugt, daß ihnen dort keine Hilfe geboten werden könne. So deutlich sich bei den Vorgängen, die sich jetzt in Teheran abspielen, die russische Schwäche gezeigt hat, so kann andererseits die außergewöhnliche Stärkung des englischen Einflusses, die durch sie hervorgerufen wird, nicht scharf genug betont werden. Der englischen Regierung ist es durch ihre völkerrechtswidrige Handlung, indem sie die tatsächlich sicherlich revolutionäre Bevölkerung Teherans auf das energischste durch ihre bei Seiner Majestät dem Schah beglaubigte Gesandtschaft gegen dessen Person wie gegen seine Regierung unterstützt hat, gelungen, daß sie mit Recht von sich sagen kann, daß sie allein durch ihr Machtgebot einen ihr unbequemen und allgemein unpopulären Großwesir beseitigt und dem persischen Volk zu den langersehnten Reformen, welche die Regierung jetzt zu gewähren im Begriff ist, verholfen hat.

Es ist daher verständlich, daß die persische Regierung gegen diese englischerseits drohende Gefahr eine Hilfe bei der einzigen Macht, die noch in Frage kommt, bei dem Deutschen Reich, sucht. Dieser durch die zunehmende russische Schwäche und die wachsende englische Stärke gekennzeichnete Zustand, welcher, wenn nicht eine Zurückweisung seitens der Kaiserlichen Regierung erfolgen würde, sicherlich andauern wird, sowie die naturgemäß zeitlich begrenzte Unterstützung, welche die Kaiserliche Regierung Persien in dem Grenzstreit mit der Türkei gewährt hat, haben das überraschend schnelle Anwachsen deutschen Einflusses zur Folge gehabt. Hierzu tritt noch das Ansehen des Deutschen Reiches in der gesamten mohammedanischen Welt und die persönliche Autorität, die der bisherige Gesandte Graf Rex besessen hat, zwei Faktoren, die ihre Wirkung insbesondere auf das Volk von Teheran nicht verfehlt haben dürften. Zum Beweis der tatsächlichen Existenz dieses Einflusses darf ich anführen,

---

* Zifferngruppe fehlt.
** von Hartwig.

daß nach Beginn der Einwirkung der Kaiserlichen Regierung auf den türkisch-persischen Grenzverkehr* es dem Grafen Rex gelungen ist, sämtliche damals bestehenden Reklamationen binnen kurzem aus der Welt zu schaffen sowie von der persischen Regierung für eine deutsche Schule einen jährlichen Beitrag von 18000 Mark zu erhalten; und daß es in der darauf folgenden Zeit während des Ganges der Verhandlungen über die deutsche Bankkonzession ohne allzu große Schwierigkeiten möglich war, zunächst diese selbst, alsdann aber auch noch die Anstellung eines zweiten deutschen Arztes bei dem Hospital, die Erhöhung des Hospitalzuschusses um jährlich 10000 Mark, die — im Prinzip feststehende — Schenkung eines Hauses für die deutsche Schule, das einen Wert von etwa 250000 Mark darstellen dürfte, sowie die schnelle Erledigung einiger kleiner Reklamationen und Pensionsforderungen und dergleichen durchzusetzen. Wenn man hiermit den früheren Zustand vergleicht, als die kleinsten Reklamationen, wie sich aktenmäßig nachweisen läßt, oft Jahre hindurch dauerten und die größeren häufig ergebnislos verliefen, so ist der Unterschied in die Augen springend. Dieser Einfluß ist auch bei den gegenwärtigen folgenschweren Vorgängen hervorgetreten. Die Bevölkerung von Teheran würde jeden Augenblick mit Freuden bereit gewesen sein, auch die Kaiserliche Gesandtschaft als Asyl zu benutzen und so der Kaiserlichen Regierung die Mitwirkung an den weittragenden und populären Reformen zu sichern. Ich habe alle darauf hinspielenden Bestrebungen in freundlicher Weise abgelehnt und geglaubt, hierbei im Sinne Euerer Durchlaucht zu handeln; ich möchte aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß dieses Verfahren bei der Bevölkerung leicht hätte als Schwäche ausgelegt und somit schädlich hätte wirken können. Die Regierung andererseits ist stets bemüht gewesen, mich über ihre Absicht und den Gang der Dinge auf dem laufenden zu halten. Bei der Ernennung des neuen Großwesirs handelt es sich....** Seine Majestät den Schah darum, die Wahl des von der englischen Gesandtschaft gewünschten, in englischem Solde stehenden Vizegouverneurs von Täbris Nisam es Saltaneh zu verhindern. Diesem Umstande verdankt der Minister des Äußern Muschir ed Dauleh die Entstehung seiner Kandidatur.

---

* Im Herbst 1905 war es zwischen Persien und der Türkei zu ernsten Grenzstreitigkeiten gekommen. Ende Dezember erbat die persische Regierung die deutsche Vermittlung, die auch zugesagt wurde. Am 3. Februar 1906 gab Freiherr von Marschall dem türkischen Sultan den freundschaftlichen Rat, sich direkt mit Persien zu verständigen und es nicht zu einer schiedsgerichtlichen Entscheidung dritter Staaten kommen zu lassen, die Persien nach den bestehenden Verträgen anzurufen berechtigt sei. Andererseits riet Deutschland auch der persischen Regierung wiederholt zur Nachgiebigkeit. Trotz des „ehrlichen Maklertums" Deutschlands rückte jedoch die Angelegenheit nicht vom Fleck. Im August 1906 trat endlich eine persisch-türkische Grenzkommission, zu der von türkischer Seite erst Wadjid Pascha, dann nach dessen plötzlichem Tode Zeki Pascha, von persischer Seite der Gesandte in Berlin Mirza Mahmud Chan delegiert wurde, in Aktion, aber nur, um alsbald wieder auseinanderzugehen. Über den weiteren Verlauf der Angelegenheit siehe das folgende Schriftstück.

** Zifferngruppe fehlt.

Er war der einzige ernstliche Gegenkandidat. Am Tage vor seiner Ernennung teilte mir sein Sohn und Kabinettschef Hussein in der sichtbaren Hoffnung auf eine Erwiderung die Möglichkeit mit, daß sein Vater einige Aussicht auf die nahezu allmächtige Stellung des Großwesirs habe. Ich habe nicht geglaubt, die Verantwortung auf mich nehmen zu können, durch völlige Teilnahmslosigkeit dem Kandidaten der englischen Regierung zum Siege zu verhelfen, ein Ereignis, welches die Regulierung der persischen Finanzen mit englischem oder englisch garantiertem Gelde und somit die Ausschließung des deutschen Einflusses aus Persien und eine außerordentliche Erschwerung des deutschen Handels sowie die Annullierung aller bisher erreichten Vorteile zur Folge gehabt haben würde. Ich habe mich aber gleichwohl darauf beschränkt, unter Vermeidung jeder Bemerkung über die Persönlichkeit des englischen Kandidaten zu antworten, daß die Kaiserliche Gesandtschaft eine Ernennung des Ministers des Äußern, mit dem sie seit langer Zeit die allerbesten Beziehungen unterhält, nur mit Freude begrüßen könne. Ich vermag nicht mit Sicherheit zu sagen, welchen Einfluß diese Äußerung auf die Ernennung des Großwesirs gehabt hat, doch scheint es, daß sie mit Geschick bei Seiner Majestät dem Schah verwertet worden ist und infolge der einflußreichen Stellung der Kaiserlichen Gesandtschaft vielleicht, wie ich Euerer Durchlaucht bereits gehorsamst gemeldet habe, die Kandidatur des Ministers des Äußern in vorsichtiger Weise unterstützte, und beehre ich mich hinzuzufügen, daß die Zeit zur Einholung einer geneigten Instruktion mir nicht gegeben war. Ich habe im übrigen Grund zu der Annahme, daß die englische Gesandtschaft über diese Vorgänge nur sehr mangelhaft informiert ist; mein englischer Kollege*, mit dem ich auf freundschaftlichstem Fuß stehe, würde mir sonst sicherlich ein Wort darüber gesagt haben.

Als ich dem neuen Großwesir meine Glückwünsche aussprach, sagte er mir wörtlich: „Sie können versichert sein, daß, solange ich Großwesir bin, die deutschen Interessen in Persien ebenso geachtet werden wie etwa die englischen oder russischen.“ Und am Geburtstage Seiner Majestät des Schahs nach dem üblichen Empfang drückte er mir gegenüber denselben Gedanken noch prägnanter mit den folgenden Worten aus: „Seine Majestät der Schah hat sich über die im Namen Ihrer Regierung ausgesprochenen Glückwünsche besonders gefreut. Seine Majestät hofft, daß mit seinem neuen Lebensjahr auch eine neue und glückliche Ära für Persien beginnen werde, und daß das Deutsche Reich hierbei die ihm gebührende bedeutende Rolle spielen werde.“

Alle diese Vorgänge bei dem Wechsel im Großwesirat beweisen aber wiederum nachdrücklichst, über welche Machtstellung die Kaiserliche Regierung in Persien verfügt, und welchen Wert die persische Regierung auf eine stärkere Interessierung Deutschlands in Persien legt. Ich glaube aber nicht zu weit zu gehen, wenn ich sage, daß es keinen europäischen

---

* E. M. G. Duff.

oder persischen Politiker hierzulande gibt, der nicht der Anschauung wäre, daß zurzeit das Deutsche Reich nächst England meisten Einfluß auf die Geschicke Persiens zu nehmen in der Lage ist, und daß das Maß dieses Einflusses dem des englischen um nicht allzuviel nachsteht.

Durch die hohe Weisung vom 31. Juli haben mir Euere Durchlaucht die Beschränkung meiner Tätigkeit auf eine ausschließlich beobachtende zur Pflicht gemacht. Eine solche Haltung steht zweifellos etwas in Widerspruch mit dem vorsichtigen Erkennenlassen eines gewissen Interesses an den Vorgängen in diesem Lande, welches ich kundtun zu müssen glaubte, nachdem mit Euerer Durchlaucht hoher Genehmigung der Bankvertrag mit der persischen Regierung abgeschlossen wurde, ein Vertrag, der der deutschen Politik den gleichen Machtfaktor nahezu sichert, auf welchem die Stellung Englands und Rußlands in Persien in erster Linie beruht.

Die Frage einer einflußreichen Stellung in Persien ist abhängig im großen und ganzen von einer Beteiligung an der Sanierung der Finanzen des Landes. Es ist dies insonderheit der Fall für einen Staat, der über das Machtmittel nachbarlicher Truppenkörper nicht verfügt. Die Kaiserliche Regierung wird sich binnen kurzem entscheiden müssen, ob sie gewillt ist, der persischen Regierung durch Gründung einer deutschen Bank in Teheran die für den Fortbestand der ungeschmälerten Souveränität des Schah von Persien notwendigen finanziellen Mittel zu verschaffen. Sollte dies Euerer Durchlaucht Wille sein, so würde der deutsche Einfluß in Persien, der mit der möglicherweise jeden Tag eintretenden Lösung des türkisch-persischen Grenzstreites einen festen Halt nicht mehr haben würde, für lange Zeiten gesichert sein. Es würde alsdann, soviel ich zu beurteilen vermag, für die deutsche Politik nicht schwierig sein, zugleich mit dem Abschluß der Bankkonzession die ruhige Fortentwicklung der deutschen Interessen in Persien durch eine Reihe von Abmachungen sich garantieren zu lassen. Ich halte es in dieser Hinsicht für unzweifelhaft, daß die persische Regierung, falls sie einer tatkräftigen Hilfe des Deutschen Reiches sicher wäre, sich beispielsweise bereit finden dürfte, das noch von Konzessionen freie Territorium zwischen der türkischen Grenze im Westen und der Linie Choi-Täbris-Hamadan-Teheran-Isfahan-Mohammere im Nordosten und Süden zum Beginn des Jahres 1910 an Deutschland als Eisenbahninteressensphäre zu vergeben; der deutschen Industrie einen hohen Prozentsatz an allen staatlichen Lieferungen für einen langen Zeitraum zu garantieren; dem deutschen Element bei dem englischerseits angestrebten zukünftigen internationalen Gericht eine angemessene Vertretung und einen maßgebenden Einfluß auf eine zu erwartende Reorganisation der persischen Armee zu sichern sowie einige für uns günstige Abänderungen des Handelsvertrags und eventuell noch eine Reihe von anderen kommerziellen Vorteilen zu erwirken. Die Existenz der Bank endlich würde der Kaiserlichen Gesandtschaft die Beitreibung aller Reklamationen zu einer leichten Aufgabe machen, da dieselben — wie dies

auch die Engländer und Russen tun — einfach von etwaigen Vorschüssen abgezogen zu werden pflegen.

Aus der hohen Weisung vom 31. Juli vermag ich nicht mit Sicherheit zu entnehmen, ob sich dieselbe nur auf die gegenwärtigen für das Schicksal Persiens so wichtigen Vorgänge bezieht, oder ob sie eine allgemeine Richtschnur ist. Sollte dies letztere der Fall sein, so würde ein Zustandekommen des Bankprojektes unmöglich werden und die Kaiserliche Gesandtschaft ihre Stellung wiederum mit dem Grad des .....* zu behaupten haben, der ihr vor etwa einem halben Jahre zur Verfügung stand. Ihre Stellung würde als bei der hier allein herrschenden do-ut-des-Politik immer schwieriger werden, da die deutschen Interessen selbständig in einer steten Zunahme begriffen sind. Dies dürfte beispielsweise daraus hervorgehen, daß der persischen Regierung gegenüber augenblicklich einmalige Reklamationen im Wert von 140000 Mark zu vertreten und alljährlich von ihr 65000 Mark an Beiträgen für Schule, Hospitalisten etc. beizutreiben sind.

Die Frage, ob die Kaiserliche Regierung die Bank in Persien errichten und somit in Gestalt von Bankvorschüssen der persischen Regierung zu einer deutschen Anleihe verhelfen will, steht vor einer baldigen Entscheidung. Die persische Regierung wird wohl noch im Laufe dieses Monats mit der Bitte um Aufnahme der Verhandlungen an die Kaiserliche Gesandtschaft herantreten. Denn, wie mir vertraulich mitgeteilt worden ist, reicht ihr Geldvorrat noch höchstens drei Monate, und muß sie daher vorsorgen. Hierzu tritt noch die Möglichkeit eines erneuten Wechsels im Großwesirat. Sollte die deutsche Antwort auf eine derartige Anfrage der persischen Regierung negativ ausfallen, so ist das Zustandekommen einer belgischen oder englischen Anleihe so gut wie sicher, und Belgier oder Engländer würden alsdann die bedeutenden moralischen und industriellen Vorteile einer solchen ernten.

Euere Durchlaucht bitte ich daher gehorsamst, falls die von mir der hohen Weisung vom 31. Juli gegebene allgemeine Auslegung unrichtig ist, um telegraphische Instruktion. Eine solche werde ich mich auch einzuholen beehren, falls die persische Regierung vorher eine Anfrage wegen Eröffnung der Bankverhandlungen stellen sollte.

Ich darf diesen Bericht mit dem gehorsamsten Bemerken schließen, daß ich die Darlegung dieser politischen Lage unzweifelhaft dem in absehbarer Zeit eintreffenden Kaiserlichen Gesandten überlassen haben würde, wenn [nicht] aus den angeführten Gründen ein periculum in mora als vorhanden betrachtet werden müßte.

Richthofen

---

* Zifferngruppe fehlt.

Nr. 8574

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept

Nr. 129 Berlin, den 24. August 1906

Kaiserlicher Geschäftsträger Teheran telegraphiert: „Seine Majestät der Schah äußerte mir seine besondere Sorge über die durch Abreise türkischen Grenzkommissars entstandene Lage*. Wenn er auch auf Lösung des Konfliktes durch diese Kommission nicht mehr rechne, so wolle er doch noch 15 Tage warten. Alsdann sei er aber im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung in jenen Gebieten gezwungen, dem Sultan andere Vorschläge zu machen, welche nur in Schlichtung des Streits durch eine oder mehrere fremde Mächte bestehen könnten. Er glaube, daß der Sultan ebensowenig wie er geneigt sei, eine ausschließlich russisch-englische Kommission zu akzeptieren. In diesem Falle müßte zum mindesten noch Deutschland oder noch andere Mächte in der Kommission vertreten sein. Er hoffe aber, daß sein Wille mit dem des Sultans übereinstimme, welcher dahin geht, wie bisher das Deutsche Reich allein in dieser Angelegenheit zu beteiligen. In diesem Falle würde eine Übernahme des Schiedsrichteramts zwischen Seiner Majestät dem Schah von Persien und Seiner Majestät dem Sultan durch Seine Majestät den Kaiser in Frage kommen. Seine Majestät bat mich, die Instruktion meiner Regierung über diese Frage einzuholen, fügte aber hinzu, daß es ihm lieber wäre, wenn Pforte über seine Anschauung erst nach Ablauf der 15 Tage informiert werde."

Erbitte telegraphisch gutachtliche Äußerung. Ansinnen der Übernahme des Schiedsrichteramts durch Seine Majestät den Kaiser würde uns in unbequeme Lage versetzen und eventuell uns Sultan entfremden. Rußland und England, die 1896 bei Grenzregelung zugezogen worden sind, werden uns Übernahme Schiedsrichteramts verdenken und darin Absicht Deutschlands erblicken, in Persien eine politische Rolle spielen zu wollen. Dies liegt nicht im Rahmen unserer Politik.

Es würde mir von Wert sein zu erfahren, ob Ew. pp. glauben, daß der Sultan mit einem derartigen Ansinnen unter den gegebenen Verhältnissen an uns herantreten würde, und im bejahenden Falle, was getan werden kann, um dies zu verhindern, ohne Sultan zu verletzen.

Tschirschky

---

* Vgl. Nr. 8573, S. 112, Fußnote *.

Nr. 8575

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 214 Therapia, den 25. August 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 129*.

Der Großwesir sagte mir heute, der an der Stelle Wadjid Paschas ernannte türkische Kommissar Zeki Pascha sei seinerzeit lediglich mit mündlichen .....** des Palais abgereist. Die Verhandlungen hätten in der Folge niemals ernstlich begonnen. Infolge der Krankheit des Sultans habe dann die Pforte dem Kommissar unter Mitteilung der Pläne und der früheren Abmachungen andere Instruktionen erteilt. Die Verhandlungen würden nunmehr beginnen, und es liege kein Grund zu der Annahme vor, daß sie nicht zu einer baldigen Verständigung führten.

Die Übernahme des Schiedsrichteramts durch Seine Majestät den Kaiser halte ich aus den in obigem Telegramm angegebenen Gründen für unmöglich. Es ist auch in hohem Grade unwahrscheinlich, daß der hohe Herr einem solchen Gedanken zustimmen würde. Er ist an sich schiedsgerichtlichem Verfahren abgeneigt, weil er daraus einen Präzedenzfall für andere terrioriale Streitigkeiten fürchtet. Außerdem weiß der Sultan, daß ich in Übereinstimmung mit dem seinerzeitigen Masbata des Ministerrats die Besetzung von Pasewa für eine Verletzung des Abkommens vom 2. August 1869 halte. Soilte trotzdem der Sultan einen derartigen Antrag an uns stellen, so würde ich vom Standpunkt unserer hiesigen Interessen aus seine Ablehnung für unbedenklich erachten. Wir könnten uns zur Rechtfertigung dieser Haltung nicht nur auf die englisch-russische Begründung, sondern auch darauf beziehen, daß wir dem Sultan wiederholt den Rat einer direkten Verständigung gerade aus dem Gesichtspunkte heraus erteilt haben, daß es sonst zur schiedsgerichtlichen Entscheidung dritter Staaten kommen werde, und daß wir, nachdem der Sultan diesen Rat nicht befolgt, unmöglich selbst die Entscheidung geben können. Je schärfer wir in Teheran und hier das Moment betonen, daß, wenn eine direkte Verständigung scheitert, nach der ganzen historischen Entwicklung nur England und Rußland als Mediatoren bzw. Schiedsrichter in Betracht kommen können***, um so mehr werden die beiden Teile einer direkten Verständigung geneigt sein.

Marschall

---

* Siehe Nr. 8574.

** Zifferngruppe fehlt, vermutlich „Instruktionen".

*** Tatsächlich hat Persien dann Ende Oktober 1906, und abermals, nach neuen Zwischenfällen, im August 1907 die russische und englische Mediation angerufen, später zur Abwechslung auch wieder die deutsche. Dem neuen Gesandten in Teheran Graf Quadt

Nr. 8576

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Geschäftsträger in Teheran Freiherrn Hartmann von Richthofen

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 27 Berlin, den 11. September 1906

Auf Telegramm Nr. 32 vertraulich*.

Wir fördern Bankfrage lediglich vom Standpunkt unserer Handelsinteressen, nicht zwecks Begründung politischer Interessen in Persien. Durch Eingehen auf persischerseits gewünschtes Vorschußgeschäft würden wir in politisch schwierige Lage kommen und voraussichtlich England und Rußland gegen uns einigen. Schon aus diesem Grunde können wir auf die mangels Garantien ohnehin für Banken unannehmbaren Anleihevorschläge jetzt nicht eingehen. Eventuelle Konzessionserteilung an deutsche Bankgruppe erscheint gleichwohl durch vorbehaltlose spontane persische Erklärung sichergestellt.

Euer Hochwohlgeboren wollen Großwesir folgendes mitteilen: Deutsche Finanz muß jetzigem Anleihevorschlag gegenüber wegen mangelnder Sicherheiten Zurückhaltung beobachten, Kaiserliche Regierung kann daher in dieser Hinsicht keinerlei Versprechungen machen. Persien hat indes auch vom Standpunkt seiner Interessen Errichtung einer deutschen Bank in Teheran als erwünscht bezeichnet und aus freien Stücken entsprechende Konzessionserteilung zugesichert. Kaiserliche Regierung ist auf Anerbieten eingegangen, hält daran fest und wird Entsendung eines Bankbevollmächtigten dorthin zwecks weiterer Verhandlungen mit persischer Regierung baldmöglichst herbeiführen.

Tschirschky

---

wurde am 25. Januar 1908 die Instruktion gegeben: „Wir wirken, worüber Euer Hochgeboren in Teheran keinen Zweifel lassen wollen, sowohl beim Sultan wie bei der Pforte unausgesetzt auf eine friedliche Beilegung dieses Konflikts hin." Ebenso hieß es in einem Erlaß nach Petersburg vom 17. Februar 1908 (Nr. 205): „Was endlich Persien anlangt, so bedauern wir lebhaft die Zuspitzung seines Grenzkonflikts mit der Türkei und die damit verbundenen türkischen Truppenschiebungen. Wir haben von Anfang an in Konstantinopel energisch auf eine schleunige friedliche Beilegung dieser Differenzen mit Persien hingewirkt und setzen diese Bemühungen fort. Freiherr von Marschall ist demgemäß vor kurzem nochmals angewiesen worden, nicht allein bei der Pforte, sondern auch direkt beim Sultan in diesem Sinne vorstellig zu werden und namentlich vor den Truppenkonzentrierungen in dem strittigen Gebiete zu warnen. Daß im übrigen die Behauptung russischer und französischer Blätter, wonach wir allgemein die Türkei in ihren angeblichen Kriegsrüstungen unterstützen, eine absurde Tendenzlüge ist, brauche ich wohl kaum zu sagen." Vgl. auch Nr. 8597, S. 161, Fußnote †.

* Telegramm Nr. 32 vom 9. September betraf einen von der persischen Regierung im Zusammenhang mit der Bankkonzession für deutsche Kapitalisten gewünschten größeren Vorschuß.

Nr. 8577

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Pourtalès an den Geschäftsträger in Petersburg von Miquel

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1125 Berlin, den 13. September 1906
[abgegangen am 22. September]

Aus Euer Hochwohlgeboren gefälligem Bericht Nr. 325 vom 5. d. Mts.* ersehe ich, daß dort über unser Vorgehen in Persien noch immer märchenhafte Gerüchte in Umlauf gesetzt werden. Die Ihnen vom persischen Geschäftsträger neuerdings mitgeteilte Unterstellung, Deutschland habe in Rußland bereits Material zum Bau einer Eisenbahn nach Persien bestellt, übertrifft in ihrer Phantasterei sogar das Maß der bisherigen Erfindungen, sie illustriert aber gleichzeitig die Gewissenlosigkeit, mit der man fortgesetzt unsere Politik zu verdächtigen sucht. Die Notwendigkeit, diesem Treiben energisch und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu steuern, liegt auf der Hand.

Ich ersuche Sie daher ergebenst, sich in der Frage auch mit dem persischen Geschäftsträger ins Benehmen zu setzen und bei ihm darauf hinzuwirken, daß er den in Umlauf befindlichen lächerlichen und haltlosen Gerüchten über unsere politischen Ziele in Persien bei jeder sich bietenden Gelegenheit auch seinerseits nachdrücklich entgegentritt.

Pourtalès

Nr. 8578

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Pourtalès an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1322 Berlin, den 21. September 1906

Wie Euerer Exzellenz bereits bekannt geworden ist, hat sich die deutsche Finanz zur Gründung einer Bank in Persien bisher nicht entschlossen, und läßt es sich vorläufig nicht übersehen, ob deutscherseits von dem persischen Anerbieten der Konzessionserteilung Gebrauch gemacht werden wird. Sollte sich indes eine deutsche Bank in Persien niederlassen, so

---

* In dem Berichte Miquels Nr. 325 vom 5. September hieß es: „Von dem persischen Geschäftsträger höre ich, daß über unser Vorgehen in Persien hier ganz märchenhafte Gerüchte in Umlauf gesetzt werden. So habe man ihm zum Beispiel gesagt, Deutschland habe in Rußland bereits Material bestellt, um eine Bahn nach Persien damit bauen zu können."

wird das Institut nicht zu einer Staatsbank ausgestaltet werden, sondern den Charakter eines Privatunternehmens tragen, das sich die Förderung der deutschen Handelsinteressen in Persien zur Aufgabe stellt.

Aus Vorstehendem erhellt, daß die Gewährung einer Anleihe an die persische Regierung für die deutsche Finanz zurzeit überhaupt nicht in Frage kommen kann. Daß aber die Kaiserliche Regierung andrerseits nicht daran denkt, auf etwaige persische Anleihewünsche einzugehen, bedarf wohl keiner ausdrücklichen Betonung.

Euerer Exzellenz stelle ich ergebenst anheim, sich Sir Charles Hardinge gegenüber in entsprechendem Sinne zu äußern.*

Pourtalès

---

* Im gleichen Sinne äußerten sich die deutschen Staatsmänner gegenüber Iswolsky anläßlich dessen zweimaligen Aufenthalts in Berlin im Oktober 1906. Am 12. Oktober sagte ihm der damals in Berlin weilende Botschafter von Schoen, daß Deutschland bei dem Plane einer Bankgründung in Persien, der auf persische Anregung zurückgehe, keinerlei politische, sondern wirtschaftliche Ziele verfolge. Vgl. Schoens Aufzeichnung vom 13. Oktober 1906, Bd. XXII, Kap. CLX, Nr. 7362. Als sich dann Iswolsky Ende Oktober bei seiner zweiten Rücksprache mit Schoen von dem Plane einer deutschen Bankgründung sehr präokkupiert zeigte, den er als einen „Einbruch" in Gebiete, die teils Rußland, teils England reserviert seien, ansehen zu müssen meinte, setzte ihm Schoen auseinander, daß eine deutsche Bank in Teheran, wenn es überhaupt wirklich zu ihrer Errichtung komme, nicht gleich der russischen und der englischen Bank in Persien den Charakter einer Staatsbank, sondern lediglich den einer Handelsbank tragen solle, ausschließlich dazu bestimmt, dem sich entwickelnden deutschen Handel mit Persien förderlich zu sein. Irgendwelche Pläne politischer Natur lägen Deutschland nach wie vor gänzlich fern, es werde also in dieser Beziehung weder Rußland noch England ins Gehege kommen. Vgl. Schoens Aufzeichnung vom 30. Oktober 1906, Bd. XXII, Kap. CLX, Nr. 7364. Eine eingehende Aussprache hatte Iswolsky auch mit dem Unterstaatssekretär von Mühlberg über die eng zusammenhängenden Fragen der Bagdadbahn und des deutschen Vorgehens in Persien (27. Oktober). Iswolsky erklärte dabei ganz offen, daß er sich mit der Absicht trage, mit Persien ein Arrangement dahin zu treffen, daß dieses sich verpflichte, Verkehrskonzessionen in Nordpersien ohne zuvorige russische Einwilligung nicht zu vergeben; ob Deutschland gegen ein solches Abkommen Einspruch erheben werde? Es ging daraus hervor, daß Iswolsky einer Ausdehnung des Bagdadbahnnetzes nach Persien einen Riegel vorzuschieben wünschte. Besorgnis äußerte Iswolsky weiter davor, daß Deutschland sich bei der Bankkonzession in Persien habe Zollvorteile versprechen lassen, was die finanzielle Vormachtstellung Rußlands und Englands in Persien hätte gefährden können. Mühlberg vermochte die Besorgnisse Iswolskys im wesentlichen zu beschwichtigen: Zollvorteile hätte Deutschland bei der Bankkonzessionierung nicht beansprucht und auch nicht erhalten, und was das geplante russische Übereinkommen mit Persien betreffe, so habe er, Mühlberg, Grund zur Annahme, daß Deutschland dagegen keine Einwendungen erheben werde. Siehe die Aufzeichnung Mühlbergs über seine Unterredung mit Iswolsky in Kap. CLXXXVI, Nr. 8649.

Nr. 8579

Der Gesandte in Teheran Stemrich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. A 67 Teheran, den 6. Dezember 1906

Der Hofminister* teilte mir vor kurzem im höchsten Auftrage mit, Seine Majestät der Schah von Persien werde, sobald er sich wieder besser befinde, suchen, in nahe Beziehungen zu Deutschland zu treten, und zu diesem Zweck alles tun, um uns hier handelspolitisch zu begünstigen. Der Großwesir betonte in einer Unterhaltung vor einigen Tagen sein Bedauern, daß es keine deutschen Handelshäuser in Teheran gebe. Als ich darauf sagte, dies sei die Folge der hierzulande bestehenden Rechtsunsicherheit, die den Erfolg jeden Unternehmens in Frage stelle, erwiderte er: Deutsche, die sich hier etablieren, werde ich nach Kräften unterstützen und ihnen zu ihrem Rechte verhelfen. Der Präsident des Parlaments** endlich hat sich Freiherrn von Richthofen gegenüber dahin geäußert, er wünsche, daß ein Deutscher die Leitung der geplanten persischen Bank übernehme, und hoffe, daß dieses nationale Bankunternehmen mit dem deutschen Bankinstitut, das hoffentlich bald errichtet werde, Hand in Hand gehen werde.

Diese Äußerungen aus den verschiedenen Parteilagern zeigen, daß hier momentan allgemein eine deutschfreundliche Stimmung herrscht. Sie beruht auf der Furcht vor England und Rußland und auf dem Bewußtsein, daß von Deutschland die Aufrechterhaltung der Souveränität Persiens redlich gewünscht wird. Sie ist dann weiter gefördert worden durch das nationale Empfinden, das in Persien seit der Tätigkeit des Parlaments entschieden zunimmt.

So durchdrungen ich davon bin, daß wir uns politisch in Persien nicht zu betätigen haben, so meine ich doch, es wäre wünschenswert, die gegenwärtige Situation für unsere Handelsinteressen auszunutzen. Zu diesem Zweck ist es nützlich, wenn Herr Gutmann*** bald hierher kommt und rasch mit Errichtung der Bank vorgegangen wird. Ich möchte annehmen, daß günstige Situation auch unter dem Regiment des Thronfolgers zunächst noch anhalten wird; ob das aber auf die Dauer der Fall sein wird, erscheint mir recht zweifelhaft.

Stemrich

---

* Emir Behadur Djeng.

** Nachdem am 10. August der Schah die Einführung eines Parlaments verkündet hatte, war am 7. Oktober das Parlament eröffnet worden. Zum Präsidenten des Parlaments wurde Sanieh ed Dauleh gewählt.

*** Herbert E. Gutmann, Direktor der Deutschen Orientbank, der die Verhandlungen mit der persischen Regierung wegen Errichtung einer deutschen Bank in Teheran

Nr. 8580

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 60 St. Petersburg, den 20. Februar 1907
Geheim

Bei den Besprechungen, welche im vorigen Oktober in Berlin mit Herrn Iswolsky gepflogen wurden, war ihm unsere Bereitwilligkeit zu einem Abkommen in Aussicht gestellt worden, wonach wir Rußland im nördlichen Persien freie Hand für Bahnbauten, Straßen- und Telegraphenanlagen lassen, während Rußland sich verpflichtet, uns bei der Bagdadbahn und deren Anschlüssen keine Schwierigkeiten zu machen*. Es war ferner verabredet, daß Herr Iswolsky eine schriftliche Fassung der Abmachung in Vorschlag bringe.

Heute hat mir nun der Minister diesen Vorschlag, um dessen streng vertrauliche Behandlung er bittet, mit dem Bemerken übergeben, daß seine Überbürdung mit dringlichen Angelegenheiten ihn nicht früher zur Zusammenstellung des Entwurfes — als solchen bezeichnete er die Aufzeichnung ausdrücklich — habe gelangen lassen.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich Abschrift dieser Aufzeichnung anbei gehorsamst vorzulegen**.

Der Entwurf der Vereinbarung scheint mir in Artikel I in der Hauptsache, nämlich in dem grundsätzlichen Aufgeben des russischen Widerstandes gegen die Bagdadbahn, unseren Wünschen in ausreichendem Maße entgegenzukommen. Die Art der Beteiligung fremden Kapitals, für die Rußland tätig sein will, soll näherer Vereinbarung vorbehalten bleiben. Wir haben es also in der Hand, in dieser Beziehung unsere Entschließungen von der weiteren Entwickelung der Dinge abhängig zu machen.

Weniger befriedigend ist meines Dafürhaltens die Fassung des Artikels II, der ein prinzipielles Einverständnis mit einer Verbindung der Hauptlinie mit den in Persien entstehenden Bahnen nicht erkennen läßt. Daß über Anschlußlinien noch besonders verhandelt werden muß, ist selbstverständlich. Aber es wäre doch gut, wenn eine Gewähr dafür gegeben wäre, daß Rußland bei derartigen Verhandlungen nicht systematisch einen ablehnenden oder wesentlich erschwerenden Standpunkt einnimmt.

---

führen sollte. Er traf Ende April 1907 in der persischen Hauptstadt ein und schloß hier am 24. Juli mit dem persischen Handelsminister das „Orientbankabkommen" ab, aus dem zuvor von dem Auswärtigen Amt alle Bestimmungen eliminiert waren, die mit den Iswolsky gegebenen Zusagen nicht im Einklang standen.

* Vgl. Nr. 8578, Seite 120, Fußnote und Kap. CLXXXVI, Nr. 8649.

** Siehe Anlage.

Die in Artikel III entworfene Formulierung unserer Einräumungen dürfte annehmbar sein, wenn es mir auch empfehlenswert scheint, das unbestimmte „et cetera" hinter dem Wort „télégraphes" zu vermeiden. Auch wäre es wohl erwünscht, wenn die Grenzlinie des persischen Gebiets, für welches Rußland ein Monopol beansprucht, von vornherein in ihren großen Zügen angegeben würde.

Herr Iswolsky betrachtet, wie gesagt, die gegenwärtigen Punktationen als Entwurf und versichert, daß er sich zu jedem Gegenvorschlag, der sich innerhalb der Grundlinien bewegen würde, entgegenkommend verhalten werde.

Ich habe seine Aufzeichnung lediglich ad referendum angenommen und darf Euerer Durchlaucht die eingehende Prüfung und weitere Anweisung gehorsamst anheimstellen.

v. Schoen

Anlage

Les assurances échangées au mois de mai dernier entre l'Ambassadeur d'Allemagne à St. Pétersbourg et le Ministre des Affaires Etrangères de Russie* et l'échange de vues qui a eu lieu subséquemment à Berlin entre le Prince de Bülow et M. Iswolsky** ont eu pour résultat d'éclairer certains points de la politique de l'Allemagne et de la Russie en Asie Mineure et en Perse.

Il a été entendu d'un commun accord que la Russie, consciente des intérêts de l'Allemagne dans la question du Chemin de fer de Bagdad, ne prendra aucune décision qui pourrait toucher à cette question, sans s'être amicalement expliquée au préalable avec le Cabinet de Berlin, et que ce dernier est prêt à prendre en considération les intérêts de la Russie et à saluer tout arrangement entre les Cabinets de St. Pétersbourg et de Londres pouvant servir la paix générale et écarter les sujets de litige entre les deux parties.

Afin de préciser davantage la susdite entente, l'Ambassadeur d'Allemagne à St. Pétersbourg et le Ministre des Affaires Etrangères de Russie, dûment autorisés à cet effet, sont en outre tombés d'accord sur les points suivants:

1) Le Gouvernement Impérial de Russie est disposé à ne faire aucune opposition à la réalisation du Chemin de fer de Bagdad et à faciliter dans la mesure du possible la participation de capitaux étrangers à cette œuvre; les modalités à adopter et les conditions dans lesquelles pourrait avoir lieu la susdite participation feront l'objet d'un échange de vues ultérieur entre les Cabinets de Berlin et de St. Pétersbourg.

---

* Vgl. darüber Bd. XXII, Kap. CLX, Nr. 7355.
** Vgl. dazu Nr. 8578, Seite 120, Fußnote.

2) Dans le cas où il s'agirait de la construction d'embranchements devant servir à raccorder le Chemin de fer de Bagdad à ceux qui pourraient être construits en Perse ou d'une prolongation de la susdite ligne sur territoire persan, aucune décision ne sera prise à ce sujet, de part et d'autre, sans un accord préalable entre les deux Gouvernements.

3) Le Gouvernement Allemand reconnaît n'avoir en Perse aucun intérêt d'ordre politique et n'y poursuivre que des buts commerciaux; reconnaissant, d'autre part, que la Russie a des intérêts spéciaux au point de vue politique, stratégique et économique dans la partie de la Perse voisine de sa frontière, le Gouvernement Allemand déclare qu'il n'a pas l'intention de rechercher pour lui-même ou d'appuyer en faveur de sujets allemands ou étrangers des concessions de nature politique ou économique, telles que des concessions de chemins de fer, routes, télégraphes etc. au nord d'une ligne à déterminer ultérieurement d'un commun accord.

Nr. 8581

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 181
Geheim

Berlin, den 26. Februar 1907
[abgegangen am 1. März]

Euerer Exzellenz ist bekannt, daß Herr Iswolsky im Oktober v. Js. die Stellung Rußlands zum Bagdadbahnunternehmen* und die russischen Wünsche hinsichtlich Nordpersiens hier mündlich zur Sprache gebracht und gleichzeitig eine weitere schriftliche Behandlung dieser Fragen in Aussicht gestellt hat. Nach dem nebst Anlage abschriftlich beigefügten Berichte des Kaiserlichen Botschafters in St. Petersburg vom 20. d. Mts.** ist Herr Iswolsky auf diese Angelegenheit zurückgekommen. Eine Durchsicht des von ihm mitgeteilten Entwurfs für eine entsprechende deutsch-russische Verständigung gibt mir zu folgenden Bemerkungen Anlaß.

Der Artikel I erscheint insoweit annehmbar, als er die Aufgabe des russischen Widerstandes gegen das Bagdadbahnunternehmen zum Ausdruck bringt. Die weiter darin vorgesehene russische Zusicherung, die Beteiligung fremden Kapitals an dem Unternehmen zu erleichtern, halte ich für unerwünscht und bedenklich, weil sie Rußland als Brücke dienen könnte zu weiteren Verhandlungen in der Angelegenheit mit anderen Mächten, namentlich mit England.

Der Artikel II bietet in der von Herrn Iswolsky vorgeschlagenen Fassung für uns kaum ein Interesse. Es dürfte an dieser Stelle zum mindesten

---

* Näheres darüber in Kap. CLXXXV.
** Siehe Nr. 8580.

zum Ausdruck zu bringen sein, daß Rußland im Prinzip einer Verbindung der Bagdadbahn mit den nordpersischen Bahnen zustimmt.

In Artikel III endlich erscheint mir die russische Zumutung zu weitgehend, daß wir jegliches politisches Interesse in Persien ausdrücklich schriftlich in Abrede stellen sollen. Das gleiche möchte ich von dem Zusatze „et cetera" hinter dem Worte „télégraphes" annehmen.

Andererseits dürfte es nur gerechtfertigt sein, daß wir von Rußland eine Gegenleistung für die weitgehenden Zugeständnisse verlangen, die wir ihm in diesem Artikel machen sollen. In dieser Hinsicht würde für uns wohl in erster Linie die russische Zusicherung in Betracht kommen, unserem Handel mit Persien keine Schwierigkeiten zu bereiten. Herrn Iswolsky gegenüber ist im Oktober v. Js. ausdrücklich betont worden, daß wir in Persien die Tür für unseren Handel offen zu halten wünschen. Gegenwärtig erschwert Rußland unseren Handel mit Persien durch das seit 1883 bestehende Verbot der Durchfuhr ausländischer Waren durch Transkaukasien nach Nordpersien. Welche weiteren Gefahren unserem Handel mit Persien durch eine Realisierung der russischen Eisenbahnpläne erwachsen könnten, hat der Kaiserliche Gesandte in Teheran in dem zu Euerer Exzellenz gefälliger Information hier abschriftlich angeschlossenen Bericht vom 5. v. Mts.* erörtert. Um diesen Gefahren zu begegnen und dem deutschen Handel die Offene Tür in Persien zu sichern, dürften wir auf formeller Beseitigung des fraglichen Transitverbots für den Fall zu bestehen haben, daß die transkaukasische Bahn nach Persien verlängert wird.

Euere Exzellenz darf ich bitten, Ihrerseits den Entwurf des Herrn Iswolsky einer gefälligen Prüfung zu unterziehen und mir auf Grund des Ergebnisses Vorschläge für einen eventuellen Gegenentwurf machen zu wollen.

Tschirschky

Nr. 8582

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 56 Pera, den 17. März 1907
Geheim

Nach sorgfältiger Prüfung gelange ich zu dem Resultate, daß der von Herrn Iswolsky dem Kaiserlichen Botschafter mitgeteilte Entwurf als Basis einer deutsch-russischen Verständigung bezüglich der Bagdad-

* Nach Stemrichs Bericht Nr. 2 vom 5. Januar 1907 wäre Rußlands Ziel auf die Ausschließung aller nicht russischen Waren aus dem zu der russischen Einflußsphäre gehörenden Teile Persiens gerichtet.

bahn nicht annehmbar erscheint. Denn in dem Entwurf fällt Deutschland fast ausschließlich die Rolle des Gebers, Rußland dagegen diejenige des Nehmers zu.

Die einzige Konzession, die Rußland uns machen will, ist enthalten in den Worten in Nr. 1: „Le Gouvernement Impérial de Russie est disposé à ne faire aucune opposition à la réalisation du Chemin de fer de Bagdad." Alles andere, was der Entwurf weiter enthält, sind Konzessionen, die wir Rußland machen sollen. Die Aufgabe des russischen Widerstandes gegen die Bagdadbahn ist an sich erwünscht, aber in ihrer praktischen Bedeutung nicht zu überschätzen. Jener Widerstand ist bisher durchaus platonischer Natur gewesen. Nachdem wir die definitive Konzession für die ganze Bahn besitzen und ihre allmähliche Realisierung von der Stellung der Garantien seitens der türkischen Regierung abhängt, so wird es für Rußland namentlich in dem heutigen Stadium des Bahnbaues recht schwer fallen, aus eigenen Interessen einen Widerspruch gegen die Fortsetzung des Baues zu begründen und bei der Pforte wirksam zur Geltung zu bringen. Die in der Dette publique vertretenen Großmächte, wie England und Frankreich, sind dazu weit eher in der Lage, da der Garantievertrag wegen des Weiterbaues von der Dette genehmigt werden muß und sich hierbei Gelegenheit zu allerhand Treibereien und Intrigen bietet. Trotzdem bin ich geneigt, der bezüglichen russischen Erklärung insofern einen Wert zuzuerkennen, als Rußland bei loyaler Erfüllung derselben verhindert wird, andere Mächte gegen die Bagdadbahn mobil zu machen. Dabei habe ich vornehmlich England im Auge. Die Gefahr besteht zweifellos, daß bei den schwebenden englisch-russischen Verhandlungen über innerasiatische Fragen die Bagdadbahn zu unserem Nachteile einen Gegenstand der Verhandlung und der Kompensation bilden könnte.

Dagegen vermag ich in dem folgenden Passus, der mit den Worten „et facilitera" beginnt, obgleich hier der Form nach Rußland sich zu einer Leistung verpflichtet, eine russische Konzession nicht zu erblicken. Im Gegenteil: Meines Erachtens wird durch das, was nun folgt, der vorausgehenden Erklärung nicht nur jeder Wert genommen, sondern unsere Lage schlechter gestaltet, als sie heute ist. Um diesen Gedanken zu entwickeln, muß ich etwas weiter ausholen.

Was wir als Widerstand Rußlands gegen die Bagdadbahn bezeichnen, ist im Grunde genommen eine Schlußfolgerung aus der allgemeinen Tendenz der russischen Orientpolitik, die islamitischen Länder an Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Kräfte zu hindern und auf diese Weise ihre politische und militärische Schwäche zu steigern. Am brutalsten ist diese Politik in Persien zum Ausdruck gelangt, das vertragsmäßig sich verpflichten mußte, keine Eisenbahnen zu bauen. In der Türkei waren derartige drastische Mittel ausgeschlossen, denn an der wirtschaftlichen Entwickelung dieses Reiches haben eine Reihe von Großmächten ein erhebliches Interesse. Aber soweit möglich hat Rußland seine Politik auch hier zur Geltung gebracht. Unmittelbar nach Abschluß unserer sogenannten Vorkonzession wegen

der Bagdadbahn (1898) hat Rußland von der Pforte eine Vereinbarung erzwungen, die auf einem großen, wirtschaftlich sehr bedeutsamen türkischen Gebiete den Bau von Eisenbahnen unmöglich macht*. Die Pforte soll nach dieser Vereinbarung „dans les parages de la Mer Noire" entweder selbst Eisenbahnen bauen oder die Konzessionen an russische Kapitalisten erteilen. Da die Pforte aus eigenen Mitteln keine Bahnen bauen kann und es russische Kapitalisten, welche im Auslande Bahnen bauen, nicht gibt, so hat Rußland in den türkischen „parages de la Mer Noire" dasselbe erreicht wie seinerzeit in Persien.

Die Metamorphose, welche Rußland in seinem jüngsten Entwurfe vollzieht, vom prinzipiellen Gegner türkischer Bahnbauten zum „ehrlichen Makler" für die internationale Beteiligung an der Bagdadbahn, ist allzu schroff, um den Eindruck der Aufrichtigkeit zu erwecken. Je mehr man den Inhalt des russischen Entwurfes prüft, um so mehr drängt sich der Gedanke auf, daß der erste Satz, in welchem Rußland seinen Widerstand gegen die Bagdadbahn aufgibt, nur die „captatio benevolentiae" bildet, um von uns Generalvollmacht zu erhalten, kraft welcher Rußland die Beteiligung der anderen Staaten an dem Bahnbau vermittelt. Denn darauf läuft der Entwurf hinaus. Die russische Stellung bei den schwebenden Verhandlungen mit England über asiatische Fragen wird wesentlich gestärkt, wenn das Petersburger Kabinett in London erklären kann, daß es von Deutschland Vollmacht besitze, um die englische Beteiligung an der Bagdadbahn zu vermitteln. Damit würde ein deutsches Interesse mit unserer Zustimmung Verhandlungsobjekt zwischen zwei Großmächten, von denen die eine Gegner aller türkischen Bahnen ist, die andere die deutsche Präponderanz an der Bagdadbahn perhorresziert. Das bedenklichste dabei ist, daß die Vollmacht, die Rußland von uns wünscht, insofern „in blanco" ausgestellt werden soll, als die „modalités à adopter et les conditions dans lesquelles pourrait avoir lieu cette participation" erst noch durch einen „échange de vues" zwischen Berlin und Petersburg festgesetzt werden sollen. Damit wäre unsere Aktionsfreiheit vollkommen aufgehoben. Alle Verhandlungen über die Beteiligung fremder Mächte an der Bagdadbahn würden fortan nur über Petersburg geführt werden müssen. Denn wir können uns nicht im Wege der Vereinbarung einen Meinungsaustausch mit Rußland vorbehalten und dann ohne einen solchen über denselben Gegenstand mit anderen in Verhandlungen treten. Wir würden also mit der Bagdadbahn à la merci Rußlands gestellt und kämen ohne dessen wohlwollende Intervention überhaupt keinen Schritt weiter. Dieser Teil des Entwurfs ist nach Tendenz und Inhalt für uns unannehmbar. Akzeptabel wäre Punkt 1 nur dadurch zu gestalten, daß man hinter den Worten „Chemin de fer de Bagdad" schließt und alles andere streicht. Denn jede Zusage, die Rußland uns bezüglich der Beteiligung fremder Mächte erteilt, schafft für uns Verpflichtungen, die wir nicht

---

* Vgl. dazu Bd. XIV, Kap. XCIV.

übernehmen können. Daß Rußland bei seiner heutigen Finanzlage wohl die am wenigsten geeignete Großmacht ist, um eine führende Rolle bei der Finanzierung der Bagdadbahn zu spielen, sei nur nebenbei bemerkt.

Der Gedanke, daß wir einer Vermittelung bedürften, um die englische Beteiligung an der Bagdadbahn zu sichern, ist nicht neu. Er stammt aus Paris. Als der bekannte französische Eisenbahnbauunternehmer Graf Vitali, der auch mit politischen Pariser Kreisen enge Fühlung hat, mich vor einigen Wochen besuchte, hat er mir weitläufig auseinandergesetzt, daß die Beteiligung Englands eines Tages für den Weiterbau der Bagdadbahn unumgänglich nötig sein werde, daß angesichts der deutsch-englischen Beziehungen eine direkte Entente zwischen Berlin und London ausgeschlossen sei, Frankreich dagegen, so wie die Dinge heute lägen, gleichsam den natürlichen Vermittler zwischen Deutschland und England in der Frage bilde. Ich habe ausweichend dahin geantwortet, daß die Beteiligung Englands zurzeit noch nicht aktuell geworden sei.

Ständen wir vor der Wahl, entweder die russische oder die französische Vermittelung anzurufen, so würde ich mich für die letztere als das geringere Übel entscheiden. In Paris haben wir nämlich in der „haute finance", dem Grafen Vitali, der Ottomanbank usw. einflußreiche Bundesgenossen, die an dem zu erwartenden reichen Emissions- und Baugewinn der Bagdadbahn partizipieren wollen und auch klug genug sind einzusehen, daß, nachdem wir einmal die Konzession besitzen, sie mit uns gehen müssen. Diese geldlüsternen Elemente, die seinerzeit sogar Herrn Delcassé zum Trotz sich an der Bagdadbahn beteiligten, fehlen in Petersburg. Dort würden bei einer Vermittelung nur politische Momente in Betracht kommen, während die Pariser Herren eine englische Beteiligung rein vom kaufmännischen Gesichtspunkte aus betrachten würden, ohne sich viel um die politischen Wünsche des Herrn Pichon zu kümmern.

Übrigens bin ich der Ansicht, daß, wenn der Moment gekommen sein wird, der Frage einer englischen Beteiligung näherzutreten, wir der Vermittelung eines Dritten überhaupt nicht bedürfen, sondern unsere Finanziers in London direkt anklopfen sollten. Das ist allerdings schon zweimal vergeblich geschehen, aber in kaufmännischen Dingen pflegen Etikettefragen nicht entscheidend zu sein. Daß bei deutsch-englischen Verhandlungen auch die Franzosen beteiligt sein müßten, ist selbstverständlich. Aber der Moment, von englischer Beteiligung zu reden, ist noch nicht da. Die Presse mag über hiesige Stimmungen sagen, was sie will, unbestreitbare Tatsache bleibt, daß heut hier in den maßgebenden Kreisen ein solches Mißtrauen, ja eine solche Erbitterung gegen die englische Politik besteht, daß irgendwelche Beteiligung Englands an der Bagdadbahn den Weiterbau auf unabsehbare Zeit unmöglich machen würde. Das wissen diejenigen englischen Zeitungen am besten, die von Zeit zu Zeit die Nachricht lancieren, daß zwischen Deutschland und England eine Verständigung über die Bagdadbahn zustande gekommen sei.

Auch Punkt 2 ist unannehmbar. Danach will Rußland ein Wort mit-

reden bei allen Abzweigungen der Bagdadbahn, die bestimmt sind, an später zu erbauende persische Bahnen angeschlossen zu werden. Mit anderen Worten: Die Zweigbahn nach Chanikin soll nur mit russischer Genehmigung gebaut werden dürfen. Darauf können wir uns nicht einlassen. Chanikin liegt auf türkischem Gebiete nahe der persischen Grenze. Die Zweiglinie dahin ist wegen der persischen Pilger, die von dorther nach ihren heiligen Stätten reisen, finanziell von größter Bedeutung. Abgesehen von finanziellen können wir auch aus politischen Motiven dem russischen Verlangen nicht stattgeben, denn unsere Stellung in der Türkei verbietet uns, eine Vereinbarung zu treffen, welche die Türken mit Recht als einen schweren Eingriff in ihre Souveränitätsrechte betrachten müßten. Was wir den Russen in dieser Hinsicht etwa anbieten könnten, wäre, daß wir uns verpflichten, „sans un accord préalable entre les deux Gouvernements" die Zweigbahn nach Chanikin nicht an eine später bis an die Landesgrenze zu führende persische Bahn anzuschließen und keine weiteren Zweigbahnen nach der Richtung der persischen Grenze hin uns konzedieren zu lassen.

Über Punkt 3, der sich lediglich auf Persien bezieht, enthalte ich mich einer näheren Betrachtung. Mir scheint, daß Deutschland eine vertragsmäßige Erklärung, es besitze in einem so großen Lande wie Persien keine politischen Interessen, überhaupt nicht einer anderen Macht abgeben kann. Ganz seltsam ist der Widerspruch in dem Entwurfe, die Deutschen sollten, da sie in Persien keine politischen, sondern nur wirtschaftliche Interessen besitzen, nicht nur auf concessions de nature politique, sondern auch auf solche de nature économique, das heißt auf Konzessionen von Eisenbahnen, Wegen, Telegraphen usw. verzichten, das heißt gerade auf die wirtschaftliche Tätigkeit, die in einem unentwickelten Lande wie Persien für die Fremden die wichtigste bildet. Falls wir irgendeine derartige Konzession machen, scheint mir das Verlangen der Aufhebung des Transitverbotes durchaus geboten zu sein.

Marschall

Nr. 8583

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 267 London, den 3. April 1907

Der „Standard" beschäftigt sich mit Vorliebe mit den Plänen Deutschlands im näheren Orient. Heute weiß der Berliner Korrespondent des Blattes ausführlich über die Ziele zu berichten, die Deutschland in Persien verfolge. Es sei das Bestreben der Handelspolitik Deutschlands — so will der Korrespondent aus zuverlässiger Quelle erfahren haben —, Persien

ebenso unter seinen Einfluß zu bringen, wie ihm das in der Türkei gelungen sei. Hierzu solle die Gründung der Deutschen Orientbank, hierzu auch die Ernennung des früheren Generalkonsuls in Konstantinopel*, der mit den Verhältnissen im Orient eng vertraut sei, zum Gesandten in Teheran dienen. Wenn die Deutsche Orientbank sich mit der persischen Nationalbank verbinde, so würde das einer ausgesprochenen antienglischen Politik gleichkommen. Auch die deutsche Schiffahrtspolitik im Persischen Golf gehe dahin, Deutschland eine vorherrschende Stellung zu geben, ebenso wie der Plan, Bahnen von Teheran nach der persisch-türkischen Grenze und nach dem Persischen Golf zu bauen. Schließlich solle die Bagdadbahn diesen Zielen der deutschen Politik Vorschub leisten, wie überhaupt die kommerziellen Bestrebungen der deutschen Bankwelt in Kleinasien von der Wilhelmstraße aus stark unterstützt würden. In diesem Sinne sei man bestrebt, Rußland davon zu überzeugen, daß Deutschland ihm gegen England beizustehen beabsichtige, ebenso wie man seinerzeit England habe vorreden wollen, daß man ihm gegen Frankreich in Marrokko helfen wolle. Auch werde Deutschland zur Förderung seiner Zwecke versuchen, sich den Persern gegenüber als Beschützer aufzuspielen. Die Korrespondenz schließt mit den, wenn ich nicht irre, Lord Curzon entlehnten Worten: „Die Anwesenheit irgend einer fremden Militärmacht im Osten und Süden Persiens würde eine ernste Gefahr für den Frieden und die Sicherheit Indiens bedeuten".

An leitender Stelle weist der „Standard" auf die alarmierenden Nachrichten seines Berliner Korrespondenten hin und betont, daß England, wenn auch gegen Deutschlands Bestrebungen in Kleinasien an sich nichts einzuwenden sei, doch genötigt sei, nachdrücklich seine Interessen zu wahren.

Die Korrespondenz und der Leitartikel des „Standard" sind gehorsamst beigefügt**.

Stumm

Nr. 8584

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 301 Berlin, den 13. April 1907
Geheim

Der Euerer Exzellenz von Herrn Iswolsky mitgeteilte Entwurf zu einer deutsch-russischen Verständigung enthält nur eine russische Konzession, die durch die Worte: „Le Gouvernement Impérial de Russie est disposé à ne faire aucune opposition à la réalisation du Chemin de fer de Bagdad" zum Ausdruck gebracht worden ist. Die hier in Aussicht gestellte Aufgabe

* Stemrich.
** Hier nicht abgedruckt.

des russischen Widerstandes gegen die Bagdadbahn ist an sich erwünscht, in ihrer praktischen Bedeutung indes nicht zu überschätzen. Da wir die definitive Konzession für die ganze Bagdadbahn besitzen und die allmähliche Realisierung des Unternehmens nur von der Stellung der Garantien seitens der türkischen Regierung abhängt, würde Rußland namentlich im heutigen Stadium des Bahnbaues schwerlich aus eigenen Interessen einen Widerstand gegen die Fortsetzung des Baues begründen und bei der Pforte wirksam zur Geltung bringen können. Der fraglichen russischen Zusicherung wird immerhin insofern ein Wert beizumessen sein, als Rußland bei loyaler Erfüllung dieses Versprechens verhindert sein würde, andere Mächte, vornehmlich England gegen die Bagdadbahn mobil zu machen.

Im übrigen sieht der russische Entwurf nur Konzessionen vor, die wir Rußland machen sollen.

Durch den mit den Worten „et facilitera' beginnenden Passus in § 1 sollen wir Rußland nichts weniger als Generalvollmacht zu dem Zwecke erteilen, um die Beteiligung anderer Staaten an dem Bahnbau zu vermitteln. Das Bedenklichste dabei ist, daß diese Vollmacht insofern „in blanco" ausgestellt werden soll, als die „modalités à adopter et les conditions dans lesquelles pourrait avoir lieu cette participation" erst noch durch einen „échange de vues" zwischen Berlin und Petersburg festgesetzt werden sollen. Durch Annahme dieser Forderung wäre unsere Aktionsfreiheit in der Eisenbahnfrage völlig beseitigt. Alle Verhandlungen über eventuelle Beteiligung fremder Mächte an dem Unternehmen würden alsdann nur über Petersburg geführt werden können. Wir würden daher mit der Bagdadbahn à la merci Rußlands gestellt und kämen ohne dessen wohlwollende Intervention keinen Schritt weiter. Dieser Teil des Entwurfs ist hiernach für uns unannehmbar.

Das gleiche gilt hinsichtlich des § 2. Danach will Rußland sich das Recht vorbehalten, über alle Abzweigungen der Bagdadbahn mitzubestimmen, die an später zu erbauende persische Bahnen angeschlossen werden sollen. Wir würden daher auch die auf türkischem Gebiet endigende Zweigbahn nach Chanikin nur mit russischer Genehmigung bauen dürfen. Abgesehen von finanziellen Gründen könnten wir auch aus politischen Motiven dem russischen Verlangen nicht stattgeben, da die Türkei mit Recht in einer derartigen Vereinbarung einen schweren Eingriff in ihre Souveränitätsrechte erblicken würde. In dieser Hinsicht könnten wir uns lediglich dazu verpflichten, ohne vorherige Übereinkunft mit Rußland die Zweigbahn nach Chanikin nicht an eine später bis an die Landesgrenze zu führende persische Bahn anzuschließen und keine weiteren Zweigbahnen nach der Richtung der persischen Grenze hin uns konzedieren zu lassen.

In § 3 endlich ist die russische Zumutung für uns als Großmacht unannehmbar, daß wir hinsichtlich eines so bedeutenden Landes wie Persien jegliches politisches Interesse ausdrücklich schriftlich in Abrede stellen sollen. Im übrigen würden wir uns auf die hier stipulierten weitgehenden wirtschaftlichen Zugeständnisse an Rußland wohl nur unter der Voraus-

setzung einlassen können, daß sich Rußland dagegen zur Aufhebung des Durchfuhrverbots für ausländische Waren durch Transkaukasien nach Nordpersien verpflichtet.

Hiernach erscheint der russische Entwurf als Basis für eine Verständigung mit uns nicht annehmbar. Bei seiner Aufstellung hat Herr Iswolsky sich offenbar von dem Wunsche leiten lassen, die Bagdadbahnfrage tunlichst bei den schwebenden russisch-englischen Verhandlungen über asiatische Fragen als Kompensationsobjekt auszunutzen. Die Aufgabe des russischen Widerstandes gegen die Bagdadbahn dürfte von ihm nur zu dem Zwecke in Aussicht gestellt worden sein, um uns für seine Idee zu gewinnen, Rußland die oben erörterte Generalvollmacht in dieser Eisenbahnfrage zu erteilen. In der Tat würde die russische Stellung bei den Verhandlungen mit England wesentlich gestärkt werden, wenn das Petersburger Kabinett in London erklären könnte, daß es von uns Vollmacht zur Vermittelung englischer Beteiligung an der Bagdadbahn besitzt.

Unter diesen Umständen wird es sich empfehlen, daß wir in der Angelegenheit temporisieren und vor weiteren Erörterungen mit Rußland tunlichst zunächst den Abschluß der russisch-englischen Verhandlungen abwarten.

Euere Exzellenz bitte ich daher, in dieser Frage vorläufig völlige Zurückhaltung zu beobachten. Sollte Herr Iswolsky Sie darauf ansprechen, so wollen Sie sich gefälligst etwa in folgendem Sinne äußern:

Die Kaiserliche Regierung habe mit lebhafter Befriedigung von der Bereitwilligkeit der russischen Regierung Kenntnis genommen, der Ausführung der Bagdadbahn keine Schwierigkeiten zu bereiten. Inzwischen seien die Kaiserlichen Vertretungen in Konstantinopel und Teheran zu Äußerungen auf die russischen Vorschläge aufgefordert worden. Nach Eingang ihrer Berichterstattung werde der Entwurf hier geprüft werden.

Der Kaiserlichen Regierung würde es für diese Prüfung erwünscht sein, wenn Herr Iswolsky ihr die Grenzlinie des persischen Gebietes angeben wollte, für welches Rußland die in § 3 seines Entwurfs angegebenen wirtschaftlichen Vorrechte beansprucht.

Tschirschky

Nr. 8585

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Gesandten in Teheran Stemrich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. A 40 — Berlin, den 22. Mai 1907
Geheim — [abgegangen am 23. Mai]

Herr Iswolsky hat uns den nachstehenden Entwurf zu einer Verständigung über die Bagdadbahnfrage und Persien* mitgeteilt:

1) Le Gouvernement Impérial de Russie est disposé à ne faire aucune

* Vgl. Nr. 8580.

opposition à la réalisation du Chemin de fer de Bagdad et à faciliter dans la mesure du possible la participation de capitaux étrangers à cette œuvre; les modalités à adopter et les conditions dans lesquelles pourrait avoir lieu la susdite participation feront l'objet d'un échange de vues ultérieur entre les Cabinets de Berlin et de St. Pétersbourg.

2) Dans le cas où il s'agirait de la construction d'embranchements devant servir à raccorder le Chemin de fer de Bagdad à ceux qui pourraient être construits en Perse ou d'une prolongation de la susdite ligne sur territoire persan, aucune décision ne sera prise à ce sujet, de part et d'autre, sans un accord préalable entre les deux Gouvernements.

3) Le Gouvernement Allemand reconnaît n'avoir en Perse aucun intérêt d'ordre politique et n'y poursuivre que des buts commerciaux; reconnaissant, d'autre part, que la Russie a des intérêts spéciaux au point de vue politique, stratégique et économique dans la partie de la Perse voisine de sa frontière, le Gouvernement Allemand déclare qu'il n'a pas l'intention de rechercher pour lui-même ou d'appuyer en faveur de sujets allemands ou étrangers des concessions de nature politique ou économique, telles que des concessions de chemins de fer, routes, télégraphes etc. au nord d'une ligne à déterminer ultérieurement d'un commun accord."

Es ist hier darauf folgender Gegenentwurf aufgestellt worden:

1) Le Gouvernement Impérial de Russie est disposé à ne faire aucune opposition à la réalisation du Chemin de fer de Bagdad et, pour autant que le Gouvernement Impérial Allemand en exprimerait le désir, à faciliter dans la mesure du possible la participation de capitaux étrangers à cette oeuvre; le cas échéant les modalités à adopter etc. wie im russischen Entwurf.

2) Le Gouvernement Impérial de Russie consent à ce que les lignes de chemins de fer qu'il se propose de construire sur territoire persan soient raccordées sur la frontière turco-persane à l'embranchement de Sadijé-Hanékin du Chemin de fer de Bagdad. Les deux Gouvernements sont d'accord que le commerce de transit sur les susdites lignes ne doit être entravé en aucune façon.

3) Le Gouvernement Impérial Allemand déclare qu'il n'a pas l'intention de rechercher en Perse pour lui-même ou d'appuyer en faveur de sujets allemands ou étrangers des concessions de chemins de fer, routes et télégraphes au nord d'une ligne à déterminer ultérieurement d'un commun accord. D'autre part le Gouvernement Impérial de Russie s'engage à respecter en ce qui concerne le commerce allemand en Perse le principe de la liberté économique sans aucune inégalité.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, diesen Gegenentwurf einer gefälligen Prüfung zu unterziehen und mir deren Ergebnis mit tunlichster Beschleunigung telegraphisch mitzuteilen.

Die Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel und St. Petersburg halten den Gegenentwurf für eine geeignete Grundlage zu einer Verständigung mit Rußland.

Mühlberg

Nr. 8586

Der Gesandte in Teheran Stemrich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 Teheran, den 6. Juni 1907

Antwort auf Erlaß Nr. 40 vom 22. Mai*.

Der Gegenentwurf läßt uns folgende nachteilige Möglichkeiten offen:

1) Rußland kann in seiner gegenwärtigen Politik, keine Bahn zu bauen, beharren. Geschieht dies, so würde sich Aussicht auf Prosperieren der deutschen Bank und deutschen Handels in Persien erheblich vermindern.

2) Rußland kann nicht nur die Bahn nach Chanikin bauen, sondern auch andere Bahnverbindungen nach der Türkei herstellen, zum Beispiel von Täbris nach Trapezunt und von Täbris via Urmia nach Kerkuk. Baut Rußland eine der letztgenannten Strecken, so kann es trotz Artikel 2 unseren ganzen Handel via Türkei bis zu der ganz in sein Belieben gestellten Ausführung der Anschlußlinie nach Chanikin lahmlegen. Es kann dies geschehen durch entsprechende Tarifpolitik, insbesondere differentiale Behandlung der Einfuhr und Ausfuhr, sobald die Bahn russisches Gebiet berührt auch durch Transitzölle.

Es wäre unter diesen Umständen meines Erachtens wünschenswert, wenn Rußland sich verpflichtete:

1) Keine andere Verbindungslinie nach der Türkei eher als die Strecke Chanikin zu bauen und diese Linie binnen einer bestimmten Frist auszuführen.

2) Auf allen Bahnstrecken, welche südlich des Kaukasus eine Verbindung zwischen Persien und der Türkei herstellen, dem Transit weder durch Transitzölle noch durch Tarifpolitik Schwierigkeiten zu bereiten.

Bei der gegenwärtigen Stimmung in Persien machen wir Rußland auch durch den Gegenentwurf ein großes Zugeständnis, so daß es vielleicht möglich wäre, diese Zusicherungen zu erlangen.

Stemrich

* Siehe Nr. 8585.

Nr. 8587

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 506 Berlin, den 19. Juni 1907
Geheim [abgegangen am 20. Juni]

Auf den Bericht vom 4. v. Mts. — Nr. 159*.

Der Euerer Exzellenz bekannte, in der Anlage abschriftlich beigefügte Gegenentwurf zu einer deutsch-russischen Verständigung über die Bagdadbahnfrage und Persien** ist dem Kaiserlichen Gesandten in Teheran mit dem Ersuchen um eine Äußerung zur Sache mitgeteilt worden. Herr Stemrich hat darauf in dem ferner abschriftlich beigefügten Berichte vom 6. d. Mts.*** beachtenswerte Vorschläge gemacht, die sich auf die eventuellen russischen Eisenbahnbauten nach der persisch-türkischen Grenze beziehen. Unter Berücksichtigung dieser Vorschläge würde dem Artikel II unseres Gegenentwurfs etwa folgende Fassung zu geben sein:

„Le Gouvernement Impérial de Russie consent à ce que les lignes de chemins de fer qu'il se propose de construire sur territoire persan soient raccordées sur la frontière turco-persane à l'embranchement de Sadijé-Hanékin du Chemin de fer de Bagdad. Le Gouvernement Impérial de Russie s'engage de procéder en premier lieu à la construction de cet embranchement après s'être entendu préalablement avec le Gouvernement Impérial Allemand. Les deux Gouvernements sont d'accord que la liberté du commerce de transit sur les susdites lignes et notamment sur les lignes destinées à former dans le sud du Caucase la communication entre la Perse et la Turquie ne doit être entravée par des dispositions douanières ou autres de tarif."

Euere Exzellenz ermächtige ich ergebenst, geeignetscheinendenfalls schon jetzt auf Grund des vorliegenden Materials mit Herrn Iswolsky in Benehmen zu treten. In welcher Weise dabei zweckmäßig zu prozedieren sein möchte, darf ich lediglich Ihrem Ermessen überlassen. Da Herr Iswolsky die Grenzen des persischen Gebiets, für welches er die in Artikel III seines Entwurfs vorgesehenen wirtschaftlichen Vorteile beansprucht, noch nicht angegeben hat, wird es sich vielleicht empfehlen, daß Sie dem russischen Minister unsere Forderungen einschließlich der in Artikel III berücksichtigten Anregungen des Kaiserlichen Gesandten in Teheran zunächst lediglich als einen von Ihnen aufgestellten Entwurf bezeichnen, zu dem die Kaiserliche Regierung bisher keine Stellung genommen hat.

---

* Nach dem Bericht von Schoens vom 4. Mai hatte Iswolsky den Botschafter gefragt, ob er noch nicht in der Lage sei, sich zu dem russischen Entwurfe zu äußern.
** Vgl. Nr. 8585.
*** Siehe Nr. 8586.

Was unseren Gegenentwurf im einzelnen anlangt, so dürfte Artikel I Herrn Iswolsky zu berechtigten Ausstellungen kaum Anlaß bieten.

In Artikel III ferner haben wir den wesentlichen Forderungen Rußlands, ihm hinsichtlich der Bewerbung um Konzessionen für Eisenbahnen, Wegebauten und Telegraphen keine Konkurrenz zu bereiten, Rechnung getragen. Herr Iswolsky wird sich der Tatsache nicht verschließen können, daß hierin bei den gegenwärtigen Verhältnissen in Persien eine große deutsche Konzession liegt. Die persische Regierung würde wohl zweifellos auf diesem Gebiete sich auch zu Zugeständnissen an uns bereit finden lassen. Andererseits handelt es sich in Artikel III um die wichtigsten Konzessionen wirtschaftlicher Natur, die ein Land zu vergeben hat. Wir verzichten durch unser Zugeständnis auf eine wirtschaftliche Tätigkeit, die in einem unentwickelten Lande wie Persien für die Fremden von größter Bedeutung ist.

Der in Artikel III Satz 1 des russischen Entwurfs vorgesehene Passus über unsere Interessen in Persien ist in unserem Gegenentwurfe weggelassen worden. Dieser Passus erscheint schon aus dem Grunde überflüssig, weil der Herr Reichskanzler öffentlich im Reichstage die Erklärung abgegeben hat, daß Deutschland in Persien nur wirtschaftliche Ziele verfolge. Die in diesem Satze russischerseits ferner verlangte ausdrückliche Anerkennung der bevorzugten Stellung des Zarenreichs in Persien bezieht sich auf das Verhältnis Rußlands zu Persien. Wir würden durch eine derartige Erklärung die Grenzen unserer Zuständigkeit überschreiten, Rußland andererseits dürfte auf diesen Passus um so mehr verzichten können, als wir seine bevorzugte Stellung in Persien durch die erörterten Zugeständnisse praktisch anerkennen. Der Schlußsatz des Artikels III unseres Gegenentwurfs ist aus dem Grunde wohl gänzlich unbedenklich, weil er lediglich das an sich selbstverständliche Zugeständnis zum Ausdruck bringt, daß Rußland unsere Handelsinteressen in Persien respektieren wird.

In Artikel II unseres Gegenentwurfs endlich ist die Linie Sadijé-Chanikin ausdrücklich genannt worden. Sie ist in der Bagdadbahnkonzession vorgesehen und verläuft auf türkischem Gebiet. Wir können daher schon mit Rücksicht auf die Türkei nicht das im russischen Entwurfe vorgesehene Zugeständnis machen, daß wir ohne zuvorige Verständigung mit Rußland diese Linie nicht bauen werden. Andererseits liegt es aber in unserem Interesse, daß die Linie Sadijé-Chanikin an die eventuell von Rußland in Nordpersien zu bauenden Eisenbahnlinien angeschlossen wird, und daß der Transithandel auf diesen Linien keine Erschwerungen erfährt, da die gedachte Zweiglinie der Bagdadbahn nur in diesem Falle eine wirtschaftliche Bedeutung erlangen würde. Durch Annahme dieses Artikels würde Rußland uns daher die eigentliche Gegenleistung für unsere weitgehenden Zugeständnisse in Artikel III machen. Es könnte dadurch gleichzeitig seinen eigenen Interessen dienen, da die russisch-persischen Anschlußlinien nach Chanikin schon wegen der persischen Pilger, die nach

den heiligen Stätten Mesopotamiens reisen, zweifellos gewinnbringend sein würden.

Die Annahme der weitergehenden Vorschläge des Kaiserlichen Gesandten Stemrich erscheint aus den von ihm angeführten Gesichtspunkten sehr erwünscht. Um Rußland ein Eingehen darauf eventuell zu erleichtern, könnten wir ihm zusichern, daß wir, abgesehen von der Linie Sadijé-Chanikin, uns keine weiteren Zweigbahnen nach der Richtung der persischen Grenze hin „sans un accord préalable avec le Gouvernement Impérial de Russie" konzedieren lassen werden. Sollte eine Annahme aller Vorschläge des Kaiserlichen Gesandten trotzdem nicht zu erreichen sein, so bitte ich, die Verhandlungen deshalb nicht scheitern zu lassen, und stelle Euerer Exzellenz Erwägung anheim, wieviel von diesen Forderungen Sie auf Grund Ihrer Kenntnis der dortigen Verhältnisse und maßgebenden Persönlichkeiten glauben durchsetzen zu können.

Einem gefälligen Berichte werde ich mit Interesse entgegensehen.

Mühlberg

Nr. 8588

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 231 St. Petersburg, den 3. Juli 1907
Vertraulich

Ich bin nunmehr bei Herrn Iswolsky in eine Besprechung seines Entwurfes zu einem Übereinkommen über die Bagdadbahn und Persien eingetreten und habe ihm einen Gegenentwurf überreicht, den ich als eine zunächst persönliche Wiedergabe unserer Auffassung und unserer Wünsche bezeichnete.

Diesem Gegenentwurf, von dem ich Abschrift hier gehorsamst beifüge*, habe ich mich ermächtigt geglaubt in Artikel II und III eine redaktionelle Fassung zu geben, welche sich den Vorschlägen des Kaiserlichen Gesandten in Teheran** tunlichst genau anpaßt.

Die Einschaltung des Satzes „pour autant que le Gouvernement Impérial d'Allemagne en exprimerait le désir" in Artikel I habe ich damit motiviert, daß es nicht nur für uns, sondern auch für Rußland erwünscht sein dürfte, eine Handhabe gegen inopportunes Aufdrängen finanzieller Hilfe von dritter Seite zu haben. Auch sei dadurch, daß die Bestimmung des Zeitpunktes fremder Hilfe vorbehalten, die Möglichkeit gegeben, die

---

* Siehe Anlage.
** Vgl. Nr. 8586.

ganze Bagdadbahnfrage dem politischen Gebiet möglichst zu entrücken und die Verständigung über finanzielle Beteiligungen zunächst der Bankwelt zu überlassen.

Herr Iswolsky schien in diesem Punkte keine Schwierigkeiten machen zu wollen.

Weniger zugänglich war er dem Gedanken einer örtlichen und zeitlichen Bindung bezüglich des Anschlusses des persischen Bahnnetzes an die Bagdadbahn. Er meinte, der neue Vorschlag laufe darauf hinaus, Rußland in einer gewissen schwer zu bemessenden Frist den Bau einer Bahnlinie aufzuerlegen, den es nicht vorgesehen habe. Ich machte dagegen geltend, wenn Rußland durch das geplante Abkommen uns daran verhindere, eine aussichtsvolle Zweiglinie der Bagdadbahn nach Persien hinein weiterzuführen, so sei es billig und entspräche überdies seinem Interesse, daß es seinerseits die Fortführung unserer Chanikinlinie auf persischem Boden übernehme und uns nicht an der Grenze auf einem toten Punkt stehen lasse.

Ich glaube hier ganz vertraulich einschalten zu sollen, daß ich selbst Zweifel hege, ob unser Wunsch, Rußland möge keine anderen Verbindungslinien zwischen Persien und der Türkei bauen als eine Anschlußlinie nach Chanikin und diese innerhalb einer bestimmten Frist, zweckmäßig etwa gleichzeitig mit unserer Zweigbahn Sadijé—Chanikin fertigstellen, zu verwirklichen sein wird. Zunächst würde Rußland zu einem Bahnbau im Inneren Persiens kaum in der Lage sein, bevor es nicht Zugangslinien, die der Herbeischaffung des Materials dienen könnten, fertiggestellt hat; ferner sind die russischen Bahnprojekte für Persien anscheinend noch derart unreif, daß es Rußland schwer fallen dürfte, sich auf Bestimmung eines Zeitpunktes für Fertigstellung einer Linie nach Chanikin einzulassen, ganz abgesehen davon, daß das gleiche auch für uns gilt. Endlich aber dürfte in Betracht kommen, daß unser Verzicht auf Bahnbauten in Persien dadurch erheblich an Gewicht einbüßt, daß Persien allem Anschein nach zur Vergebung von Bahnkonzessionen in den nördlichen Gebieten an andere Mächte als Rußland nicht mehr in der Lage ist.

Ich fürchte daher — und glaube dieser Auffassung auch in den Instruktionen Euerer Durchlaucht zu begegnen —, daß wir in diesem Punkte nicht unnachgiebig werden bleiben können und uns schließlich mit dem prinzipiellen Einverständnis Rußlands zu einer Verbindung der beiden Bahnnetze ohne Fristbestimmung werden begnügen müssen.

Auch die Weglassung des Satzes über unsere politische Verzichtleistung in Persien in Artikel III stieß bei Herrn Iswolsky auf Schwierigkeiten. Er meinte, es komme ihm darauf an, daß wir nicht in sachliche Gebiete eindringen, in denen Rußland festen Fuß gefaßt habe und behalten müsse, wolle es nicht seine umfassenden materiellen und politischen Interessen gefährdet und sich zu unwillkommenem Vorgehen gezwungen sehen. Konzessionen für Bahnen, Straßen und Telegraphen seien nicht die einzigen dieser Gebiete, es kämen beispielsweise auch Anleihen und andere

Privilegien in Betracht. Es sei denkbar, daß Persien sich zu Konzessionen verstände, zu deren Vergebung es nach russischer Auffassung nicht berechtigt sei. Rußland würde in solchen Fällen zu Interventionen genötigt werden, deren Umfang und Tragweite nicht abzusehen seien und zu ernsten Komplikationen führen könnten. Derartigen Möglichkeiten vorzubeugen, habe er um so mehr Veranlassung, als er den dringenden und aufrichtigen Wunsch habe, gerade mit Deutschland jede Reibung, in Persien wie anderswo, zu vermeiden. Solange sich das deutsche Eindringen in Persien in den Grenzen des Handels halte, dessen Freiheit Rußland nicht anzutasten gedenke, sei nichts einzuwenden. Bestrebungen, die darüber hinausgingen, könnten zu Reibungen führen. Er habe beispielsweise Nachricht, daß Herr Gutmann, der Vertreter der Deutschen Orientbank, der jüngst in Persien geweilt, sich um Konzessionen für Münzprägung, für Bergrechte und für eine große Wasserversorgung bemüht habe. Einige dieser Konzessionen würden schon in das politische Gebiet übergreifen. Noch mehr wäre das der Fall, wenn es sich um Anleihegeschäfte handeln sollte, da hierfür Garantien gefordert würden, deren Gewährung die Rußland bereits gegebenen schmälern müßte. Auch scheine Herr Gutmann in Persien Anlehnung an die Parlamentspartei gesucht und damit eine Tätigkeit entfaltet zu haben, welche ebenfalls in das politische Gebiet greife und Rußland nicht gleichgültig sein könne.

Ich habe Herrn Iswolsky gesagt, ich nähme an, daß seine Informationen, wenn ich auch die Lauterkeit der Quelle nicht bezweifelte, nicht ganz zutreffend seien. Ich wüßte aus einer Unterredung mit einem der Direktoren der beteiligten Berliner Bank, daß Gedanken besonderer Konzessionen allerdings aufgetaucht seien, daß die Direktion jedoch, falls sie eine Bank in Persien errichten würde, diese in den Grenzen einer reinen Handelsbank zu halten gedenke.

Für den Fortgang der hiesigen Verhandlungen würde es von Vorteil sein, wenn ich in der Lage sein sollte, meine beruhigenden Erklärungen zu bekräftigen. Ich wäre daher dankbar, wenn Euere Durchlaucht mich über den Stand der Frage des Bankunternehmens unterrichten wollten.

Ich denke mir, daß die Schwierigkeiten dadurch zu überbrücken sein werden, daß man, ohne auf die ursprünglich von Herrn Iswolsky vorgeschlagene Formulierung der politischen Verzichtleistung zurückzugreifen, in Artikel III noch einen Satz aufnimmt, welcher die Achtung vor den von Rußland in Persien erworbenen Rechten und Interessen zusichert. Hierfür ist es aber unumgänglich, daß Herr Iswolsky zunächst mit aller Deutlichkeit und Genauigkeit diejenigen Gebiete — örtlich und sachlich — bezeichnet, in welche er ein Eindringen Dritter für unerwünscht oder unzulässig erachtet. Ich habe dies Herrn Iswolsky gesagt und nehme an, daß er bei den weiteren Besprechungen, die wir in Aussicht genommen haben, mit entsprechenden Angaben und redaktionellen Vorschlägen hervorkommt.

v. Schoen

Anlage

I.

Le Gouvernement Impérial de Russie est disposé à ne faire aucune opposition à la réalisation du Chemin de fer de Bagdad et, pour autant que le Gouvernement Impérial d'Allemagne en exprimerait le désir, à faciliter, dans la mesure du possible, la participation de capitaux étrangers à cette entreprise. Le cas échéant, les modalités à adopter et les conditions dans lesquelles pourrait avoir lieu la susdite participation feront l'objet d'un échange de vues ultérieur entre les Cabinets de Berlin et de St. Pétersbourg.

II.

Reconnaissant l'intérêt qu'il y aura de relier le réseau des futurs chemins de fer en Perse à celui du Chemin de fer de Bagdad, le Gouvernement Impérial de Russie fera construire premièrement une ligne qui se raccordera, sur la frontière turco-persane, à la ligne Sadijé-Hanékin dès l'achèvement de cet embranchement du Chemin de fer de Bagdad. En ce qui concerne la construction d'autres lignes de raccordement, aucune décision ne sera prise de part et d'autre, sans un accord préalable entre les deux Gouvernements.

Les deux Gouvernements faciliteront le trafic international sur les lignes qui viendraient à former, au sud du Caucase, les voies de communication entre la Turquie et la Perse, en évitant toute mesure qui pourrait l'entraver, telle l'établissement de droits de transit ou l'application d'un traitement différentiel.

III.

Le Gouvernement Impérial d'Allemagne déclare qu'il n'a pas l'intention de rechercher en Perse pour lui-même ou d'appuyer en faveur de sujets allemands ou étrangers des concessions de chemin de fer, de routes ou de télégraphes au nord d'une ligne

. . . . . .

D'autre part le Gouvernement Impérial de Russie continuera à reconnaître à l'égard du commerce allemand en Perse le principe de la liberté économique sans aucune inégalité.

Nr. 8589

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 572
Geheim

Berlin, den 12. Juli 1907
[abgegangen am 15. Juli]

Aus Euerer Exzellenz gefälligem Bericht Nr. 231 vom 3. d. Mts.* über die geplante deutsch-russische Verständigung hinsichtlich der Bagdadbahn

* Siehe Nr. 8588.

und Persiens habe ich mit Befriedigung ersehen, daß Artikel I unseres Entwurfs Herrn Iswolsky anscheinend keinen Anlaß zu Ausstellungen bietet. Wir würden auch nicht in der Lage sein, in diesem Punkte etwa auf den russischen Entwurf zurückzugreifen, da die in letzterem enthaltene Zusicherung der Aufgabe des russischen Widerstandes gegen die Bagdadbahn durch den mit den Worten „et facilitera" beginnenden Passus jeden Wert für uns verliert und sich unsere Lage durch eine derartige Abmachung erheblich schlechter gestalten würde, als sie heute ist.

Was Persien anlangt, so beansprucht Rußland dort nach Inhalt der Ausführungen Euerer Exzellenz zurzeit noch weitergehende Rechte, als es der Iswolskysche Entwurf vermuten ließ. Es ist bereits in dem Erlaß Nr. 506 vom 19. v. Mts.* darauf hingewiesen worden, daß die nach Artikel III des Entwurfs Rußland in Persien vorbehaltenen Rechte die wichtigsten Konzessionen wirtschaftlicher Natur darstellen, die ein Land zu vergeben hat. Wiewohl es sich dabei um wirtschaftliche Fragen handelt, die mit der Politik nichts zu tun haben, und die daher an sich auch in unser Interessengebiet in Persien fallen, sind wir bereit, in dieser Hinsicht auf jeden Wettbewerb mit Rußland von vornherein zu verzichten. Aus Rücksicht auf Rußland sind wir ferner bereit, von Anleihegeschäften mit Persien abzusehen. Dagegen erscheint uns das Verlangen des Herrn Iswolsky, daß wir auch auf Verfolgung sonstiger wirtschaftlicher Privilegien in Persien verzichten sollen, zu weitgehend und mit dem von uns für Persien vertretenen Prinzip der Offenen Tür unvereinbar. Bei den Verhandlungen, die zurzeit wegen Begründung eines deutschen Bankunternehmens in Persien geführt werden, hat sich der Bankvertreter daher mit diesseitigem Einverständnisse auch um derartige, russischerseits bisher nicht ins Auge gefaßte wirtschaftliche Konzessionen bemüht. Der Vertragsentwurf für ein deutsches Bankunternehmen in Persien sichert demgemäß der Bank das Recht zu, Silbermünzen prägen zu lassen. Er empfiehlt ferner Verhandlungen über Minenkonzessionen und stellt endlich der Bank die Konzession zur Anlage einer Wasserleitung in der Stadt und Provinz Teheran für den Fall in Aussicht, daß die persische Regierung überhaupt Ausländern Konzessionen zur Anlage von Wasserleitungen und Bewässerungen verleihen sollte.

Wie indes aus vorstehendem erhellt, enthalten die diesbezüglichen Bestimmungen des Entwurfs zurzeit tatsächlich nur eine Konzession, nämlich das Recht zur Münzprägung. Die übrigen Zusicherungen sind für die Zukunft abgegeben worden und können erst nach weiteren Verhandlungen und unter den gegebenen besonderen Voraussetzungen perfekt werden. Daß sie in das politische Gebiet übergreifen, kann nicht zugegeben werden. Es handelt sich dabei vielmehr lediglich um wirtschaftliche Fragen.

Andererseits haben wir mit Rücksicht auf die seinerzeit Herrn Iswolsky

---

** Siehe Nr. 8587.

abgegebenen Erklärungen dafür Sorge getragen, daß Fragen politischer Natur sowie diejenigen wirtschaftlichen Fragen, für welche Rußland nach Inhalt des Iswolskyschen Entwurfs eine Vorzugsstellung in Persien sich zu sichern wünscht, mit dem Bankunternehmen nicht verknüpft werden. Aus diesem Grunde ist die diesseitige Zustimmung zu folgenden Bestimmungen des Konzessionsentwurfes versagt worden:

1) Die Bank ist bereit, der persischen Regierung alle gewünschten Vorschüsse gegen zu vereinbarende Bedingungen und Garantien zu gewähren.

2) Die persische Regierung hat bei Aufnahme von äußeren Anleihen und Vorschüssen und bei Begebung von Schatzbonds im Auslande der Bank eine Beteiligung bis zu dem Betrage anzubieten, mit dem sie irgendeine andere Bank oder Bankgruppe einer speziellen Nationalität beteiligt. Diese Bestimmung greift nur insoweit Platz, als ihr nicht bestehende Verträge entgegenstehen.

3) Die persische Regierung verpflichtet sich für den Fall, daß sie Eisenbahnen mit fremdem Kapital bauen läßt, der Bank eine Beteiligung an dem Geschäfte zu den gleichen Bedingungen anzubieten, unter denen sie Angehörige einer anderen Nationalität dazu zuläßt. Auch diese Bestimmung soll nur Platz greifen, soweit ihr nicht bestehende Verträge entgegenstehen.

Obgleich durch die Schlußsätze zu 2) und 3) den bekannten russischen Verträgen Rechnung getragen worden ist, haben wir diese Bestimmungen dennoch aus dem Konzessionsentwurfe streichen lassen und damit auf die eventuelle Internationalisierung der Eisenbahnen und Anleihegeschäfte in Persien verzichtet. Hierin liegt zweifellos ein weites Entgegenkommen unsererseits auf die russischen Wünsche, da nach hier vorliegenden Nachrichten die fraglichen russisch-persischen Verträge über die Bevorzugung Rußlands bei Eisenbahnbauten und Anleihegeschäften in Persien nur bis zum Jahre 1910 laufen.

Übrigens ist es noch sehr zweifelhaft, ob das deutsche Bankunternehmen in Persien überhaupt in absehbarer Zeit zustande kommen wird. Abgesehen davon, daß der Konzessionsvertrag in Persien noch nicht perfekt geworden ist, besteht in den hiesigen Finanzkreisen vorläufig wenig Neigung, Niederlassungen in Persien zu eröffnen. Aus diesem Grunde ist in dem Konzessionsentwurf die Frist, innerhalb welcher sich die Berliner Bankleitung in der Angelegenheit schlüssig machen muß, ausdrücklich auf zwei Jahre ausgedehnt worden.

Euere Exzellenz werden hiernach, wie ich annehmen darf, in der Lage sein, Herrn Iswolsky wegen des deutschen Bankunternehmens in Persien völlig zu beruhigen und ihn gleichzeitig von unserer großen Loyalität in der Angelegenheit zu überzeugen.

Sollte Herr Iswolsky seine Bedenken gegen deutsche Bewerbungen um wirtschaftliche Konzessionen in Nordpersien trotzdem aufrechterhalten, so würde vielleicht ein Hinweis darauf angezeigt sein, daß Rußland

zurzeit dem deutschen Eindringen in Persien, das sich durchaus in den Grenzen des Handels hält, durch das seit 1883 bestehende Verbot der Durchfuhr ausländischer Waren durch Transkaukasien nach Nordpersien ein schweres Hindernis bereitet. Durch formelle Beseitigung dieses Durchfuhrverbots würde Rußland allerdings auch uns ein eventuelles weiteres Entgegenkommen gegenüber seinen Wünschen in Nordpersien erleichtern. Wir haben diese Frage bisher nur deshalb nicht angeregt, weil Rußland sich zu ihrer befriedigenden Regelung kaum verstehen dürfte. Mit Rücksicht auf dieses Transitverbot geht der deutsche Einfuhrhandel nach dem nördlichen Persien gegenwärtig über die Karawanenstraße Trapezunt-Erserum-Täbris-Teheran. Diese Karawanenstraße kann wegen der hohen Transportkosten schon jetzt nicht mehr als Handelsstraße für Nordpersien mit dem transkaukasischen Einfuhrwege konkurrieren. Wenn aber Rußland, wie wohl anzunehmen sein dürfte, das fragliche Transitverbot aufrechterhält und auf Grund seines Eisenbahnabkommens mit Persien die Bahn Djulfa-Kaswin-Hamadan-Teheran baut, den Anschluß Chanikin-Teheran dagegen nicht herstellt, so gelangt es dahin, sich praktisch ein Handelsmonopol für das nördliche Persien zu sichern. Rußland würde auf solche Weise unseren Einfuhrhandel nach Persien nicht nur, wie es gegenwärtig der Fall ist, erschweren, sondern ihn gänzlich vernichten. Aus diesem Grunde ist Artikel II unseres Entwurfs in der von Ihnen vorgeschlagenen Fassung von größter Bedeutung. Euere Exzellenz bitte ich daher, bei Herrn Iswolsky nach Möglichkeit auf Annahme dieses Artikels hinzuwirken. Gegen die Aufnahme eines Satzes in Artikel III, welcher die Achtung vor den von Rußland in Persien erworbenen Rechten und Interessen zusichert, würden diesseits Bedenken nicht obwalten.

Mühlberg

Nr. 8590

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 267 St. Petersburg, den 25. Juli 1907
Geheim

Bei einer weiteren Besprechung des geplanten russisch-deutschen Abkommens über die Bagdadbahn und Persien habe ich Herrn Iswolsky vertrauliche Aufklärung über den Stand der Frage einer deutschen Bank in Persien gegeben*. Die deutsche Bankgruppe habe zurzeit nur eine tatsächliche Konzession in Händen, nämlich die über Prägung von Silbermünzen, also eine solche nichtpolitischen Charakters. Weitere wirt-

* Vgl. dazu die voraufgehende Nummer sowie Nr. 8579, S. 121, Fußnote ***.

schaftliche Konzessionen, so über Bergwerksunternehmungen und über Bewässerungsanlagen, seien vorläufig nur in Aussicht gestellt. Konzessionsbestimmungen über Bankvorschüsse, über Anleihen und über Eisenbahnbauten sei, obgleich darin die erworbenen Rechte Dritter ausdrücklich gewahrt, von der Kaiserlichen Regierung aus loyaler Rücksichtnahme auf Rußland die Genehmigung versagt worden.

Es sei indessen überhaupt noch fraglich, ob die deutsche Bankgruppe von ihrer Konzession Gebrauch machen werde, die Frist sei um zwei Jahre verlängert.

Ich habe den Eindruck, Herrn Iswolsky in diesem Punkte nunmehr beruhigt zu haben.

Auf die übrigen Punkte der Verständigung bin ich vorläufig nicht wieder im einzelnen zurückgekommen, da mein Gegenentwurf zum Abkommen zurzeit noch der eingehenden Prüfung von russischer Seite unterliegt. Nur habe ich Herrn Iswolsky allgemein nochmals nachdrücklich bemerkt, wenn Rußland uns zumute, zu seinen Gunsten auf Betätigung in weniger politischen wie wirtschaftlichen Gebieten wie Eisenbahn-, Straßen- und Telegraphenbauten in Persien zu verzichten, so müsse es uns ein entsprechendes Äquivalent bieten. Die Aufgabe des russischen Widerstandes gegen das Bagdadbahnunternehmen genüge in dieser Beziehung nicht. Fremde Hilfe sei uns zur Durchführung des Unternehmens erwünscht, aber angewiesen seien wir darauf keineswegs, wir könnten auch ohne sie fertig werden. Von Bedeutung für uns sei eine Verbindung der Bagdadbahn mit dem künftigen Bahnnetz in Persien, und zwar tunlichst im Anschluß an unsere erworbenen Konzessionen und ausgearbeiteten Baupläne. Wünscht Rußland nicht, daß wir unsere Zweigbahnen nach Persien hinein verlängern, so möge er darauf bedacht sein, daß wir auf der Grenze nicht auf einen toten Punkt gelangen, vielmehr seinerseits die Fortführung in die Hand nehmen. In dieser Beziehung komme vor allem unsere Zweigbahn nach Chanikin in Betracht, die auf persischem Gebiet fortzuführen für Rußland wirtschaftlich sehr vorteilhaft sein würde. Wesentlich sei überhaupt, daß Rußland uns in der Eisenbahnpolitik in Vorderasien freundschaftlich die Hand reiche, nicht etwa uns durch Konkurrenzlinien und durch differentielle oder prohibitive Tarifpolitik zu schädigen trachte.

Herr Iswolsky meinte, er werde in Bälde in der Lage sein, sich zu meinem Gegenentwurf zu äußern. Voraussichtlich werde er die Unterlagen hierfür gerade kurz vor seiner Reise mit seinem Kaiserlichen Herrn nach deutschen Gewässern in Händen haben und könnte bei der Begegnung mit Euerer Durchlaucht Gelegenheit nehmen, die Sache weiter zu behandeln*.

---

* Tatsächlich kam es bei der Zusammenkunft in Swinemünde (3.—6. August 1907) nicht zu eingehenderen Erörterungen über die persische Frage. Iswolsky sagte hernach zu Botschafter von Schoen, über das geplante Abkommen mit uns bezüglich der Bagdadbahn habe er in Swinemünde mit Fürst Bülow nicht eingehend gesprochen, weil zur Zeit seiner Abreise die Prüfung des deutschen Gegenentwurfs noch nicht abgeschlossen

Ich sagte ihm, Euere Durchlaucht würden sicherlich aufrichtig erfreut sein, ihm zu begegnen und Gedanken mit ihm auszutauschen. Die freundschaftlichen Gesinnungen und entgegenkommenden Absichten Euerer Durchlaucht im allgemeinen wie insbesondere in bezug auf eine Verständigung über Persien seien ihm hinlänglich bekannt. Indessen glaubte ich bezweifeln zu sollen, ob Euere Durchlaucht bei der Vielfältigkeit und der Schwere der Ihnen obliegenden Aufgaben in der Lage und geneigt seien, sich bei der bevorstehenden Zusammenkunft auf Verhandlungen einzulassen, bei denen es sich nach Lage der Dinge um Einzelheiten handele.

Ich habe nicht verfehlen wollen, Euere Durchlaucht von den Absichten Herrn Iswolskys zu unterrichten, um für den Fall, daß der Wunsch bestehen sollte, auf dieselben einzugehen, Veranlassung zu entsprechenden Vorbereitungen zu bieten.

v. Schoen

Nr. 8591

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 330 St. Petersburg, den 2. Oktober 1907

Bei den Verhandlungen über Persien und die Bagdadbahn hat Herr Iswolsky es bisher vermieden, die Linie näher anzugeben, bis zu welcher die russische Einflußsphäre reichen soll. Man sprach nur allgemein von den dem russischen Reich benachbarten Gebieten, innerhalb welcher Deutschland — von der politischen Entsagung ganz abgesehen — noch auf einige wirtschaftliche Konzessionen, nämlich für Eisenbahnen, Wege und Telegraphen, verzichten solle (Anlage zum Bericht vom 3. Juli 1907 Nr. 231)*.

Durch den russisch-englischen Vertrag ist nun bekannt geworden, wie groß die russische Interessensphäre gedacht ist. Danach ist nicht mehr lediglich vom Nachbargebiet, sondern von ganz Nord- und einem erheblichen Teil von Mittelpersien einschließlich Isfahans die Rede. Ob uns gegenüber dieselbe Linie aufrechterhalten werden soll, steht noch nicht fest, doch ist es wahrscheinlich. In diesem Falle würde unsere Verzichtleistung einen größeren Umfang annehmen, als ursprünglich vorauszusehen

---

gewesen sei. So habe er Fürst Bülow nur allgemein dargelegt, „daß es ihm darauf ankomme, sich mit uns über Persien in der Weise zu verständigen, daß wir nicht mit unserem wirtschaftlichen Eindringen in jenes Land Rußlands traditionelle Interessen und wohlerworbene Rechte schädigen und dadurch Anlaß zu einer unerwünschten Kampfespolitik gäben". Bericht von Schoens Nr. 281, vom 10. August 1907, Bd. XXII, Kap. CLX, Nr. 7379.

* Siehe Nr. 8588, Anlage.

war. Dies würde ein Grund mehr für uns sein, auf weiteres Nachgeben Rußlands den deutschen Wünschen gegenüber zu bestehen.

Meines Erachtens gehen aber die eigentlichen Pläne Rußlands noch weiter, nämlich nach der völligen wirtschaftlichen Vorherrschaft bis Isfahan. Aus mehreren Äußerungen von Privatpersonen ersehe ich, daß der englisch-russische Vertrag hier in diesem Sinne verstanden wird. Die offiziellen Kreise können diese Absicht natürlich nicht aussprechen. Die außergewöhnlich deutschfeindlichen Artikel der hiesigen Presse sind wohl darauf zurückzuführen, daß man in Deutschland das einzige Hindernis für das Ziel Rußlands erblickt. In der Tat würde außer Deutschland kaum jemand dem entgegenstehen, daß der russische Ölfleck sich auf der Landkarte weiter nach Süden ausbreitet. Das Interesse Rußlands nach wirtschaftlicher Alleinherrschaft und das Bedürfnis nach staatlichem Schutz der russischen Handelsunternehmungen in Persien gegen die überlegene ausländische Konkurrenz ist um so größer, als man hier genau weiß, daß Rußland uns gegenüber im freien Wettbewerb weder jetzt noch in nächster Zeit standhalten kann. Die russische Regierung will sich deshalb, soweit ihr dies möglich ist, Nord- und Mittelpersien reservieren, um dort später, wenn die russischen Verhältnisse sich bessern, vorgehen zu können; inzwischen wird sie jedes fremde Unternehmen in Persien mit Mißtrauen beobachten und, soweit dies mit legalen Mitteln möglich ist, zu hindern suchen. Die Empfindlichkeit der russischen Regierung deutschen Unternehmungen in Persien gegenüber hat schon jetzt einen zu hohen Grad angenommen. Meines Erachtens dürfte es zweckmäßig sein, hierauf nicht nur möglichst wenig Rücksicht zu nehmen, sondern im Gegenteil durch freie wirtschaftliche Betätigung in Persien zu zeigen, wie sehr wir uns der derzeitigen Überlegenheit bewußt sind, und wie hoch wir uns das Opfer anrechnen müßten, innerhalb eines weiteren Gebietes auf einen Teil der Handelsfreiheit zu verzichten. Mit einem Faustpfand in den Händen werden wir den Besprechungen mehr Nachdruck geben können; Rußland selbst hat sich durch den Vertrag mit England in gewissem Sinne ein Faustpfand erworben und seine Position verbessert.

Im Anschluß hieran darf ich darauf aufmerksam machen, daß der erste Sekretär der hiesigen englischen Botschaft in einem Interview erklärt hat, zwischen der russischen und der englischen Sphäre bleibe eine neutrale Zone frei; es sei nicht ausgeschlossen, daß eine dritte Macht dieser nähertreten werde.

Es wird abzuwarten sein, ob Herr Iswolsky hierauf zu sprechen kommt. Selbst wenn dies der Fall wäre, würde die Eisenbahnverbindung zwischen der Bagdadbahn und Teheran nur durch die russische Einflußsphäre führen.

Miquel

Nr. 8592

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 425 St. Petersburg, den 21. Dezember 1907

Bei einem Besuche, den mir heute Herr Iswolsky abstattete, richtete derselbe die Frage an mich, ob ich beauftragt wäre, zur Besprechung anderer Fragen als der bereits neulich zwischen uns berührten Angelegenheit des Ost- und Nordseeabkommens* ihm gegenüber die Initiative zu ergreifen. Ich erwiderte, daß ich zu einer Anregung anderer Fragen nicht autorisiert, wohl aber über die zwischen den beiden Regierungen schwebenden sonstigen Angelegenheiten unterrichtet und auch ermächtigt sei, falls eine Erörterung derselben hier gewünscht würde, auf eine solche einzugehen.

Daraufhin brachte Herr Iswolsky die Rede auf Persien und die mit Bezug auf dieses Land mit uns eingeleiteten Verhandlungen. Der Minister sagte, daß er im Begriff sei[1], ein Gegenprojekt auf unser letztes in dieser Angelegenheit der russischen Regierung übergebenes Memorandum auszuarbeiten und in nicht ferner Zeit wohl in der Lage sein werde, mir dieses Gegenprojekt zugehen zu lassen. Ich erwiderte, daß die Kaiserliche Regierung die russischen Gegenvorschläge einer sorgfältigen Prüfung unterziehen werde.

Herr Iswolsky führte dann aus, wie sehr er wünschen würde, in der persischen Frage eine Verständigung mit uns herbeizuführen, durch welche alle Punkte, bezüglich welcher Friktionen entstehen könnten, geregelt würden. Um zu einer solchen Vereinbarung zu gelangen, müsse er aber Wert darauf legen, zuvor über unsere Ziele in Persien ganz klar zu sehen[2]. Ich erwiderte dem Minister, daß wir in jenem Lande bekanntlich keinerlei politische, sondern lediglich wirtschaftliche Interessen verfolgten und unsere Ziele sich daher in dem Worte „Offne Türen für unseren Handel" resümieren ließen[3].

Herr Iswolsky wandte hiergegen ein, daß in der letzten Zeit die Haltung unserer Vertretung in Teheran den Eindruck erwecke, als ob dieselbe danach strebe, einen hervorragenden politischen Einfluß zu gewinnen[4]. In dieser Verbindung sei ihm auch die Ernennung unseres bisherigen Gesandten in Persien zum Unterstaatssekretär des Auwärtigen Amts** aufgefallen[5].

Zur Begründung seiner Zweifel an unserem politischen Desinteressement wies der Minister darauf hin, daß die Bank, für welche wir die Konzession erlangt hätten, neuerdings mit eifriger Unterstützung der deutschen

---

* Siehe darüber Bd. XXIII, Kap. CLXXIII, B.

** Die Ernennung des Gesandten in Teheran Stemrich zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt war im November 1907 erfolgt.

diplomatischen Vertretung Forderungen an die persische Regierung gestellt hätte, deren Gewährung eine empfindliche Schädigung wohlerworbener Rechte Rußlands bedeutet haben würde[6]. Der Minister ging auf Einzelheiten dieser Forderungen nicht ein und erklärte, sich auch in eine Diskussion hierüber nicht einlassen zu können, da ihm die einzelnen Punkte nicht gegenwärtig[7] genug wären. Ich erwiderte daher nur, ich könnte nicht zugeben, daß durch Erwerbung einer Bankkonzession und die damit zusammenhängenden Fragen der Boden wirtschaftlicher Interessen von uns verlassen worden sei. Der Minister knüpfte daran die Bemerkung, daß es oft schwer sei, eine scharfe Grenze zwischen wirtschaftlichen und politischen Interessen zu ziehen, und daß zum Beispiel jede Erwerbung von Eisenbahnkonzessionen[8] von eminent politischer Bedeutung sei. Eine Bemerkung, die ich nicht ohne weiteres gelten lassen wollte.

Als weiteren Beweis für unsere angebliche politische Tätigkeit in Persien bezeichnete der Minister die zu seiner Kenntnis gelangte Tatsache, daß wir eifrig bemüht seien zu erreichen, daß der Sohn des Schah eine deutsche Erziehung erhalte[9]. Ich bemerkte hierzu, daß mir von diesen angeblichen Bemühungen nichts bekannt sei, daß ich aber auch darin noch keinen Beweis für die Betätigung politischer Interessen von unserer Seite erblicken könnte.

Als dritten Punkt, der ihn einigermaßen beunruhige, wies der Minister auf die ihm zugegangenen Nachrichten über das angebliche Hervortreten unseres Geschäftsträgers bei der gegenwärtigen Krisis in Teheran* und dessen angebliche Parteinahme für das Parlament hin[10]. Als ich gegen die Richtigkeit einer solchen Nachricht protestierte und frug, worin sich denn dieses Hervortreten und diese Parteinahme geäußert hätte, konnte der Minister nur anführen, daß Herr von Richthofen in der letzten Zeit als einziger Diplomat öfters in dem Medschlis erschienen sei und sich im Gegensatz zu seinen Kollegen auch öfters in dem befestigten Teil der Stadt gezeigt habe[11]. Im übrigen bewegte sich der Minister nur in allgemeinen Redensarten. Als ich den Minister weiter frug, ob nicht vielleicht auch andere diplomatische Vertreter es an Zurückhaltung hätten fehlen lassen[12], bestritt er dieses auf das entschiedenste und versicherte, daß nur der englische Vertreter** für den persischen Ministerpräsidenten eingetreten sei[13], was aber durch besondere persönliche Beziehungen seine Erklärung finde.

Ich versicherte dem Minister, daß nach meiner Kenntnis der Verhältnisse uns nichts ferner liege, als die Absicht, uns in die inneren Angelegenheiten Persiens zu mischen. Wenn daher unser Geschäftsträger für die jüngsten Vorgänge Interesse gezeigt habe, so sei dies sicher auf keinen ande-

---

* Im Spätherbst 1907 war es zwischen Schah Mohammed Ali, der Anfang Januar seinem verstorbenen Vater Muzaffer ed-din in der Regierung gefolgt war, und dem persischen Parlament zu einem schweren Konflikt gekommen. Vgl. darüber Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1907, S. 364ff.

** Marling.

ren Grund als den durchaus berechtigten und anerkennenswerten Wunsch zurückzuführen, sich zwecks Berichterstattung an die Kaiserliche Regierung zu informieren.

Der Minister betonte sodann, daß unser politisches Desinteressement für ihn die Basis bilden müsse, auf welcher allein mit Aussicht auf Erfolg unsere Verhandlungen fortgesetzt werden könnten. Ich erwiderte, daß wir den Anspruch Rußlands, als Nachbarstaat in Nordpersien die prépondérance politique auszuüben, gewiß nicht beanstanden würden, daß wir aber einen Anspruch Rußlands, als Ausfluß dieses politischen Übergewichts alle wirtschaftlichen Unternehmungen als sein Monopol zu betrachten, als nicht vereinbar mit dem Prinzip der Offenen Tür unmöglich anerkennen könnten.

Herr Iswolsky kam dann auf die Bagdadbahn zu sprechen. Wie ich wohl wisse, stehe Rußland diesem Unternehmen nicht eben freundlich gegenüber. Die russische Regierung habe daher demselben bis jetzt auch eine Art „obstruction" entgegengesetzt[14]. In der Tat könne kein Zweifel darüber bestehen, daß Rußland nicht nur kein Interesse an dem Bau dieser Bahn habe, daß deren Fertigstellung vielmehr in wirtschaftlicher, politischer und besonders auch strategischer Hinsicht Rußland nur Nachteile bringen werde. Dessenungeachtet habe er, der Minister, sich im Prinzip dem Gedanken nicht widersetzt, die Frage der Bagdadbahn beziehungsweise einer Abzweigung derselben nach Persien mit in unsere Verhandlungen hineinzuziehen[15]. Er glaube, damit Deutschland ein sehr großes Entgegenkommen gezeigt zu haben[16]. Nun sei ihm neuerdings aus London die Nachricht zugegangen, daß die Bagdadbahnfrage von uns gelegentlich des Besuches Seiner Majestät des Kaisers dort angeschnitten worden sei, daß darauf die großbritannische Regierung in einem Memorandum[17] den Gedanken angeregt hätte, die ganze Frage und insbesondere die Beteiligung außerdeutscher Kapitalien zum Gegenstand von Besprechungen der vier dabei interessierten Mächte zu machen, und daß wir diesen Vorschlag im Prinzip akzeptiert hätten[18]. Wäre diese Nachricht zutreffend, so würde dies allerdings die Voraussetzungen, unter denen er mit uns in Besprechungen eingetreten wäre, wesentlich ändern*.

Ich erwiderte dem Minister, ich wollte nicht bestreiten, daß bei den in London geführten politischen Gesprächen auch die Frage der Bagdadbahn berührt worden sei, auch sei mir bekannt, daß England eine Besprechung der Angelegenheit zu Vieren angeregt habe, jedoch glaubte ich bestimmt zu wissen, daß dieser Vorschlag von uns nicht angenommen worden sei und auch nicht angenommen werden würde, da wir, soweit ich unterrichtet wäre, einen Anlaß zu Verhandlungen nicht für gegeben hielten. Wir würden gegen die Beteiligung fremden Kapitals beim Weiterbau der Bahn eventuell nichts einzuwenden haben. Im übrigen bedürfe es für uns keiner Verhandlungen mit anderen Mächten über den Weiterbau

---

* Näheres darüber in Kap. CLXXXVI.

der Bahn, da wir die türkische Konzession hätten und eventuell auch ohne Beteiligung fremden Kapitals weiterzubauen in der Lage wären. Der Minister schien durch meine Erwiderung, daß ich an eine Annahme des englischen Vorschlages einer Besprechung zu Vieren nicht glauben könne, überrascht zu sein.

Herr Iswolsky schloß unsere Unterredung, die er ausdrücklich als eine akademische und vertraulich offene Aussprache bezeichnete, mit den Worten, daß er bereit sei, uns gewisse Garantien[19] für unseren Handel in Persien zu gewähren, und daß ihm auch unter gewissen[20] Bedingungen der Anschluß einer Zweigbahn der Bagdadbahn an persische Bahnen möglich erscheine. Ich erwiderte, diese Grundzüge schienen mir die Möglichkeit eines Zustandekommens einer Verständigung nicht auszuschließen, vorausgesetzt, daß die uns für unseren Handel zu gewährenden Garantien, die eingehend zu prüfen sein würden, genügten.

Obgleich Herr Iswolsky wiederholt hervorhob, daß Rußland ein Abkommen mit uns über Persien keineswegs brauche[21] und seine dortige Stellung ihm vollkommen erlaube, es eventuell auf eine „lutte" mit uns auf wirtschaftlichem Gebiet ankommen zu lassen, hinterließ die Unterredung doch bei mir den Eindruck, daß er entschieden Wert darauf legt, den Faden der Unterhandlungen nicht fallen zu lassen.

F. Pourtalès

Randbemerkungen von Schoens:

[1] Er war schon im August „im Begriff"
[2] und wir zunächst über die russischen
[3] richtig
[4] nanu!
[5] ach, wie dumm!
[6] genau das Gegenteil ist der Fall
[7] na, na!
[8] daran haben wir nie gedacht
[9] davon ist uns gar nichts bekannt
[10] Richthofen hatte offenbar nur den Wunsch, sich über die Lage zu informieren
[11] Das zeigt, daß er Courage hat
[12] leider nur zu sehr!
[13] nur der russische gegen
[14] und mit Frankreich und England sich gegen uns verschworen
[15] heraus damit!
[16] bis jetzt merken wir wenig von Entgegenkommen
[17] ?
[18] im Gegenteil, ich habe Grey gesagt, daß wir nur getrennt verhandeln können
[19] welche?
[20] welchen?
[21] wir noch weniger

Nr. 8593

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 192 Berlin, den 24. Dezember 1907

Auf Bericht Nr. 425 vom 21. d. Mts.*

Mit Euerer Exzellenz Sprache gegenüber Iswolsky bin ich völlig einverstanden. Da wir in Persien nur die uns seitens der persischen Regierung vertragsmäßig zugesicherte Offene Tür für unseren Handel wünschen und in Bagdadbahnfrage ausschließlich Respektierung unserer durch türkische Konzession wohlerworbenen Rechte verlangen, haben wir an sich kein besonderes Interesse zu Verhandlungen über diese Fragen. Zu einer Verständigung mit Rußland hierüber sind wir vielmehr lediglich aus Entgegenkommen auf Iswolskys diesbezüglichen Wunsch bereit, werden indes deren weitere Betreibung Iswolsky um so mehr überlassen können, als ihm unsere Vorschläge längst vorliegen.

Die Gesichtspunkte, aus denen Iswolsky Zweifel an unserem politischen Desinteressement in Persien herleitet, sind unhaltbar. Unsere Bankverhandlungen mit Teheran ruhen gänzlich. An Erwerbung von Eisenbahnkonzessionen in Persien haben wir niemals gedacht. Von deutschen Bemühungen um Erteilung einer deutschen Erziehung an den Sohn des Schahs ist hier nichts bekannt. Wir wiederholen nochmals, daß wir in Persien keinerlei politische Ziele verfolgen, und gedenken dieser Zusicherung treu zu bleiben, solange Rußland nicht etwa seinen politischen Einfluß in Persien zu dem Zweck in die Wagschale wirft, um unsere legitimen Handelsbestrebungen dort zu unterbinden. Unser Handel und unsere Industrie stehen auf derartiger Höhe, daß wir die versteckte Drohung Iswolskys mit einer „lutte" auf wirtschaftlichem Gebiet ruhig hinnehmen können.

Von irgendwelchem politischen Hervortreten unseres Geschäftsträgers in Teheran kann keine Rede sein. Wenn der Geschäftsträger im Medschlis erschienen ist, so wird hieraus lediglich der Schluß zu ziehen sein, daß er sich persönlich und schleunig über die Lage zwecks seiner Berichterstattung zu informieren wünschte. Der unserem Vertreter gemachte Vorwurf mangelnder Zurückhaltung berührt um so eigenartiger, als uns reichhaltiges Material über auffallendes und befremdliches Verhalten der Vertreter Rußlands, Englands und Frankreichs** aus Teheran vorliegt. Danach erbieten sich diese drei Vertreter zu Garantierung der persischen Verfassung gegen

---

* Siehe Nr. 8592.

** De la Martinière.

Einräumung besonderer Rechte und wollen der Eidesleistung des Schah auf Verfassung allein, also unter Ausschluß des übrigen diplomatischen Korps, beiwohnen.

Dieses Vorgehen stellt offenbaren russisch-englischen Versuch dar, unter französischer Beihilfe Deutschland ostentativ auszuschalten und uns hinsichtlich des Interesses an Zukunft Persiens öffentlich zurückzusetzen.

Bitte, vorstehendes Iswolsky gegenüber mündlich zu verwerten und über Antwort zu berichten.

v. Schoen

Nr. 8594

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 429 St. Petersburg, den 25. Dezember 1907

An der Hand der mir erteilten hohen Weisungen habe ich heute die einzelnen Punkte, mit denen Herr Iswolsky neulich mir gegenüber gewisse Zweifel an unserm politischen Desinteressement in Persien begründen zu können glaubte, eingehend widerlegt. Der Minister hörte meine Ausführungen ruhig an bis zu dem Augenblick, wo ich ihm sagte, ich könnte gegenüber den von seiner Seite gegen unsern Geschäftsträger in Teheran erhobenen Anschuldigungen ihm nicht verschweigen, daß die über die Haltung des russischen, englischen und französischen Vertreters in Persien meiner Regierung zugegangenen Nachrichten bei dieser ebenfalls einiges Befremden erregt hätten. Danach hätten die drei genannten Vertreter sich erboten, die persische Verfassung zu garantieren, wenn ihnen dafür besondere Vorteile eingeräumt würden. Auch hätten sie den Anspruch erhoben, als einzige des diplomatischen Korps der Eidesleistung des Schahs auf die Verfassung beizuwohnen. Bei dieser Mitteilung fuhr Herr Iswolsky auf und entgegnete nicht ohne einige Erregung: Er müsse gegen diese Nachricht auf das energischste protestieren. Von einer Teilnahme des französischen Vertreters an den russisch-englischen Schritten in Teheran sei ihm nichts bekannt. Was Rußland und England beträfe, so könnten die Vorgänge in Persien ihnen allerdings nicht gleichgültig sein. Die Vertreter dieser beiden Mächte hätten daher eine vermittelnde Tätigkeit zwischen dem Schah und den Medschlis übernommen. Der Zweck dieser Vermittelung sei aber kein anderer als die möglichste Erhaltung des Status quo und die Verhütung eines gewaltsamen Umsturzes des Bestehenden, der notwendig zur Entthronung und wahrscheinlich zur Ermordung des Schahs sowie in weiterer Folge zur vollständigen Anarchie in Persien führen würde. Rußland und England seien wohl zweifellos in erster Linie zu einer solchen Aktion berufen, die im übrigen allen Staaten, und nicht zum

mindesten Deutschland, zugute käme. Die Anarchie in Persien würde notwendig eine Intervention zur Folge haben. Wenn jetzt Rußland im Verein mit England im Interesse der Erhaltung des Bestehenden in Persien tätig sei, so sei dies der deutlichste Beweis dafür, daß das russische Kabinett keine Vorteile aus der jetzigen Situation ziehen wolle, im Gegenteil bestrebt sei, eine Krisis zu beschwören, die Rußland unter Umständen zum Einschreiten zwingen könnte. Um auch nur den Schein zu vermeiden, als trage sich Rußland mit irgendwelchen Hintergedanken, habe der Minister sich bis jetzt gegen jede Zusammenziehung von Truppen an der persischen Grenze ausgesprochen. „Ich gebe Ihnen die positive und formelle Versicherung", fuhr Iswolsky fort, „daß Rußland weder für jetzt noch für absehbare Zukunft an eine Intervention in Persien denkt und ich jede Unterstellung, als ob das russische Kabinett die gegenwärtige Situation in Persien ausnutzen wolle, um sich besondere Vorteile zu sichern, auf das bestimmteste zurückweisen muß."

Da der Minister bei diesen Worten einigermaßen in Eifer geraten war, bemühte ich mich, die Unterhaltung wieder in ruhigere Geleise zurückzuführen. Ich entgegnete, daß ich von seinen Versicherungen Akt nehme und dieselben meiner Regierung übermitteln würde. Wenn ich einerseits die Möglichkeit zugeben wollte, daß die uns zugegangenen Nachrichten vielleicht in diesem oder jenem Punkte nicht frei von Übertreibungen seien, so möchte ich ihn ersuchen anzuerkennen, daß seine Nachrichten über die angebliche Tätigkeit unseres Geschäftsträgers sich als haltlos erwiesen hätten. Im übrigen scheine mir, daß, wenn wir für eine Verständigung über die persischen Angelegenheiten den Boden vorbereiten wollten, gegenseitiges Vertrauen hierzu die unerläßliche Vorbedingung sei. Er würde mich stets bereit finden, das meinige zu tun, um etwa eintretende Mißverständnisse zu beseitigen. In dieser Absicht hätte ich auch über seine mir kürzlich gemachten Mitteilungen meiner Regierung sofort eingehend Bericht erstattet. Nachdem ich nun aber in die Lage versetzt worden wäre, seine Andeutungen über unsere angebliche Haltung in Teheran in jedem einzelnen Punkt zu widerlegen, müßte ich dringend bitten, die Zweifel an unserer loyalen Haltung und das Mißtrauen gegen unsern Vertreter in Persien fallen zu lassen.

Herr Iswolsky nahm darauf wieder einen ruhigeren Ton an, kam aber im Laufe der weiteren Unterhaltung doch sehr bald wieder auf die angebliche politische Tätigkeit des Freiherrn von Richthofen zurück. Als ich mich darauf weigerte, auf eine neue Diskussion über diese Frage einzugehen, wenn nicht etwa der Minister neue Beweise für seine Behauptungen beizubringen in der Lage wäre, holte Herr Iswolsky von seinem Schreibtisch zwei Telegramme des russischen Gesandten in Teheran und las mir den wesentlichen Inhalt derselben vor. Diese Telegramme enthielten sehr scharfe Angriffe gegen Herrn von Richthofen, dem der russische Vertreter vorwirft, daß er eine direkt gegen die zwischen Schah und Medschlis vermittelnde Tätigkeit des russischen und englischen Ver-

treters gerichtete Aktion betreibe. Herr von Richthofen nehme offen Partei für die Medschlis, stehe in ständigem Verkehr mit dem ihm befreundeten Präsidenten dieser Versammlung*, mit dem er zum Zwecke von Intrigen nächtliche Zusammenkünfte habe. Der Geschäftsträger agitiere auch innerhalb des diplomatischen Korps gegen die Vertreter Englands und Rußlands und habe bereits den österreichischen** und italienischen Vertreter*** auf seine Seite gezogen. Er hetze in persischen Kreisen offen gegen Rußland, das nur deshalb eine Intervention jetzt nicht wünsche, weil es dazu augenblicklich nicht in der Lage wäre.

Ich sagte dem Minister, diese Mitteilungen enthielten schwere Anschuldigungen, über die ich Euerer Durchlaucht zunächst Bericht erstatten müßte. Ich könnte aber nicht umhin, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß die Meldungen des Herrn von Hartwig in direktem Widerspruch zu dem ständen, was ich ihm über unsere Haltung in Teheran mitzuteilen ermächtigt sei.

Als Herr Iswolsky zum Schlusse unserer Unterhaltung die Bemerkung fallen ließ, man könnte ihm nicht verargen, wenn die ihm aus Teheran zugehenden Mitteilungen zuweilen Zweifel bei ihm aufkommen ließen, ob es uns wirklich mit unserm Wunsch, bezüglich Persiens bald zu einer Verständigung zu gelangen, Ernst sei, trat ich der Insinuation, als ob wir die Angelegenheit verschleppen wollten, in bestimmter Weise entgegen. Ich bat den Minister, nicht vergessen zu wollen, daß von unserer Seite ihm bereits seit längerer Zeit Vorschläge vorlägen, und daß wir auf seine Gegenäußerung warteten. Herr Iswolsky lenkte darauf ein und sprach die Hoffnung aus, uns bald sein Gegenprojekt vorlegen zu können.

Meine heutige Unterredung mit dem Minister hinterließ bei mir den Eindruck, daß es Herrn Iswolsky, als er neulich die persischen Angelegenheiten mir gegenüber zur Sprache brachte, weniger darum zu tun war, unsere Verhandlungen um einen Schritt weiter zu fördern, daß es vielmehr hauptsächlich die Hetzereien des Herrn von Hartwig gegen unsern Geschäftsträger gewesen sind, welche den Minister zu der von mir gemeldeten Aussprache veranlaßt haben†.

F. Pourtalès

---

* Mahmud Chan, Ehtescham es Saltaneh, zugleich Gesandter in Berlin.
** A. v. Rosthorn.
*** Graf Mazza.
† Der Eindruck des Botschafters, daß es Iswolsky nicht um eine Förderung der schwebenden Verhandlungen zu tun gewesen sei, sollte sich als nur zu richtig erweisen. Erst am 21. März 1908 kam Iswolsky in einem Briefe an Staatssekretär von Schoen auf die Verhandlungen zurück, auch jetzt nur dilatorisch. „Avant de terminer je voudrais toucher encore deux mots de notre projet d'entente sur les affaires persanes. La tournure aiguë que les événements avaient prise en Perse ces derniers temps a retardé l'étude des propositions contenues dans la dernière communication du Cabinet de Berlin à ce sujet; mais il ne faut en conclure que nous ne sommes plus disposés à nous entendre avec l'Allemagne sur nos intérêts en Perse ou que nous doutions de la possibilité d'une pareille entente. Nous espérons qu'avec l'arrivée de Votre nouveau ministre à Téhéran il n'y aura plus d'occasions de malentendus entre nous sur ce terrain et que nous pourrons

Nr. 8595

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Konzept

Nr. 196 Berlin, den 29. Dezember 1907

Auf Bericht Nr. 429 vom 25. d. Mts.*

Russischer Botschafter hat vorgestern Telegramm Iswolskys mitgeteilt, in dem gesagt war, Rußland erstrebe in Persien weder Sonderrechte noch Zusammenschluß einzelner Mächte zum Nachteil der übrigen, sondern habe allein Wiederherstellung geordneter Zustände im Auge. Die herauf gerichtete russisch-englische Aktion werde durch unseren Geschäftsträger gestört.

Herr von Richthofen, hiervon benachrichtigt, telegraphiert folgendes:

„Neutrale Haltung von mir formell strengstens eingehalten. Während russischer, englischer und holländischer** Gesandter in kritischer Zeit mehrfach Audienz bei Schah gehabt, holländischer Gesandter Saad ed Dauleh*** in Asyl genommen und türkischer Botschafter Schah gegenüber Wunsch Verhinderung Blutvergießens ausdrücklich ausgesprochen —, bin ich vor Annahme Parlamentsforderungen durch Schah weder im Palais noch im Parlament gewesen. Habe in Sitzung diplomatischen Korps mich ausdrücklich gegen Kollektivschritte beim Schah als Einmischung in innere Angelegenheiten ausgesprochen, habe Ehtescham es Saltaneh bei Anfrage wegen eventueller Gewährung Asyls bestimmt erklärt, daß von Kaiserlicher Gesandtschaft aus keinerlei politische Um-

---

continuer dans de bonnes conditions nos pourparlers; dans ce but je me propose sous peu de Vous communiquer notre réponse à Votre contre-projet.“ Diese Antwort ist indessen überhaupt nicht erfolgt! Auch Graf Pourtalès berichtete am 16. März 1908 (Nr. 107), daß Iswolsky ihm gegenüber noch mit keinem Worte auf die deutsch-russische Verständigung über Persien zurückgekommen sei. Welche Bedeutung dieses Schweigen hatte, darüber war sich der Botschafter klar. „Wir dürfen uns auch meines gehorsamsten Erachtens keinerlei Hoffnungen hingeben, daß etwa die Dienste, die wir in den letzten Jahren Rußland erwiesen haben, bei diesen Verhandlungen irgendwie ins Gewicht fallen werden. Ich glaube, daß Herr Iswolsky sich zu Konzessionen uns gegenüber erst dann herbeilassen wird, wenn es uns gelingt, durch Erreichung eines wirtschaftlichen Vorteils eine vollendete Tatsache zu schaffen und der hiesigen Regierung auf die Weise vor die Augen zu führen, daß sie sich zur Wahrung der russischen Interessen zu einem Kompromiß mit uns entschließen muß. Bis dieser Fall eintritt, fürchte ich, daß Herr Iswolsky seine Politik der Offensive und des Bluff uns gegenüber fortzusetzen versuchen wird.“ Siehe den vollen Wortlaut des Pourtalèsschen Berichts in Kap. CLXXXVII, Nr. 8739. In der Tat ist Iswolsky auf die von ihm selbst eingeleiteten Verhandlungen nicht mehr zurückgekommen. Sie wurden erst im Jahre 1910 wieder aufgenommen.

* Siehe Nr. 8594.

** von Stürler.

*** Früherer Minister des Äußern.

triebe gemacht werden dürften, habe endlich Abgeordneten aus Täbris, die infolge Absetzung Schahs in Aserbeidjan in Lebensgefahr, Asyl verweigert. Meine Tätigkeit hat sich darauf beschränkt, durch Aufrechterhaltung des Verkehrs mit dem mir befreundeten Berliner Gesandten und Parlamentspräsidenten* sowie mit Sanieh ed Dauleh** zuverlässige Informationen zu sichern."

Bitte Antwort Richthofens bei Iswolsky zu verwerten. Graf Osten-Sacken vom Inhalt bereits verständigt.

v. Schoen

Nr. 8596

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 9 St. Petersburg, den 2. Januar 1908

Gelegentlich eines Besuches bei Herrn Iswolsky nahm ich gestern Gelegenheit, die von der russischen Vertretung in Teheran gegen unseren dortigen Vertreter erhobenen Beschuldigungen zu widerlegen und den wesentlichen Inhalt des mir hochgeneigtest mitgeteilten Telegramms des Freiherrn von Richthofen*** zur Kenntnis des Ministers zu bringen.

Herr Iswolsky bemerkte, daß er gegenüber diesen Mitteilungen natürlich nicht weiter auf die Sache insistieren, sich aber auch des Eindrucks noch nicht ganz verwehren könne, daß der Kaiserliche Geschäftsträger vielleicht doch etwas mehr Eifer an den Tag gelegt habe, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen angezeigt gewesen wäre. Bei dieser Gelegenheit müsse er noch einmal auf die uns zugegangene Nachricht zurückkommen, wonach angeblich Rußland mit England und Frankreich eine Aktion in Persien unternommen habe, um sich dabei besondere Vorteile zu sichern. Diese Mitteilung habe ihn um so peinlicher berührt, als sie in geradezu direktem Widerspruch zu Rußlands gegenwärtigen Absichten stände. Er wisse nicht, ob die Nachricht von Herrn von Richthofen stamme, wenn das aber der Fall sei, so könne er nur bedauern, daß unser Vertreter nicht besser informiert sei oder aber sein Ohr Einflüsterungen geliehen habe, die nur als böswillige bezeichnet werden könnten.

Im allgemeinen sprach Herr Iswolsky heute ruhiger und drückte die Hoffnung aus, daß derartige Mißverständnisse in Zukunft vermieden werden möchten. Gerade in den persischen Angelegenheiten bedauere er solche

---

* Vgl. Nr. 8594, S. 154, Fußnote *.

** Unterrichtsminister im Kabinett Nassir el Mülk, Urheber des Dezemberstaatsstreichs 1907.

*** Siehe Nr. 8595.

Mißverständnisse um so mehr, als er an dem Wunsch und der Hoffnung festhalte, bezüglich dieser Frage mit uns zu einer Verständigung zu gelangen*.

F. Pourtalès

Nr. 8597

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Gesandten in Teheran Grafen von Quadt, z. Z. in Konstantinopel

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 25. Januar 1908

Vertraulich [abgegangen am 27. Januar]

Wie Euer Hochgeboren bekannt ist, hat der Herr Reichskanzler wiederholt im Reichstage betont, daß wir in Persien keine politischen Ziele verfolgen**. An diesem Standpunkte, der England und Rußland gegenüber ebenfalls vertreten worden ist, werden wir auch in Zukunft festhalten. Ich bitte Euer Hochgeboren, Ihr Verhalten in Teheran demgemäß einzurichten und namentlich bei dem dortigen russischen Vertreter Zweifel an unserem politischen Desinteressement tunlichst nicht aufkommen zu lassen.

Wir haben in Persien dagegen wirtschaftliche Aufgaben, die durch unseren Handelsvertrag mit dem Reiche des Schahs begründet worden sind, und die naturgemäß durch Vereinbarungen, die dritte Mächte über Persien ohne unsere Zuziehung treffen, nicht berührt werden können. Ist schon aus diesem Grunde die englisch-russische Verständigung über Persien für uns an sich belanglos, so haben wir zu einer ausdrücklichen Stellungnahme gegen diese Abmachung um so weniger Anlaß, als sie im Eingange durch die Worte „désirant ... l'établissement permanent d'avantages égaux pour le commerce et l'industrie de toutes les autres nations" den Grundsatz der Offenen Tür für Persien proklamiert. Wir nehmen demgemäß nach wie vor in Persien wie in anderen unabhängigen Ländern das Recht in Anspruch, unseren wirtschaftlichen Interessen nachzugehen und sie nach Möglichkeit zu fördern.

Wenn ich Euer Hochgeboren trotzdem nicht allein in politischer Hinsicht, sondern in gewissem Umfange vorläufig auch auf handelspoli-

* Angesichts des Einlenkens Iswolskys hielt man es in Berlin für angezeigt, einen Beweis deutschen Entgegenkommens zu geben, indem man im Januar den seit längerem vakanten Posten des Gesandten in Teheran mit dem Grafen von Quadt-Wykradt neu besetzte und die Versetzung des bisherigen Geschäftsträgers Freiherrn von Richthofen ins Auge faßte.

** Am 30. April 1907 hatte Fürst Bülow im Reichstage erklärt: „Auch in Persien nehmen wir ohne politische Hintergedanken nur wirtschaftliche Bewegungsfreiheit in Anspruch." Ähnlich sagte Staatssekretär von Schoen am 24. März 1908 im Reichstage: „Was Persien betrifft, so haben wir dort nur wirtschaftliche Interessen."

tischem Gebiete Zurückhaltung anempfehle, so liegt der Grund hierfür darin, daß wir zurzeit mit der russischen Regierung über eine Verständigung wegen der Bagdadbahn und Persiens verhandeln. Die Anregung zu einer derartigen Verständigung ist von Herrn Iswolsky ausgegangen. In der Anlage schließe ich den uns in der Angelegenheit zugegangenen russischen Entwurf* und unseren darauf der russischen Regierung mitgeteilten Gegenentwurf** zu Ihrer gefälligen streng vertraulichen Information abschriftlich an. Durch Artikel III unseres Gegenentwurfs haben wir uns bereit erklärt, Rußland bei der Bewerbung um Konzessionen für Eisenbahnen, Wegebauten und Telegraphen in seiner nordpersischen Interessensphäre keine Konkurrenz zu bereiten, wiewohl es sich dabei um wirtschaftliche Fragen handelt, die mit der Politik nichts zu tun haben und daher an sich auch in unser persisches Interessengebiet fallen würden. An anderer Stelle ist Rußland ferner unsere Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben worden, von Anleihegeschäften mit Persien gänzlich abzusehen. Die russischen Gegenkonzessionen für diese Zugeständnisse enthält neben dem an sich wenig bedeutungsvollen Artikel I der Artikel II unseres Gegenentwurfs. Die hier erwähnte Eisenbahnlinie Sadjie—Chanikin ist in der Bagdadbahnkonzession vorgesehen und verläuft auf türkischem Gebiet. Wir können daher schon mit Rücksicht auf die Türkei nicht das im russischen Entwurfe vorgesehene Zugeständnis machen, daß wir ohne zuvorige Verständigung mit Rußland diese Linie nicht bauen werden. Andererseits liegt es aber in unserem Interesse, daß die Linie Sadjie—Chanikin an die eventuell von Rußland in Nordpersien zu bauenden Eisenbahnlinien angeschlossen wird, und daß der Transithandel auf diesen Linien keine Erschwerungen erfährt, da die gedachte Zweiglinie der Bagdadbahn nur in diesem Falle eine wirtschaftliche Bedeutung erlangen würde. Durch Annahme dieses Artikels könnte Rußland übrigens gleichzeitig seinen eigenen Interessen dienen, da die russisch-persischen Anschlußlinien nach Chanikin schon wegen der persischen Pilger, die nach den heiligen Stätten Mesopotamiens reisen, zweifellos gewinnbringend sein würden.

Es war hier auch in Erwägung gezogen worden, ob wir nicht von Rußland als Gegenkonzession für unsere Zugeständnisse in Artikel III die Freigabe des Transitverkehrs durch Transkaukasien fordern sollten. Rußland bereitet nämlich zurzeit dem deutschen Eindringen in Persien, das sich durchaus in den Grenzen des Handels hält, durch das seit 1883 bestehende Verbot der Durchfuhr ausländischer Waren durch Transkaukasien nach Persien ein schweres Hindernis. Wir haben diese Frage in St. Petersburg indes nicht angeregt, weil die russische Regierung sich zu ihrer befriedigenden Regelung kaum verstehen dürfte. Mit Rücksicht auf dieses Transitverbot geht der deutsche Einfuhrhandel nach dem nördlichen

---

* Siehe Nr. 8580, Anlage.
** Siehe Nr. 8588, Anlage.

Persien gegenwärtig über die Karawanenstraße Trapezunt—Erserum—Täbris—Teheran. Diese Karawanenstraße kann wegen der hohen Transportkosten schon jetzt nicht mehr als Handelsstraße für Nordpersien mit dem transkaukasischen Einfuhrwege konkurrieren. Wenn aber Rußland das fragliche Transitverbot aufrechterhält und auf Grund von Vereinbarungen mit Persien die Eisenbahn Djulfa—Kaswin—Hamadan bzw. Kaswin—Teheran baut, den Anschluß Chanikin—Teheran dagegen nicht herstellt, so gelangt es dahin, sich praktisch ein Handelsmonopol für das nördliche Persien zu sichern. Rußland würde auf solche Weise unseren Einfuhrhandel nach Nordpersien nicht nur, wie es gegenwärtig der Fall ist, erschweren, sondern ihn gänzlich vernichten. Auch aus diesem Grunde ist Artikel II unseres Gegenentwurfs für uns von größter Bedeutung.

Ob die Verhandlungen mit Rußland zu einem befriedigenden Abschluß gelangen werden, läßt sich noch nicht übersehen. Vorläufig hat es sogar den Anschein, als ob Herr Iswolsky durch unsere weitgehenden Zugeständnisse noch nicht befriedigt ist, vielmehr unseren Verzicht auf Bewerbungen um wirtschaftliche Konzessionen jeder Art in Nordpersien durchzusetzen wünscht. Wenn wir auch derartig übertriebenen Wünschen nicht werden entgegenkommen können, so halte ich es doch mit Rücksicht auf die in persischen Angelegenheiten besonders bemerkbare russische Nervosität vorläufig für angezeigt, daß wir wenigstens so lange, als unsere Verhandlungen mit Rußland nicht etwa als gescheitert anzusehen sind, Schritte zum Erwerb der in Frage stehenden Konzessionen in Nordpersien tunlichst vermeiden.

Dagegen steht nichts im Wege, daß wir die Gründung eines deutschen Bankunternehmens in Persien nachdrücklich betreiben. Für ein solches Unternehmen ist durch Konzession der persischen Regierung an den Direktor der Deutschen Orientbank bereits die Basis geschaffen worden*. Aus dem Konzessionsvertrage haben wir mit Rücksicht auf Rußland Bestimmungen über Bankvorschüsse, Anleihen und Eisenbahnbauten ausgeschlossen, so daß der Vertrag nichts enthält, was Rußland begründeten Anlaß zu Beunruhigungen bieten könnte. Die russische Regierung scheint trotzdem an dem Vertrag immer noch Anstoß zu nehmen und insbesondere gegen die Bestimmung Bedenken zu hegen, daß die deutsche Bank, solange die Einfuhr und Prägung von Silber in Persien frei ist, für die Dauer ihres Vertrages Silber einführen und in der Münze prägen lassen darf. Offenbar steht das Petersburger Kabinett unter dem Eindruck, daß der deutschen Bank durch diese Bestimmung das Münzregal verliehen worden ist, während es sich dabei in Wirklichkeit um ein rein kaufmännisches Geschäft ohne jeden politischen Hintergrund handelt. Euer Hochgeboren stelle ich ergebenst anheim, diesen Gesichtspunkt Ihrem russischen Kollegen gegenüber zu verwerten, falls dieser auf die Angelegenheit zu sprechen kommen sollte. Wenn der Konzessionsvertrag übrigens, wie bereits oben

---

* Vgl. Nr. 8579, S. 121, Fußnote ***.

angedeutet, mit Rücksicht auf Rußland auch von Bestimmungen über Bankvorschüsse absieht, so folgt daraus keineswegs, daß die deutsche Bank zur Erteilung von Vorschüssen an die persische Regierung überhaupt nicht berechtigt sein soll. Derartige Geschäfte sind in Teheran ortsüblich, werden dort sowohl von der russischen wie von der englischen Bank gemacht und stehen daher selbstverständlich auch unseren Bankinteressenten frei.

Wann die Deutsche Orientbank von ihrer Konzession Gebrauch machen wird, steht vorläufig noch nicht fest. Unsere Bemühungen, sie zur alsbaldigen Begründung einer Niederlassung in Teheran zu bewegen, haben bei der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes bisher zu einem Erfolge nicht geführt. Die Angelegenheit wird hier indes im Auge behalten und nach Möglichkeit betrieben werden*. Euer Hochgeboren werden durch eventuelle Berichterstattung über Gesichtspunkte, die für Beschleunigung des Unternehmens sprechen, ebenfalls zur Förderung der Sache beitragen können.

In den Rahmen unserer wirtschaftlichen Ziele in Persien fällt ferner selbstverständlich die Förderung rein kaufmännischer Unternehmungen. Bei dem derzeitigen Mangel an Berufskonsulaten des Reichs, namentlich im nördlichen Persien, wird es Euer Hochgeboren Aufgabe sein, den Gesuchen deutscher Geschäftsleute um Auskunft über wirtschaftliche Verhältnisse des Landes nach Möglichkeit zu entsprechen und etwaigen deutschen Interessenten, die Handelsniederlassungen in Persien begründen wollen, die Wege tunlichst zu ebenen. Ebenso bitte ich, eventuellen Wünschen der Hamburg-Amerika-Linie hinsichtlich ihres Dienstes nach Häfen des Persischen Golfs Entgegenkommen zu erweisen. Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehle ich endlich das deutsche Schulunternehmen in Teheran.

Was die Haltung der anderen Mächte in Teheran anlangt, so scheint während der letzten dortigen Krisis neben den Vertretern Rußlands und Englands der französische Gesandte eine besondere politische Rolle gespielt zu haben. Nach der Berichterstattung des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Teheran haben die Regierungen Rußlands, Englands und Frankreichs, und zwar durch Vermittelung des französischen Gesandten, der persischen Regierung das Anerbieten gemacht, bei der Eidesleistung des Schahs auf die Verfassung ihre Vertreter als Zeugen fungieren zu lassen, gegen Einräumung gewisser Sonderrechte die Verfassung zu garantieren und bei eventuellen neuen Streitigkeiten zwischen dem Schah und dem Parlament als Schiedsrichter zu wirken. Diese Angaben des Freiherrn von Richthofen, die sich auf Mitteilungen des Parlamentspräsidenten und

* Trotz fortgesetzter Bemühungen des Auswärtigen Amts hat sich auch in den folgenden Jahren die Deutsche Orientbank nicht zu der wirklichen Errichtung einer Niederlassung in Teheran zu entschließen vermocht. Von persischer und auch von türkischer Seite wurden bei Graf Quadt vergeblich wiederholt Schritte behufs endlicher Niederlassung der Deutschen Orientbank in Persien unternommen.

des Ministers des Auswärtigen* in Teheran gründen, sind von russischer Seite kategorisch in Abrede gestellt worden. Vielleicht gelingt es Euer Hochgeboren, natürlich ganz unter der Hand und völlig unauffällig, den Sachverhalt klarzustellen und insbesondere zu ermitteln, ob der französische Gesandte in der Tat die ihm persischerseits zugeschriebene Rolle gespielt hat. Von Interesse würden ferner Beobachtungen darüber sein, ob und inwieweit es Rußland und England ernst ist mit ihrer Zusicherung, die Integrität Persiens respektieren zu wollen**. Bietet hierfür an sich die Eifersucht beider Mächte eine gewisse Garantie, so liegt es andererseits auf der Hand, daß Persien etwaigen entgegengesetzten Neigungen seiner genannten beiden Nachbarn am besten dadurch begegnen könnte, daß es ihnen keinerlei Grund zu einer Intervention bietet. Da auch wir die Wahrung des Status quo in Persien lebhaft wünschen, wird es sich empfehlen, daß Euer Hochgeboren bei sich bietenden Gelegenheiten der persischen Regierung zu verstehen geben, wie sehr gerade die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande und die Verhinderung fremdenfeindlicher Ausschreitungen ihrem eigensten Interesse entspricht.

Von aktuellen politischen Fragen erwähne ich schließlich noch den türkisch-persischen Grenzstreit***, der sich wohl hauptsächlich durch das Verhalten der Türken in bedauerlicher Weise zugespitzt hat. Auch hier gilt es vor allem, einer russisch-englischen Intervention tunlichst vorzubeugen. Wir wirken daher, worüber Euer Hochgeboren in Teheran keinen Zweifel lassen wollen, sowohl beim Sultan wie bei der Pforte unausgesetzt auf eine friedliche Beilegung dieses Konflikts hin†. Um die Angelegenheit in ruhigere Bahnen zu lenken, wird die persische Regierung zunächst ihr Hauptaugenmerk darauf zu richten haben, daß die beiderseitigen Grenzkommissare schleunigst ihre Arbeiten aufnehmen.

v. Schoen

---

* Muschir ed Dauleh.

** Als Antwort auf diese Anfragen ist wohl der Bericht Graf Quadts Nr. 26 vom 6. März (siehe Nr. 8601) aufzufassen.

*** Vgl. Nr. 8575, S. 117, Fußnote †.

† Dabei wurde eben damals von so hervorragenden russischen Persönlichkeiten wie dem Kriegsminister von Rödiger der deutschen Regierung unterstellt, daß sie die Türkei in der persischen Frage aufstachele und geradezu zum Kriege reize. Wie der Militärbevollmächtigte in Petersburg Generalmajor von Jacobi am 23. Februar dem Kaiser meldete, wollte der russische Generalstab unbedingt sichere Nachrichten haben, daß die Türkei an der persischen und an der russischen Grenze Truppenverstärkungen vornehme. Ob freilich diese Mobilisierung der türkischen Kräfte nicht aus Furcht vor einem russischen Angriff erfolgt war, erklärte der russische Kriegsminister natürlich nicht zu wissen. Wörtlich hieß es dann in dem Jacobischen Berichte: „Auf meine Bemerkung, daß doch jedenfalls die Türkei sich gerade in der jetzigen politischen Lage — ohne den früheren traditionellen Schutz Englands — wohl hüten werde, den Krieg mit Rußland mutwillig zu beginnen, sagte mir der Kriegsminister nach einer kleinen Pause: Nun, wir sind Soldaten, und da will ich Ihnen ganz offen sagen, daß ‚man' sich diese herausfordernde ‚freche' Haltung der Türkei nur dadurch erklärt, daß ihr von Deutschland der Rücken gestärkt, Unterstützung versprochen sei. Dreimal

Nr. 8598

Der Geschäftsträger in Teheran Freiherr Hartmann von Richthofen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 6 Teheran, den 17. Januar 1908

Der russische Gesandte, Herr von Hartwig, hatte mir bereits seit einiger Zeit seinen Wunsch zu erkennen gegeben, eine Aussprache mit mir über die gegenwärtige politische Lage herbeizuführen. Diese Unterhaltung hat vor einigen Tagen in der russischen Gesandtschaft stattgefunden und etwa folgenden Verlauf genommen.

Herr von Hartwig äußerte zunächst sein Bedauern, daß anscheinend zwischen ihm und mir einige Mißverständnisse walteten. Soviel er informiert sei, seien seine und die deutsche Regierung bezüglich Persiens im großen und ganzen einig, und es liege daher ein Grund dafür, daß die deutsche Gesandtschaft die russische Vertretung nicht in ihrer hiesigen Politik unterstützen sollte, kaum vor, wobei wir auf eine Gegenseitigkeit russischerseits natürlich rechnen könnten. Dabei sei es aber selbstverständlich, daß unsererseits die großen politischen Interessen, die Rußland in Persien habe, respektiert würden. Diese Interessen seien bei weitem größer als diejenigen aller anderen Staaten, und auch die englischen ständen ihnen bei weitem nach. —

Ich erwiderte, daß die bedeutende Überlegenheit der russischen Interessen über die unseren niemals in Zweifel gezogen worden sei. Ein Unterstützen der hiesigen russischen Politik sei aber für mich in letzter Zeit dadurch gänzlich unmöglich gewesen, daß Herr von Hartwig es nie für notwendig befunden habe, mich von irgendeinem seiner Schritte während der vergangenen Wochen zu unterrichten. Hierzu komme noch, daß von den Mitgliedern seiner Gesandtschaft ein das Prestige der Kaiserlich Deutschen Gesandtschaft gefährdendes Benehmen gezeigt worden sei.

---

habe der russische Botschafter die Räumung des von der Türkei besetzten persischen Gebiets verlangt, dann erst habe die Türkei ‚scheinbar' nachgegeben, halte aber auch jetzt noch die Umgebung von Sautschbulak mit starken Pikets besetzt! So etwas hätte die Türkei früher nie gewagt!" (Vgl. auch Kap. CLXXXVII, Nr. 8723.) Daß diese Unterstellungen des russischen Kriegsministers wider besseres Wissen erfolgten, ergibt das Protokoll des russischen Ministerrats über die Sitzung vom 2. Februar 1908 (M. Pokrowski, Drei Konferenzen, S. 17ff.). Hier, wo die russischen Minister ganz unter sich die Vorgänge an der persisch-türkischen Grenze und die angeblichen türkischen Truppenverstärkungen erörterten, ist von der türkenfreundlichen Haltung Deutschlands nur im Zusammenhang mit den mazedonischen Reformen die Rede. Der Kernpunkt der Beratungen war der, ob nicht die Vorgänge an der persisch-türkischen Grenze zum Anlaß genommen werden könnten, um aggressiv vorzugehen und in das türkische Gebiet einzufallen. Das ganze Protokoll beweist, wie sehr in der damaligen russischen Politik schon wieder die expansiven und aggressiven Tendenzen am Werke waren. Nur die mangelhafte militärische Rüstung Rußlands und die Furcht vor der Revolution hielten diese Tendenzen noch im Zaum.

Herr von Hartwig erkannte mit Bedauern an, daß von seinen Untergebenen vielleicht manchmal gefehlt worden sei, er fügte aber hinzu, daß er den Eindruck gewonnen habe, es würde deutscherseits systematisch gegen die russischen Interessen gearbeitet, was er daraus entnehme, daß die Hauptfeinde einer russischen Politik wie Ehtescham es Saltaneh und die Minister Sanieh ed Dauleh und Muchbir es Saltaneh* in der deutschen Gesandtschaft aus- und eingingen. Anschließend hieran verlas Herr von Hartwig verschiedene Telegramme des Herrn von Iswolsky, aus denen hervorging, daß die russische Regierung dem Herrn Staatssekretär von Schoen die Mitteilung gemacht habe, daß sie irgendwelche Sondervorteile in Persien nicht erstrebe, daß sie aber durch mich in ihren Bemühungen, den Frieden zwischen Schah und Parlament herbeizuführen, gehindert worden sei. Ich erklärte hierauf, daß ich diese Behauptung energisch zurückweisen müsse. Niemals sei ich auf den Gedanken gekommen, etwaige russische und englische friedliche Bestrebungen zu verhindern. Da ich im Gegenteil den ganzen Staatsstreich als ein unheilvolles Beginnen betrachtet hätte, so sei ich — soweit ich es überhaupt vermocht hätte, das heißt in Privatgesprächen mit persischen Politikern, die der Gesandtschaft oder mir persönlich besonders nahe ständen — nur bestrebt gewesen, den Streit zwischen Schah und Volk gütlich beilegen zu helfen. Es würde ja auch ganz absurd und unserem Interesse diametral entgegengesetzt gewesen sein, wenn ich mich bemüht hätte, die Situation hier noch mehr zu verschärfen. Das Gegenteil sei der Fall gewesen. —

Herr von Hartwig antwortete, daß er nicht anstehe zu erklären, daß Mißverständnisse sein Urteil wesentlich verschärft hätten, und daß er seinerseits nach Petersburg berichten werde, daß er nicht mehr den Eindruck habe, als ob ich mich irgendwie bemüht hätte, die auf Beilegung der Streitigkeiten gerichteten Bestrebungen der Russen und Engländer zu durchkreuzen. — Herr von Hartwig gab mir auf Befragen ferner zu, daß er auch den Vorwurf, ich sei aus der „in der kritischen Woche erforderlichen Neutralität" herausgetreten, nicht mehr aufrechterhalten wolle, den er übrigens in so scharfer Weise gar nicht erhoben habe. Ich dankte dem russischen Gesandten und bemerkte, daß meiner Ansicht nach, da irgend eine Art von Kriegszustand gar nicht bestanden habe, von einer „Neutralität" wohl überhaupt nicht die Rede sein könne. Es hätte sich vielmehr nur um eine „Intervention" handeln können, und hätte ich für meine Person weder bei Seiner Majestät dem Schah noch beim Parlament irgendwie interveniert. Was meine Meldungen an meine Regierung anbelange, so hätte ich nur pflichtgemäß telegraphieren müssen, daß meinen Informationen zufolge russischer- und englischerseits durch Übernahme einer Garantie für die Verfassung eine Sonderstellung erstrebt werde, wogegen vielleicht nichts einzuwenden gewesen sei, daß aber bei dieser Aktion auch dem französischen Gesandten eine besondere Rolle

---

* Justizminister.

zugeteilt werden sollte. Herr von Hartwig bestritt dies zunächst, indem er sagte, daß es der russisch-englischen Politik absolut fernliege, dem französischen Gesandten eine ihnen ähnliche Stellung einzuräumen, gab aber später auf meine direkte Frage zu, daß bei den Verhandlungen allerdings die Absicht bestanden habe, die französische Gesandtschaft eine von der der übrigen hier vorhandenen Vertretungen verschiedene Haltung einnehmen zu lassen. Er motivierte dies damit, daß Frankreich ja mit Rußland ein Bündnis und mit England einen Freundschaftsvertrag habe. — Es ist dies — wie Eurer Durchlaucht bekannt — übrigens dieselbe Begründung, mit der Herr de la Martinière Muschir ed Dauleh gegenüber seine Einmischung in die Garantieverhandlungen verständlich zu machen suchte.

Nach dieser Aussprache konstatierte Herr von Hartwig mit sichtlicher Befriedigung, daß wir zu einem beiderseitigen Einvernehmen gelangt seien, und erging sich darauf in längeren Ausführungen darüber, daß es der russischen Politik vollständig fern liege, den Schah gegen das Parlament zu stützen oder gar aufzuhetzen. So hätten im Gegenteil der Kosakenoberst und die russischen Offiziere Befehl gehabt, im selben Augenblicke, wo der Schah das Parlament bombardieren würde, ihre Stellen niederzulegen, und nur dadurch sei es zu erklären, daß die Kosakenbrigade nicht gegen das Parlament zu führen gewesen sei (sic!). — Er bat mich hieran anschließend, ich möchte den Einfluß, den ich, wie er gar nicht leugnen wolle, auf die maßgebenden persischen Politiker infolge der besonderen Stellung der deutschen Gesandtschaft hätte, dazu benutzen, nun sie zu veranlassen, ihren Russenhaß zu mäßigen. Ich hörte diese Mitteilungen ruhig an und sagte, daß ich ihm gern seinen Wunsch erfüllen wolle, daß es aber für mich schwer sei, ihm irgendwie behülflich zu sein, da ich mir von den Absichten der russischen Politik in Persien nach den letzten Vorgängen kein klares Bild mehr machen könne. Es sei mir bisher überhaupt nicht klar geworden, ob die Russen mit dem Schah oder gegen ihn, für oder gegen die Konstitution arbeiteten, ob sie sich in die inneren Angelegenheiten Persiens einmischen wollten oder nicht, und inwieweit sie dies eventuell tun würden. —

Herr von Hartwig erklärte sich darauf zu einer Aufklärung über die Absichten der russischen Politik gern bereit und führte aus: Die Russen hätten in Persien das Interesse des Schutzes von Leben und Eigentum ihrer Staatsangehörigen. Darüber hinaus hätten sie ein großes Interesse an der Ruhe des Landes. Niemals aber würden sie, wenn ihr erstes Interesse nicht verletzt sei, zur Herstellung der Ruhe im Lande eine bewaffnete Intervention herbeiführen. Der einzige Fall, der sie vielleicht außerdem zwingen könne, in Persien einzumarschieren, sei eine Entthronung des Schah, dessen Souveränität die russische Regierung um jeden Preis erhalten werde. Dagegen seien sie immer, wenn sie es für notwendig hielten, für eine intervention amicale, sei es beim Parlament, sei es beim Schah, und etwas anderes hätten sie auch in der ganzen letz-

ten Zeit nicht getan. Das Recht zu einer solchen friedlichen Intervention leiteten sie für sich und für die Engländer — und zwar für diese beiden Regierungen allein — aus ihrem besonderlichen grenznachbarlichen Verhältnis zu Persien her. Auf meine Bemerkung, daß die persische Frage doch im wesentlichen eine finanzielle sei, erklärte Herr von Hartwig weiterhin, weder von ihnen noch von den Engländern würden die Perser, solange Schah und Parlament nicht einig seien, irgendwelches Geld erhalten. An sich hätten sie nichts dagegen, wenn Persien eine Anleihe bei anderen Staaten aufnehme. Deutschland werde aber solches Geld zweifellos weder geben wollen noch können. Das gleiche sei bei Amerika der Fall. Der einzige Staat, der bereit und auch in der Lage sei, Geld zu geben, sei Frankreich, und hierüber sei auch bereits des längeren und breiteren unterhandelt worden. Die für eine französische Anleihe erforderlichen Garantien seien aber natürlich zurzeit eine Unmöglichkeit, und sei daran auch die Anleihe zunächst gescheitert. Hierin liege die Gefahr für Persien. Denn wenn es zu einer Anleihe überhaupt nicht komme, dann werde eben doch zum Schluß die bewaffnete Macht einschreiten müssen.

Ich fragte hierauf Herrn von Hartwig, wie sich denn die russische Regierung dazu stellen würde, wenn nun die persische Regierung statt einer rein französischen eine internationale Anleihe aufnehme, wobei die Garantien natürlich auch international sein müßten, was sicherlich für die Perser annehmbarer sein werde als eine englisch-russische Kontrolle. — Herr von Hartwig meinte hierzu, dies sei eine Frage, die durchaus diskutabel sei; gegen eine internationale Anleihe sei an sich nichts zu sagen. Aber die Schwierigkeit würde ebenfalls die Garantiefrage sowie die Einsetzung einer alsdann erforderlichen Finanzkontrolle bilden. Solange aber Schah und Parlament nicht einig seien, könne auch hiervon nicht die Rede sein. —

Zum Schlusse der Unterhaltung erklärte Herr von Hartwig wiederholentlich, daß er stets bereit sein werde, deutsche kommerzielle Unternehmungen, soweit dies irgendwie angängig sei, zu unterstützen. Natürlich müßte die russische Regierung von unseren Absichten stets rechtzeitig informiert werden. Gewissermaßen als warnendes Beispiel wies Herr von Hartwig auf die Eurer Durchlaucht bekannte Angelegenheit der von Herrn Mendelssohn-Bartholdy erworbenen Holzkonzession in Masenderan hin. Herr von Hartwig betonte nämlich, daß Herrn Mendelssohn alle seine schönen Verträge mit den persischen Waldbesitzern, da sie hinter seinem Rücken abgeschlossen worden seien, nichts nützen würden; denn die russische Regierung würde es schon verstehen, durch das probate Mittel einer Erhöhung des Transitzolles die Pläne des Herrn Mendelssohn zunichte zu machen.

Aus der ganzen Besprechung hatte ich den bestimmten Eindruck, daß Herrn von Hartwig viel daran gelegen ist, in seinen politischen Ambitionen durch die deutsche Vertretung nicht weiter gestört zu werden.

Ich habe Grund zu der Annahme, daß die russische Politik hier zurzeit, insbesondere nach dem verunglückten Staatsstreich, für den die russische Gesandtschaft von allen einsichtsvolleren Persern trotz aller gegenteiligen Behauptungen stets verantwortlich gemacht werden wird, auf starke Schwierigkeiten stößt. Es ist daher verständlich, wenn Herr von Hartwig sich bemüht, den ihm wohlbekannten Einfluß der deutschen Gesandtschaft auf die leitenden persischen Politiker, dessen Anwachsen er infolge der zunehmenden Popularität des Deutschtums in Persien fürchtet, womöglich sich selbst zunutze zu machen, auf jeden Fall aber zu neutralisieren. — Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Herr von Hartwig bei einem vollen Eingehen unsererseits auf seine Wünsche dieses Ziel unschwer erreichen würde. Denn der Einfluß der deutschen Gesandtschaft beruht gerade darauf, daß die persischen Minister und das Parlament der Überzeugung sind, die deutsche Politik in Persien sei eine von russischen wie englischen Einflüssen vollständig unabhängige und vertrete ausschließlich unsere eigenen Interessen, die wiederum mit denen Persiens identisch seien. Andererseits glaube ich aber sicher, daß Herr von Hartwig tatsächlich augenblicklich bereit sein würde, bei einer Berücksichtigung seiner Wünsche uns zu einer Reihe von kleineren kommerziellen Vorteilen zu verhelfen. Ob dies aber auch noch nach Zustandekommen einer französischen Anleihe mit russisch-französischer Kontrolle der Fall sein würde, möchte ich dahingestellt sein lassen. —

Ich vermag über die Opportunität des infolge der Vorgänge während des hiesigen Staatsstreiches zwischen Berlin und St. Petersburg notwendig gewordenen Meinungsaustausches selbstverständlich ein Urteil nicht zu fällen; daß derselbe aber zur Klärung der politischen Lage nicht unwesentlich beigetragen hat, werden Eure Durchlaucht aus dem Vorstehenden ersehen haben. —

Richthofen

Nr. 8599

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 149

Berlin, den 9. Februar 1908
[abgegangen am 15. Februar]

Euerer Exzellenz beehre ich mich den abschriftlich beigefügten Bericht des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Teheran vom 17. v. Mts.* über eine Unterredung mit dem dortigen russischen Gesandten zur gefälligen Information zu übersenden.

---

* Siehe Nr. 8598.

Danach hat Herr von Hartwig die gegen Herrn von Richthofen erhobenen Vorwürfe zurückgenommen, daß er während der letzten Krisis in Teheran aus der Neutralität herausgetreten sei und die auf Beilegung der Streitigkeiten zwischen dem Schah und dem Parlament gerichteten Bestrebungen Rußlands und Englands zu durchkreuzen versucht habe. Der russische Gesandte hat ferner zugegeben, daß bei den fraglichen Vorgängen in der Tat die Absicht bestanden habe, der französischen Gesandtschaft eine besondere Rolle vor den übrigen Vertretungen einzuräumen. Damit fallen die seinerzeit von Rußland gegen unseren Geschäftsträger erhobenen Beschwerden als völlig gegenstandslos in sich zusammen.

Euerer Exzellenz Ermessen darf ich überlassen, ob und inwieweit die auf die Angelegenheit bezüglichen Ausführungen des Berichterstatters etwa mündlich Herrn Iswolsky gegenüber zu verwerten sein möchten.

v. Schoen

Nr. 8600

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 24 Teheran, den 4. März 1908

Mihdi Schâgagi Hisn es Saltaneh, welcher seinerzeit im 6. Kürassierregiment gedient hat, veröffentlicht in dem Organ des Parlamentes „Medschlis" zwei Artikel, welche diese Zeitung am 24. und 26. v. Mts. gedruckt hat, in denen der hiesigen Regierung geraten wird, deutsche Beamte zur Reformierung der Verwaltung anzustellen. Auszüge aus den beiden Artikeln beehre ich mich hier gehorsamst in deutscher Übersetzung beizufügen*.

Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß die hiesige russische und englische Vertretung diese persischerseits erfolgte Anregung wieder der hiesigen deutschen Vertretung aufs Konto geschrieben hat. Euerer Durchlaucht brauche ich nicht zu versichern, daß sowohl ich wie auch die mir unterstellten Beamten der Angelegenheit vollständig fernstehen. Es werden in nächster Zeit wohl noch viele ähnliche Veröffentlichungen hier erfolgen, auch dürften Anregungen dieser Art im Parlament nicht ausbleiben, da die denkenden Perser in Deutschland den Retter vor zu enger, Persien in Abhängigkeit bringender englisch-russischer Umarmung sehen. Die englisch-russische Vertretung fühlt dies und beobachtet uns mit dem größten Mißtrauen, fürchtend, daß wir von der derzeitigen Lage hier Gebrauch machen und Politik treiben werden. Ich habe den entschiedenen

* Hier nicht abgedruckt.

Eindruck, daß lange freundschaftliche Unterredungen, die ich in den allerletzten Tagen mit den russischen und englischen Vertretern hatte, viel dazu beigetragen haben, die Lage zu klären und vielleicht auch Mißtrauen für meine Person zunächst nicht aufkommen zu lassen. Charakteristisch für die nervöse Überreizung, die in gewissen Kreisen hier herrscht, ist eine Äußerung, die mir der englische Geschäftsträger gestern gemacht hat. Als ich ihm sehr ruhig und eingehend die Haltung, die ich hier einzunehmen beabsichtige, auseinandersetzte, sagte er mir aufatmend, nun könne er doch wieder ruhig schlafen, seit Monaten hätten Sorgen wegen Deutschlands Haltung in Persien seine Nachtruhe gestört. Übrigens habe ich durch eine Indiskretion in Indien erfahren, daß der hiesige englische Geschäftsträger, noch bevor daß mir meine Ernennung hierher bekannt geworden war, an Sir Louis Dane nach Kalkutta telegraphierte, daß ich hierher bestimmt sei, und Sir Louis bat, ihm eine Charakteristik meiner Person zu geben.

Ich hoffe, jetzt Beziehungen zur hiesigen englisch-russischen Vertretung hergestellt zu haben, welche Klagen hinter meinem Rücken bei den betreffenden Regierungen mit darauf folgenden Beschwerden bei Eurer Durchlaucht unmöglich machen werden. Ich leugne nicht, daß ich ein solches Vorgehen, besonders meinem russischen Kollegen gegenüber, mir ziemlich scharf und energisch und, wie ich hoffe, mit gutem Erfolge verbeten habe. Sollten jedoch in Zukunft ähnliche Beschwerden bei Eurer Durchlaucht oder bei Seiner Exzellenz dem Herrn Staatssekretär über die hiesige Vertretung vorgebracht werden, so bitte ich gehorsamst, genug Vertrauen in mich zu setzen, um dieselben als unbegründet kurzerhand abzuweisen. Natürlich werde ich für eine entsprechende Benachrichtigung stets zu besonderem Danke verpflichtet sein. Es dürfte gewiß sehr zur Beruhigung beitragen, wenn Klagen dieser Natur gleich von der Zentrale mit dem Hinweis auf an mich erteilte Instruktionen abgewiesen würden, da kein Grund für die Annahme vorläge, daß ich nicht meinen Instruktionen gemäß handele.

Natürlich müssen wir uns darüber vollständig klar sein, daß — wie die Perser endgültig den Eindruck gewinnen, daß kein Gegensatz zwischen Russen, Engländern und uns hier besteht und sie keinen Halt an uns haben — wir auch gar nichts mehr erreichen und keine Reklamation und nichts, woran uns sonst liegt, mehr durchsetzen werden. Einen großen Dienst freilich werden wir den Persern erweisen können, für den sie uns dankbar sein sollten, wenn wir mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln, wie die Deutsche Orientbank und deren spätere hiesige Vertretung, für die Sanierung persischer Finanzangelegenheiten auf möglichst internationaler Basis hinarbeiten. Voraussichtlich werden aber auch hierin unsere Interessen mit den russischen kollidieren, und die Russen werden uns ein solches Vorgehen, obwohl es kein Eingreifen in Politik bedeutet, verübeln. Den Engländern würde, glaube ich, eine Gestaltung der Dinge auf einer möglichst internationalen Basis nicht unbequem sein, da dadurch

ein gewisses Gegengewicht gegen zu starken einseitigen russischen Einfluß im Norden Persiens geschaffen würde.

Es dürfte wohl noch der Umstand in Erwägung zu ziehen sein, daß Rußland bei den zurzeit mit Deutschland schwebenden Verhandlungen Persien betreffend wohl kaum für Gewährung irgendwelcher Konzessionen an uns zu haben sein wird, wenn es den Eindruck gewinnt, daß wir in Persien ohnehin mit Rücksicht auf seine Stellung daselbst uns in jeder Weise zurückhalten. Wenn wir jetzt während der Verhandlungen, die in Rußland geführt werden, in Persien, natürlich nur auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet, etwas mehr hervortreten, so wird dies einen gewissen Druck auf Rußland ausüben. Um aber unsere den Russen lästige Tätigkeit hier in Persien lahm zu legen, wird sich diese Macht auch zu bedeutenderen Konzessionen bereit finden lassen. Wir müssen uns klar darüber sein, daß unsere Stellung hier in Persien zurzeit, da die Perser sich um unsere Gunst bewerben in der Hoffnung, daß wir sie in ihren Unabhängigkeits- und Selbständigkeitsbestrebungen gegen Rußland und England unterstützen könnten, sehr stark ist. Wir könnten hier unter Umständen, so wie zurzeit die Dinge liegen, wohl noch ziemlich viel erreichen. In Berücksichtigung dieser Lage scheinen mir die Forderungen, die wir bei den bisherigen Verhandlungen mit Rußland gestellt haben, und die mir mit dem Erlaß N. A 418/J. Nr. 908 vom 25. Januar*, in welchem mir meine Instruktionen erteilt wurden, mitgeteilt werden, äußerst bescheiden zu sein. Die Konzessionen (so wertvoll sie auch sein mögen), stehen in keinem Verhältnis zu dem, was wir hier aufgeben.

A. Quadt

Nr. 8601

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 26 Teheran, den 6. März 1908.

Wie Euere Durchlaucht aus meinen bisherigen Berichten ersehen haben, ist es dem Freiherrn von Richthofen nicht gelungen, sich während seiner Geschäftsträgerzeit die Sympathien der hiesigen russischen und englischen Vertretungen zu erwerben. Euere Durchlaucht wissen ferner aus meiner bisherigen Berichterstattung, daß ich es als eine meiner Hauptaufgaben betrachte, das Vertrauen dieser beiden Gesandtschaften zu gewinnen, wobei ich mir nicht verhehle, daß bei der von mir beabsichtigten gleichzeitigen energischen Wahrung unserer hiesigen Interessen dies

* Identisch mit Nr. 8597.

für mich nicht leicht sein wird. Für den Freiherrn von Richthofen war dies aber, nach allem was ich gehört habe, noch ganz besonders schwierig.

Freiherr von Richthofen hat sich bereits die Abneigung dieser beiden Vertretungen in der Zeit zugezogen, als im Jahre 1906 die Konvention, betreffend Errichtung der deutschen Bank in Persien, von ihm abgeschlossen wurde. Wie Eurer Durchlaucht bekannt, wurde diese Konvention, deren Abschluß den Beginn einer stärkeren Interessierung Deutschlands in Persien bedeutet, heimlich vereinbart, und es ist wahrscheinlich, daß die damaligen englischen und russischen Vertreter — letzterer war bereits Herr von Hartwig — daraufhin von ihren Regierungen nichts Angenehmes über ihre mangelhafte Fühlung mit den leitenden Persern zu hören bekommen haben.

Zwei Wochen nach der Rückkehr des Freiherrn von Richthofen vom Urlaub ereignete sich der Staatsstreich des Schah und im Anschluß an denselben der mißglückte russisch-englische Versuch, eine Garantie für die persische Verfassung zu übernehmen. Freiherr von Richthofen war infolge seiner ausgezeichneten Beziehungen zu den leitenden Persern in der Lage, Eure Durchlaucht rechtzeitig hiervon sowie von dem eigenartigen Hervortreten des französischen Vertreters bei dieser Angelegenheit zu unterrichten. Nach allem, was ich habe bisher feststellen können, insbesondere auch, nachdem mir Herr von Hartwig ganz offen von der Absicht der Gewährung einer französischen Anleihe an Persien gesprochen hat, möchte ich nicht bezweifeln, daß bereits damals versucht werden sollte, den französischen Vertreter, als an Persiens Zukunft besonders interessiert, auch eine besondere Rolle spielen zu lassen. Daß alles dies in erster Linie infolge Eurer Durchlaucht Vorstellungen in St. Petersburg gescheitert ist, dürfte die hiesigen russischen und englischen Vertreter nicht günstiger für Freiherrn von Richthofen gestimmt haben. Freiherr von Richthofen hat übrigens, wie er mir sagt, alles getan, um jede unnötige Schärfe zu vermeiden. Er hat in den Monaten seiner Geschäftsträgerzeit sowohl den russischen Gesandten wie seinen englischen Kollegen mehrfach aufgesucht, um auf diese Weise eine Klärung der Sachlage herbeizuführen. Niemals hat aber einer dieser beiden Vertreter ihrerseits seinen Fuß in die Kaiserliche Gesandtschaft gesetzt oder es sonst für notwendig befunden, den Freiherrn von Richthofen über irgendwelche beschlossene Maßnahmen zu unterrichten. Als bezeichnendes Beispiel für dieses Verfahren kann die letzte Beschwerde des Herrn von Hartwig bezüglich der belgischen Zollbeamten gelten, die er ohne mit dem doch zunächst interessierten belgischen Vertreter* überhaupt eine Rücksprache zu nehmen und, wie ich selbst feststellen konnte, einen Tag später erhoben hat, als Freiherr von Richthofen bereits im Besitze einer Dankeserklärung der Königlich Belgischen Regierung für sein loyales Verhalten war.

---

* Lemaire de Warzée d'Hermalle.

Es wird nicht ausbleiben und machen sich bereits die ersten Anzeichen hierfür bemerkbar, daß die russische wie englische Vertretung versuchen werden, meinen für sie freundschaftlichen Bestrebungen, insbesondere auch den leitenden Persern gegenüber, die Bedeutung einer Desavouierung der Tätigkeit des Freiherrn von Richthofen zu geben. Eure Durchlaucht werden mit mir der Meinung sein, daß dies ganz außerordentlich unerwünscht und geeignet ist, das Vertrauen der persischen Regierung in uns, das wir zurzeit, wie ich sofort habe feststellen können, in wirklich hervorragendem Maße besitzen, und damit unseren ganzen hiesigen Einfluß zu untergraben.

Ich höre nämlich unter der Hand, daß hier die Ansicht verbreitet ist, daß ich die größtmögliche Rücksicht auf russisch-englische Empfindlichkeit nehmen werde, und daß damit eine weitere entschiedene Förderung der deutschen Interessen durch mich, welche hier übelgenommen oder Anstoß erregen könnte, nicht zu erwarten sei. Schon aus diesem Grunde wäre es mir erwünscht, wenn auch nach außen, noch vor der Versetzung des Freiherrn von Richthofen*, irgendwie gezeigt werden könnte, daß die Kaiserliche Regierung die Tätigkeit des Freiherrn von Richthofen als Geschäftsträger gebilligt hat. Von englisch-russischer Seite ist ja wohl wiederholt die Ansicht zum Ausdrucke gekommen, wie wenn Freiherr von Richthofen in Persien mehr hervorgetreten wäre, wie es einem deutschen Vertreter zustehe. Ich habe nicht diesen Eindruck gewonnen. Freiherr von Richthofen hat unter voller Anerkennung und Berücksichtigung besonders der Stellung Rußlands hier in Teheran unsere Interessen in Persien gefördert, dabei allerdings von der Voraussetzung ausgehend, daß Persien noch als unabhängiger Staat anzusehen sei, so daß er das Recht gehabt habe zu tun, was er zum Beispiel für die deutsche Schule und die deutsche Bank getan hat, ein Verfahren, das auch mein Herr Amtsvorgänger mit so viel Erfolg eingeschlagen hat.

Aus diesem Grunde sowohl, als auch mit Rücksicht darauf, daß Freiherr von Richthofen zur rechten Zeit auf die Gefahr hingewiesen hat, die unsere Interessen in Persien durch Einschiebung eines französischen Einflusses droht, sowie in Anbetracht der Verdienste, die Freiherr von Richthofen während seiner gesamten hiesigen Tätigkeit um die Vermehrung unserer Interessen letzthin noch durch den in der Schulangelegenheit errungenen bedeutenden Erfolg, sich erworben hat, möchte ich es für ebenso opportun wie billig halten, wenn Eure Durchlaucht Seiner Majestät dem Kaiser und König den Freiherrn von Richthofen aus Anlaß seiner bevorstehenden Versetzung zu einer Auszeichnung irgendeiner Art in Vorschlag bringen würden. Welcher Art diese Auszeichnung sein soll, muß ich dem hohen Ermessen Eurer Durchlaucht anheimgeben.

A. Quadt

---

* Die Versetzung Freiherrn von Richthofens — als zweiter Sekretär bei der Botschaft in Washington — erfolgte im Mai 1908; schon vorher hatte er (5. April) Teheran mit Urlaub verlassen.

Nr. 8602

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 49 Teheran, den 1. April 1908

Bei den hier herrschenden unruhigen Zeiten kann es jeden Tag sich ereignen, daß hochgestellte Persönlichkeiten zur Schonung ihres Lebens um Gewährung von Asyl in der Kaiserlichen Gesandtschaft bitten. Die Frage, welche Stellung ich solchen Anträgen gegenüber zu nehmen habe, ist sehr schwierig. Es ist mir vollständig klar, daß ich durch keine meiner Handlungen den Anschein erwecken darf, wie wenn ich mich in die innere Politik des Landes mische und zu irgendeiner Frage derselben, die nicht mit unseren Interessen im unmittelbaren Zusammenhang steht, Stellung nehmen würde. Euerer Durchlaucht ist auch bekannt, daß ich in einem Falle einem Bruder des Schah das Asyl, um das er mich gebeten hatte, verweigert habe. Ich konnte dies um so ruhiger tun, als ich den sicheren Eindruck hatte, daß Prinz Salar ed Dauleh nicht in unmittelbarer Lebensgefahr sich befand. Euere Durchlaucht möchte ich aber gehorsamst um Weisung bitten, wie ich mich in Fällen zu verhalten habe, bei denen es sich um unmittelbare Lebensgefahr für die Betreffenden handelt. So hat sich im vorigen Sommer ein Mann in die russische Gesandtschaft geflüchtet, welcher von Leuten, die ihn ermorden wollten, hart bedrängt war. Bei der Zurückweisung der Verfolger am Tor ist sogar der russische Dragoman leicht verwundet worden. Es will mir unmaßgeblich scheinen, daß ich in solchen Fällen aus Gefühlen der Menschlichkeit und in Berücksichtigung auf die selbständige und unabhängige Stellung, welche die Kaiserliche Gesandtschaft sich wahren muß, ein womöglich vorübergehendes kurzes Asyl nicht immer verweigern kann. Der Legationssekretär Freiherr von Richthofen, welcher die erregten Zeiten des Staatsstreiches mitgemacht hat, und dem es gelungen ist, sich in geschickter, taktvoller Weise durch alle möglichen Schwierigkeiten, wie auch gerade bei Gewährung von Asyl, durchzulavieren, hatte den Grundsatz aufgestellt, daß er die Kaiserliche Gesandtschaft denjenigen Persern zum Schutz öffnen würde, welche mit hohen preußischen Orden ausgezeichnet worden sind. Dieser Grundsatz ist des öfteren von den Engländern in die Praxis übersetzt worden und dürfte mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung des Prestiges der in Frage kommenden Macht von großer Bedeutung sein. Dementsprechend hat, wie Euerer Durchlaucht bekannt, Freiherr von Richthofen dem Gesandten in Berlin Ehtescham es Saltaneh sowie dem Finanzminister Sanieh ed Dauleh, die Inhaber des Königlichen Kronenordens I. Klasse sind, damals auf Befragen für den äußersten Notfall das Asyl zugesichert, dagegen den Deputierten aus der Provinz Aserbeidjan verweigert. Euerer Durchlaucht würde ich für eine kurze

telegraphische Weisung zu großem Danke verpflichtet sein, in welcher die bisher vom Auswärtigen Amt in ähnlichen Fragen befolgten Grundsätze enthalten sind. Euere Durchlaucht bitte ich versichert sein zu wollen, daß ich nur notgedrungen, stets mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung in ähnlichen Fragen handeln würde. Aber es sind Fälle denkbar, in denen ich zur Stellungnahme durch eintretende Ereignisse gezwungen werden könnte.

A. Quadt

Nr. 8603

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Gesandten in Teheran Grafen von Quadt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 28 Berlin, den 21. April 1908

Auf Bericht Nr. A 49.*

Wir vertreten Standpunkt, daß Asyl nur gewährt werden darf, wenn es Rücksichten der Menschlichkeit dringend gebieten, gegen ungesetzliche Gewalt und nur für die Dauer unmittelbarer Gefahr und Rechtlosigkeit. Um Weiterungen vorzubeugen, dürfte sich empfehlen, daß dortiges diplomatisches Korps eine Verständigung unter sich trifft. Vielleicht können Euer Hochgeboren diesen Gedanken einem Ihrer Kollegen suggerieren, damit dieser entsprechende Initiative ergreift.

v. Schoen

---

* Siehe Nr. 8602.

Kapitel CLXXXVI

Die Deutsche Bagdadbahnpolitik Englische und Russische Gegenwirkung 1904—1908

Nr. 8604

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt**

Telegramm en clair

Nr. 332 Therapia, den 25. Oktober 1904

Die erste Strecke der Bagdadbahn Konia-Eregli wurde heute nachmittag durch den Vertreter Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans, den Ewkaf-Minister** Turkhan Pascha, feierlich eröffnet. Die scharenweise herbeigeströmte Bevölkerung erging sich in Segenswünschen für ihren erhabenen Herrscher, dessen hochherzigem Sinn sie dieses große Kulturwerk verdankt[1]***.

Marschall

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
[1] Richtig

* Über die frühere Geschichte der Bagdadbahn vgl. Bd. XVII, Kap. CXIV, A.
** D. h. Minister der den Moscheen und frommen Stiftungen gehörenden Güter.
*** Über die Einrichtung des Betriebes auf der ersten Strecke heißt es in einem vertraulichen Berichte des Generalkonsuls Stemrich in Konstantinopel vom 6. Juni 1905: „Da die Einrichtung einer eigenen Betriebsverwaltung unverhältnismäßig hohe Kosten verursacht haben würde, und da es überdies praktisch schien, die Vertretung der in so vielen Beziehungen gemeinsamen Interessen der Bagdad- und der Anatolischen Bahn in eine Hand zu legen, so ist die Anatolische Bahn mit dem Betriebe der neuen Strecke betraut worden. Der Betriebsvertrag läuft bis zum 31. Dezember 1907. Von da an gilt er, sofern nicht seitens einer der Parteien spätestens ein Jahr vor Ablauf Kündigung erfolgt, jedesmal als um ein Jahr verlängert. Die Bruttoeinnahmen haben sich für die Zeit vom 25. Oktober bis 31. Dezember 1904 insgesamt auf 69417,23 frcs. belaufen. Davon entfielen auf Personenverkehr 28643,18 frcs., Gepäck und Hunde 1977,67 frcs., Güterverkehr 38796,38 frcs. An Gütern wurden 4524 Tonnen, darunter 3660 Tonnen Getreide befördert. Auf das Jahr und den Kilometer berechnet betrugen die Betriebseinnahmen 1868,14 frcs. Die Anatolische Bahn ist unausgesetzt bemüht, durch ihre Tarifpolitik der Bagdadbahn Frachten zu verschaffen und das Zuführungsgebiet derselben zu erweitern."

Nr. 8605

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 41 Pera, den 6. April 1905

Der englische Delegierte und derzeitige Präsident der Dette publique*, der mich heute aufgesucht hat, um mit mir über den Anlehensvertrag zwischen der Pforte und der Deutschen Bank zu sprechen, sagte mir bei dieser Gelegenheit bezüglich der Bagdadbahn folgendes: Herr Gwinner und Herr Zander** hätten im vorigen Jahre die Freundlichkeit gehabt, ihm eine Mitgliedsstelle im Aufsichtsrat der Bagdadbahn anzubieten, er sei aber leider infolge des Widerspruchs seines Botschafters verhindert gewesen, das Anerbieten anzunehmen. Er habe Sir Nicholas O'Conor vorgestellt, daß die Bagdadbahn doch gebaut werde, und daß, wenn England nicht teilnehme, dies ohne England geschehen würde. Die englische Mitgliedschaft im Aufsichtsrate werde nach keiner Seite hin präjudizieren. Die City werde, falls das Bagdadunternehmen gut sei, sich dafür interessieren, auch wenn kein Engländer im Aufsichtsrate sitze, im umgekehrten Falle aber, wenn sie das Unternehmen für schlecht erachte, sich durch die Mitgliedschaft eines Engländers nicht beeinflussen lassen. Auf der anderen Seite erscheine die Mitgliedschaft als eine sehr wichtige Informationsquelle in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung. Alle diese Argumente seien jedoch bei Sir Nicholas erfolglos gewesen. Bei seiner — Blocks — jüngster Anwesenheit in England habe er mit einflußreichen Finanziers über die Frage gesprochen. Dieselben hätten sämtlich seine Meinung geteilt und sich bereit erklärt, bei Mr. Balfour und Lord Lansdowne in diesem Sinne einzuwirken. Dies Anerbieten habe er jedoch ablehnen müssen, da er sich nicht dem Verdachte aussetzen wollte, daß er gegen seinen früheren Chef intrigiere.

Mr. Block sagte mir ferner, er habe einen Brief des bisherigen Chefs des indischen Finanzdepartements, Mr. Law, erhalten, der ihm mitteile, er kehre jetzt nach England zurück und werde dort eine Kampagne für Beteiligung Englands an der Bagdadbahn eröffnen.

Ich habe Mr. Block erwidert, daß wir stets bereit seien, uns mit England bezüglich einer englischen Beteiligung an der Bagdadbahn zu verständigen, und dies auch wiederholt kundgegeben hätten. Leider seien

---

* Block.

** Generaldirektor der Anatolischen Eisenbahngesellschaft. Er schied am 1. Juli 1905 aus Gesundheitsrücksichten aus dieser Stellung aus und trat als zweiter Direktor in die Deutsche Bank. Sein Nachfolger in Konstantinopel wurde der Schweizer Huguenin, bisher zweiter Direktor. An dessen Stelle trat im Frühjahr 1906 der Wirkliche Legationsrat Prof. Dr. Helfferich. Vgl. Karl Helfferich, Der Weltkrieg, Bd. I, S. 131ff.

alle unsere Bestrebungen nach dieser Richtung aus mir unbekannten Gründen erfolglos geblieben. Wenn ein so anerkannt hervorragender Sachverständiger wie Mr. Law sich für die Sache interessiere, so werde dies sicherlich eine günstige Wirkung haben.

Marschall

Nr. 8606

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherr von und zu Bodman an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 85 Therapia, den 12. Juni 1905

Sir Nich. O'Conor hatte nach dem letzten Selamlik eine fast anderthalbstündige Audienz bei Seiner Majestät dem Sultan. Wie mir der Großwesir streng vertraulich mitteilen läßt, versuchte der Botschafter, den Sultan für ein Projekt des bekannten Engländers Willcocks* zu gewinnen, welches auch auf Schiffbarmachung des Euphrat und des Tigris abzielte. Danach solle der Euphrat bis Biredjik und der Tigris bis in die Nähe von Diarbekr schiffbar gemacht und die beiden Ströme untereinander noch durch Kanäle verbunden werden. Damit wolle Willcocks zur kulturellen Hebung des Landes eine Besiedelung der mesopotamischen Ebene mit Mohadschirs (mohammedanische Auswanderer aus ehemals unter türkischer, jetzt unter christlicher Herrschaft stehenden Gebieten) verbinden. Der Sultan habe vorläufig ausweichend dahin geantwortet, daß ein so weit angelegtes Projekt erst eines eingehenden Studiums bedürfe. Er, der Großwesir, werde dem Sultan auf alle Fälle die Ablehnung desselben empfehlen, weil er es als ein für die Bagdadbahn ruinöses Konkurrenzunternehmen ansehe und auch die Ansiedlung von Mohadschirs das gewünschte Resultat nicht geben werde. Vor allen Dingen müsse erst einmal die Bagdadbahn vollendet sein.

Gleichzeitig habe der englische Botschafter im Auftrage seiner Regierung beim Sultan ernste Vorstellungen erhoben, um endlich die seit einiger Zeit schon von ihm betriebene, von der Pforte bisher aber kategorisch abgelehnte Erteilung einer Konzession zur Verlängerung der Smyrna-Aidin-Bahn über Diner nach Egerdir und des Vorrechts für den Bau zweier Nebenlinien von Diner nach Adalia und nach Sandüklü durchzusetzen. Der Sultan habe jedoch auch in diesen Punkten dem englischen Botschafter ausweichend geantwortet. Da der Bau dieser Linien durch die Notwendigkeit neuer staatlicher Garantien, für welche ausreichende Einnahmen nicht vorhanden seien, eine Schädigung der Anatolischen Bahn

* Sir William Willcocks, Schöpfer großartiger Wasseranlagen in Indien und Ägypten.

sowie der Bagdadbahn bedeuten würde, werde er, Ferid Pascha, dem Sultan empfehlen, die englischen Forderungen unter dem Hinweis auf deren nachteilige Folgen für das türkische Staatsinteresse abzulehnen. Er habe bereits die Direktion der Anatolischen Bahn um die erforderlichen statistischen Unterlagen ersucht.

Wie mir Dr. Zander erzählt, teilte ihm Sir Nich. O'Conor vor der Audienz mit, daß er beim Sultan eine Demarche wegen des Ausbaues der Smyrna-Aidin-Bahn zu machen beabsichtige, und bat ihn, keine Schritte dagegen zu unternehmen. Es würden solche nur unnötig böses Blut in England und eine Verständigung über die Bagdadbahn unmöglich machen. Dr. Zander erwiderte, er müsse im Interesse der von ihm geleiteten Bahn gegen die englischen Eisenbahnprojekte protestieren, stelle seinerseits daher dem Botschafter anheim, zu warten, bis diese Verständigung herbeigeführt sei, da dann gegen den geplanten Ausbau der Smyrna-Aidin-Linie durch die Engländer keine Bedenken mehr vorhanden sein würden. Der Botschafter erklärte, den Befehl seiner Regierung ausführen zu müssen.

Bodman

Nr. 8607

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 191 Berlin, den 15. Juli 1905

Der Kaiserliche Geschäftsträger in Konstantinopel meldet*:

„Englischer Botschafter brachte Gespräch auf Bagdadbahn und frug mich nach gegenwärtigem Aufenthalt Bankdirektors Gwinner. Er wünsche mit ihm über Wiederaufnahme der seinerzeit an der erregten englischen öffentlichen Meinung bedauerlicherweise gescheiterten Verhandlungen** wegen englischer Beteiligung in Verbindung zu treten. Er habe darüber bereits nach London berichtet. Er sei bekanntlich immer für englisch-deutsche Verständigung in dieser Frage gewesen. Falls solche nicht bald herbeigeführt werde, sei zu befürchten, daß psychologischer Moment verpaßt werden könnte."

Es wird nützlich sein, wenn Euer Durchlaucht diese Meldung vertraulich, vielleicht durch Vermittlung des Herrn Dupuy, zur Kenntnis des Ministerpräsidenten bringen***.

---

* Telegramm Freiherrn von Bodmans Nr. 163 vom 13. Juli 1905.

** Vgl. darüber Bd. XVII, Kap. CXIV, A.

*** Der französische Ministerpräsident Rouvier hatte schon seit dem Frühjahr 1905 wiederholt durch Vertrauensmänner bei der deutschen Botschaft die Regelung aller

Wir beabsichtigen nicht, der Anregung des englischen Botschafters irgendeine Folge zu geben. Die Sache eilt nicht, und wir möchten zunächst Frankreich Gelegenheit geben, mit uns über die Bagdadbahn zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Mühlberg

Nr. 8608

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherr von und zu Bodman an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 167 Therapia, den 14. Juli 1905

Tahsin Pascha berief heute telegraphisch ersten Dragoman der Kaiserlichen Botschaft* ins .....**, um ihm folgendes mitzuteilen: Sultan lasse mir sagen, englischer Botschafter dränge ihn derartig wegen Erteilung der Konzession zum Ausbau der Aidin-Bahn, daß er sich nicht mehr zu helfen wisse. Sir Nich. O'Conor verlange außer Konzession noch Zustimmung zur Aufnahme einer ägyptischen Anleihe von 50000 £, angeblich zur Ausführung öffentlicher Arbeiten. Diese sei ihm, Sultan, besonders unsympathisch. Vermutlich solle sie zur Unifizierung ägyptischer Staatsschuld verwendet werden. Eine von beiden Forderungen müsse er England gewähren. Die Konzession zur Verlängerung der Aidin-Bahn scheine ihm die weniger bedenkliche von beiden zu sein. Prinzipiell sei er allerdings dagegen, schon um den Anatoliern in der Bagdadbahn nicht zu schaden. Er befinde sich aber in einer Zwangslage, aus der er keinen anderen Ausweg sehe. Er bitte die Kaiserliche Regierung, ihm zu raten, was er tun solle, und wie er sich eventuell die Engländer in dieser Frage vom Halse schaffen könne. Da auch Kaiserlicher Botschafter in dieser

---

zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Fragen in Anregung bringen lassen, um so die sich immer mehr zuspitzende Marokkoaffäre zum Ausgleich zu bringen. Als einer der Punkte, über die unschwer ein Einverständnis zu erzielen sein würde, wurde französischerseits vor allem die Bagdadbahn genannt. Vgl. Bd. XX, Kap. CXLVII, Nr. 6645, 6674 und Kap. CXLVIII, Nr. 6693. Deutscherseits erklärte man sich nach dem Sturze Delcassés (6. Juni 1905) gern bereit, der französischen Regierung in der Bagdadfrage entgegenzukommen (vgl. Bd. XX, Kap. CXLVIII, Nr. 6705); indessen griff der französische Ministerpräsident, der wohl nur bezweckt hatte, mit der Lockspeise einer Verständigung über die Bagdadbahn Deutschland von dem Plan der Algeciraskonferenz abzubringen, nicht darauf zurück. Erst Ende September gab Rouvier gegenüber dem Gesandten Dr. Rosen, der in Paris die Verhandlungen über das Marokkoabkommen vom 28. September 1905 führte, wieder der Geneigtheit Ausdruck, mit Deutschland auch noch andere Fragen außer der Marokkofrage auf dem Wege freundschaftlicher Aussprache zu regeln, und zwar besonders die Frage der Bagdadbahn. Vgl. Nr. 8620.

* Dr. Gies.

** Zifferngruppe fehlt, vermutlich „Palais".

Frage mehrfach bei der Pforte vorstellig geworden sei, stelle er anheim, dessen Rat einzuholen. Englischer Botschafter habe bis Sonntag eine Entscheidung verlangt.

Offenbar geht Sir Nich. O'Conors Plan dahin, noch rasch vor Eintritt in die Verhandlungen wegen Verständigung in Bagdadbahn Aidin-Konzession in Sicherheit zu bringen, um diese als wirksamen Trumpf ausspielen zu können. In unserem Interesse dürfte es liegen, wenn Zusammenkunft zwischen englischem Botschafter und unseren Bankleuten beschleunigt werden könnte und Aidin-Angelegenheit so lange temporisiert würde, bis Verständigungsverhandlungen zum Abschluß gebracht.

Bodman

Nr. 8609

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherrn von und zu Bodman

Telegramm. Konzept

Nr. 116 Berlin, den 15. Juli 1905

Ew. wollen an Tahsin Pascha folgendes als den dringenden Rat der Kaiserlichen Regierung übermitteln:

Es kann keinem Zweifel unterliegen, welche der beiden englischen Forderungen im Interesse des Sultans als das geringere Übel anzusehen ist, wenn die Bewilligung einer von beiden unvermeidlich erscheint. Aus Ägypten wird in absehbarer Zeit niemand die Engländer verdrängen. Dieser Tatsache muß der Sultan ebenso wie die übrige Welt Rechnung tragen. Er erleidet deshalb auch keine Einbuße an wirklicher Macht, wenn er dem englischen Wunsche hinsichtlich der ägyptischen Anleihe nachgibt. Eine ganz andere Bedeutung aber haben alle Konzessionen, groß oder klein, welche darauf hinauslaufen, eine englische Interessensphäre in Kleinasien, Syrien oder Mesopotamien zu schaffen. Die verschiedensten Anzeichen deuten darauf hin, daß England, der Seeherrschaft sicher, die jetzige Zeit der Entkräftung Rußlands benutzen will, um seinem Einflusse die Länder zwischen Mittelmeer und Persischem Meerbusen zu unterwerfen. Das ist die Politik des Vizekönigs von Indien Lord Curzon. Man scheint in England an die Möglichkeit ihrer Verwirklichung zu glauben, seit die Furcht vor Rußland geschwunden ist. Vielleicht will man sich sogar beeilen, um möglichst viele vollendete Tatsachen zu schaffen, bevor Rußland wieder zu Kräften kommt. Rußland war der einzige Gegner, den England fürchtete, weil er England zu Lande angreifen konnte. Diese Befürchtung ist jetzt für eine Reihe von Jahren beseitigt, und

England scheint die Gelegenheit ausbeuten zu wollen. Für den Sultan ist es daher eine Existenzfrage, jede Vermehrung des englischen Einflusses in Kleinasien, Syrien, Mesopotamien und Arabien tunlichst zu verhindern.

Mühlberg

Nr. 8610

Der Geschäftsträger in Konstantinopel
Freiherr von und zu Bodman an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 170 Therapia, den 16. Juli 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 116*.

Erster Dragoman Kaiserlicher Botschaft hat heute Tahsin Pascha dortseitigen Rat übermittelt. Sultan antwortete, Frage der ägyptischen Anleihe stehe ein für allemal für ihn außer Diskussion, da er fest entschlossen sei, diesbezügliche englische Wünsche nicht zu erfüllen. Die ihm bezüglich Aidinfrage an die Hand gegebenen politischen Gesichtspunkte werde er in Erwägung ziehen. Eine Entscheidung könne er jedoch erst dann treffen, nachdem Herr Huguenin die verlangten Erläuterungen zu dem von ihm bereits erstatteten Gutachten geliefert haben werde.

Bodman

Nr. 8611

Der Geschäftsträger in Konstantinopel
Freiherr von und zu Bodman
an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 114 Therapia, den 14. Juli 1905
Vertraulich

Wie mir der Großwesir vorgestern vertraulich erzählte, hat der englische Botschafter kürzlich in zwei weiteren Audienzen dem Sultan in der Frage des Ausbaus der Smyrna-Aidin-Linie zugesetzt. Der hohe Herr habe schließlich, um für einige Zeit Ruhe zu haben, dem Botschafter zugesagt, die Frage prüfen lassen zu wollen, und ihm ein halbes Versprechen bezüglich der bis Egerdir geplanten Verlängerung der Bahn gegeben. Er, Ferid Pascha, halte den Moment für gekommen, um auch von seiten der Kaiserlichen Botschaft im Palais auf die Gefahren aufmerksam

* Siehe Nr. 8609.

machen zu lassen, welche die Realisierung der englischen Pläne für die Anatolische und die Bagdadbahn und indirekt auch für das türkische Staatsinteresse notwendig im Gefolge haben werde. Als der erste Dragoman der Kaiserlichen Botschaft gestern in meinem Auftrage Tahsin Pascha in diesem Sinne ansprach, bestätigte dieser die mir vom Großwesir gemachten Angaben, meinte aber, er halte es für ausgeschlossen, daß Seine Majestät ernstlich daran dächte, den Engländern die gewünschten Konzessionen zu gewähren.

Daß Abdul Hamid an und für sich wenig geneigt ist, dem Verlangen Sir Nicholas O'Conors Rechnung zu tragen und nur nach einem triftigen Vorwand sucht, um es ablehnen zu können, dafür dürfte auch folgende, mir heute vom neuen Generaldirektor der Anatolischen Bahnen* mitgeteilte Tatsache symptomatisch sein. Tahsin Pascha habe ihn kürzlich ins Palais berufen und ihm dort im Auftrage des Sultans eröffnet, der englische Botschafter dränge den hohen Herrn unablässig wegen Erteilung der fraglichen Konzessionen. Effendimis lasse ihn dringend ersuchen, sich eingehend gutachtlich über die Frage zu äußern. Er, Huguenin, sei dann am vergangenen Samstag, also am Tage nach der letzten Audienz des englischen Botschafters in dieser Angelegenheit, nochmals ins Palais berufen worden und habe Tahsin Pascha die befohlene Aufzeichnung übergeben. Er habe darin ausführlich die Gründe auseinandergesetzt, welche unter den gegenwärtigen Umständen die englischen Pläne als eine Gefahr für die türkischen Staatsinteressen erscheinen ließen. Unter anderem habe er auch darauf hingewiesen, daß der durch die englischen Konkurrenzlinien für die Anatolische Bahn zu erwartende Ausfall an Einnahmen und die dadurch notwendig werdende Erhöhung des zu zahlenden Garantiebetrags eine erhebliche Mehrbelastung des türkischen Budgets zur Folge haben werde. Tahsin Pascha habe sofort das Memorandum dem Sultan vorgelegt. Nach geraumer Zeit erst sei der erste Sekretär wieder aus dem Kabinett Seiner Majestät herausgekommen und habe ihn auf Befehl seines hohen Herrn noch um einige weitere Aufklärungen über einzelne Punkte gebeten. Herr Huguenin äußerte mir sein Erstaunen über den Scharfblick und die Sachkenntnis, welche Effendimis durch die von ihm gestellten Fragen bewiesen habe. Der Sultan habe ihn unter anderem auch ersuchen lassen, auf der dem Memorandum beigefügten Spezialkarte durch eine farbige Linie einzuzeichnen, bis zu welchem Punkte eventuell ohne Schädigung der anatolischen Interessen die Verlängerung der Aidin-Bahn in der Richtung auf Egerdir den Engländern konzediert werden könne. Er habe sich aber hierauf nicht eingelassen, da es für einen Unberufenen ein leichtes sei, hinterher nach Bedarf diese Linie zu verlängern.

Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß die anderweitig bereits von mir gemeldeten Äußerungen Sir Nicholas O'Conors über eine eventuelle deutsch-englische Verständigung in der Bagdadbahnfrage mit diesen Vor-

* Huguenin.

gängen in ursächlichem Zusammenhang stehen. Die dem Botschafter seinerzeit vom Geheimrat Zander gemachten Andeutungen, daß die englischen Eisenbahnprojekte in Kleinasien nach einer Verständigung über die Bagdadbahn keine Opposition seitens der Anatolier mehr finden würden, haben offenbar ihre Wirkung nicht verfehlt. Sir Nicholas hat sich inzwischen zur Genüge davon überzeugen können, daß dieser Weg ihn wohl rascher und sicherer zum Ziele führen dürfte. Daß sich der englische Botschafter dazu entschlossen hat, mir gegenüber den ersten Schritt zu tun und direkt den Wunsch nach Wiederanknüpfung der damals abgebrochenen Verhandlungen auszusprechen, möchte ich als einen Beweis dafür ansehen, daß man in London von der Notwendigkeit eines baldigen Arrangements mit uns überzeugt ist. Ohne Instruktion seiner Regierung dürfte der Botschafter kaum vorgegangen sein. Falls es zu einer Begegnung zwischen Herrn Gwinner und ihm kommen sollte, würde ich es im Interesse der Sache für dringend wünschenswert halten, daß auch Herr Zander zu derselben zugezogen würde, der mit den Details der einschlägigen Verhältnisse besonders vertraut ist und auch bei Sir Nicholas O'Conor in hohem Ansehen steht.

Bodman

Nr. 8612

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherr von und zu Bodman an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 179 Therapia, den 21. Juli 1905

Im Anschluß an Telegramm Nr. 163*.

Sir Nicholas O'Conor scheint zu seinen neulichen Auslassungen durch ein ihm am 8. d. Mts. vom Präsidenten der Dette publique, Mr. Adam Block, überreichtes Mémoire veranlaßt worden zu sein, worin der Präsident dringend eine baldige deutsch-englische Verständigung in Bagdadbahnfrage befürwortet. Herr Block hat gegen Zusicherung strengster Diskretion unserem Vertrauensmann Auszug dieses Mémoire zur Verfügung gestellt, welches er, wie er mitteilt, gleichzeitig auch seinem Londoner Syndikat übersandte.

Auszug folgt mit morgigem Feldjäger**.

Bodman

---

* Vgl. Nr. 8607, Fußnote *.

** Vgl. auch Nr. 8614.

Nr. 8613

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherrn von und zu Bodman

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 121 Berlin, den 23. Juli 1905

Auf Telegramm Nr. 179*.

Zu Ew. persönlichen Orientierung und einstweiligen Direktive.

Ich habe Herrn Geheimrat Zander, der von O'Conors Wunsch nach einem Benehmen mit Herrn Gwinner bereits wußte, jetzt gesagt:

Wir hätten nichts dagegen, wenn die Bank sich auf die englischerseits gewünschte Erörterung einer Beteiligung an Bagdadbahn einließe, um so die englischen Ziele kennen zu lernen. Eine Erörterung der Kueitfrage** müsse jedoch deutscherseits zurzeit unbedingt vermieden werden. Auch sei es erwünscht, daß wir womöglich, ehe wir mit Engländern abschlössen, vorher erst Verständigung mit Franzosen erzielten.

Weiteres, auch über Aidin, demnächst.

Mühlberg

Nr. 8614

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherr von und zu Bodman an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 126 Therapia, den 22. Juli 1905
Streng vertraulich

Der Vertrauensmann der Kaiserlichen Botschaft schreibt mir streng vertraulich folgendes:

„Der englische Delegierte und derzeitige Präsident der Dette publique, Mr. Adam Block, hat unter dem 8. Juli an die englische Botschaft sowie gleichlautend an das Londoner Syndikat (Board of foreign bondholders) ein Mémoire gerichtet, welches er mir unter Zusicherung strenger Diskretion im Auszuge zur Verfügung stellte.

Das Mémoire sieht voraus, daß infolge des Sturzes des französischen Ministers des Äußern Delcassé*** die Möglichkeit eines Arrangements zwi-

---

* Siehe Nr. 8612.

** Vgl. über dieselbe Bd. XVII, Kap. CXIV, B.

*** 6. Juni 1905. Tatsächlich hatte Delcassé, wie Ministerpräsident Rouvier Anfang April 1905 einem Vertrauensmann gegenüber zugab (vgl. Bd. XX, Kap. CXLVII,

schen dem deutschen und französischen Syndikat zwecks Weiterbaus der Bagdadbahnlinie weit näher gerückt sei. Aber selbst wenn Frankreich hieran nicht teilnehmen wolle, sei kein Grund vorhanden, weshalb Deutschland nicht allein mit dem Baue einer neuen Sektion vorgehen solle. Die nötigen Mittel, führt das Mémoire fort, zur Aufnahme einer Anleihe für diesen Weiterbau könnten ebenso wie bei der ersten Sektion Konia-Eregli mit weit geringeren Schwierigkeiten, als man allgemein in England glaubt, gefunden werden. Mr. Block weist in längerer Zifferaufstellung nach, daß die excédents der Anatolischen Bahnen unter Umständen für die neue Linie in Betracht kämen, und er glaubt vorauszusehen, daß unter Umständen eine Entente mit den Franzosen zustande kommen werde, wonach die excédents sämtlicher mit kilometrischer Garantie ausgestatteter Eisenbahnlinien, welche alle in Händen deutscher und französischer Syndikate seien, und die bekanntlich in einen Topf geworfen werden, beim Weiterbau eine wichtige Rolle spielen würden. Vom Standpunkte der Dette publique könne, falls die Gruppen sich einigen und die Pforte zustimme, keinerlei Einwendung dagegen erhoben werden. Aber auch nach Abzug der schon den garantierten Eisenbahnen verpfändeten und von der Dette publique verwalteten Zehnten vermöge die Türkei disponible und akzeptable Zehnten für eine Anleihe zum Weiterbau der Bagdadbahn aufzubringen. Mr. Block weist ferner auf die große moralische Stärke des Unternehmens hin, das sich durch die äußerst gesunde, den Bewohnern Anatoliens entgegenkommende und den Wohlstand derselben sichtlich vermehrende Leitung der Anatolischen Bahnen ein Fundament von großer Solidität geschaffen habe.

Mr. Block führt an, daß aus den verschiedensten Gegenden von der zukünftigen Bagdadstrecke ihm durch die amtlichen Vertreter der Dette publique Rapporte zugingen, wonach die Bevölkerung, ohne Unterschied der Religion, mit freudiger Erwartung dem Weiterbau entgegensehe. Das seien, meint Dr. Block, wichtige, nicht zu unterschätzende Imponderabilien. Der Präsident der Dette publique schließt sein Mémoire mit folgendem Appell an die englische Botschaft und sein Londoner Syndikat: Es sei unnötig und unpraktisch für England, in der Bagdadbahnfrage noch weiter zu schmollen. Jeder Versuch Deutschlands, mit England in dieser Frage zu einer Verständigung zu gelangen, solle mit Empressement begrüßt und die Verständigung möglichst bald erzielt werden."

Bodman

Nr. 6645), die Bagdadbahnfrage in einer für Deutschland wenig entgegenkommenden Weise behandelt. Nach einer Äußerung Rouviers zu Legationsrat von Miquel vom 30. Mai 1905 hätte Delcassé dabei unter dem Einfluß einer „Frankreich nahestehenden Macht" gehandelt. Vgl. Bd. XX, Kap. CXLVII, Nr. 6674.

Nr. 8615

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall, z. Z. in Neuershausen, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Neuershausen, den 28. Juli 1905

Wie mir Gwinner schreibt, hat sich auch Herr Law für Anfang August bei ihm angekündigt. Ein neuer Beweis, daß die Engländer jetzt wollen. Bin der Ansicht, daß Gwinner weder Konzessionen in Aussicht stellen noch prinzipiell ablehnen, sondern unter Vorbehalt, daß Deutsche Bank über politische Fragen nicht entscheiden könne, englische Wünsche entgegennehmen und besprechen sollte. Prinzipielle Ablehnung würde Faden sofort zerreißen, was namentlich der Franzosen wegen sehr unerwünscht wäre. Wenn wir englische Wünsche im Detail und Minimum kennen, wird politische Prüfung erst möglich sein. Daß die Engländer uns wegen solcher Besprechungen gegenüber den Türken kompromittieren könnten, fürchte ich nicht, denn englische Verdächtigungen Deutschlands haben keinen Kredit mehr. Gwinner scheint Direktive über Punkt 2* zu wünschen.

Marschall

Nr. 8616

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherrn von und zu Bodman

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 126

Berlin, den 1. August 1905

Im Anschluß an Telegramm Nr. 121**.

Herr Gwinner hat am 1. d. Mts. in St. Blasien informatorische Besprechung mit Londoner Bankier Speyer und Herrn Willcocks über die Frage englischer Beteiligung an Bagdadbahn. Wir warten vorläufig ab, was dabei herauskommt, und müssen die Frage der Aidinbahn darum einstweilen dilatorisch behandeln. Wir können wegen Möglichkeit einer Verständigung selbstverständlich unsere Stellung gegenüber Verlängerung der Aidinbahn nicht aufgeben, wohl aber unsere Haltung so einrichten, daß sie Engländern nicht als unfreundlicher Akt erscheint. Ew. pp. können deshalb den Türken wie mit voller Offenheit auch Sir Nicholas

---

* Dieser betraf das Willcockssche Bewässerungsprojekt.
** Siehe Nr. 8613.

O'Conor sagen, daß wir im Prinzip gegen Verlängerung der Aidinbahn keine Einwendungen erheben, aber verlangen, daß gleichzeitig mit der Konzession des Weiterbaus eine Verbesserung der Staatsgarantie für Eskischehir-Konia am Tage der Betriebseröffnung der neuen Bahn gewährt wird. (Jene Staatsgarantie beträgt übrigens jetzt 13000 Franken mit der Maßgabe, daß effektiv jährlich nur 6700 Franken — nicht 5000 — zu zahlen sind.) Unser Verlangen könnte mit reichem Material dort so unwiderleglich gerechtfertigt werden, daß jede Möglichkeit einer Animosität gegen englische Wünsche vermieden würde. Kommt dabei Sir Nicholas auf Bagdadbahn zurück, so kann ihm angedeutet werden, daß im Falle einer Verständigung darüber in diese Verständigung auch die Frage des Ausbaus der Aidinbahn einbezogen werden könnte, und zwar eventuell auf einer erweiterten Basis.

In gleichem Sinne ist, wie ich zu Ew. pp. vertraulichen Orientierung hinzufüge, auch Herr Gwinner für seine Besprechung verständigt, indem ihm zugleich folgende Gesichtspunkte empfohlen sind:

1. Englische Beteiligung zu einem Viertel ist im Prinzip annehmbar, vorausgesetzt, daß deutsche Führung gesamten Unternehmens sowie deutsche Majorität der Aktionäre gesichert sind;

2. Die Frage der — von Herrn Gwinner in Aussicht genommenen — Überlassung der Strecke von Bassorah bis Kueit (oder Kasima) an Engländer ist noch offen zu halten;

3. Deutsche Beteiligung an englisch geführtem Bewässerungsunternehmen des Herrn Willcocks wird nicht weiter beanstandet.

Mühlberg

Nr. 8617

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherr von und zu Bodman an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 150 Therapia, den 9. August 1905

Sir Nich. O'Conor, dem ich gestern entsprechend der mir erteilten Ermächtigung unseren Standpunkt in der Aidinfrage in aller Offenheit mitteilte, dankte mir zunächst für meine Aufklärungen. Er setzte mir sodann eingehend die Gesichtspunkte auseinander, weshalb die englische Regierung genötigt sei, auf der baldmöglichsten Erteilung der von ihr verlangten Konzessionen zu bestehen.

Die englische Regierung sei wiederholt Gegenstand heftigen Angriffs im Parlament gewesen, weil die hiesige Botschaft seit Jahren schon erfolglos in dieser Angelegenheit arbeite. Die verlangten Konzessionen

seien ein notwendiges Äquivalent dafür, daß die Anatolische Bahn und die Bagdadbahn der Aidinbahn ihre Entwickelung nach Osten abgeschnitten habe. Es sei ein Gebot der Billigkeit, daß dieser Schade wenigstens soviel als möglich wieder gut gemacht werde. Er bestreite auf das entschiedenste, daß die Interessen der Anatolier- und der Bagdadbahn gefährdet würden, denn die englischen und die deutschen Interessenzonen seien durch den langen Rücken des Sultan-Dagh vollständig voneinander geschieden. Er habe das seinerzeit auch schon Dr. Zander auseinandergesetzt. Dieser habe darauf hingewiesen, daß die Anatolier bereit seien, nach einer deutsch-englischen Einigung über die Bagdadbahnfrage die englischen Wünsche in der Aidinfrage zu unterstützen, und habe ihm gleichzeitig angedeutet, ein englisches Eintreten für die sofortige Erledigung der letzteren werde die Verständigung über eine englische Beteiligung an der Bagdadbahn nur unnötig erschweren. Dies Argument könne er, Sir Nich. O'Conor, mit noch viel größerer Rechtfertigung zu seinen eigenen Gunsten verwerten. Er persönlich habe nichts gegen den Gedanken einer vorherigen Verständigung einzuwenden. Aber er sei doch die berufene Stelle dafür, um die englischen Kapitalisten dafür zu interessieren. Wie solle er das aber anfangen, wenn ihm in England entgegengehalten werde, die Deutschen hintertrieben die englischen Wünsche in der Aidinangelegenheit? Die Gruppe der Aktieninhaber der Aidinbahn sei in England sehr mächtig und habe in der Londoner Finanzwelt mehr Einfluß, als man denke. Wenn wir auch, wie ich ihm gesagt hätte, im Prinzip nicht gegen die englischen Wünsche seien, so werde die öffentliche Meinung in England sich doch nicht davon überzeugen lassen, daß seine Bemühungen nicht an unserem Widerspruch gescheitert seien. Er fürchtete deshalb, es könne, falls die Türken seine Forderungen nicht vor den Bagdadbahnverhandlungen erfüllten, leicht eine Verbitterung im englischen Publikum aufkommen, welche, wie schon einmal, die so sehr zu wünschende englisch-deutsche Verständigung vereiteln und vielleicht für immer unmöglich machen werde. Ich wiederholte dem Botschafter, daß für uns lediglich die materiellen Interessen unserer Bahngesellschaft maßgebend seien, und daß wir im Falle der Erteilung der Aidinbahnverlängerung an die englische Gesellschaft unsererseits eine Verbesserung der Garantie für die Linie Konia-Eskischehir verlangen würden, welche mit dem Tage der Inbetriebsetzung der verlängerten Aidinlinie in Kraft zu treten habe. Sir Nich. O'Conor erkannte die Richtigkeit unseres Standpunktes vollkommen an, meinte aber, er habe so strikte Instruktionen, daß er nach wie vor auf schleunige Erfüllung seiner Forderungen bestehen müsse. Er sei mir aber dankbar dafür, daß ich ihm gesagt habe, wir opponierten im Prinzip nicht gegen die englischen Wünsche. Die Türken hätten sich bis jetzt immer dahinter verschanzt.

Den Großwesir habe ich in demselben Sinne gesprochen und ihm auseinandergesetzt, welche Forderungen wir gegebenenfalls hinsichtlich der Garantie für die Linie Konia-Eskischehir stellen würden. Ferid Pascha

war augenscheinlich sehr befriedigt und bat mich, diese Mitteilung ins Palais gelangen zu lassen, da die von uns in Aussicht gestellte Gegenforderung das am besten zu verwertende Argument gegen die Gewährung der englischen Desiderata sei.

Bodman

Nr. 8618

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherr von und zu Bodman an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 169 Therapia, den 19. August 1905
Vertraulich

Die englische Botschaft ist infolge weiterer Instruktionen aus London in dieser Woche mit erneutem Eifer im Palais wie auf der Pforte auf die Aidinfrage zurückgekommen. Nachdem der englische erste Dragoman*, wie mir gestern der Großwesir streng vertraulich erzählte, zuerst im Jildis den Sultan an das angeblich Sir Nicholas O'Conor gegebene kaiserliche Versprechen habe erinnern lassen und von dort mit der Bemerkung, der Sultan habe nur eine Prüfung der Angelegenheit zugesagt, an die Pforte verwiesen worden sei, sei es vor einigen Tagen zwischen Mr. Lamb und ihm, Ferid Pascha, zu einem stürmischen Auftritt gekommen. Mr. Lamb habe ihm schließlich in sehr aggressivem Tone vorgeworfen, daß er im deutschen Interesse arbeite, und ihm dabei sogar angedeutet, er stehe in unserem Solde. Er habe dem Dragoman in ebenso energischer Weise erwidert, daß er sich derartige beleidigende Insinuationen ein für allemal verbitte; ihn leiteten in dieser Frage weder englische Antipathien noch deutsche Sympathien, er handle lediglich so, wie es die Interessen des türkischen Staates erheischten. Als dann weiter Mr. Lamb auf die von den Anatoliern als eventuelle Kompensation verlangte Erhöhung der Garantie für die Strecke Konia-Eskischehir hingewiesen und diese als durchaus unberechtigt bezeichnet habe, habe er ihm erwidert, die englische Forderung, die Konzession zur Verlängerung einer finanziell so vorzüglich dastehenden Bahn wie der Aidinlinie zu erhalten, sei noch viel weniger begründet. Er werde übrigens die Frage dem nächsten Ministerrat zur Entscheidung vorlegen.

Dieser Ministerrat hat bereits am vergangenen Mittwoch stattgefunden. Auf Ersuchen des Großwesirs hatte ihm der Generaldirektor der Anatolischen Bahn zur Verwendung im Ministerrat die mir von Herrn Huguenin überlassene und in der Anlage beigefügte Zusammenstellung**

---

* Lamb.

** Hier nicht abgedruckt.

überreicht, welche zur Begründung der eventuellen Gegenforderung der Anatolier dienen soll, und in der an der Hand von Ziffern nachgewiesen wird, welchen Verlust oder, besser gesagt, entgangenen Gewinn die deutsche Gesellschaft durch die seinerzeit in die Konzession aufgenommene Gegengarantie erlitten hat. Nach Herrn Huguenins Berechnung beläuft sich dieser seit 1895 auf im ganzen 10430443 Franken. Der Ministerrat hat die Frage noch nicht definitiv entschieden, weil der Ferid Pascha immer opponierende Minister des Innern* den auf Ablehnung der englischen Forderungen lautenden Antrag des Großwesirs im letzten Augenblick mit dem Gegenantrag beantwortete, man solle der ganzen Frage dadurch aus dem Wege gehen, daß der türkische Staat die Aidinlinie von den Engländern zurückkaufe. Ferid Pascha hat indessen, wie er mir weiter sagte, diesen Antrag Memduh Paschas bekämpft, weil er denselben, ganz abgesehen davon, daß der türkische Staat seiner Ansicht nach erst nach Ablauf von weiteren 29 Jahren zum Rückkauf berechtigt sei, auch für unpraktisch halte. England werde seiner Durchführung auf jeden Fall den größten Widerstand entgegensetzen. Eines stehe aber schon fest, daß die Minister entschieden gegen die Gewährung der englischerseits verlangten Konzessionen seien. Von anderer zuverlässiger Seite erfahre ich noch, daß Sir Nicholas O'Conor vor kurzem verschiedene englische Interessenten zu sich berief und ihnen vertraulich mitteilte, daß alle anderen englischen Forderungen bis auf weiteres vor derjenigen bezüglich der Aidinbahn zurückstehen müßten. Er habe strikte Weisungen seiner Regierung erhalten, die Aidinangelegenheit vor allen anderen durchzusetzen.

Bodman

Nr. 8619

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 184 Therapia, den 16. September 1905

In meiner gestrigen Audienz, in welcher ich mich vor Antritt eines kurzen Urlaubs verabschiedete, fing mir der Sultan an, von der englischerseits begehrten Verlängerung der Aidinbahn zu sprechen. Der hohe Herr begann mit der Bemerkung, diese Angelegenheit präokkupiere ihn in hohem Maße. Er las mir aus einem Bericht, welchen Tewfik Pascha ihm über eine tagszuvor mit Sir Nich. O'Conor gepflogene Unterhaltung erstattet hatte, einige Stellen vor. Danach hat der Botschafter wiederholt in sehr scharfer Weise auf die Erteilung der Konzession insistiert. Der Minister hat ihm erwidert, daß zwei gewichtige finanzielle Bedenken da-

* Mehmed Memduh Pascha.

gegen beständen: einmal verlange man englischerseits mit der Fortsetzung der Aidinbahn zugleich eine Verlängerung der Konzession für die letztere. Dadurch werde der Moment, in welchem die Pforte in den Besitz dieses lukrativen Unternehmens trete, um viele Jahre hinausgeschoben und den finanziellen Interessen der Türkei ein erheblicher Schaden zugefügt. Außerdem verlangt die Anatolische Bahn für den Fall der Fortsetzung der Aidinbahn eine Verbesserung ihrer Garantie, da die neue Linie in das Interessengebiet der Anatolier eindringen und einen Teil des Verkehrs derselben an sich ziehen werde. Auch von diesem Gesichtspunkt sei die Erteilung der Konzession finanziell nachteilig. Der Botschafter entgegnete, es sei dies dasselbe Spiel, das man stets mit ihm treibe. Sooft englische Wünsche vorgebracht würden, beziehe man sich hier auf deutsche Interessen, die der Erfüllung derselben angeblich entgegenständen. Sir Nich. O'Conor bemerkte weiter: Seit zwei Jahren sei er von Lord Lansdowne wiederholt strikt angewiesen worden, von der Pforte die Zurückziehung der auf der Insel Bubian befindlichen türkischen Wachtposten zu verlangen, da die Insel dem Scheich von Kueit gehöre. Lediglich um die englisch-türkischen Beziehungen nicht zu trüben, habe er — der Botschafter — diese Instruktion bisher unausgeführt gelassen. Aus demselben Grunde habe er jüngst, als türkische Piraten die „Sambuks" englischer Fischer im Roten Meer zerstörten, die in London gewünschte Entsendung eines englischen Kriegsschiffs nach Hodeida verhindert. Die bevorstehende Anwesenheit der englischen Flotte im Ägäischen Meer, verbunden mit einem Besuch des Kommandanten derselben in Konstantinopel, sei von der Botschaft als Höflichkeitsakt gegenüber Seiner Majestät dem Sultan angeregt worden.

Nach Verlesung des von Tewfik Pascha erstatteten Berichts frug mich der Sultan direkt um meine Meinung über die Frage. Ich erwiderte, daß ich eine solche nur über die finanzielle und wirtschaftliche Seite derselben abzugeben vermöchte, und auch das nur insoweit, als die Interessen der Anatolier berührt würden. In dieser Beziehung sei ich allerdings der Ansicht, daß die Verlängerung der Aidinbahn der Linie Eskischehir-Konia nachteilig sein werde und das Verlangen der Anatolischen Bahngesellschaft in dem Fall der Konzessionserteilung an die englische Gesellschaft eine Verbesserung ihrer Garantie, die ohnehin durchaus ungenügend sei, durchaus gerechtfertigt erscheint. Der Sultan klagte darauf, wie üblich, über sein Ministerium, das bis jetzt ein kategorisches Masbata nicht gemacht habe und ersichtlich die Verantwortung auf ihn lenken wolle.

Offenbar ist der Sultan durch das englische Vorgehen ernstlich beunruhigt. Die kaum verhüllten Drohungen, welche die Sprache Sir Nich. O'Conors enthält, daß England die Kueitfrage in extensivem Sinne wieder aufrollen, eine Aktion im Roten Meer unternehmen werde und die Anwesenheit der englischen Flotte im Ägäischen Meer eventuell anderen als höflichen Zwecken dienen könne, sind gerade im gegenwärtigen Moment sehr geeignet, um tiefen Eindruck auf den Sultan zu machen. Sir Nich.

O'Conor, der gestern nach mir empfangen wurde, hat zweifellos dem Sultan in demselben Sinne wie dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten gesprochen. Ich habe es unter diesen Umständen für richtig gehalten, um keinerlei politische Verantwortlichkeit auf uns zu laden, mich auf die rein wirtschaftliche Frage der Rückwirkung der neuen Linie auf die Anatolische Bahn zu beschränken, ohne dem Sultan einen Rat nach der einen oder anderen Seite hin zu geben.

Nach meiner Überzeugung wird der Sultan dem englischen Drängen nachgeben und die Verlängerung der Aidinbahn bewilligen. Die Anatolier werden dann ihre Forderung auf Garantieerhöhung für Eskischehir-Konia zu formulieren und mit unserer Unterstützung bei der Pforte zur Geltung zu bringen haben. Diese Forderung würde vielleicht als Vorspann dienen können, um unsere Wünsche bezüglich der Fortsetzung der Bagdadbahn zu unterstützen. Denn nach meiner Überzeugung sind die für die Anatolische Bahn durch die Verlängerung der Aidinlinie zu erwartenden Schädigungen jedenfalls nicht so groß, als daß sie nicht durch Verlängerung der Bagdadbahn reichlich kompensiert werden könnten.

Marschall

Nr. 8620

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 170 Berlin, den 3. Oktober 1905

Ministerpräsident Rouvier hat dem Gesandten Rosen, wie dieser meldet*, Geneigtheit zu erkennen gegeben, die Bagdadbahnfrage durch freundschaftliche Aussprache mit uns zu regeln. Es wird beabsichtigt, auf diese Anregung einzugehen. Bei eventuellen Verhandlungen mit Frankreich dürften wir unser Augenmerk hauptsächlich darauf zu richten haben, daß die offizielle französische Beteiligung an der Bagdadbahn und die einheitliche Leitung des Unternehmens unter Anerkennung der deutschen Führung sichergestellt werden. Detailfragen dürften den Verhandlungen der Interessentengruppen vorzubehalten sein.

Vor Instruierung des Fürsten Radolin bitte zunächst um Euerer Exzellenz Drahtäußerung, auf welche Punkte im einzelnen nach Ihrer Ansicht eventuell Verhandlungen mit Frankreich zu erstrecken sein möchten.

Richthofen

* Vgl. Nr. 8607, Fußnote ***.

Nr. 8621

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 267 Therapia, den 4. Oktober 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 170*.

Bekanntlich ist die Bagdadbahnfrage durch ein zwischen der Deutschen Bank und der Ottomanbank unterm 14. November 1903 geschlossenes Privatabkommen geregelt**. Die deutsche Präponderanz ist dadurch vollkommen gesichert. Dagegen fehlen infolge der ablehnenden Haltung des Ministers Delcassé für die Bagdadpapiere die Kote an der Pariser Börse. Schon mit Rücksicht auf die Aufbringung der für die Fortsetzung der Bahn erforderlichen Gelder erscheint daher der Abschluß eines von der französischen Regierung genehmigten Abkommens nützlich. Der weitere Vorteil eines solchen bestände darin, daß Frankreich der Fortsetzung der Bahn keine politischen Schwierigkeiten mehr bereiten könnte.

Für die Verhandlung von Regierung zu Regierung können nur ganz allgemeine Grundsätze in Betracht kommen. Nach der ganzen Entwickelung der Bagdadbahnfrage scheint es mir Sache der französischen Regierung zu sein, zunächst Vorschläge zu machen. Bei den daraus resultierenden Verhandlungen stehen für uns zwei Momente im Vordergrund: die Verteilung des Aktienkapitals und die Führung des Unternehmens. In ersterer Beziehung können wir als äußerste Grenze unseres Entgegenkommens die volle Parität in Aussicht stellen in dem Sinne, wie ich dieselbe in meinem Gutachten vom 21. Juni 1903*** präzisiert habe. Was dagegen die Führung betrifft, so müssen wir im wesentlichen an der Abmachung vom 14. November festhalten, welche uns einen Präsidenten des Aufsichtsrats in Berlin und einen Vizepräsidenten in Konstantinopel sichert. Desgleichen muß die technische Leitung der Bahn uns verbleiben. Diese Bestimmungen sind ausdrücklich in dem Abkommen als statutarisch festzulegen, damit nicht die zufällige Mehrheit einer Generalversammlung uns die Führung entwinden kann, was bei der Parität der Kapitalsverteilung leicht möglich wäre. Verwaltungsstellen, die mehr den Charakter einer „Kulisse" haben, können wir natürlich den Franzosen nach Wunsch konzedieren. Ob der Bau einzelner Teilstrecken den Franzosen zu überlassen ist, worauf letztere voraussichtlich im Interesse des einflußreichen Grafen Vitali großen Wert legen werden, bildet eine Frage, deren demnächstige Lösung besser den Interessentengruppen vorzubehalten wäre.

Marschall

---

* Siehe Nr. 8620.

** Vgl. darüber Bd. XVII, Kap. CXIV, A, Nr. 5275.

*** Das sehr umfängliche Memorandum Freiherrn von Marschalls vom 21. Juni 1903 betraf vor allem die Frage, ob und welchen Bedenken die Einräumung von Konzessionen an die Franzosen bezüglich der Bagdadbahn unterliege.

Nr. 8622

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 195 Berlin, den 6. Oktober 1905

Auf Euerer Durchlaucht Telegramm Nr. 214* befürworte ich folgende vorläufige Instruktion an Fürst Radolin:

„Auf Telegramm Nr. 408** zu Euerer Durchlaucht vertraulicher Orientierung und Regelung Ihrer Sprache:

Wir müssen jetzt jede Gelegenheit benutzen, um zwischen uns und Frankreich Interessensolidaritäten zu schaffen. Es empfiehlt sich daher auf die Anregung Rouviers, auch noch andere Fragen als die Marokkofrage zu regeln, mit freundlicher Bereitwilligkeit, jedoch ohne auffallendes Empressement einzugehen. Besonders nützlich wäre eine Verständigung über die Bagdadbahn, auf die ja auch Herr Rouvier speziell hingewiesen hat. Nach der bisherigen Entwickelung dieser Frage wird es Sache der französischen Regierung sein, uns zunächst Vorschläge zu machen. Euerer Durchlaucht stelle ich daher anheim, Rouvier bei sich bietender Gelegenheit unter Bezugnahme auf seine Anregung mitzuteilen, daß wir zu einer Verständigung bereit sind und den französischen Vorschlägen gern entgegensehen werden.

Zu Euerer Durchlaucht persönlicher Information bemerke ich noch folgendes:

Die Bagdadbahnfrage ist durch ein zwischen der Deutschen Bank und der Ottomanbank im November 1903 geschlossenes Privatabkommen geregelt, das die deutsche Präponderanz bis zu einem gewissen Grade sichert. Das Abkommen ist jedoch seinerzeit von der französischen Regierung nicht genehmigt worden, und fehlt daher für die Bagdadpapiere die Kote an der Pariser Börse. Der Abschluß eines neuen Abkommens mit der französischen Regierung würde den doppelten Vorteil haben, daß die Aufbringung der für Fortsetzung der Bahn erforderlichen Gelder erleichtert wird und Frankreich der Fortsetzung der Bahn keine politischen Schwierigkeiten bereiten könnte. Für die Verhandlung von Regierung zu Regierung werden nur ganz allgemeine Grundsätze in Betracht kommen können. Für uns wird es dabei hauptsächlich darauf ankommen, daß bei Verteilung des Aktienkapitals und der Führung des Unternehmens unsere Präponderanz sichergestellt wird.

Hinsichtlich der auch von Herrn Rouvier als Einigungsobjekt bezeichneten Kameruneisenbahn bleibt Instruktion vorbehalten."

---

* Siehe Bd. XX, Kap. CXLIX, Nr. 6834.
** Siehe Bd. XX, Kap. CXLIX, Nr. 6833.

Darf vorstehendes Telegramm von hier aus mit Eurer Durchlaucht Unterschrift abgelassen werden?

Die Weisung hinsichtlich der Bagdadbahn ist nach Einvernehmen mit Freiherrn von Marschall und Geheimrat Zander redigiert worden. Letzterer teilte mit, daß Direktor Gwinner sich zurzeit in Baden-Baden aufhält.

Richthofen

Nr. 8623

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 242 Baden-Baden, den 7. Oktober 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 195*.

Mit Entwurf für Radolin im Prinzip ganz einverstanden. Bitte aber Einzelheiten und Form noch mit Dr. Rosen zu besprechen und mir Ergebnis zu melden. Wichtig erscheint mir, daß wir in Paris nicht das Mißtrauen erwecken, als ob wir Frankreich von England ab und zu uns herüberziehen wollten. Deshalb dürfte es sich empfehlen, daß Radolin die fragliche Demarche in recht harmloser Weise ausführt, als Eingehen auf eine Anregung von Rouvier und Erfolg seiner Befürwortung derselben. Daß es jetzt in unserem Interesse liegt, Interessensolidaritäten zwischen uns und Frankreich zu schaffen, muß Radolin natürlich ganz für sich behalten, und das darf auch nach Paris nur mit absolut sicherem Chiffer gegeben werden**.

Bülow

Nr. 8624

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 174 Berlin, den 8. Oktober 1905

Auf Telegramm Nr. 267*** zu Euerer Exzellenz Orientierung:

Herr Rouvier hat dem Gesandten Rosen gegenüber wiederholt durch-

* Siehe Nr. 8622.

** Demgemäß erging, nachdem dem Fürsten Bülow am 8. Oktober der modifizierte Wortlaut der Instruktion vorgelegt war und dieser am 9. Oktober sein Einverständnis ausgesprochen hatte, durch Telegramm Nr. 311 vom selben Tage Instruktion an Fürst Radolin.

*** Siehe Nr. 8621.

blicken lassen, daß er bereit sei, dem Bedürfnisse der Bagdadbahn nach möglichst einheitlicher Leitung in einer uns freundlichen Weise Rechnung zu tragen.

Richthofen

Nr. 8625

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 317 Berlin, den 15. Oktober 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 430*:

Eine Aufzeichnung über die tatsächlichen Verhältnisse hinsichtlich Bagdadbahn folgt mit Erlaß. Es wird sich indes empfehlen, daß Euere Durchlaucht sich bei einer Aussprache mit dortiger Regierung zunächst tunlichst auf Entgegennahme der eventuellen französischen Vorschläge beschränken.

Richthofen

Nr. 8626

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1755 Berlin, den 24. Oktober 1905

Euerer Exzellenz beehre ich mich anbei Abschrift einer Eingabe des Direktors Gwinner vom 9. d. Mts.** über den Verlauf seiner Verhandlungen mit den Engländern in der Bagdadbahnangelegenheit zur gefälligen Information zu übersenden.

Nach Inhalt dieses Berichts ist Herr Gwinner zu der Überzeugung gelangt, daß weitere Verhandlungen mit den Engländern über deren Beteiligung bei dem von Deutschland geführten Bahnprojekte nur dann in

---

* Durch Telegramm Nr. 430 vom 12. Oktober hatte Fürst Radolin um nähere Instruktion wegen der tatsächlichen Verhältnisse im Hinblick auf die Bagdadbahn gebeten.
** Hier nicht abgedruckt, weil inhaltlich hinreichend charakterisiert.

Betracht kommen könnten, wenn wir zunächst die Willcocksschen Aspirationen in bezug auf die Bewässerung Mesopotamiens unterstützen würden. Er stellt daher die Frage, ob wir, und zwar insbesondere zwecks Erreichung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu England, uns auf die Verwirklichung des Willcocksschen Planes unter englischer Führung einlassen und uns dadurch das englische Wohlwollen für die Bagdadbahn und eine Unterbeteiligung der englischen Finanzleute bei dem Bahnunternehmen zu erkaufen versuchen sollen.

Das Willcockssche Projekt anlangend, so wird englischerseits unsere Mitwirkung zu dem Zwecke gewünscht, damit die Konzession für das Projekt von der Pforte erlangt und darin dem Unternehmen gleichzeitig das Recht gewährt wird, während der Bauzeit auf dem Euphrat und Tigris eine Dampferverbindung einzurichten, sowie damit für die Durchführung der ersten Sektion des Bewässerungsprojekts eine türkische Staatsgarantie für $3^1/_2$ Millionen Pfund Kapital durchgesetzt wird. Bezeichnend für die Auffassung gewisser englischer Kreise über ein Zusammengehen zwischen Deutschland und England in der Frage der Bagdadbahn sind im übrigen die Ausführungen des Eigentümers der „Euphrates & Tigris Valley Steamship Company", Mr. H. F. B. Lynch, die Herr Gwinner in der Anlage* ebenfalls wiedergegeben hat.

---

* Die Ausführungen Lynchs werden von Gwinner dahin wiedergegeben: „Lynch behauptet, daß er sowohl dem Foreign Office wie auch der Presse gegenüber die Situation vollkommen in der Hand halte, und daß diese in re Mesopotamien nichts ohne ihn tun und sagen. Lynch sei nun fest davon überzeugt, daß, wenn Deutschland ohne England die Linie durch Mesopotamien baue, ein Krieg zwischen England und Deutschland unvermeidlich werde, selbst wenn das englische Foreign Office seine Zustimmung dazu gebe, weil England alsdann nie mehr daran glauben werde, daß Deutschland nicht neben den wirtschaftlichen auch politische Ziele dort verfolge, und weil England nie dulden werde, daß ein solcher Keil sich zwischen Indien und Ägypten einschiebe. Voraussetzung eines Zusammengehens zwischen England und Deutschland in der Bagdadbahn würde es daher nach Lynchs Ansicht sein müssen, daß die deutschen Interessenten den unzweideutigen Beweis dafür erbringen, daß politische Ziele in Mesopotamien nicht verfolgt werden. Eine Sicherheit dafür würde er als gegeben ansehen, wenn die Bahn von ihrem Eintritt in die mesopotamische Ebene ab von einer Mehrheit englischen Kapitals kontrolliert würde, als welche Mehrheit ein englisches Kapital von 51 % genügen würde. Unter solcher Voraussetzung würde Lynch mit seiner ganzen Persönlichkeit für ein Zusammengehen mit Deutschland eintreten und will mit seiner Person die Mitwirkung des Foreign Office sowie der sonst deutschfeindlichsten Blätter wie „Times", „Morning Post" und „National Review" garantieren; auch macht er sich anheischig, das benötigte englische Kapital aufzubringen. Die absolute Kontrolle der Bahn seitens Deutschlands von ihrem Ausgangspunkt bis zu ihrem Eintritt in die mesopotamische Ebene würde natürlich Deutschland verbleiben. Um Deutschland völlig freie Hand zu geben, möchte er auch die Linie Smyrna-Aidin der deutschen Interessentengruppe überlassen sehen. Um ein dauerndes Zusammenwirken der in ihrer ersten Hälfte von Deutschland, in ihrer zweiten Hälfte von England kontrollierten Bahnen sicherzustellen, wären von vornherein bestimmte Tarifkonventionen abzuschließen, mit denen ein politisches Abkommen über die beiderseitige Garantie der Offenen Tür Hand in Hand zu gehen hätte."

Die gegenwärtigen englischen Wünsche sind nach meiner Ansicht derartig, daß sie als Ausgangspunkt für eine deutsch-englische Verständigung in der Angelegenheit von uns selbst dann kaum ernstlich in Erwägung zu ziehen sein dürften, wenn, wie es den Anschein hat und Euerer Exzellenz bereits anderweitig bekannt geworden ist, eine Einigung mit Frankreich in der Bagdadbahnfrage vorläufig nicht zustande kommen sollte*.

Bevor ich indes zu der Gwinnerschen Anregung endgültig Stellung nehme, bitte ich Euere Exzellenz, sich zunächst auch Ihrerseits zur Sache zu äußern.

Richthofen

Nr. 8627

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 609

Berlin, den 19. Mai 1906

Wie Euere Exzellenz dem zu Ihrer gefälligen vertraulichen Information abschriftlich beigefügten Berichte des Kaiserlichen Botschafters in London vom 8. d. Mts.** des näheren entnehmen wollen, scheint bei der gegenwärtigen englischen Regierung der Wunsch vorhanden zu sein, die Beziehungen zu uns freundschaftlich zu gestalten und mit uns alsbald in Verhandlungen über praktische Fragen einzutreten. Kriegsminister Haldane glaubt, daß sich bei dieser Gelegenheit auch eine Einigung über die Bagdadbahn werde erzielen lassen. Die diesbezüglichen Ausführungen Mr. Haldanes sind besonders aus dem Grunde bemerkenswert, weil sie erkennen lassen, daß dieser englische Staatsmann uns in Kleinasien eine bevorrechtigte Stellung einzuräumen geneigt ist.

---

* Tatsächlich hatte inzwischen der französische Ministerpräsident Rouvier, obwohl er im September gegenüber dem Gesandten Rosen selbst von neuem ein deutsch-französisches Zusammengehen in der Bagdadbahnfrage angeregt hatte (vgl. Nr. 8620), nach erreichter Verständigung über die Marokkofrage wieder einen starken Schritt zurückgetan. Am 18. Oktober 1905 meldete Fürst Radolin darüber telegraphisch (Nr. 439): „Weisungsgemäß habe ich im Laufe des Gesprächs Rouvier gefragt, ob er geneigt sei, entsprechend seinem im Frühjahr d. Js. mir gemachten Vorschlag, über allgemeine Fragen, wie Bagdadbahn und Kamerun, mit uns in Verhandlungen zu treten. Rouvier erwiderte, er habe mir angeboten, eine sogar weitergehende Abmachung wie mit England auch über obige Punkte zu treffen, jedoch zu einer Zeit, wo er gehofft habe, die marokkanische Angelegenheit à nous deux ohne Konferenz zu erledigen. Aber auch unter den jetzt veränderten Verhältnissen würde er gern bereit sein, dem Gedanken näherzutreten, jedoch erst nach der Konferenz [von Algeciras].“ Siehe den vollen Text des Schriftstücks in Bd. XX, Kap. CXLIX, Nr. 6836.

** Siehe Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7181.

Wenngleich der Zeitpunkt zu direkten Verhandlungen mit England über die Bagdadbahnfrage noch nicht gekommen zu sein scheint und wir die Initiative in der Angelegenheit zweifellos den Engländern überlassen müssen, dürfte es doch wohl angezeigt sein, daß wir uns jetzt schon darüber schlüssig machen, auf welcher Basis die Verhandlungen eventuell zu führen sein möchten. In dieser Hinsicht wird zunächst zu prüfen sein, ob wir auch heute noch an den Grundsätzen festhalten können, die, wie Euerer Exzellenz bekannt, Ende Juli v. Js. dem Direktor Gwinner für seine Konferenz mit Herrn Speyer mitgeteilt worden sind*, oder ob sich dies nicht mehr empfiehlt. Es liegt auf der Hand, daß die Engländer um so eher an uns heranzutreten geneigt sein werden, je mehr ihnen klar wird, daß wir den Bau der Bahn selbständig fortzuführen bereit und in der Lage sind. Zu diesem Zwecke wäre es sehr erwünscht, wenn die Taurusstrecke baldigst in Angriff genommen und ohne englische Beihülfe vollendet werden könnte. Die Aussichten hierfür erscheinen nach Euerer Exzellenz gefälliger Berichterstattung nicht ungünstig. Sollten wir ferner in der Lage sein, nach Beendigung der Tauruslinie die Bahn unter gleichen Bedingungen noch eine erhebliche Strecke selbständig weiterzubauen, so würde dies unsere Position gegenüber England wohl nur stärken. Es wäre mir daher erwünscht, von Euerer Exzellenz auch darüber unterrichtet zu werden, bis zu welchem Punkte nach Ihrer Ansicht die Bagdadbahn als deutsches Unternehmen eventuell durchgeführt werden könnte.

Was diejenige weitere Strecke der Bahn anlangt, bei der wir aus finanziellen und politischen Gründen auf die Mitwirkung Englands wohl nicht werden verzichten können, so käme vielleicht in Frage, ob wir nicht auf die Umwandlung des diesbezüglichen Unternehmens in ein internationales unter Beteiligung von England, Frankreich, Rußland und der Türkei neben uns hinarbeiten sollten. Daß ein Einvernehmen mit Rußland in der Angelegenheit kaum zu umgehen sein wird, erhellt schon aus den Bemerkungen Mr. Haldanes. Die fragliche Kombination dürfte aber vielleicht auch den Interessen der Pforte in der Kueitfrage Rechnung tragen sowie ferner dazu geeignet erscheinen, übertriebenen englischen Ansprüchen und den von Rußland in der Angelegenheit zu erwartenden Schwierigkeiten zu begegnen und schließlich auch unsere Stellung gegenüber den Engländern erleichtern, insofern durch den internationalen Charakter die Möglichkeit politischer Sondervorteile für uns zweifellos beseitigt ist.

Euerer Exzellenz würde ich für eine gefällige Äußerung zur Sache dankbar sein.

Tschirschky

---

* Vgl. Nr. 8616.

Nr. 8628

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 160 London, den 23. Mai 1906

In meiner Gegenwart richtete vor einigen Tagen der Botschaftsrat der hiesigen russischen Botschaft* an Seine Majestät den König die Frage, ob er den „Standard"-Artikel** gesehen habe. Der König bejahte achselzuckend. Als ich gestern meinen russischen Kollegen nach der Bedeutung der „Standard"-Meldung fragte, bestritt er auf das allerentschiedenste, daß derselben überhaupt irgend etwas Positives zugrunde liege, so sehr auch eine Verständigung mit England von dem friedensbedürftigen Rußland gewünscht werde. Die einzelnen Angaben des „Standard" bezeichnete er als Produkte journalistischer Phantasie. Da mir diese Ansicht auch von einem Mitglied des Foreign Office geäußert wurde, das darüber unterrichtet sein kann, so bin ich um so geneigter, dieselbe als zutreffend anzusehen, als die Vorschläge des „Standard" über die Regelung der Bagdadbahnfrage sich mit Idee decken, die mir der Verfasser des mit Bericht vom 2. Mai (Nr. 424) eingereichten „Standard"-Artikels*** in der letzten Zeit wiederholt entwickelt hat.

Ich würde wahrscheinlich, wenn ich die „Standard"-Meldung zum Gegenstand von Erörterungen mit maßgebenden Persönlichkeiten der Regierung machen wollte, bestimmt feststellen können, ob es sich nicht doch um einen regierungsseitig lancierten ballon d'essai handelt. Ich habe

---

* Poklewsky.

** Am 19. Mai hatte der „Standard" einen längeren Artikel über die „Anglo-Russian-Entente" gebracht, wonach eine Verständigung zwischen England und Rußland über die asiatischen Fragen im Gange wäre, insbesondere über Persien. Es war in dem Artikel so hingestellt, als ob die vor dem Abschluß stehende Entente sich auch auf die Bagdadbahn erstrecken sollte. Zu dem Passus des Artikels über die Bagdadbahn bemerkte Kaiser Wilhelm II.: „There is nothing to be settled. That is our affaire alone with Turkey." Noch am 19. erhielt dann der Botschafter von Schoen in Petersburg Auftrag, den neuernannten russischen Minister des Auswärtigen Iswolsky deswegen zu interpellieren und ihm bemerklich zu machen, die deutsche Regierung erwarte von der russischen, daß sie in Fragen, welche die deutschen Interessen berührten, „nicht ohne unser Zutun entscheidet und uns nicht vor ein fait accompli stellt." Schoen hatte Iswolsky geradezu zu sagen, „daß wir die Haltung Rußlands in dieser Frage als Gradmesser für die Gesinnungen ansehen werden, von welchen sich Rußland in seinen politischen Beziehungen zu uns in Zukunft leiten lassen wird." Iswolsky erklärte darauf dem deutschen Botschafter, bei den Verhandlungen mit England habe es sich lediglich um eine allgemeine Verständigung über asiatische Dinge gehandelt; von der Bagdadbahn sei dabei seines Wissens keine Rede gewesen, und es sei völlig ausgeschlossen, daß Rußland und England über Interessen und Rechte Dritter, namentlich Deutschlands, verfügten, ohne vorher mit diesem Verständigung zu suchen. Siehe die betreffenden Schriftstücke im Wortlaut in Kap. CLXXXIII, Nr. 8507ff.

*** Mr. Wigham.

dies aber bisher vermieden, weil ich aus einer Quelle, die ich als zuverlässig ansehen darf, im strengsten Vertrauen erfahre, Sir Grey sei von der Nützlichkeit einer Verständigung mit uns über die Bagdadbahnfrage überzeugt und erklärte in einer solchen einen geeigneten Ausgangspunkt für die Anbahnung der von ihm gewünschten besseren Beziehungen zu Deutschland. Der Staatssekretär hat zu meinem Gewährsmann geäußert, er habe sich bisher nicht entschließen können, den Kaiserlichen Herrn Botschafter auf die Sache anzureden, in der Besorgnis, sich von ihm einer abschlägigen Antwort (rebuff) auszusetzen. Diese Äußerungen Sir E. Greys stehen mit der „Standard"-Meldung nicht im Zusammenhang. Nachdem aber inzwischen in unseren durch dieselbe hervorgerufenen offiziösen Kundgebungen der Gedanke einer Beteiligung Englands an der Bagdadbahn nicht zurückgewiesen worden ist, muß ich mit der Möglichkeit rechnen, daß von hier aus mir gegenüber die Sache angeregt wird. Ich wäre daher für Weisungen über die Regelung meiner Sprache in diesem Falle dankbar.

Stumm

Nr. 8629

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 133 Berlin, den 24. Mai 1906

Auf Telegramm Nr. 160* zur Euer Hochwohlgeboren Information. Eine Verständigung mit England über die Bagdadbahn wäre sehr erwünscht. Nach der bisherigen Entwickelung der Frage wird es aber Sache der Engländer sein, uns in der Sache zu kommen, da wir im Besitz der Konzession bis zum Persischen Golf sind. Bitte daher, etwaige diesbezügliche Anregungen der dortigen Regierung dahin zu beantworten, daß wir zu einer Verständigung gern bereit sind.

Tschirschky

Nr. 8630

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 184 Paris, den 29. Mai 1906

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Bourgeois machte mir folgende Mitteilung, die er mich bat, als eine amtliche Erklärung zu betrachten.

* Siehe Nr. 8628.

Wie Herr Bompard* aus Petersburg geschrieben, hätte der Kaiserliche Botschafter von Schoen Herrn Iswolsky gefragt, wie es sich mit den Verhandlungen, betreffend die Bagdadbahn, verhalte. Der russische Auswärtige Minister hätte erwidert, daß in dieser Frage nichts geschehen könne ohne Deutschland. Er, Bourgeois, wolle nicht unterlassen, mich davon zu verständigen, daß dies vollkommen seiner Auffassung entspreche, und daß er dieselbe zur Kenntnis der englischen und russischen Regierung gebracht. Mit Rücksicht darauf, daß Deutschland die Konzession der Hauptlinie der Bagdadbahn besitze, könnten gedeihliche Besprechungen über diese Angelegenheit nur mit dem „concours" Deutschlands stattfinden. Herr Bourgeois bemerkte weiter, es sei diese Frage auf die Anregung des Geheimrats Dr. Zander zurückzuführen, nachdem derselbe in finanzieller Beziehung mit hiesigen Finanzkreisen die ersten Schritte getan und die Initiative ergriffen.

Herr Bourgeois schloß mit den Worten, daß er keinerlei Initiative ergreifen wolle, daß er aber, falls die Kaiserliche Regierung dieselbe ergreifen sollte, bereit sei anzuhören — „d'écouter" —, was dieselbe ebenso wie London und Petersburg zu sagen hätten. Der Minister ließ durchblicken, ohne sich indes mehr zu äußern, daß ihm eine Aussprache und eine Verständigung mit uns erwünscht wäre.

Radolin

Nr. 8631

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 156 Berlin, den 31. Mai 1906

Auf Telegramm Nr. 184**.

Bitte Herrn Bourgeois mit Bezug auf seine Erklärung folgendes mündlich mitzuteilen:

Herr Iswolsky hat Herrn von Schoen erklärt, die russische Regierung erkenne die Interessen Deutschlands in der so wichtigen Bagdadbahnfrage vollinhaltlich an und werde keinerlei Entscheidung, welche diese Frage berühren könnte, treffen, ohne sich vorher in vollkommener Offenheit mit der deutschen Regierung auseinandergesetzt zu haben. Die Kaiserliche Regierung hat mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß auch Herr Bourgeois vollkommen die Auffassung teilt, daß in der Bagdadbahnfrage nichts ohne Deutschland geschehen könne, und daß Herr Bourgeois

---

* Französischer Botschafter in Petersburg.
** Siehe Nr. 8630.

diese Auffassung zur Kenntnis der englischen und der russischen Regierung gebracht hat.

Zu Euerer Durchlaucht vertraulicher Orientierung bemerke ich noch folgendes: Wir denken nicht daran, Frankreich gegenüber in der Frage die Initiative zu ergreifen, da wir im Besitz der Bahnkonzession sind und zum Bau der zunächst in Betracht kommenden weiteren Strecke fremdes Kapital weder brauchen noch wünschen. Schon dieser Grund steht der französischen Behauptung entgegen, daß Geheimrat Zander dort die Initiative ergriffen habe. Nach Angabe Zanders ist die Anregung der Bahnfrage vielmehr von der dortigen Finanz ausgegangen, von ihm aber gänzlich ablehnend behandelt worden. Uns kommt es zunächst auf eine Verständigung mit England zwecks Beseitigung der Reibungsfläche an. Sollte Herr Bourgeois daher auf die Frage der Initiative zurückkommen, so bitte ich, sich lediglich dahin zu äußern, daß wir nach Euerer Durchlaucht rein persönlicher Ansicht zu einer Verständigung mit Frankreich über die Bahnfrage gern bereit seien, die Erwägungen in der Angelegenheit indes noch schweben dürften.

Tschirschky

Nr. 8632

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 512 London, den 29. Mai 1906

Als ich im Laufe einer Unterredung mit Sir Charles Hardinge dem Unterstaatssekretär mein Bedauern darüber aussprach, daß durch die irreführenden Veröffentlichungen des „Standard" über Stand und Inhalt der russisch-englischen Verhandlungen* die öffentliche Meinung wieder Gelegenheit erhalten habe, sich in einer unerwünschten Weise mit den deutsch-englischen Beziehungen zu beschäftigen, erwiderte er mir, daß die englische Regierung den Gedanken erwogen habe, dem „Standard" sofort mit einem Dementi entgegenzutreten. Sie habe aber in der Erwägung davon Abstand genommen, daß derartige Erklärungen meistens nur den Erfolg hätten, der Presse neuen Stoff zu Erörterungen und zu Entstellungen zu bieten. Sir Charles sagte mir dann, Graf Benckendorff habe hier Mitteilung von einer Unterredung gemacht, die der Kaiserliche Herr Botschafter in St. Petersburg mit Herrn Iswolsky gehabt und in der Herr von Schoen unter anderem der Besorgnis Ausdruck gegeben habe, daß die russisch-englischen Verständigungsverhandlungen auch die Fragen des näheren Orients zum Gegenstande hätten. Er könne mir diesbezüglich

* Vgl. Nr. 8628, Fußnote **.

bestimmt versichern, daß es sich dabei lediglich um Zentralasien handele. Ich entgegnete dem Unterstaatssekretär, daß die Berührung der Bagdadbahnfrage im Zusammenhang mit den angeblich russisch-englischen Vereinbarungen durch den „Standard" vermutlich Herrn von Schoen zu seiner Bemerkung veranlaßt habe. Sir Charles bemerkte darauf, daß es für die englische Regierung selbstverständlich ausgeschlossen sei, die Bagdadbahn zum Gegenstand von Abmachungen mit anderen Mächten zu machen, nachdem die Konzession für dieselbe der Deutschen Bank erteilt worden sei und England eine Beteiligung daran abgelehnt habe. Ich ließ hier einfließen, ich vermutete, daß die liberale Regierung den Standpunkt des konservativen Kabinetts in dieser Frage nicht vollständig teile, was mir Sir Charles mit dem Hinweis bestätigte, daß er persönlich stets — auch schon vor drei Jahren — für eine Beteiligung Englands an dem Unternehmen eingetreten sei. Zurzeit würde auch die Frage im Foreign Office wieder erwogen, und man habe sich bereits mit hiesigen Finanzkreisen in Verbindung gesetzt, um sich darüber Gewißheit zu verschaffen, ob die nötigen Kapitalien verfügbar seien. Dagegen sei man noch im Zweifel, wie sich Deutschland zu der Sache stellen werde. Ich sagte hierauf dem Unterstaatssekretär, ich könne ihm die Versicherung geben, daß etwaige Wünsche Englands in dieser Hinsicht einer freundlichen Aufnahme von unserer Seite gewiß seien. Selbstverständlich aber müsse die Initiative von englischer Seite ausgehen. Sir Charles war ganz unverkennbar von meiner Entgegnung auf das angenehmste überrascht und schien dieselbe so wenig erwartet zu haben, daß er sich meine Erklärung noch einmal wiederholen ließ. Er sagte darauf, es sei natürlich daß England die Sache anregen müsse; meine Eröffnung sei ihm sehr erfreulich und von der allergrößten Bedeutung. Ich bemerkte noch dem Unterstaatssekretär, daß mit Rücksicht auf die Haltung der öffentlichen Meinung in England es von Wichtigkeit sein werde, den richtigen Zeitpunkt für die Inangriffnahme der Sache zu wählen, den die englische Regierung ja am besten zu erkennen in der Lage sein werde. Sir Charles stimmte mir zu, indem er mir entgegnete, die Hauptsache für die Wiederherstellung normaler deutsch-englischer Beziehungen sei es, nichts zu überstürzen. Die Marokkokonferenz sei immer noch etwas sehr nahe.

Was die „Standard"-Meldung betrifft, die zu dieser Unterredung Anlaß gegeben hat, so dürfte es nunmehr erwiesen sein, daß dieselbe vollständig aus der Luft gegriffen ist. Die Art und Weise, wie sich Sir Charles Hardinge über dieselbe aussprach, läßt es mir auch ganz undenkbar erscheinen, daß sie nach irgendeiner Richtung hin auf eine Inspiration der englischen Regierung zurückzuführen wäre. Ich habe Mr. Wigham, der mich vor einigen Tagen wieder aufsuchte, mein Befremden über die Veröffentlichungen seines Blattes ausgesprochen, worauf er sich damit entschuldigte, daß dieselben während seiner Abwesenheit infolge eines Mißverständnisses geschehen seien. Es ist mir trotzdem nicht zweifelhaft, daß er der Urheber der ganzen Enthüllungen ist, und beweist der Vorgang

nur erneut, daß der „Standard" auf das Niveau eines gewöhnlichen Sensationsblattes herabgesunken und daß seinen Mitteilungen keine Bedeutung beizulegen ist. Von Interesse dürfte noch eine Bemerkung des Grafen Benckendorff sein, der sich dem Grafen Mensdorff gegenüber dahin ausgesprochen hat, die Angaben des „Standard" seien schon aus dem Grunde offenbare Phantasiegebilde, weil sich Rußland niemals auf solche Bedingungen einlassen werde, wie sie der „Standard" bezüglich der englischen Beteiligung an der Bagdadbahn vorgeschlagen habe. Das gelte insbesondere hinsichtlich der Überlassung des Abschnitts von Bagdad an den Persischen Golf an England. Wie schon seinerzeit dem Grafen Metternich, so hat bei dieser Gelegenheit Graf Benckendorff auch dem Grafen Mensdorff versichert, daß es zu eigentlichen Verhandlungen zwischen England und Rußland überhaupt noch nicht gekommen sei. Graf Mensdorff bat mich, seine Mitteilungen als ganz vertraulich anzusehen.

Die Enthüllungen des „Standard" über angebliche deutsche Pläne in Persien haben hier keinen großen Eindruck gemacht. Sir Charles Hardinge versicherte mir, solche Sachen flössen an der Regierung ab wie „water from the feathers of a duck".

Stumm

Nr. 8633

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 60 Therapia, den 27. Mai 1906

Auf Erlaß Nr. 609*.

Die Stellung der Engländer zu der Bagdadbahn läßt sich dahin präzisieren: „Am liebsten wäre es uns, wenn sie nicht gebaut würde; geschieht dies aber trotzdem, so müssen wir dabei sein." Daraus ergeben sich zwei wichtige Konsequenzen, einmal, daß jede Initiative unsererseits, die Engländer zur Teilnahme zu bestimmen, nicht nur erfolglos bleiben, sondern auch die entgegengesetzte Wirkung haben muß, weil sie den Eindruck erweckt, daß wir ohne England nichts machen können; und zweitens, daß wir selbst diejenigen Handlungen vornehmen müssen, welche in England die Überzeugung hervorrufen, daß die Bagdadbahn trotz der englischen Abneigung gebaut werden wird. In dieser Beziehung ist die nach Konia-Bulgurlu folgende Teilstrecke gleichsam die Probe aufs Exempel. Denn die 200 Kilometer, die hinter Bulgurlu beginnen, sind nicht nur die technisch schwierigsten, sondern eben deshalb auch die teuersten der ganzen Bahn.

* Siehe Nr. 8627.

Während die Pauschalsumme, welche die türkische Regierung vertragsmäßig pro Kilometer für die ganze Strecke von Konia bis zum Persischen Golf zu bezahlen hat, sich auf rund 260 000 frcs. beläuft, wird die zweite Teilstrecke etwas mehr als 300 000 frcs. per Kilometer kosten. Der Bau der zweiten Teilstrecke ist also ein finanziell recht schlechtes Geschäft. Der Bau kann nur in der Absicht unternommen werden, sich durch weitere billigere Teilstrecken schadlos zu halten. Als im Herbst 1904 die erste Teilstrecke Konia-Bulgurlu dem Betriebe übergeben wurde, war die communis opinio in hiesigen diplomatischen und finanziellen Kreisen, daß damit auf absehbare Zeit der Bau der Bagdadbahn sistiert sei. An hämischen Kritiken gegen Deutschland hat es damals nicht gefehlt. Wir sollten die Türken übers Ohr gehauen haben, indem wir uns für die erste Teilstrecke mehr als das Doppelte bezahlen ließen von dem, was dieselbe effektiv gekostet hat. Niemand zweifelte daran, daß der Gewinn alsbald im Syndikate zur Verteilung gelangt sei. Berichte in diesem Sinne sind sicherlich in allen Archiven der europäischen Ministerien zu finden. Auch an mein Ohr sind wiederholt derartige wenig freundliche Kritiken gelangt. Ich habe konsequent geschwiegen, weil ich die Bagdadbahn zu denjenigen Angelegenheiten rechne, bezüglich derer man nie reden, sondern immer nur handeln sollte.

Ein Umschwung in der allgemeinen Auffassung ist in bemerkenswerter Weise eingetreten, als vor vier Monaten eines Tages die überraschende Kunde verlautete, daß die Deutsche Bank die Linie Mersina-Adana in ihren Besitz gebracht hatte. Das Axiom, daß die Deutschen weder die Kraft noch die Absicht hätten, über den Taurus zu bauen, war damit gründlich erschüttert. Denn es war klar, daß die Deutsche Bank nicht Millionen aufwenden würde, um weit über den Kurs Aktien eines ziemlich verlotterten Bahnunternehmens aufzukaufen, wenn dasselbe ein verlorener Posten bleiben sollte. Von jenem Augenblicke an hat man sich hier, namentlich auch in englischen Kreisen mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß die Ausführung der Taurusbahn von den Deutschen ernstlich in Aussicht genommen sei. Bereits damals hatte sich denn auch die Deutsche Bank entschlossen, ungeachtet aller finanziellen Bedenken die folgenden 200 Kilometer zu bauen und hierzu die bei der ersten Teilstrecke gesammelten Reserven zu verwenden. Dieser Entschluß ist ein überaus dankenswerter. Er widerlegt alle Verdächtigungen, die gegen uns im Gange waren, und er beweist speziell den Engländern gegenüber, daß es uns Ernst ist und die Erzielung von Emissions- und Baugewinnen im Hintergrund steht gegenüber dem großen Gedanken der wirtschaftlichen Erschließung der großen Länderstrecken zwischen dem Mittelländischen Meere und dem Persischen Golfe. Diese moralische Wirkung der Taurusbahn wird allerdings nur unter der Voraussetzung eintreten, daß der Bau derselben ein deutsches Unternehmen ist, das wir in der Hauptsache aus eigener Kraft durchführen. Aus diesem Grunde darf meines Erachtens vorläufig an den mit den Franzosen getroffenen Verabredungen

nichts geändert werden. Ist die Taurusbahn gebaut, so können wir etwaigen französischen Wünschen bezüglich der weiteren Teilstrecken entgegenkommen.

Die Aussichten, die Garantien für die Bahn von seiten der türkischen Regierung zu erhalten, sind günstig. Die Türken sehen ein, daß sie ganz abgesehen von dem volkswirtschaftlichen Nutzen der Bahn ein gutes Geschäft machen, wenn ihnen eine Bahn gebaut wird, die mehr kostet, als sie dafür bezahlen, und daß ihre Garantie für Konia-Bulgurlu wesentlich entlastet wird, wenn die Bahn nach dem reichen Wilajet Adana weitergeführt wird. Der Sultan wünscht selbst dringend die Fortsetzung. Für ihn steht dabei die Verbindung mit der Hedjasbahn im Vordergrunde des Interesses. Im Herbst dieses Jahres werden die Franzosen die Bahn Hamah-Aleppo dem Betriebe übergeben. Der Darlegung, welche ich wiederholt dem Sultan mündlich unterbreitet habe, daß die Hedjasbahn dann erst ihre volle Bedeutung erhalte, wenn sie mit der Hauptstadt in Verbindung gebracht werde, hat der hohe Herr nicht nur stets beigepflichtet, sondern ausdrücklich erklärt, daß die Verbindung zwischen Aleppo und dem bisherigen Endpunkte der Bagdadbahn für ihn die allerwichtigste Aufgabe bilde. Auch der Großwesir steht günstig zu der Frage. Wenn ich trotzdem dieselbe hisher nicht betrieben habe, so liegt der Grund darin, daß die Türken in der letzten Zeit mit anderen Fragen: der persischen Grenzfrage*, der Tabafrage**, der Angelegenheit der dreiprozentigen Zollerhöhung und endlich der Konversion der Prioritäten*** vollauf in Anspruch genommen waren. Dagegen glaube ich, daß im Herbst dieses Jahres der Moment gekommen sein wird, um die Sache ernstlich in Angriff zu nehmen. Die Aufgabe, etwa 110 bis 120000 Ltqs. sicherer Staatseinnahmen zu finden, welche als Garantie erforderlich sind, ist schwierig, aber sie wird namentlich dann nicht unlösbar sein, wenn die Pforte endlich die Zollerhöhung erlangt hat. Mit Rücksicht auf die Garantie möchte ich dringend befürworten, daß die zweite Teilstrecke ebenso wie die erste auf 200 Kilometer beschränkt werde. Wir würden dann nach meiner Berechnung noch etwas über Adana hinauskommen.

Unzweifelhaft ist in der öffentlichen Meinung Englands in der letzten Zeit ein gewisser Umschwung eingetreten. Der Bau der Taurusbahn wird denselben wesentlich verstärken. Noch wirksamer wird sich eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen erweisen. Nachdem die vor einigen Jahren gemachten Versuche, sich mit England über gemeinsame Ausführung der Bagdadbahn zu verständigen, an einer ziemlich unklaren, aber um so intensiveren Verstimmung gescheitert waren, ist logischerweise zu erwarten, daß mit dem Abflauen dieser Verstimmung auch die Chancen einer Verständigung wachsen werden. Bis jetzt sind die englischen Sympathieäußerungen für die Bagdadbahn noch ziemlich platoni-

* Vgl. Kap. CLXXXV, Nr. 8573, S. 112, Fußnote *.
** Vgl. Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7181, S. 428, Fußnote **.
*** Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXII.

scher Natur. Das gilt auch von den Äußerungen des Herrn Haldane*, so interessant dieselben auch sind. Wir haben jedenfalls noch keinen Anlaß, von der Linie abzuweichen, die im vorigen Jahre für unser Verhalten gezogen worden ist: Bereitwilligkeit, jeden Faden der Verständigung aufzunehmen, den die Engländer uns anbieten, aber gleichzeitig energischer Weiterbau. Daß die Engländer uns schließlich kommen werden, wenn wir bei diesem Programme bleiben, ist nach wie vor meine feste Überzeugung.

Wenn bei Einhaltung dieser Linie der Eintritt in ernste Verhandlungen verschoben wird, so ist dies kein Unglück. Denn solche Verhandlungen würden uns sofort in eine Diskussion über die letzte Teilstrecke, die am Persischen Golfe endet, führen. Das scheint etwas verfrüht, solange wir noch mehr als 2000 Kilometer vom südlichen Ausgangspunkt entfernt stehen. Aber dort liegt für die Engländer der entscheidende Punkt. Sie saeen — und von ihrem Standpunkt nicht mit Unrecht —: „Ihr Deutschen besitzt den Schlüssel zu der einen Tür der Bagdadbahn, denn Haidar-Pascha—Konia steht unter Eurer ausschließlichen Kontrolle. Da ist es nicht mehr als billig, daß wir den Schlüssel zu der anderen Tür erhalten. Das ist für uns gleichzeitig eine politische Notwendigkeit, denn der Persische Golf gehört zu unserer Interessensphäre, und dort können wir keinen anderen zulassen." Aus dieser Argumentation wird dann die englische Kontrolle über die Bahn vom Golfe bis Bassorah, vielleicht bis Bagdad gefolgert. Das wäre für uns kaum annehmbar, für die Türkei aber vollkommen inakzeptabel.

Angesichts dieses Dilemmas drängt sich der bei der bisherigen russischen Haltung gegenüber der Bagdadbahn etwas paradoxe Gedanke auf, ob wir nicht in Rußland einen natürlichen Bundesgenossen haben, um extreme englische Wünsche zu mildern? Bei den schwebenden englisch-russischen Verhandlungen bildet die Verständigung über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Persien den für uns wichtigsten Punkt. Der Gegensatz der beiden Staaten in dieser Beziehung bestand bisher — summarisch ausgedrückt — darin, daß Rußland die Abteilung mittels einer senkrechten, zum Persischen Golf führenden Linie anstrebte, England dagegen mittels einer wagerechten, die von Afghanistan ausgehend an der türkischen Grenze endet. Die senkrechte Linie ist durch den ostasiatischen Krieg und das englisch-japanische Bündnis definitiv beseitigt. Rußland wird sich mit der wagerechten Linie begnügen müssen und dahin streben, dieselbe möglichst nach Süden zu schieben. Aber der Drang Rußlands nach dem südlichen Meere ist heute, nachdem der Ausgang zum Gelben Meere ihm verschlossen ist, stärker als je. Da liegt für die russischen Staatsmänner der Gedanke nahe, daß die bisher von ihnen angefeindete Bagdadbahn, die unter Beteiligung Frankreichs von den Deutschen gebaut wird und durch türkisches Gebiet führt, einen gewissen Ersatz dafür zu bieten vermöchte, daß Rußland der Weg durch das süd-

---

* Vgl. Nr. 8627.

liche Persien verschlossen ist. Das wäre natürlich nur dann der Fall, wenn es nicht in Bagdad oder Bassorah auf eine ausschließlich englische Kontrolle bis zum Meere stößt. Diese Fragen werden sicherlich bei den russisch-englischen Verhandlungen berührt werden. Da aber die türkische Herrschaft bis zum Persischen Golf reicht, die Deutschen bis dorthin sich im definitiven Besitze der Bahnkonzession befinden und an der letzteren auch Frankreich finanziell beteiligt ist, so erscheint es undenkbar, daß Rußland und England jene Frage ohne die Zustimmung der genannten Staaten lösen. Eine internationale Ordnung der Frage scheint unumgänglich zu sein, und Rußland wird dabei sicherlich nicht auf der Seite übertriebener englischer Ansprüche stehen.

Marschall

Nr. 8634

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 539 London, den 8. Juni 1906

Die in der Presse aufgetauchte Nachricht, daß Deutschland und England bereits zu einer Verständigung über die Bagdadbahn gelangt seien, hat, wie ich aus den bei mir gemachten Sondierungsversuchen hiesiger Diplomaten entnehme, die Aufmerksamkeit der sonst noch an der Frage interessierten Regierungen erregt. Insbesondere dürfte dieselbe die russische Regierung nachdenklich gestimmt haben Mein russischer Kollege* lenkte bei einer Begegnung, die ich dieser Tage mit ihm hatte, die Unterhaltung direkt auf das Thema und richtete an mich die Frage, ob wir schon in der Bagdadbahnfrage mit der englischen Regierung verhandelt hätten. Ich verneinte dies, indem ich Herrn Poklewsky sagte, nach den bekannten Vorgängen könnten wir nur den Standpunkt einnehmen, daß es die Sache Englands sei, an uns mit der Sache heranzutreten. Herr Poklewsky meinte, er wisse, daß die englische Regierung sich zurzeit mit der Frage beschäftige. Ich schließe hieraus, daß die russische Botschaft sich auch im Foreign Office nach dem Stande der Angelegenheit erkundigt hat. Ich sagte meinem russischen Kollegen, der mir erzählte, daß Herr von Schoen Herrn Iswolsky mitgeteilt habe, daß die deutsche Regierung durch seine Erklärungen über die russisch-englischen Verhandlungen vollständig befriedigt worden sei, es sei zu wünschen, daß man auch in Rußland die der Bagdadbahn gegenüber früher eingenommene Haltung aufgebe. Herr Poklewsky meinte darauf, er habe aus den auf die Frage bezüglichen Mitteilungen aus Petersburg den Eindruck gewonnen, daß eine gewisse Geneigtheit hierzu bereits vorhanden sei. Die Frage sei natürlich

---

* Poklewsky.

keine leichte und würde sich wohl nur auf dem Wege der Internationalisierung der Bahn, nicht aber auf dem Wege der Zuteilung gewisser Abschnitte an einzelne Nationen regeln lassen. Mein russischer Kollege deutete schließlich an, daß es für Rußland sehr darauf ankommen werde, ob gleichzeitig gewisse Wünsche, die es in bezug auf andere Bahnen hege, Berücksichtigung finden könnten. Hiermit könnten wohl nur die russischen Bahnpläne in Nordpersien gemeint sein. Ein Mitglied des Foreign Office, das über die Bagdadbahnfrage gut unterrichtet ist, sprach mir die Ansicht aus, daß man von englischer Seite russischen Eisenbahnplänen in Persien, soweit es sich nicht um den Osten, speziell das Seistangebiet handele, keine Schwierigkeiten entgegensetzen werde. Mein Gewährsmann erzählte mir ferner, daß die Bagdadbahnfrage zurzeit einer sehr eingehenden Prüfung im Foreign Office unterzogen werde, so daß eine bestimmte Entschließung so bald nicht zu erwarten sei. Es scheint, daß sich dieses Studium auch auf die Trace und die wirtschaftliche Seite erstreckt. Ferner glaube ich aus den mir gemachten Andeutungen schließen zu sollen, daß unter anderem der Gedanke einer Beteiligung des englischen Staates ähnlich wie bei dem Suezkanal erwogen wird. Jedenfalls ist auch das Treasury Department mit der Frage befaßt worden.

Ich darf die gehorsame Bitte aussprechen, vorstehende Angaben als ganz vertrauliche ansehen zu wollen, damit eine Kompromittierung meiner äußerst wertvollen Informationsquelle vermieden wird.

Stumm

Nr. 8635

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 225 St. Petersburg, den 16. Juni 1906

Mein französischer Kollege hat mir vertraulich und freundschaftlich von der Bagdadbahnfrage gesprochen.

Direktor Zander, sagte Herr Bompard, habe vor einiger Zeit in Konstantinopel Äußerungen gemacht, welche auf die Geneigtheit der Deutschen Bank schließen ließen, die seit einigen Jahren ruhenden Verhandlungen wegen Beteiligung internationalen Kapitals an dem Unternehmen der Bagdadbahn wieder aufzunehmen. Bekanntlich sei in Frankreich stets Neigung zu einer derartigen Beteiligung vorhanden gewesen, die Verwirklichung sei jedoch teils daran gescheitert, daß auf deutscher Seite einer angemessenen Vertretung der eventuell investierten französischen Interessen Schwierigkeiten bereitet worden seien, teils an dem vorwiegend auf politi-

schen Erwägungen beruhenden Widerstand Rußlands gegen das Bahnunternehmen, ein Umstand, auf welchen das verbündete Frankreich Rücksicht nehmen mußte. Er habe nun infolge der Zanderschen Äußerungen den Auftrag erhalten, hier zu sondieren und sein möglichstes zu tun, um die russischen Bedenken zu beschwichtigen und zu beseitigen. Diese Aufgabe sei nicht leicht und erfordere Zeit, da die Voreingenommenheit gegen die Bagdadbahn tief eingewurzelt sei. Er zweifle aber kaum, daß es ihm schließlich gelingen werde, zum erwünschten Ziele zu gelangen, da er in den maßgebenden Kreisen, namentlich bei dem neuen Minister des Äußern viel Verständnis und Entgegenkommen gefunden habe. Herr Iswolsky teile keineswegs die landläufigen Besorgnisse bezüglich der nachteiligen Folgen der Bagdadbahn für die russischen Interessen und sei ein entschiedener Anhänger russischer Kapitalbeteiligung. Auch Graf Witte, seinerzeit die Seele des Widerstandes, habe sich zu anderen Anschauungen bekehrt.

Für die weitere Aktion sei es von Wichtigkeit zu wissen, wie die Kaiserliche Regierung zu der Frage stehe. Die früheren Verhandlungen ließen in dieser Richtung gewisse Zweifel bestehen, die neuerdings in Auslassungen der deutschen Presse wieder Nahrung gefunden hätten. In Paris seien einige Artikel angesehener deutscher Zeitungen beachtet worden, die den deutschen Besitzstand der Bagdadbahn sehr nachdrücklich gegen fremde Einmischungsgelüste verteidigen zu wollen schienen und den Eindruck einer gereizten Abwehr von Angriffen machten, die tatsächlich nicht geplant seien. Niemand, am allerwenigsten Frankreich denke an einen Einbruch in die von Deutschland erworbenen Rechte, man wünsche vielmehr lediglich die kapitalistische Mitbeteiligung an dem großen und aussichtsreichen Unternehmen auf Grund freundschaftlicher Verständigung. Wenn die französische Regierung diesen Bestrebungen warmes Interesse zuwende, so geschehe es nicht zum wenigsten in der Erwägung, daß ein Zusammenarbeiten auf dem Gebiete materieller Interessen auch politisch von wohltätigen Folgen sein und der Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland förderlich sein werde. Er, der Botschafter, sei stets, auch in der Zeit, wo er am Quai d'Orsay gearbeitet, ein warmer Anhänger dieses Gedankens gewesen, der in den maßgebenden Kreisen Frankreichs mehr verbreitet sei, wie man in Deutschland zu glauben geneigt scheine.

Ich habe meinem Kollegen zunächst für die vertrauensvolle Aussprache gedankt und sodann erwidert, ich sei mit der neuen Phase der Bagdadbahnfrage nicht genügend vertraut, um ihm diejenige Aufklärung zu geben, auf die es ihm anzukommen scheine; indessen könne ich ihm das sagen, daß die Kaiserliche Regierung stets den rein wirtschaftlichen Charakter des Unternehmens betont habe und keinerlei politische Absichten, gegen wen auch immer, mit demselben verbinde. Diesem Grundgedanken entsprechend sei eine internationale Kapitalsbeteiligung immer als erwünscht erschienen, so zwar, daß wir den Russen trotz ihrer ablehnenden Haltung die Beteiligung ausdrücklich offengehalten hätten. Was die erwähnten Äußerungen der deutschen Presse betreffe, so hätten dieselben sich meines

Wissens lediglich gegen die tendenziösen Nachrichten der englischen Presse gewandt, wonach die englisch-russischen Verständigungsverhandlungen sich unter anderem auch in einem den deutschen Rechten abträglichen Sinne auf die Bagdadbahn bezögen. Daß die Kaiserliche Regierung in dieser Beziehung ohne Besorgnisse sei, habe der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts im Reichstage bereits überzeugend kundgegeben*.

Meines Erachtens könnte es für uns nur erfreulich sein, wenn es dem französischen Botschafter gelingen sollte, die russische Befangenheit bezüglich der Bagdadbahn zu entwurzeln. Auf eine tatsächliche Beteiligung russischen Kapitals ist in den jetzigen Zeiten freilich schwerlich zu rechnen, indessen dürfte unseren Interessen mit einem Aufgeben des bisherigen ablehnenden Standpunktes und dadurch herbeigeführtem Freiwerden der französischen Teilnahme schon ein erheblicher Dienst erwiesen werden, sowohl in materieller wie in politischer Beziehung. Mit einer wenn auch nur prinzipiellen russischen Beteiligung an dem Bagdadbahnunternehmen würde aus den deutsch-russischen Beziehungen ein störender Faktor ausscheiden, derjenige, der seit Jahren in der russischen Presse und in weiten einflußreichen Kreisen stets als der empfindlichste Punkt bezeichnet wurde. Wenn dieses Ziel ohne unser Zutun von den Franzosen erreicht wird, so kann dieser besondere Umstand nur dazu beitragen, das Vertrauen der russischen öffentlichen Meinung in unsere loyale und freundliche Politik zu stärken.

v. Schoen

Nr. 8636

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherr von und zu Bodman an das Auswärtige Amt

Entzifferung

Nr. 84

Therapia, den 25. Juni 1906

Tahsin Pascha berief vorgestern telegraphisch den ersten Botschaftsdragoman ins Palais, um ihm folgendes mitzuteilen: Am vergangenen Freitag habe der Sultan nach dem Selamlik den in Sommerurlaub gehenden russischen Botschafter gefragt, ob an den in der Presse neuerdings erörterten Annäherungsversuchen zwischen Rußland und England etwas Wahres sei. Herr Sinowiew habe ausweichend geantwortet. Nach der Audienz sei der Sultan dann ihm, Tahsin Pascha, gegenüber auf die Frage zurückgekommen und habe angedeutet, eine eventuelle englisch-russische Entente werde sich in erster Linie wohl auch gegen die Bagdadbahn richten. Es

* Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1906, S. 116 f.

sei deshalb angezeigt, den Bau der Bahn soviel als möglich zu beschleunigen. Abdul Hamid wünsche die Ansicht des Kaiserlichen Botschafters darüber zu hören, ob der baldige Weiterbau und die damit zusammenhängende Emission einer Anleihe möglich sei.

Ich habe Tahsin Pascha erwidern lassen, die Fortsetzung der Arbeiten, welche auch von uns dringend gewünscht werde, werde möglich, sobald die Türkei die erforderlichen kilometrischen Garantien zu stellen in der Lage sei.

Bodman

Nr. 8637

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 608 London, den 26. Juni 1906

Der bekannte, in auswärtigen Fragen als Autorität geltende radikale Abgeordnete Sir Charles Dilke drückte mir gegenüber gesprächsweise die Ansicht aus, daß es ihm am nützlichsten schiene, wenn der Bau der Bagdadbahn international ausgestaltet würde. Wenn England nicht in das Unternehmen mithineingezogen würde, so würde die Bahn keinen Endpunkt erhalten (would lead nowhere), da der ganze Küstenbereich des Persischen Golfes, wo sie eventuell münden könne, unter englischem Einflusse stehe. Ich erwiderte, die Bahn würde gebaut werden mit oder ohne England, mit englischem Kapital rascher, ohne englisches Kapital langsamer. Daß die Küsten des Persischen Golfes England gehörten, sei mir neu. Übrigens liege für England gar kein Grund vor, den Bahnbau mit Übelwollen zu betrachten, da wir mit ihm keine politischen, sondern lediglich auf wirtschaftlichem Gebiete liegende Ziele verfolgten. Sir Charles Dilke bemerkte ferner, die eventuelle weitere Eisenbahnverbindung nach Indien würde der Küste des Persischen Golfes entlang laufen, so daß die Bahn nach Indien im Notfalle im Bereiche der englischen Kriegsschiffe liege.

Sir Charles Dilke verurteilte auf das schärfste den Verteidigungsplan Lord Kitcheners für Indien, der die Befestigungswerke bis weit nach Beludschistan hinein und schließlich bis zur Grenze von Seistan habe verschieben wollen. Dieser Plan sei von dem National Defence Committee unter dem Vorsitze Mr. Balfours endgültig verworfen worden.

P. Metternich

Nr. 8638

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 609 London, den 27. Juni 1906

Nach meiner Rückkehr hatte ich eine längere Unterhaltung mit Sir Edward Grey, aus der aber kaum etwas Positives hervorzuheben ist. Wir besprachen zunächst akademisch die Zuspitzung der Verhältnisse in Rußland, wie sie aus den Zeitungen bekannt ist.

Der Entrüstung über die Judenverfolgungen, die sich durch Anfragen im Unterhause Luft macht, begegnet der Minister mit unerschütterlicher Ruhe und unter möglichster Schonung der russischen Empfindlichkeit. Er will sich die Türe der Verständigung durch unliebsame Anfragen im Parlament nicht schließen lassen und beharrt in seinen Antworten im Unterhaus bei dem Programm des Flottenbesuches als eines Aktes der Höflichkeit für das russische Reich.

Die Arbeiten der englisch-ägyptischen und türkischen Kommission zur Festsetzung der Grenze auf der Halbinsel Sinai machten, wie Sir Edward Grey mir sagte, gute Fortschritte und gäben bisher zu keinen Friktionen Anlaß.

Der Ton der hiesigen Presse, meinte der Minister ferner, sei mit Bezug auf Deutschland, wie es ihm scheine, in der letzten Zeit ruhiger geworden. Ich erwiderte, es möge dies mit Bezug auf die Leitartikel der Fall sein, hinsichtlich der Korrespondenzen, insbesondere der „Times", aus den verschiedenen Hauptstädten herrsche aber derselbe gehässige Ton weiter vor. Insbesondere brächten die hiesigen Zeitungen gern der französischen Presse entnommene und die deutsche Politik entstellende Nachrichten. So zum Beispiel kürzlich noch die Nachricht von der angeblichen Erwerbung einer Insel im Persischen Golf durch Deutschland. Bekanntlich verfolgten wir in Kleinasien und am Persischen Golf keinerlei politische, sondern rein wirtschaftliche Ziele.

Sir Edward benutzte diesen Anlaß nicht, um das Thema der Bagdadbahn anzuschneiden, berührte vielmehr diesen Gegenstand gar nicht, ebensowenig wie Mr. Haldane, den ich in der letzten Zeit mehrmals gesprochen habe.

Ich schließe hieraus, daß der Gedanke, Verhandlungen über die Bagdadbahn mit uns anzuknüpfen, hier vorläufig wieder fallen gelassen worden ist, und zwar einmal, um die vorzeitigen Preßerörterungen, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen, und die schon früher zur Zeit des Ministeriums Balfour das Projekt der englischen Beteiligung zu Falle gebracht haben, wieder einschlafen zu lassen, dann aber auch, um die Empfindlichkeit der Franzosen zu schonen, die anfangen, sich wegen der deutsch-englischen Verbrüderungsfeste aus der letzten Zeit (Bürger-

meister- und Journalistenbesuche, Betonung der Verwandtschaft der beiden Völker durch verschiedene englische Minister*) beunruhigt zu zeigen. Man will hier nach meinem Eindruck nicht zu viel auf einmal tun und vermeiden, daß sofort auf die Freundschaftsbezeugungen auch noch eine politische Abmachung folgt. Ich möchte aber annehmen, daß nach einiger Zeit die englische Regierung doch wieder auf die Bagdadbahnangelegenheit zurückkommen wird. Ich habe es meinerseits vermieden, einem hiesigen Minister gegenüber das Wort Bagdadbahn in den Mund zu nehmen. Wenn die hiesige Regierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, eine Verständigung in dieser Hinsicht anzustreben, wird sie schon selbst davon anfangen. Eine Initiative unsererseits würde unsere diplomatische Position schwächen und hier den Eindruck erwecken, daß wir allein mit dem Unternehmen nicht mehr weiterkommen können. Englische Konzessionen würden dann aber noch schwieriger zu erhalten sein, als sie es ohnehin schon sein werden.

P. Metternich

Nr. 8639

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherr von und zu Bodman an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 140 Therapia, den 4. Juli 1906

Tahsin Pascha erwähnte kürzlich dem ersten Dragoman der Kaiserlichen Botschaft gegenüber, der Sultan sei sehr beunruhigt über eine ihm von der Pforte vorgelegte „Standard"-Notiz, wonach gegenwärtig mit englischen Kapitalisten Verhandlungen schwebten über Beteiligung an Bagdadbahn. Englische Beteiligung sei ganz und gar gegen Interesse der Türkei. Auf Befehl des Sultans habe Musurus Pascha in London über Richtigkeit jener Meldung Erkundigungen einziehen müssen, aber nichts ermitteln können. Legationsrat Dr. Gies sagte darauf Tahsin Pascha, der Botschaft sei von der Verhandlung nichts bekannt. Gestern kam der erste Sekretär auf die Frage zurück. Seine Majestät wünsche eine authentische Äußerung der Kaiserlichen Regierung und lasse mich dringend bitten, eine solche herbeizuführen. Kann ich dem Sultan, dessen Mißtrauen gegen uns durch eine eventuelle Verständigung mit England über Bagdadbahnbeteiligung im höchsten Grade erregt werden würde, im Auftrage Euerer Durchlaucht erwidern lassen, daß „Standard"-Meldung unbegründet? Erbitte telegraphische Instruktion.

Bodman

---

* Vgl. dazu Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7181 und 7187.

Nr. 8640

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherrn von und zu Bodman

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 93 Berlin, den 4. Juli 1906

Auf Telegramm Nr. 140*.

Ermächtige Euer Hochwohlgeboren zu mündlicher Mitteilung an Sultan, daß „Standard"-Meldung über Verhandlungen mit englischen Kapitalisten wegen Beteiligung an Bagdadbahn gänzlich unbegründet ist.

Tschirschky

Nr. 8641

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherr von und zu Bodman an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 94 Therapia, den 6. Juli 1906

Euerer Durchlaucht Weisung entsprechend habe ich gestern durch Tahsin Pascha dem Sultan mitteilen lassen, daß die „Standard"-Meldung von den angeblich mit englischen Kapitalisten schwebenden Verhandlungen über eine Beteiligung an der Bagdadbahn gänzlich unbegründet sei. Daß diese Mitteilung den Sultan vollkommen beruhigen wird, möchte ich nach den sicheren Informationen, welche mir in den letzten Tagen zugegangen sind, ernstlich bezweifeln. Die jetzt zutage getretenen Besorgnisse Seiner Majestät sind das bedauerliche Resultat einer geschickt angelegten und von langer Hand vorbereiteten englischen Intrige, welche unter augenscheinlicher Mitwirkung des uns angeblich so freundschaftlich gesinnten Großwesirs nichts Geringeres bezweckt, als unsere Politik bei Abdul Hamid zu verdächtigen. Die in englischen Blättern in letzter Zeit erschienenen Meldungen über Verhandlungen mit England sind nur ein Glied in der Kette dieser Intrige. Speziell jene „Standard"-Meldung scheint eigens dazu lanciert worden zu sein, um durch die Hand Ferid Paschas zur Kenntnis des Palais gebracht zu werden. Wie ich aus absolut sicherer Quelle weiß, hat die englische Botschaft, deren Beziehungen zum Großwesirat sich seit der Erledigung der Akabafrage** auffallend intim und rege

---

* Siehe Nr. 8639.

** Vgl. dazu Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7181 S. 428, Fußnote**.

gestaltet haben, Ferid Pascha wiederholt darauf aufmerksam machen lassen, daß Deutschland augenblicklich alles daran setze, sich mit England in der Bagdadbahnfrage zu verständigen. Unterstützt wurde die Botschaft dabei von dem englischen Delegierten zur Dette publique, der seit einiger Zeit ebenfalls zu den Vertrauensleuten des Großwesirs gehört. Mr. Adam Block hat sich vor einigen Tagen nach London begeben und vor seiner Abreise Ferid Pascha gesagt, er werde auf der Rückreise Berlin berühren und könne ihm dann noch nähere Daten über diese Frage liefern. Izzet Pascha hat also, scheint es, damals doch nicht so unrecht gehabt, als er die Kaiserliche Botschaft vor den englandfreundlichen Tendenzen Ferids warnen zu müssen glaubte! Wie freundschaftlich sich das Verhältnis zwischen englischer Botschaft und Großwesirat neuerdings gestaltet hat, zeigt die für hiesige Verhältnisse auffallende Tatsache, daß am vergangenen Montag das englische Botschafterpaar bei Ferid Pascha zum Diner geladen war, an welchem unter anderem auch der englische Militärattaché* sowie der englische Generalkonsul** teilnahmen. Wenn man weiß, wie schwer es für einen türkischen Minister und besonders für einen Großwesir ist, vom Padischah die Erlaubnis zu erhalten, einer Einladung im Hause eines fremden diplomatischen Vertreters Folge zu leisten, geschweige denn einen solchen selber zu sich zu bitten, kann man dieser Sir Nicholas O'Conor ohne erkennbaren Anlaß gerade im gegenwärtigen Moment erwiesenen Liebenswürdigkeit eine gewisse symptomatische Bedeutung nicht absprechen. Das Interesse, welches der Großwesir auf der einen Seite für die angeblichen deutsch-englischen Verhandlungen bekundet, die Eile, die er hat, den Sultan davon zu informieren, und auf der anderen Seite die Tatsache, daß er dem deutschen Vertreter gegenüber mit keinem Wort die Angelegenheit berührt, sind zum mindesten sehr merkwürdig. Ich möchte sie als einen Beweis für die schon so oft und von so mancher Seite behauptete mala fides Ferid Paschas gegen uns ansehen. Wäre er wirklich der Freund Deutschlands, für den er sich uns gegenüber so gerne ausgibt — wofür er uns bis jetzt aber noch immer den Beweis schuldig geblieben ist —, so müßte es für ihn, der die Eigentümlichkeiten Abdul Hamids kennt, in seinem Interesse liegen, sich zunächst durch eine Aussprache mit mir Klarheit über die englischen Behauptungen zu verschaffen, um zu vermeiden, daß wir eventuell grundlos im Palais verdächtigt wurden. Ferid hat aber im Gegenteil sofort und unbesehen die Hand dazu geboten. Der Plan der Engländer ist sehr logisch. Ohne uns können sie nicht die Beteiligung an der Bagdadbahn erreichen, da wir die Konzessionäre sind. Ihre politischen Interessen erfordern aber unbedingt eine solche. Sie wissen genau, daß der Sultan, um sich mit dem gefährlichen Albion gut zu stellen, schließlich gegen die englische Beteiligung ernstlichen Widerstand nicht leisten wird. England kann also bei

---

* Oberst Surtees.
** H. Eyres.

dem Spiel nur gewinnen. Denn es winkt ihm daneben noch als unschätzbarer Preis die sichere Aussicht, uns beim Sultan persönlich vollkommen aus dem Sattel zu heben. Zweifellos würde durch die Hereinnahme der Engländer in die Bagdadbahn — auch schon durch eine bloße Kapitalbeteiligung — das Vertrauen des Sultans in unsere Freundschaft, das trotz mancher Enttäuschungen heute noch immer vorhanden ist, einen so schweren Stoß erleiden, daß es sich niemals mehr davon erholen würde. Es würde eine Selbsttäuschung sein zu glauben, daß wir heute noch über viele aufrichtige Freunde in der Türkei verfügen. In den uns von den Türken entgegengebrachten Sympathien ist ein unbestreitbarer, allmählicher Rückgang zu verzeichnen. Die Ursache hierfür möchte ich zunächst in der seit Ausbruch des russisch-japanischen Krieges vollkommen verschobenen politischen Lage am Goldenen Horn suchen. Nach dem vorläufigen Ausscheiden Rußlands aus dem Kreise der hier maßgebenden Faktoren braucht man uns nicht mehr, um mittelst der traditionellen Freundschaft, welche das deutsche Kaiserhaus mit dem russischen verbindet, mildernd auf die moskowitischen Velleitäten einzuwirken. England ist heute der einzige Gegner, den die Türkei für die nächsten Jahre ernstlich zu fürchten hat, und gegen den sie augenblicklich niemanden ausspielen kann. Früher diente Rußland als bequemer Contrepoids gegen Großbritannien und umgekehrt. Italien und Frankreich sind mit England zu befreundet, als daß sie daran denken könnten, einer Expansionspolitik ihres Freundes in Arabien und am Persischen Golf entgegenzutreten. Und daß wir etwa gewillt sein könnten, gegen das seemächtige England einen mehr als platonischen Beistand zu gewähren, darüber gibt man sich hier keinen Illusionen mehr hin.

Die von Izzet Pascha kürzlich in seinem Schreiben an den Besitzer des „Moayad" hinsichtlich des Wertes der deutschen Freundschaft für die Türkei entwickelten Gesichtspunkte sind keineswegs etwa auch diejenigen der hiesigen maßgebenden Kreise. Die Mehrheit der türkischen Minister und der höheren Palaisbeamten machen kein Hehl daraus, daß sie in unserer Türkenfreundlichkeit lediglich ein Mittel sehen, um die Türkei in egoistischer Weise auszubeuten und aus ihr möglichst viele finanzielle und andere Vorteile zu ziehen. Sie in dieser Ansicht zu bestärken, darin läßt es denn auch die uns feindlich gesinnte ausländische Presse nicht fehlen wie zum Beispiel erst vor einigen Wochen wieder der „Petit Parisien" vom 5. v. Mts. in der in der Anlage beigefügten Konstantinopeler Korrespondenz*. Der Artikel des französischen Blattes spiegelt zum Teil auch den Gedankengang jener türkischen Kreise, welche ein Zusammengehen mit England befürworten zu müssen glauben, wieder. Eine Ausnahme mögen vielleicht manche Anhänger der panislamitischen Idee bilden, zu denen eben auch Izzet Pascha gehört. Diese wollen in der von England neuerdings angestrebten Annäherung an Rußland nur einen Versuch der

* Hier nicht abgedruckt.

Engländer erblicken, die panislamitische Bewegung im Keime zu ersticken, welche für beide Länder ebenso wie für das gleichfalls zahlreiche mohammedanische Untertanen zählende Frankreich eine schwere Gefahr bildet. Im Grunde genommen beruht indessen unser freundschaftliches Verhältnis zur Türkei einzig und allein auf der Person ihres Herrschers. Wenn unsere Politik daher Wert darauf legt, dieses Verhältnis unverändert aufrecht zu erhalten, so sollten wir vor allem auch weiter darauf Bedacht nehmen, die Empfindlichkeit Abdul Hamids, solange es mit den Zielen unserer allgemeinen Politik vereinbar bleibt, möglichst zu schonen. Im Interesse unserer hiesigen Stellung halte ich es daher für dringend wünschenswert, daß eine Verständigung mit England nicht nur bis zur Vollendung der Taurusstrecke, sondern so lange, als es sich irgend vermeiden läßt, hinausgeschoben wird. Bis die Bagdadbahn einmal wirklich Bagdad erreicht, wird noch ein Jahrzehnt und mehr vergehen, in deren Verlauf sich manches hier geändert haben kann.

Das wirksamste Mittel, um die gegenwärtig spielenden Intrigen der Engländer mit einem Schlage unschädlich zu machen und dem Sultan den Argwohn gegen uns zu benehmen, würde meines Erachtens die sofortige Aufnahme der Verhandlungen wegen des Baues der Taurusstrecke sein. Der Sultan hat bekanntlich erst kürzlich sein lebhaftes Interesse dafür bekundet. Sobald daher die Frage der dreiprozentigen Zollerhöhung im Prinzip erledigt ist, halte ich den psychologischen Moment für die Anatolier gekommen, in Pourparlers mit der türkischen Regierung einzutreten. Die Überschüsse der Dette publique haben im vergangenen Finanzjahre über 350000 Ltqs. betragen; im laufenden Jahre schätzt man sie bereits auf mindestens 400000; selbst nach allen Abzügen wird also noch ein reichlicher Überschuß zur Verfügung stehen, um den Dienst der für die Taurusstrecke erforderlichen Anleihe zu garantieren.

Bodman

Nr. 8642

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Präsidenten des Verwaltungsrats der Anatolischen Eisenbahngesellschaft Gwinner

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 12. Juli 1906

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich den Empfang des gefälligen Schreibens vom 5. d. Mts. mit verbindlichem Danke zu bestätigen. Ich habe daraus mit Interesse ersehen, daß die französische Finanzgruppe auf weiterer Beteiligung an dem Bagdadbahnunternehmen großen Wert legt, von einer Hineinziehung der Engländer in das Unternehmen dagegen einen ungünstigen Eindruck auf den Sultan befürchtet.

Mit der von Ihnen den Herren Auboyneau und Vernes gegenüber beobachteten Haltung kann ich mich nur einverstanden erklären. Auch nach meiner Ansicht wird eine weitere Beteiligung der Franzosen an dem Unternehmen vor allem von der Voraussetzung abhängig zu machen sein, daß zunächst der Pariser Markt für die Bagdadbahnanleihen eröffnet wird. Nach der bisherigen Entwickelung der Angelegenheit wird es indes lediglich Sache der französischen Finanzgruppe sein, ihre Regierung von der ablehnenden Haltung gegenüber dem Unternehmen abzubringen. Eine amtliche Einwirkung in diesem Sinne in Paris kann für uns um so weniger in Betracht kommen, als nach Euer Hochwohlgeboren Mitteilungen die Mittel für die Taurusstrecke vorhanden sind und wir die Franzosen daher vorläufig überhaupt nicht brauchen. Wie sehr im übrigen die von Euer Hochwohlgeboren und den beiden französischen Herren vertretene Ansicht zutreffend ist, daß eine Hineinziehung der Engländer in das Unternehmen auf den Sultan ungünstig wirken könnte, beweist der Umstand, daß nach einer Meldung der Kaiserlichen Botschaft in Konstantinopel der Sultan schon durch eine diesbezügliche „Standard"-Notiz in höchstem Grade erregt worden ist und um eine authentische Äußerung der Kaiserlichen Regierung darüber ersucht hat, ob in der Tat Verhandlungen mit englischen Kapitalisten wegen einer Beteiligung an der Bagdadbahn schwebten. Den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend habe ich darauf, wie ich ganz vertraulich bemerken darf, die „Standard"-Meldung dem Sultan als gänzlich unbegründet bezeichnen lassen. Um die türkischen Besorgnisse in dieser Hinsicht völlig zu zerstreuen, hoffe ich, daß es möglich sein wird, mit den Verhandlungen in Konstantinopel wegen des Baues der Taurusstrecke baldigst zu beginnen.

Tschirschky

Nr. 8643

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherrn von und zu Bodman

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 97

Berlin, den 15. Juli 1906

Auf Bericht Nr. 99*.

Mit Rücksicht auf intensive englisch-französische Intrigen in Bagdadbahnfrage erscheint erwünscht, daß Ew. pp. Sultan auch noch persönliche Mitteilung machen. Bitte daher Audienz bei Sultan nachsuchen und folgende Erklärung abgeben: „Die Kaiserliche Regierung hat davon Kennt-

* Siehe Bd. XXII, Kap. CLXIII, Nr. 7610.

nis erhalten, daß Seine Majestät von ihr eine authentische Äußerung darüber wünscht, ob ‚Standard'-Meldung über Verhandlungen mit England wegen Beteiligung an Bagdadbahn begründet ist. Die Kaiserliche Regierung ist in der Lage zu erklären, daß diese Meldung jeglicher Begründung entbehrt. Weder zwischen der deutschen und der englischen Regierung noch zwischen der deutschen und der englischen Finanz schweben irgendwelche Verhandlungen über Bagdadbahn.

Die Kaiserliche Regierung fügt hinzu, daß der Präsident des Aufsichtsrats der Bagdadbahn* sich ihr gegenüber zur sofortigen Inangriffnahme des Baus der Taurusstrecke bereiterklärt hat, sofern die Hohe Pforte die Überschüsse der Dette publique für die nach der Konvention von 1903 zu stellende Garantie zu verpfänden gewillt ist. Die Kaiserliche Regierung befürwortet hiernach die unverzügliche Aufnahme der Verhandlungen über Bau der Taurusstrecke und würde für Mitteilung darüber dankbar sein, ob die Hohe Pforte den gleichen Wunsch teilt."

Hinsichtlich des Anatolier verpflichtenden Teils vorstehender Erklärung bitte auf Wunsch Gwinners zunächst mit Generaldirektor Huguenin ins Benehmen treten und dessen Zustimmung herbeiführen. Drahtbericht.

Tschirschky

Randvermerk Zimmermanns:

Direktor Gwinner ist mit Erklärung an Sultan völlig einverstanden. Die von ihm befürwortete Rücksprache mit Herrn Huguenin dürfte nach Lage der Verhältnisse nur zweckmäßig sein und Herrn Huguenin zur Genugtuung gereichen. Telegraphischer Erlaß ist geboten, da Huguenin alsbald in Urlaub gehen will.

Nr. 8644

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherr von und zu Bodman an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 150 Therapia, den 17. Juli 1906

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 97**.

Generaldirektor Huguenin ist vollkommen einverstanden mit Anatolier verpflichtender Erklärung, schlägt jedoch vor, anstatt „Präsident des Aufsichtsrats der Bagdadbahn" „Gwinner" zu sagen, um zu vermeiden, daß eventuell durch unerwünschte Rückfrage Sultans bei hiesigen französischen Mitgliedern des Aufsichtsrats Aufmerksamkeit der Franzosen vorzeitig auf unsere Aktion gelenkt werde. Huguenin ist mit mir der Ansicht, daß es praktischer wäre, Erklärung zunächst nicht zu spezialisieren, son-

---

* Gwinner.

** Siehe Nr. 8643.

dern Bereitwilligkeit zum Weiterbau im allgemeinen in dem von Seiner Majestät gewünschten Umfang auszusprechen, um dem Sultan Gelegenheit zur Initiative zu lassen. Falls es Abdul Hamid ernstlich um den Weiterbau zu tun ist, ist es nicht unwahrscheinlich, daß er, dem es vor allem auf möglichst baldige Verbindung Anatolischer Bahn mit Hedjasbahn ankommt, Fortführung der Arbeiten bis Aleppo anregt. In diesem Falle würde sich vielleicht Gelegenheit bieten, vom Sultan ein für allemal die Verpfändung der Dette publique-Überschüsse für Bagdadbahn zugesagt zu erhalten und damit neuen finanziellen Schwierigkeiten und Intrigen vorzubeugen, welche sich nach Vollendung der Taurusstrecke wieder einem Weiterbau entgegenstellen könnten. Die konkrete Frage des Baues der Taurusstrecke würde sich ja in jedem Falle von selbst ergeben.

Erbitte telegraphische Instruktion, ob ich eventuell Verpfändung der Dette-Überschüsse ein für allemal für Bagdadbahn anregen und, falls Sultan auf diesen Gedanken eingeht, Weiterbau bis Aleppo zusagen kann.

Bodman

Nr. 8645

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherrn von und zu Bodman

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 101 Berlin, den 18. Juli 1906

Mit Vorschlägen, auch Schlußsatz in Telegramm Nr. 150* einverstanden.

Bitte, Erklärung an Sultan entsprechend abändern und ihr folgenden Satz hinzufügen:

„Die schleunige Überweisung der Überschüsse der Dette publique für den Weiterbau der Bagdadbahn erscheint im türkischen Interesse geboten, da nach vorliegenden Nachrichten England mit Verlangen hervorzutreten beabsichtigt, daß auch diese Überschüsse vorläufig an Stelle der dreiprozentigen Zollerhöhung für Dienst mazedonischen Budgets festgelegt werden."

Bitte, nach Abgabe der Erklärung an Sultan möglichst unverzüglich gleichlautende Erklärung Großwesir abgeben und mit Huguenin erwägen, ob es nicht zweckmäßig, daß letzterer gleichzeitig für Anatolische oder Bagdadbahn von Pforte Deklaration erbittet, wodurch gesamte Überschüsse der Dette für Weiterbau Bagdadbahn bestimmt werden. Erlangen solcher Deklaration auch nach Ansicht Gwinners gegenwärtig wichtiger als Konvention über Taurusstrecke.

Tschirschky

* Siehe Nr. 8644.

Nr. 8646

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherr von und zu Bodman an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 165 Therapia, den 27. Juli 1906

Kürzlich ist Iradee erschienen, welches die von Sir Nich. O'Conor bisher vergeblich betriebene Konzession zum Ausbau der Aidinbahn gewährt. Der Botschafter ist jedoch sehr wenig erbaut davon, da Bahnverlängerung nur „im Prinzip" und nur in dem Umfang erteilt wird, als dadurch nicht Interessen anderer Bahnlinien gefährdet werden. Bezeichnend ist, daß Sultan bis gestern geheimgehaltenes Iradee gerade im Moment erlassen, wo England Türkei neue Schwierigkeiten in Frage der Zollerhöhung macht. Es ist Eigentümlichkeit großherrlicher Politik, durch gelegentliche kleine Konzessionen Gefahr größerer Forderungen vorbeugen zu wollen. Iradee erging gerade am Tage vor letztem Selamlik, an dem Sultan bekanntlich Empfang englischen Botschafters abgelehnt hatte.

Die dem Iradee, welches in seiner jetzigen allgemeinen Form einen für die Engländer praktischen Wert so gut wie gar nicht besitzt, beigefügte Klausel läßt sehr dehnbare Auslegung zu und sichert Anatoliern im Bedarf jederzeit Einspruchsrecht. Immerhin würde ich für nützlich halten, wenn Anatolier an maßgebender Stelle erklärten, daß sie sich eventuell Geltendmachung von Kompensationen vorbehielten.

Bodman

Nr. 8647

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 884 London, den 19. September 1906
Geheim

Wie ich im strengsten Vertrauen erfahre, hat hier am 26. Juli eine Konferenz stattgefunden, an der der Premierminister, der Kriegsminister, Sir Edward Grey, Lord Cromer und ein Vertreter des India Office teilgenommen haben, und die zu dem Ergebnis kam, daß eine Beteiligung Englands an der Bagdadbahn im englischen Interesse liege. Wenn die englische Regierung trotzdem noch nicht mit der Frage an uns herangetreten sei, so sei dies, so meinte mein Gewährsmann, zunächst auf die inzwischen erfolgte Vertagung des Parlaments und die damit verbundene Flucht der Minister aus London, dann aber auch auf gewisse Bedenken

zurückzuführen, die Sir Edward Grey noch immer hege. Der Staatssekretär sei durch gewisse Äußerungen unserer Presse, die ihm von den germanophoben Elementen im Foreign Office geflissentlich zugetragen würden — insbesondere einen Artikel des „Grenzboten" —, stutzig geworden und habe Zweifel darüber geäußert, ob eine Beteiligung Englands an der Bahn, wenn eine solche auch vielleicht der deutschen Regierung erwünscht sein würde, in der öffentlichen Meinung Deutschlands Beifall finden werde. Sir Edward Grey hat ferner gelegentlich darauf hingewiesen, daß eine Beteiligung Englands auch eine solche Frankreichs zur Voraussetzung haben müsse, und er hat, als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß eine offizielle Beteiligung Frankreichs zwar nicht vorliege, daß aber französisches Kapital bereits nicht unerheblich an der Bahn beteiligt sei, die Frage aufgeworfen, wie es denn komme, daß dies bezüglich englischen Kapitals nicht auch der Fall sei. Es müsse das auf eine ablehnende Haltung der betreffenden deutschen Bankkreise zurückzuführen sein. In dieser Annahme ist der Staatssekretär durch den Umstand bestärkt worden, daß ein von Konstantinopel zurückgekehrter englischer Journalist (Graham) ihm erzählt hat, er habe auf der Durchreise durch Berlin einen der maßgebenden Direktoren der Deutschen Bank (Gwinner?) gesprochen, der ihm erklärt habe, die Beteiligung Englands an der Bagdadbahn werde zur Folge haben, daß Deutschland auf den Weiterbau der Bahn überhaupt verzichte. Als Hauptgrund für die Zögerung der Regierung aber bezeichnete mir mein Gewährsmann die Besorgnis, die teils schwebenden, teils bevorstehenden Ausgleichsverhandlungen mit Rußland zu kompromittieren. Nachdem die Verhandlungen betreffs Tibet so gut wie zum Abschluß gelangt seien, werde seit einigen Tagen über Afghanistan verhandelt. Dann solle Persien an die Reihe kommen. Die englischen Vorschläge würden sich auf folgender Basis bewegen: Integrität und Unabhängigkeit Persiens. Prinzip der Offenen Tür. Bezüglich Bahnbauten südlich Teherans, insbesondere nach dem Persischen Golf freie Konkurrenz aller Mächte, Internationalisierung der zu erbauenden Linien. Die betreffenden Endpunkte am Persischen Golf dürfen nicht befestigt werden, sondern müssen für den Handel aller Nationen offene Häfen bleiben.

Diese Forderungen lassen vielleicht einen Rückschluß darauf zu, wie sich etwa England die Regelung der Bagdadbahnfrage denkt. Sir Eldon Gorst* hat kürzlich geäußert, das Bagdadbahnprojekt werde wohl am besten in der Form der Internationalisierung gelöst werden. Für Deutschland allein sei die Aufgabe doch zu groß und die Verantwortung zu schwer. —

Sir Edward Grey befindet sich andauernd auf dem Lande im Norden Englands und beabsichtigt, erst in der zweiten Hälfte Oktober bei Zusammentritt des Parlaments wieder in London einzutreffen. Irgendwelche Erörterungen der Bagdadbahnfrage in unserer Presse würde ich für sehr

---

* Hilfssekretär im Foreign Office.

verderblich halten, da dadurch lediglich der hiesige Widerstand gegen das Projekt genährt und die Regierung vorsichtiger und zaghafter gemacht werden würde. Einem fait accompli fügt sich dagegen die öffentliche Meinung eher. Die russische und englische Regierung haben manche ernsten Streitigkeiten gehabt, von denen die Zeitungen nie oder höchstens nachträglich etwas erfahren haben. Sie verhandeln jetzt über wichtige Fragen des Ausgleichs, worüber die Presse ebenfalls nicht orientiert ist. Was man nicht weiß, macht einen nicht heiß.

P. Metternich

Nr. 8648

Der Präsident des Verwaltungsrats der Anatolischen Eisenbahngesellschaft Gwinner an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky

Ausfertigung

Berlin, den 10. Oktober 1906

Eurer Exzellenz beehren wir uns in der Angelegenheit der Fortsetzung der Bagdadbahn das Nachstehende vorzutragen:

Es ist Eurer Exzellenz bekannt, daß wir für die Fortsetzung der Bagdadbahn im allgemeinen in allererster Linie auf die durch die Unifikation der alten türkischen Staatsschuld geschaffenen Überschüsse der alten Revenuen der Dette publique angewiesen sind, und daß für eine baldige Inangriffnahme der zweiten Sektion der Bagdadbahn einzig und allein die genannten Überschüsse geeignet sind, uns die erforderlichen Garantien für die Bagdadanleihe Serie II zu geben. Die Schwierigkeit, neue, bisher von der Dette publique nicht verwaltete Einnahmen des türkischen Reiches für den Bau der Bagdadbahn heranzuziehen, war schon zur Zeit der Konzessionserteilung in dem Maße offenkundig, daß wir, wie Eurer Exzellenz gleichfalls bekannt ist, bei der Unterzeichnung der Bagdadkonzession ein Schreiben bei dem türkischen Finanzministerium deponiert haben, in dem wir ausdrücklich erklärten, für den Bau der Bagdadbahn, abgesehen von der ersten Sektion, bereits vorhandene Einnahmen des türkischen Reiches nicht in Anspruch nehmen zu wollen, sondern uns im wesentlichen auf folgende neue Einnahmen zu beschränken:

1. den Ertrag einer etwaigen Erhöhung der Zölle,
2. den Ertrag einer etwaigen Ausgestaltung der Staatsmonopole,
3. den Ertrag aus der Unifikation der türkischen Staatsschuld.

Was den Ertrag der Zollerhöhung anlangt, so konnten wir von vornherein nicht daran zweifeln, daß eine Zollerhöhung nur unter Mitwirkung aller beteiligten Mächte und insbesondere Englands möglich sein werde. Gerade dieser Gesichtspunkt war es, der uns zur Zeit der Verhandlungen

über die Bagdadkonzession die Mitwirkung Englands als außerordentlich wichtig erscheinen ließ. Nachdem es sich gezeigt und bis in die neueste Zeit hinein bestätigt hatte, daß die Mitwirkung Englands bei dem Bagdadbahnprojekt nur unter Bedingungen zu erreichen war, welche die deutsche Führung ausgeschlossen hätten, mußte die Zollerhöhung als Mittel für den Bau der Bagdadbahn in den Hintergrund treten.

Eine Ausgestaltung der Staatsmonopole, die eine Aussicht auf erhebliche Mehreinnahmen bieten würde, ist in naher Zeit nicht zu erwarten.

Umsomehr mußten sich also unsere Anstrengungen darauf konzentrieren, die durch die inzwischen auf Betreiben der Deutschen Bank gelungene Unifikation der alten türkischen Staatsschuld geschaffenen Überschüsse der alten Revenuen der Dette publique für den Weiterbau der Bagdadbahn zu sichern.

Die der Bagdadbahn unter deutscher Führung feindlich gesinnte englische Politik hat bereits seit geraumer Zeit den Weg eingeschlagen, die Fortsetzung der Bagdadbahn auf finanziellem Gebiete zu bekämpfen. Der englischen Politik ist es zuzuschreiben, daß die zur Durchführung der mazedonischen Reformen absolut notwendige Erhöhung der türkischen Zölle um drei Prozent bis zum heutigen Tage nicht zustande gekommen ist*. Um es auszuschließen, daß auch nur ein Teil des von dieser Zollerhöhung zu erwartenden Ertrages dem Bagdadbahnprojekt zugute kommen könnte, haben die Engländer in den Botschafterkonferenzen mit Erfolg die Forderung gestellt, daß der volle Ertrag der Zollerhöhung unter allen Umständen für Mazedonien Verwendung finden müsse, selbst wenn er nicht im vollen Umfange zur Deckung des mazedonischen Defizits erforderlich werden sollte. Die Engländer sind jedoch bei dieser ihrer ursprünglichen Forderung nicht stehen geblieben; sie haben die Zögerung der Pforte in der Annahme ihrer Bedingungen benutzt, um im Juli des laufenden Jahres die weitere Forderung zu stellen, daß, soweit der Ertrag der Zollerhöhung zur Deckung des mazedonischen Defizits nicht ausreichen sollte, der Fehlbetrag von der Dette publique aus den von ihr verwalteten Einnahmen zur Verfügung zu stellen sei. In den sich an diese Forderung anknüpfenden Verhandlungen hatten wir folgende Ziele im Auge zu behalten:

1) Von der Dette publique werden zweierlei Kategorien von Einnahmen verwaltet:
   a) die Einnahmen, welche der Dette publique für den Dienst der alten, jetzt unifizierten Staatsschuld und der Türkenlose überwiesen sind,
   b) die für den Dienst der Spezialanleihen und Eisenbahngarantien verpfändeten Einnahmen (Dîmes, Aghnams, Revenus divers).

Die Überschüsse der unter a) bezeichneten Einnahmen, die sogenannten „Plus-values“, die ihre Entstehung der Unifikation verdanken,

* Vgl. darüber Bd. XXII, Kap. CLXIII.

hatten wir — soweit sie nicht in Höhe von zirka 125000 Ltqs. für die gelegentlich der Unifikation geschaffene Anleihe „Unifié II" erforderlich und verpfändet waren — unter allen Umständen für die Bagdadbahn zu reservieren und damit von jeder Belastung für Mazedonien frei zu halten.

2) Auch soweit die von der Dette verwalteten Dîmes, Aghnams und Revenus divers (Zehnten) in Betracht kommen, mußten wir im Interesse der finanziellen Bewegungsfreiheit der Türkei dahin wirken, daß nicht ein ungemessener Betrag, sondern höchstens eine bestimmte Maximalsumme zur Deckung des mazedonischen Defizits verwendet werde.

Dem Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel ist es in Verbindung mit dem französischen Botschafter gelungen, in der Botschafterkonferenz eine Beschränkung der von der Dette publique für Mazedonien bereitzustellenden Summen durchzusetzen. Der Betrag, bis zu welchem die Dette publique für das nach Überweisung der sich aus der Zollerhöhung ergebenden Mehreinnahmen verbleibende Defizit aufzukommen hat, wurde allerdings auf die recht hohe Summe von 250000 Ltqs. festgesetzt, eine Summe, welche durch die Überschüsse der von der Dette publique verwalteten Dîmes, Aghnams und Revenus divers (Zehntenüberschüsse) nach dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre kaum seine Deckung findet. Bezeichnenderweise entspricht die genannte Summe aber gerade dem zurzeit disponibeln jährlichen Betrag der „Plus-values".

Dagegen enthält die in der Botschafterkonferenz vom 30. v. Mts. beschlossene gemeinschaftliche Note* keinerlei Bestimmungen darüber, daß der von der Dette publique zur Deckung des mazedonischen Defizits bereitzustellende Betrag ausschließlich auf die Zehntenüberschüsse, nicht auch auf die sogenannten „Plus-values" angewiesen werden soll. Der Kaiserliche Botschafter hat Eurer Exzellenz über die Gründe berichtet, welche es ihm nicht opportun erscheinen ließen, diese für uns entscheidende Frage in der Botschafterkonferenz und in der von dieser beschlossenen gemeinsamen Note an die Pforte zum Austrag zu bringen. Der Kaiserliche Botschafter geht dabei von der Meinung aus, daß der Ausschluß der „Plus-values" von der Belastung für Mazedonien in dem Abkommen festzulegen sei, das die Pforte in Ausführung der von den Botschaftern gestellten Bedingungen mit der Dette publique über die Bereitstellung der 250000 Ltqs. für Mazedonien zu treffen hat. Der Erfolg dieses modus procedendi ist selbstverständlich an die Voraussetzung gebunden, daß es gelingt, zwischen der türkischen Regierung und der Dette publique einen formellen, beide Teile bindenden Vertrag zustande zu bringen (— zweckmäßigerweise sollte dazu die Initiative von der türkischen Regierung ausgehen —) und von sämtlichen beteiligten Mächten in einwandsfreier Weise anerkennen zu lassen, wonach die Dette publique die Eventualsumme von

---

* Vgl. Bd. XXII, Kap. CLXIII, Nr. 7642, 7643.

250000 Ltqs. für Mazedonien ausschließlich aus den Zehntenüberschüssen bereitzustellen hat.

Eine Sanktionierung dieses Abkommens durch die Botschafterkonferenz in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise als Erfüllung der in der Botschafterkonferenz vom 30. v. Mts. formulierten Forderung wäre unerläßlich, wenn anders nicht die Möglichkeit des Weiterbaues der Bagdadbahn in der ernsthaftesten Weise gefährdet werden soll. Würde eine solche Sanktionierung unterbleiben, so besteht für uns kein Zweifel, daß auf Grund der Note vom 30. September d. Js. die englische Regierung keinerlei Veranlassung hätte, sich an das Abkommen zwischen Pforte und Dette gebunden zu halten. Sie würde vielmehr in der Lage sein, die Ltqs. 250000 für Mazedonien als einen vorgehenden Anspruch zu proklamieren und einer diesem Anspruch nicht Rechnung tragenden Verpfändung von Überschüssen der alten Revenuen der Dette (Plus-values) zu irgendwelchen Zwecken und insbesondere für die Bagdadbahn zu widersprechen mit der Begründung, daß für die Mächte in ihrem Verhältnis zur Pforte lediglich die allgemeine Formulierung in der Note der Botschafter, nicht das zur Ausführung der Forderungen der Botschafterkonferenz zwischen der Pforte und der Dette publique getroffene Abkommen von ausschlaggebender Bedeutung sei. Wenn jedoch die Belastung der Plus-values mit den Ltqs. 250000 für Mazedonien ausgesprochen würde, so hätten die Plus-values auf Jahre hinaus keinen Wert mehr als Garantie einer Anleihe, selbst wenn die Zölle so stark wachsen sollten, daß die Ltqs. 250000 aus den Plus-values gar nicht in Anspruch genommen zu werden brauchten. Mit anderen Worten, die englische Diplomatie hätte alsdann die Verwendung der Plus-values für Bagdad materiell hintertrieben, was ja ihre Absicht ist.

Wir brauchen nun Eurer Exzellenz nicht näher auszuführen, daß es für die Deutsche Bank und für jedes ernsthafte Finanzinstitut eine absolute Unmöglichkeit wäre, eine Anleihe für den Weiterbau der Bagdadbahn auf den Markt zu bringen, deren Unterpfänder von einem formell berechtigten Protest von seiten einer Großmacht betroffen oder auch nur einem solchen ausgesetzt wären. Wir würden also nur dann in absehbarer Zeit an den Weiterbau der Bagdadbahn herantreten können, wenn in der oben angedeuteten Weise die Überschüsse der alten Revenuen der Dette publique (das sind die „Plus-values") in einer von sämtlichen Großmächten anerkannten Form von der Belastung für Mazedonien freigehalten werden*.

Für den Verwaltungsrat der
Anatolischen Eisenbahngesellschaft
A. Gwinner

* Die Eingabe der Anatolischen Eisenbahngesellschaft wurde vom Auswärtigen Amt Freiherrn von Marschall zur Äußerung zugeschickt. Dieser antwortete am 14. Oktober (Telegramm Nr. 268), die Forderung, daß die Großmächte das Freibleiben der alten Revenuen (Unifikationsüberschüsse) formell anerkennen sollten, sei unerfüllbar. Ein von ihm, Marschall, in dieser Richtung gestelltes Verlangen, das doch nur mit dem

Nr. 8649

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Mühlberg

Reinschrift

Berlin, den 29. Oktober 1906

Der russische Minister des Äußern, Herr von Iswolsky*, begann seine heutige Unterhaltung mit einer Auseinandersetzung seiner Stellung zur Bagdadbahn.

Man betrachtete bisher in Rußland den Bau der Bagdadbahn mit Mißtrauen und hätte der Verwirklichung der deutschen Pläne entgegengearbeitet, wie es denn auch auf russische Einflüsse zurückzuführen sei, daß Frankreich seine erst versprochene Beteiligung nachher wieder zurückgezogen habe. Er — Iswolsky — stehe zu unserm Unternehmen freundlich, er habe aber bei dieser seiner Stellungnahme die öffentliche Meinung und die Tradition gegen sich. Diese Opposition müsse er überwinden. Erleichtert würde ihm die Durchführung seiner Absicht, wenn er in der Lage wäre, die Besorgnis zu zerstreuen, daß die Bagdadbahn sich mit dem Plan trüge, ihr Netz nach Persien auszudehnen. Die russischen Ansprüche in Nordpersien seien vitaler Natur. Sie gründeten sich auf die geographische Nachbarschaft, auf jahrhundertalte Politik und nicht zum letzten auf die finanziellen Opfer, die Rußland in Persien gebracht habe und noch bringe. Die Früchte all dieser Bemühungen würden in Frage gestellt werden, sobald eine andere Nation in Nordpersien mit der Anlage von Eisenbahnen und Telegraphen und mit Wegebauten vorgehen wollte. Der Minister trüge sich deshalb mit dem Gedanken, mit Persien ein Arrangement zu treffen, in dem dieses sich verpflichte, Verkehrskonzessionen der erwähnten Art nicht ohne vorher eingeholtes Einverständnis Rußlands zu erteilen. Er frage mich, ob wir gegen eine solche Übereinkunft mit Persien Protest erheben würden.

Motiv zu begründen wäre, daß Deutschland diese Überschüsse für die Bagdadbahn brauche, würde alles verderben. Schon eine bloße Anregung des Freibleibens der alten Überschüsse würde alle der Bagdadbahn feindlichen Elemente mobil machen mit der sicheren Wirkung, daß das Gegenteil von dem eintrete, was man erstrebe. Nur dann, wenn man mit aller Vorsicht vorgehe, sei zu erreichen, daß die alten Überschüsse von jeder vertragsmäßigen Belastung frei blieben. Wirklich gelang es dem Geschick Marschalls, die von der Dette publique verwalteten sogenannten alten Revenuen von einer Festlegung für die mazedonischen Bedürfnisse freizuhalten. Vgl. Nr. 8652, 8660, 8662 und Bd. XXII, Kap. CLXIII. Daß Englands Haltung in den türkischen Finanzfragen tatsächlich seit geraumer Zeit ganz wesentlich durch die Bagdadbahn bestimmt gewesen war, hatte der englische Delegierte in der mazedonischen Finanzkommission Anfang April 1907 ausdrücklich Hilmi Pascha zugestanden. Vgl. Bd. XXII, Kap. CLXIII, Nr. 7656.

* Iswolsky machte, von Paris kommend, vom 28.—30. Oktober 1906 seinen Antrittsbesuch als Minister des Äußern in Berlin. Vgl. dazu das Nähere Bd. XXII, Kap. CLX, Nr. 7364.

Auf der Karte bezeichnete Herr Iswolsky die südlich des Kaspischen Meeres belegenen Regionen als die Rußland interessierenden Distrikte.

Ich antwortete ihm, daß wir in Persien nichts weiter suchten, als uns für unsern Handel die Tür offen zu halten. Irgendwelche politische oder Sonderinteressen hätten wir nicht, und wir verkennten keineswegs, daß Persien für die russische Politik ein wichtiger Faktor sei. Wenngleich ich nicht in der Lage wäre, Herrn Iswolsky eine bindende Antwort zu erteilen, so hätte ich doch Grund zur Annahme, daß wir gegen ein russisches Abkommen mit Persien, wie er es intendierte, keine Einwendungen erheben würden. Wünschen müsse ich aber, daß er uns schriftlich seine Forderungen von Persien präzisierte, damit wir sie in ihrer Tragweite für uns prüfen könnten. Es werde uns unsere Zustimmung erleichtern, wenn er in dem Promemoria an uns seine mündliche Zusage, uns keine Schwierigkeiten bei der Bagdadbahn zu bereiten, wiederholte und zweitens zusicherte, daß, wenn es zum Bahnbau in Persien kommen sollte, Rußland nicht gegen eine Verbindung der Bagdadbahn mit jenen persischen Bahnen arbeite.

Herr Iswolsky fand diese Wünsche begreiflich und sagte mir zu, die Frage weiter schriftlich zu behandeln*.

Der russische Minister kam sodann auf die Gründung einer deutschen Bank in Teheran zu sprechen und äußerte die Besorgnis, daß wir uns Zollvorteile hätten versprechen lassen. Er wies darauf hin, daß alle Zölle des Landes schon verpfändet seien. Ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß die Bank noch nicht definitiv gegründet sei, und daß er wohl von persischer Seite nicht ganz genaue Informationen erhalten habe. Wie ich bereits bemerkt, müßten wir die Tür für unsern Handel in Persien offen halten — anders könnten wir vor öffentlicher Meinung und Reichstag nicht bestehen. Zollvorteile hätten wir nicht beansprucht und auch nicht erhalten. Die Bankfrage werde sich übrigens in der Praxis leichter lösen als auf dem Papier. Wenn, wie der Minister angab, alle Zölle und Einkünfte bereits an Rußland und England verpfändet seien, so glaube ich nicht, daß sich eine Bank bereit fände, Persien bedeutende, weitere Staatsanleihen zu geben. Eine Zusammenarbeit aller in Persien bestehenden Banken sei immerhin möglich. Zur Beleuchtung unserer unverdächtigen Pläne wies ich den Minister darauf hin, daß Graf Rex lange Jahre in Teheran geweilt hätte, ohne daß jemals unsere Politik in Persien verdächtigt worden sei; die Perser hätten vielleicht die Anwesenheit eines jungen und allzu eifrigen Geschäftsträgers für ihre Pläne auszubeuten versucht. Herr von Iswolsky schien über diesen Punkt beruhigt zu sein.

Großes Gewicht legte der russische Minister auf die Frage, wie Deutschland sich zu einer Beteiligung Rußlands, Frankreichs und Englands an der Bagdadbahn verhielte, und in welcher Art wir uns diese Beteiligung vorstellten. In meiner Antwort betonte ich, daß die Bahn sich als ein privates

---

* Über die deutsch-russischen Verhandlungen bezüglich eines Abkommens über die persische und die Bagdadbahnfrage vgl. Kap. CLXXXV.

Unternehmen darstelle, daß somit in erster Line über diese Fragen von den verschiedenen Finanzgesellschaften zu verhandeln sein würde. Übrigens erhelle unsere Auffassung schon daraus, daß seinerzeit Rußland, Frankreich und England die Beteiligung angeboten worden sei. Wir könnten nach dem damals insbesondere von Frankreich erhaltenen Refus nicht noch einmal anfragen und müßten warten, bis die Finanz der genannten Länder mit neuen Anträgen an uns herantrete. Außerdem wisse Herr von Iswolsky wohl, daß in kurzer Zeit die Strecke über den Taurus begonnen werden würde; die Gesellschaft habe einstweilen genügende Mittel, um den Bau allein weiterzuführen. Über den Modus der Beteiligung fremden Kapitals wären seinerzeit gewisse Grundsätze in Paris vereinbart worden, auf die man wohl eintretendenfalls zurückgreifen könnte. Herr von Iswolsky streifte dann die Frage einer gesonderten Kontrolle nach Sektionen. Ich hielt diese Machtverteilung für sehr schwierig, weil England voraussichtlich eine Kontrolle des Endpunkts am Persischen Golf beanspruche, ein Anspruch, der die Beherrschung der ganzen Linie involviere. Ich vermied es, Herrn von Iswolsky gegenüber auszusprechen, daß, wie auch immer die Beteiligung fremden Kapitals ausfallen werde, wir gehalten wären, den deutschen Charakter des Unternehmens zu wahren.

Die Eindringlichkeit, die Herr von Iswolsky der Beteiligungsfrage an der Bagdadbahn widmete, und sein Bemühen, eine präzise Antwort von mir herauszubekommen, machten mir den Eindruck, als sollte hier die gemeinsame Aktion der drei Mächte Rußland, Frankreich, England einsetzen. Sie wird sich auf nichts anderes richten, als uns aus der führenden Stellung bei dem Unternehmen herauszudrängen. Herrn von Iswolsky mag dabei vorschweben, daß, wenn er sich auf diesem Felde den Engländern kostenlos für sich gefällig erweist, er sie leichter zu einem Entgegenkommen in seinen asiatischen Plänen bewegt. Mein Eindruck wurde bestärkt durch eine Unterhaltung mit Sir Frank*, mit dem, wie letzterer mir sagte, Herr Iswolsky gleichfalls Gedanken über die Beteiligung ausgetauscht, die ganz den Beifall des englischen Botschafters gefunden zu haben scheinen. Dem Botschafter von Schoen teilte ich meine Wahrnehmungen und Vermutungen mit, damit er gegen zu weitgehende Forderungen Iswolskys gerüstet sei.

Endlich kam der russische Minister auch auf die allgemeine Politik zu sprechen. Seine Auslassungen hierüber deckten sich mit den Mitteilungen in der Aufzeichnung des Herrn von Schoen**. Ich darf deshalb kurz resümieren. Rußland, so führte der russische Minister aus, denke nicht an einen neuen Krieg gegen Japan, um das verlorene Territorium wieder zu erobern. Er fürchte aber, daß Japan, das unaufhaltsam weiter rüste, seinerseits aggressiv vorgehen werde, Rußland müsse daher seine Stellung festigen und auf Rückendeckung bedacht sein. Das Bündnis

---

* Sir Frank Lascelles.

** Siehe dieselbe in Bd. XXII, Kap. CLX, Nr. 7364.

Englands mit Japan verursache ihm in dieser Hinsicht ernste Sorgen. Rußland werde deshalb versuchen, mit England eine Verständigung über Tibet, Afghanistan und Persien zu erreichen. Ein neuer Krieg würde zu neuen Revolutionen im Lande und eventuell zum Zerfall des Reiches in einzelne Teile führen. Herr von Iswolsky verwies besonders auf Polen und hob das gemeinsame Interesse Deutschlands und Rußlands an der polnischen Frage und dem Bestand der Monarchie hervor.

Mühlberg

Nr. 8650

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 277
Geheim

Therapia, den 30. Oktober 1906

Der erste Dragoman der Kaiserlichen Botschaft berichtet:

„Tahsin Pascha ließ mich gestern telegraphisch nach Jildis rufen und ersuchte mich im Auftrage des Sultans, Euerer Exzellenz die nachstehenden Mitteilungen mit der Bitte um deren Weitergabe an Seine Majestät den Kaiser und um Kundgabe einer Meinungsäußerung zu denselben zu machen.

Nach den Berichten Munir Paschas* habe es zwar den Anschein, als ob das neue französische Kabinett** — trotz der Heißsporne Clemenceau und Pichon — an und für sich eine friedliche Politik verfolgen werde. Indessen liege seiner Ansicht nach in dessen ausgesprochener Hinneigung zu England der Keim politischer Verwicklungen. Es sei zu befürchten, daß diese Sympathie in der Anbahnung eines noch engeren politischen Zusammengehens der beiden Mächte ihren Ausdruck finden und unter anderem den von England bereits begünstigten bulgarisch-griechischen und armenischen Aspirationen zugute kommen könne. Weiterhin bestehe die Gefahr, daß England, welches eine friedliche Auseinandersetzung mit Rußland über die zwischen beiden Mächten vorhandenen Differenzpunkte und demnächst eine Annäherung an diese Macht suche, nach Erreichung dieses Resultats auf die Bildung eines sich aus ihm, Frankreich und Rußland zusammensetzenden Dreibunds hinarbeite, welcher als Gegengewicht gegen den bereits bestehenden bestimmt sei. Er, der Sultan, welcher natürlich annehme, daß diese Eventualität von Seiner Majestät dem Kaiser bereits in Erwägung gezogen worden sei, glaube, daß Seine Majestät der Kaiser mit ihm darüber übereinstimmen werde, daß eine derartige

* Türkischer Botschafter in Paris.

** Die Bildung des Kabinetts Clemenceau mit Pichon als Außenminister war am 23. Oktober erfolgt.

neue Gruppierung weder im Interesse der allgemeinen Politik liege noch speziell für Deutschland erwünscht sei. Er habe die Überzeugung, daß Seine Majestät der Kaiser mit seinem bewährten politischen Scharfsinn Mittel und Wege finden werde, um das Zustandekommen eines solchen Projekts zu verhindern.

Zur Zeit der Bildung des Dreibunds zwischen Deutschland, Österreich und Italien habe die englische Regierung ihn durch ihren damaligen hiesigen Botschafter Sir W. White sondieren lassen, ob die Türkei dem Abschluß eines Bündnisses zwischen ihr und England mit eventuell späterem Anschluß an den Dreibund geneigt sei. Er habe aber in dieser Kombination nur eine englische Intrige erblickt und sei [nicht] in diese Falle gegangen.

Schließlich erging sich Tahsin Pascha noch in Klagen über die englische Politik, welche in allen die Türkei interessierenden Fragen, besonders in derjenigen der Bagdadbahn eine ihr feindselige Haltung einnehme und durch Stellung unmöglicher Bedingungen die Erledigung derselben zu durchkreuzen und zu hintertreiben suche. So verlange die englische Regierung als eine „unerhebliche Konzession" die Beteiligung englischen Kapitals an der Bagdadbahn, obwohl oder gerade weil sie wisse, daß die Erfüllung dieser Bedingung für die Türkei eine absolute Unmöglichkeit sei.

Neuerdings beabsichtige England die Gründung einer englischen Bank in Sofia. Der Sultan betrachte ein solches Unternehmen gleichfalls als ein Symptom für das zunehmende Interesse Englands an den bulgarischen Angelegenheiten*".

Marschall

Nr. 8651

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche

Nr. 159 Berlin, den 31. Oktober 1906

Mit Bezug auf Telegramme Nr. 277 und 278**.

Aus Besprechungen, die dieser Tage hier mit dem russischen Minister des Äußern und dem britischen Botschafter gepflogen sind, ist der Eindruck gewonnen, daß Rußland, das auf eine Einigung mit England besonders über Tibet, Afghanistan und Persien hinarbeitet — angeblich um sich den

---

* Im Anschluß an Telegramm Nr. 277 meldete Freiherr von Marschall noch am gleichen Tage (Telegramm Nr. 278): „Der Sultan wird mich nächsten Freitag empfangen und dabei voraussichtlich auf die gestern angeregten Fragen zurückkommen, die ihn offenbar sehr präokkupieren."

** Siehe Nr. 8650 nebst S. 235, Fußnote *.

Rücken gegen Japan zu decken —, bestrebt ist, eine Beteiligung Frankreichs, Englands und Rußlands an dem Bagdadbahnunternehmen herbeizuführen. Dieser Eindruck wird durch Ew. pp. Telegramm Nr. 277 bestärkt. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß diesem Bestreben bewußt oder unbewußt die Absicht zu Grunde liegt, den Versuch zu machen, demnächst Deutschland die Kontrolle der Bagdadbahn zu schmälern oder ganz zu entwinden. Dem russischen Minister ist ausweichend geantwortet, und er ist darauf hingewiesen worden, daß die Bahn ein Privatunternehmen ist. Im übrigen ist Herr Iswolsky, als er insistierte, wie ich mir eventuell die Beteiligung fremden Kapitals an der Bahn dächte, darauf aufmerksam gemacht, daß seinerzeit von der Bahn französischen, englischen und russischen Kapitalisten eine Beteiligung angeboten, und daß damals bei den Verhandlungen in Paris eine Einigung über gewisse Grundsätze erzielt worden sei, auf die man eintretendenfalls wohl zurückgreifen könne. Soweit für Ew. pp. vertrauliche Information.

Um den Sultan zu beruhigen, dürfte er meines Erachtens von Ew. pp. darauf hinzuweisen sein, daß die Taurusstrecke binnen kurzem in Angriff genommen werden wird, und daß die Schnelligkeit der Fortführung der Bahn zum großen Teil von den Garantien abhängig ist, die er geben wird. Vielleicht würde es günstig wirken, wenn Ew. pp. bei dieser Gelegenheit erwähnten, daß der baldige Erlaß des Iradees bezüglich der Beantwortung der Note über die dreiprozentige Zollerhöhung* mit dazu beitragen würde, England an weiteren Forderungen zu hindern.

Inwieweit Ew. pp. diesen Gedankengang beim Sultan verwerten wollen, stelle ich Ihrem Ermessen anheim.

Mühlberg

Nr. 8652

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 281
Geheim

Therapia, den 2. November 1906

Nach Empfang des Prinzen Franz von Bayern hielt mich der Sultan zu einem längeren politischen Gespräch zurück. Dasselbe betraf die „russisch-englische Entente“**. Ich sagte Seiner Majestät, daß in der Tat zwischen Rußland und England Verhandlungen über Tibet, Afghanistan und Persien schwebten und wir den Eindruck hätten, daß England auch

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIII, Nr. 7645ff.
** Vgl. darüber Kap. CLXXXIII.

die Bagdadbahn zu dem Zwecke hineinzuziehen wünsche, dieses unter der Ägide des Sultans stehende Werk der deutschen Leitung zu entziehen. Darauf würden wir nicht eingehen.

Auf die Frage des Sultans, aus welcher Ursache die russisch-englische Annäherung hervorgehe, erwiderte ich, dieselbe sei in dem russisch-japanischen Kriege zu suchen. Der englisch-russische Gegensatz, der bei den früheren Machtverhältnissen wie ein automatisch wirkender Mechanismus das Gleichgewicht in den Expansionsbestrebungen beider Länder gesichert habe, sei gestört. Durch den Krieg und die innere Lage geschwächt, suche Rußland sich durch eine Verständigung mit England gegen dessen durch das Bündnis mit Japan noch gesteigerten Machtzuwachs zu schützen. England habe keinerlei Grund, die ihm dargebotene Hand zurückzuweisen. Mit Recht wende der Sultan der neuen Situation sein Augenmerk zu. Was bezüglich Tibets, Afghanistans und Persiens geschehe, sei relativ gleichgültig. Aber dringend müsse ich ihm raten, soweit möglich die Türen zu verschließen, durch welche eine englisch-russische Entente in türkische Fragen ihren Eingang finden könne. Jeder derartige Präzedenzfall sei gefährlich. Gegenwärtig seien drei solche Türen offen: die Frage der dreiprozentigen Zollerhöhung*, der Bagdadbahn und des Grenzstreits mit Persien**. Seiner Majestät sei bekannt, daß England in der Frage der Finanzordnung Rumeliens weitgehende Vorschläge gemacht, die nur mit Mühe beseitigt werden konnten. Verzögere die Pforte die jetzt angebotene Lösung, so werde die rumelische Finanzfrage voraussichtlich Gegenstand der englisch-russischen Entente werden zum Schaden der Türkei. Die Intrigen gegen die Bagdadbahn würden nach außen hin mit dem Argument geführt, Deutschland allein könne die Kapitalien nicht aufbringen. Hinter der fremden Beteiligung stehe aber die Absicht, das große Werk deutschen Händen zu entreißen. Nichts sei so sehr geeignet, diese Intrigen zu vernichten, als die Tatsache, daß wir die nächste, schwierigste und teuerste Strecke allein bauen. Dazu seien wir bereit und imstande. Über den türkisch-persischen Grenzstreit bezog ich mich auf meine früheren Mitteilungen.

Der Sultan sagte mir, diese Darlegungen entsprächen durchaus seinen Anschauungen. Die Frage der drei Prozent werde morgen entschieden werden, da bezüglich der Rekrutierung der Gendarmerie ein Ausweg gefunden sei. Niemand trete lebhafter für die Bagdadbahn ein als er selbst, dessen Initiative das Werk entsprungen sei. Ich dürfe versichert sein, daß er alles tun werde, um den alsbaldigen Weiterbau zu sichern. Bezüglich des türkisch-persischen Grenzstreits bemerkte der Sultan, die Frage sei in Beratung.

Mein Eindruck der Unterredung war günstig. Der Sultan erkennt, wie ich aus Zwischenbemerkungen entnahm, die Situation. Er dankte mir

---

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIII.
** Vgl. dazu Kap. CLXXXV, Nr. 8573 ff.

wiederholt für die klare Darlegung derselben mit dem Auftrag, Seiner Majestät dem Kaiser, zu allerhöchstdessen politischer Weisheit er unbedingtes Vertrauen habe, die herzlichsten Grüße zu übermitteln.

Marschall

Nr. 8653

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 320

Pera, den 21. Dezember 1906

Der Sultan sprach mir heute von den englischen Intrigen bezüglich der dreiprozentigen Zollerhöhung und erzählte mir, daß kürzlich ein Telegramm aus London an Mr. Block des Inhalts eingegangen sei, daß dieser alles aufbieten solle, damit nicht nur die „excédents des dîmes" sondern auch diejenigen der „revenus concédés" für das Rumelienbudget festgelegt würden. Daraus ergebe sich ganz klar, daß England gelegentlich der drei Prozent einen Streich gegen Bagdadbahn zu führen gedenke, und es fragt sich, ob auf derartige Intrigen nicht die beste Antwort dadurch gegeben werde, daß man alsbald die Fortsetzung der Bagdadbahn in Angriff nehme.

Ich habe erwidert, daß ich durchaus dieser Ansicht beistimme. Nur schiene es mir aus taktischen Gründen richtiger zu sein, von der Fortsetzung der Bagdadbahn solange nicht zu sprechen, bis die Zinserhöhung sichergestellt ist. Sobald dies geschehen, würde ich sofort die nötigen Schritte tun, um dem Wunsch Seiner Majestät Rechnung zu tragen.

Der Sultan erklärte sich damit einverstanden.

Marschall

Nr. 8654

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 75
Geheim

London, den 31. Januar 1907

Die etwaige Beteiligung Englands an der Bagdadbahn bildet, wie ich im strengsten Vertrauen erfahre, schon seit einigen Monaten den Gegenstand der Beratungen einer Kommission, die sich aus drei Vertretern des Foreign Office, einem Mitgliede des India Office und einem Vertreter des Board of Trade zusammensetzt. Im Schoße der Kommission scheinen ziemlich starke Meinungsverschiedenheiten zu bestehen, doch neigt mein Gewährsmann, der der Kommission angehört, der Ansicht zu, daß die-

selbe in nicht allzuferner Zeit zu einem für die Beteiligung günstigen Votum kommen werde. Als ein schwerwiegendes Bedenken wird es hier angesehen, daß das englische Kapital anscheinend in den letzten Jahren die Neigung zeigt, sich mehr und mehr aus ausländischen Staatsanleihen zurückzuziehen, sofern dieselben nicht irgendwie die Garantie der englischen Regierung haben. Diese werde sich daher, so meinte mein Gewährsmann, gegebenenfalls voraussichtlich vor die Frage gestellt sehen, entweder wie beim Suezkanal sich selbst an dem Unternehmen zu beteiligen oder den englischen Teilnehmern eine über die Garantie des türkischen Staates hinausgehende Sicherheit zu schaffen. Diese nach beiden Seiten hin gleich unerwünschte Alternative bilde zurzeit den hauptsächlichsten Stein des Anstoßes. Dazu komme, daß England es unter allen Umständen vermeiden müsse und wolle, durch die Beteiligung an dem Unternehmen in einen Gegensatz zu Rußland zu geraten.

Mein Gewährsmann äußerte den Gedanken, daß es sich empfehlen würde, die in Aussicht zu nehmende Internationalisierung der Bahn auch auf andere in das System der Bagdadbahn hineinzubeziehende Bahnen in Kleinasien — ich glaube, er erwähnte unter anderen die Smyrna—Aidin-Bahn — zu erstrecken. Auf die Bemerkung, daß an eine Internationalisierung der Bahn keinesfalls in der Weise zu denken sei, daß etwa England den Abschnitt von Bagdad nach dem Persischen Golf zugewiesen erhalte, meinte derselbe, es werde vielleicht nicht nötig sein, diese Strecke überhaupt zu bauen, sondern man könne von Bagdad aus den Tigris regulieren und bis zum Persischen Golf schiffbar machen. Dieser Modus würde den Vorzug einer leichteren Bewachung gegenüber etwaigen räuberischen Angriffen der Bevölkerung haben.

Ein Teil des hiesigen Widerstandes gegen die Bagdadbahn geht von der englischen Firma aus, die die Schiffahrt von Bagdad nach dem Persischen Golf betreibt. Sie fürchtet die Konkurrenz der Eisenbahn. Eine Regulierung des Flußlaufes wäre dagegen natürlich in ihrem Interesse. Auch würde das deutsche Unternehmen nicht bis an die Küste dringen, was hier in weiten Kreisen hauptsächlich befürchtet wird.

Aus einer Bemerkung des Staatssekretärs für Indien, Herrn Morley, entnahm ich kürzlich, daß die neue von der Hamburg-Amerika-Linie betriebene Schiffahrt nach dem Persischen Golf und das Projekt der Errichtung einer deutschen Bank in Teheran mit großer Aufmerksamkeit und nicht ohne böse Ahnungen in den an Zentralasien beteiligten hiesigen Kreisen verfolgt wird.

Herr Morley berührte in seinem Gespräche mit mir auch die Bagdadbahn und sprach in allgemeinen Bemerkungen die Hoffnung auf eine Verständigung mit uns aus, aber auch wieder unter der Voraussetzung, daß dadurch keine russischen Empfindlichkeiten geweckt würden. Er war sichtlich unangenehm überrascht, als ich die Bemerkung hinwarf, ich glaubte nicht, daß wir so ohne weiteres den Engländern die Kontrolle über das letzte Stück der Bahn geben würden. Fremdes Kapital könne sich be-

teiligen, wenn es wolle, auch würde die Bahn unter gleichen Bedingungen für alle benutzbar sein. Ich vermutete aber, daß, nachdem wir Zeit, Mühe und Geld auf das Unternehmen verwendet hätten, wir auch den vorwiegenden Einfluß auf Leitung und Verwaltung der gesamten Bahn in deutschen Händen behalten wollten. Herr Morley meinte, es sei ein großer Fehler von seiten Englands gewesen, daß es nicht im Jahre 1903 dem Unternehmen beigetreten sei. Damals seien die deutsch-englischen Verhandlungen über die Bagdadbahn lediglich durch Finanzleute geführt worden, die die Sache verpfuscht hätten. Die englische Regierung hätte damals einspringen müssen, um zu einer Vereinbarung mit uns zu gelangen.

Ich habe es bisher stets vermieden, mit leitenden Persönlichkeiten im Foreign Office die Bagdadbahnfrage zu besprechen, weil ich den Eindruck habe, daß nichts Günstiges für uns dabei herauskommen würde. In allen öffentlichen Erörterungen wird hier in der Presse nur immer wieder die Alternative erwähnt, entweder die gesamte Bahnstrecke zu internationalisieren oder die Strecke von Bagdad bis zum Meerbusen englisch zu machen, und ich vermute, daß die hiesige Regierung sich vor der Hand auch nicht auf etwas anderes einlassen würde.

Wenn Herr Iswolsky es mit uns nicht ebenso wie mit den Engländern macht, das heißt nur schöne Redensarten hat, so wäre vielleicht dem Gedanken näherzutreten, zunächst eine Verständigung mit Rußland unter vorläufigem Ausschluß von Frankreich und England zu versuchen. Von England und Frankreich brauchen wir zum Bau der Bahn Kapital, solange uns die leitende Rolle in der Verwaltung belassen wird. Hierzu ist England meines Erachtens jetzt nicht bereit, und infolgedessen zögert auch Frankreich. Letzteres wohl mehr aber noch im Hinblick auf Rußland. Von Rußland können wir kein Kapital erwarten, weil es keins hat. Bei ihm kommt es für uns nur darauf an, seinen politischen Widerstand gegen das Unternehmen zu brechen, was vielleicht dadurch möglich sein wird, daß wir ihm liberale Zusicherungen machen zum Anschluß seiner Zukunftsbahnen an unser kleinasiatisches System. Es würde sich also bei Rußland um ein politisches Eisenbahnabkommen nach Art der von verschiedenen europäischen Staaten in China getroffenen Abmachungen handeln. Liegt eine solche Verständigung mit Rußland im Bereiche der Möglichkeit, so ist es höchst wahrscheinlich, daß die französische Regierung auch ohne Rücksicht auf England dem Wunsche der französischen Finanzleute entspricht und französisches Kapital ungehindert nach der Bagdadbahn fließen läßt. England würde dann draußen stehen und, wenn es hereinkommen wollte, nicht mehr in der Lage sein, unannehmbare Bedingungen zu stellen. Voraussetzung ist aber, daß wir uns vorher mit Rußland allein und womöglich ohne Vorwissen der andern verständigen; denn sonst wird England und wohl auch Frankreich versuchen, in Gemeinschaft mit Rußland und zu Dreien mit uns zu verhandeln, wodurch wir unsere starke Position verlieren und in Gefahr geraten, majorisiert zu werden oder durch Abbruch der Verhandlungen den Gegensatz über

die Bagdadbahn nach allen Seiten hin zu verstärken. Ein Eisenbahnabkommen mit Rußland zum Anschluß an die Bagdadbahn kann auch niemand verstimmen, zumal da hier stets darauf hingewiesen wird, daß eine englisch-deutsche Vereinbarung nur unter der Voraussetzung möglich ist, daß keine russischen Interessen verletzt werden.

Es bleibt allerdings dann die Frage ungelöst, ob, wo und wie wir an den Meerbusen gelangen, ohne mit England in offenen Konflikt zu geraten. Diese Frage ist aber erstens nicht akut und wird zweitens eine weniger gefährliche Form annehmen, wenn Rußland gewonnen und französisches Kapital beteiligt ist.

P. Metternich

Nr. 8655

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 130 Berlin, den 9. Februar 1907
Vertraulich [abgegangen am 10. Februar]

Auf die Berichte Nr. 71* u. 75** vom 31. v. Mts.

Euere Exzellenz haben mit Recht vermieden, die Bagdadbahnfrage im Foreign Office zur Sprache zu bringen. Die Beobachtung dieses Verhaltens wird sich auch für die Zukunft empfehlen, um unsere Position in der Angelegenheit nicht zu schwächen. Die Konzession zum Bau der Bahn ist seinerzeit durch Seine Majestät den Sultan in rechtsgültiger Form der Anatolischen Eisenbahngesellschaft übertragen und dadurch deutsches Wertobjekt geworden. Sir Charles Hardinge hat diese Tatsache im August v. Js. in Friedrichshof unumwunden anerkannt, indem er ausdrücklich erklärte, daß die Bagdadbahn ein rein deutsches Unternehmen sei***. Er verstehe sehr wohl, daß Deutschland an diesem Unternehmen festhalte, und England werde bei allen dasselbe betreffenden Fragen sich jederzeit vorher mit Deutschland zu verständigen suchen. Daß die Konzession zum Bau der Bagdadbahn Eigentum einer deutschen Gesellschaft ist, hat übrigens im englischen Unterhause im vergangenen Sommer auch der Regierungsvertreter Mr. Runciman zugegeben. Das deutsche Syndikat andererseits ist in der Lage, für Jahre hinaus die Bahn ohne fremde finanzielle Beihülfe weiterzuführen, sobald die Pforte die vertragsmäßigen Sicherheiten für den Bau gestellt haben wird. Diese Sicherheiten kann aber die Pforte alsbald gewähren, falls die Annahme Ihres Gewährsmannes zutreffend ist, daß England in der Frage der dreiprozentigen Zollerhöhung keine neuen Schwierigkeiten hinsichtlich des Zuschusses von Ltqs. 250000 bereiten wird.

---

* Siehe Bd. XXII, Kap. CLXIII, Nr. 7652.
** Siehe Nr. 8654.
*** Siehe Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7196.

Wir haben unter diesen Umständen keinerlei Anlaß, zwecks Finanzierung des Unternehmens an andere Nationen zu appellieren. Noch viel weniger könnte aber den letzteren zugestanden werden, daß sie die Beteiligung an der Bagdadbahn ohne entsprechende Gegenleistungen, etwa als ein ihnen zustehendes Recht beanspruchen. Falls fremde Finanzkreise sich an dem Unternehmen zu beteiligen wünschen, würde es vielmehr der Sachlage entsprechen, wenn sie zunächst ihrerseits dem deutschen Syndikate Offerten machten und die eventuelle Zulassung durch Gegenleistungen zu erkaufen suchten.

Euerer Exzellenz Ausführungen entnehme ich, daß man dieser durch die tatsächlichen Verhältnisse begründeten Auffassung dort trotz der loyalen Versicherungen Sir Charles Hardinges vorläufig nicht Rechnung trägt. Hierfür spricht vor allem das Verhalten Englands zu Rußland in der Bagdadbahnfrage. Es kann nur Befremden erregen, wenn die dortige Regierung in einer Angelegenheit, in der es sich um eine ausschließlich deutsche Konzession handelt, sich in erster Linie durch Rücksichten auf Rußland leiten lassen zu müssen glaubt. Der Wunsch loyaler Berücksichtigung unserer Interessen scheint dort kaum hervorzutreten. Nur in dieser Weise kann die englische Zumutung erklärt werden, daß wir ein rein deutsches Bahnunternehmen internationalisieren oder eventuell den wertvollsten Teil der Bahn, die Strecke von Bagdad bis zum Persischen Golf, England überlassen sollen, und zwar offenbar ohne nennenswerte Gegenleistung. Was die Frage der Internationalisierung anlangt, so würden wir ihr schon mit Rücksicht auf die deutschen Unternehmer nicht ohne weiteres nähertreten können, welche die Konzession mit großer Mühe und erheblichen Geldopfern erreicht und erfolgreich behauptet haben. Die Überlassung der Strecke von Bagdad bis zum Persischen Golf an England andererseits könnte schon deshalb ernstlich nicht in Erwägung genommen werden, weil der Sultan sich mit dieser Idee niemals einverstanden erklären würde. Das gleiche gilt von der Anregung Mr. Morleys, die Bahn in Bagdad endigen zu lassen und dafür den Tigris von Bagdad bis zum Golfe hin schiffbar zu machen. Es wird dem Sultan nicht zugemutet werden können, einem Plane zuzustimmen, der ganz Südmesopotamien unter die Herrschaft der englischen Kanonenboote brächte.

Wenn Mr. Morley übrigens behauptet, daß die deutsch-englischen Verhandlungen über die Bagdadbahn im Jahre 1903 lediglich durch Finanzleute ohne Zuziehung der englischen Regierung geführt worden seien, so befindet er sich im Irrtum. Nach den ministeriellen Erklärungen Mr. Balfours ist das damalige deutsche Anerbieten von der englischen Regierung sorgfältig geprüft und schließlich abgelehnt worden (vgl. Berichte Nr. 243 und 279* vom April 1903). An dem damaligen Scheitern der Verhandlungen trifft daher lediglich die englische Regierung die Schuld. Ich darf annehmen, daß Euere Exzellenz den britischen Staatssekretär sofort auf seinen

---

* Siehe Bd. XVII, Kap. CXIV, A, Nr. 5261.

Irrtum aufmerksam gemacht haben. Sollte dies nicht der Fall sein, so würde es erwünscht sein, wenn Sie es bei sich bietender Gelegenheit nachholten. Zu Ihrer vertraulichen und ausschließlich persönlichen Orientierung bemerke ich an dieser Stelle noch, daß wir eine Beteiligung englischen und französischen Kapitals unter den damals angebotenen günstigen Bedingungen heute schon mit Rücksicht auf die englisch-französische Entente nicht mehr zulassen könnten.

Was Euerer Exzellenz Anregung anlangt, in der Bagdadbahnfrage tunlichst zunächst eine Verständigung mit Rußland herbeizuführen, so verkenne ich nicht, daß dieses Ziel an sich erstrebenswert wäre. Ich bezweifle indes, daß wir es zurzeit erreichen könnten. Euerer Exzellenz ist bekannt, daß Herr Iswolsky uns im Oktober v. Js. mündlich zugesagt hat, uns keine Schwierigkeiten bei der Bagdadbahn zu bereiten. Wir haben ihm darauf in Aussicht gestellt, gegen ein russisch-persisches Abkommen über Verkehrskonzessionen in Nordpersien keine Einwendungen zu erheben, gleichzeitig aber erklärt, daß wir zunächst einer schriftlichen Präzisierung der dabei in Betracht kommenden russischen Wünsche entgegensehen müßten, und daß es uns unsere Zustimmung erleichtern würde, wenn Herr Iswolsky in dem darauf bezüglichen Promemoria seine mündliche Zusage hinsichtlich der Bagdadbahn wiederholen wollte. Herr Iswolsky ist hierauf bereitwillig eingegangen, inzwischen jedoch auf die Sache nicht zurückgekommen. Man wird mit der Annahme kaum fehlgehen, daß es ihm weniger auf die fragliche Verständigung mit uns als auf ein Abkommen mit England über Zentralasien und Persien ankam, und daß er dabei die Bagdadbahnfrage England gegenüber ausnutzen wollte*. Allem Anscheine nach sind die auf die Verständigung mit England abzielenden Verhandlungen zurzeit auf einem toten Punkte angelangt. Falls wir im gegenwärtigen Augenblicke die Bagdadbahnfrage in Petersburg anregten, bestände daher die Gefahr, daß wir dadurch Rußland einen Trumpf in die Hand spielten, den es England gegenüber vorzüglich verwerten könnte. Die Andeutung Iswolskys, daß wir eine Verständigung mit ihm über die Bagdadbahnfrage suchten, würde voraussichtlich ihren Eindruck in London nicht verfehlen und die dortige Regierung zu einem weitgehenden Entgegenkommen gegenüber russischen Wünschen gefügig machen.

Ich halte es daher für angezeigt, daß wir auch Rußland gegenüber in der Bagdadbahnfrage vorläufig völlige Zurückhaltung beobachten.

Bülow

---

* Vgl. dazu das bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 315ff. mitgeteilte Protokoll der Sitzung des russischen Ministerrats vom 1. (13.) Februar 1907. Es beweist, wie richtig Fürst Bülow, der nur die Verständigungsneigung Iswolskys etwas unterschätzte, die Situation beurteilte. Von besonderem Interesse ist die Erklärung Iswolskys im Ministerrat, daß Rußland die Bagdadbahn bis jetzt auf alle mögliche Weise zu verhindern gesucht habe, wobei es sich auf Frankreich und England stützte. Ein Beschluß scheint in dem Ministerrat nicht gefaßt worden zu sein.

Nr. 8656

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 214 London, den 13. März 1907

Sir Edward Grey kam bei meiner letzten Begegnung mit ihm auch auf die Bagdadbahn zu sprechen. Bei der ökonomischen, politischen und militärischen Wichtigkeit dieses Unternehmens, so bemerkte der Minister, sei es erklärlich, daß dasselbe in England mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werde, und daß hier der Wunsch nach Beteiligung an der Eisenbahn vorhanden sei.

Ich gab die ökonomische Bedeutung der Bahn zu. Große Länderstrecken würden der Kultur aufgeschlossen werden zum Frommen derer, die sich an dem Werke beteiligen und aus ihm Nutzen ziehen wollten. Ich verstände dagegen nicht, was er im Sinne habe, wenn er von der politischen und militärischen Bedeutung der Eisenbahn spreche. Er möge mir doch näher erklären, was er dabei im Auge habe.

Der Minister blieb mir eine direkte Antwort schuldig. Er erwähnte nur, daß diese kürzeste Verbindung zwischen Europa und Asien und diese Parallelroute zu dem Suezkanal von weittragender politischer Bedeutung sein müsse, daß die Eisenbahn am Persischen Golfe, im Herzen des englischen Interessengebietes, münden und den kürzesten Weg nach Indien bilden werde, und daß ferner durch die Bahn die Ausnutzung der militärischen Kräfte der Türkei gefördert werde.

Ich erwiderte, in der Nähe der Bagdadbahn lägen nirgends englische Grenzen, und ich vermöge bis zum Beweis des Gegenteils, den er mir schuldig geblieben sei, nirgends durch sie eine Bedrohung englischer Interessen zu erblicken. In Deutschland werde daher erwartet, daß hier keine übelwollende Haltung gegen die Bagdadbahn eingenommen werde. Andernfalls würde sich allerdings der Glaube bei uns einbürgern müssen, daß England sich jedem deutschen Unternehmen mit Übelwollen und Neid entgegenstellen wolle.

Sir Edward Grey erwiderte, ein prinzipieller Widerstand gegen die Bagdadeisenbahn bestehe hier nicht, es werde aber erwartet, daß wir England an der Bahn partizipieren ließen und mit diesbezüglichen Vorschlägen hervortreten würden. Daraus werde hier beurteilt werden, inwiefern die Bahn den englischen Interessen nicht widerspreche.

Ich entgegnete: „Vorschläge? Weshalb? Es liegt dazu keine Veranlassung vor. Die Konzession zum Bau ist in rechtmäßiger Weise einer deutschen Gesellschaft erteilt worden. Dieses rein deutsche Unternehmen wird mit deutschem Kapital ausgeführt. Die Unternehmer sind bereit, fremdes Kapital anzunehmen, wenn die Bedingungen, unter denen es angeboten wird, ihnen passen. Wenn nicht, wird die Bahn lediglich mit

deutschem Kapital, wiewohl dann langsamer, ausgebaut werden. Es liegt keinerlei Anlaß, noch weniger eine Verpflichtung vor, anderen Vorschläge zu machen, um sie in das Unternehmen hineinzuziehen. Ich könnte mit derselben Berechtigung an Sie herantreten und verlangen, daß Deutschland ohne Gegenleistung ein Drittel von irgend einem englischen Unternehmen, worauf es keinen Anspruch hat, erhielte."

„Nicht ohne Gegenleistung," erwiderte der Minister und fügte hinzu „Participation does not mean deprivation."

Ich führte sodann die Haltung Englands der Bagdadbahn gegenüber historisch aus und bemerkte, die an den Bahnbau geknüpften englischen Befürchtungen seien erst neueren Datums. Noch Lord Lansdowne habe mir die Versicherung gegeben, daß die englische Regierung dem deutschen Unternehmen wohlwollend gegenüberstehe. Sie wünsche nur, so habe der damalige Minister hinzugefügt, daß, ehe die Bahn den Persischen Golf erreiche, die Erbauer sich mit der hiesigen Regierung über die Modalitäten und den Ort verständigten, da England ein besonderes Interesse daran habe, daß am Persischen Golf, der Küste Indiens gegenüber, kein befestigter Hafen in den Händen einer anderen Macht entstehe. Ich hätte Lord Lansdowne erwidert, und auf demselben Standpunkt stehe die Kaiserliche Regierung auch noch jetzt, daß wir keinerlei politische Interessen mit dem Bahnbau verfolgten, daß derselbe lediglich die wirtschaftliche Aufschließung der von der Bahn berührten Gegenden bezwecke, wovon die ganze Welt Nutzen ziehen könne, und daß auch fremde Kapitalien zugelassen würden, vorausgesetzt, daß die Leitung der Bahn in deutschen Händen bliebe. Französisches Kapital hätte sich schon beteiligt und würde sich voraussichtlich in noch höherem Maße beteiligt haben, wenn es nicht den englischen Widerstand bemerkt hätte. Dann hätten vor einigen Jahren Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und deutsch-englischen Finanzkreisen über den Beitritt englischen Kapitals zum Bagdadbahnbau stattgefunden, die an der feindseligen Haltung der hiesigen öffentlichen Meinung gescheitert seien. Seitdem sei deutscherseits stetig an der Bahn weitergebaut worden, immer mehr deutsches Kapital sei in das Unternehmen geflossen, und ob nach der damaligen Abweisung, die wir erfahren hätten, englisches Kapital nochmals unter gleich günstigen Bedingungen zugelassen werden würde, erscheine mir höchst fraglich. Bis vor einigen Jahren sei in Rußland Widerstand gegen die Bagdadbahn gewesen, in England dagegen nicht. Jetzt scheine das umgekehrte Verhältnis zu bestehen. Ich könne dies nicht darauf zurückführen, daß der Bahnbau jetzt englische Interessen schädige, während er das früher nicht getan habe, sondern vielmehr darauf, daß jetzt in England ein größeres Übelwollen gegen deutsche Unternehmungen zu bestehen scheine als früher. Früher hätten mir englische Staatsmänner ihre Befriedigung darüber ausgesprochen, daß der deutsche Unternehmungsgeist schließlich in Kleinasien ein Gebiet gefunden habe, wo er sich frei betätigen könne, ohne mit englischen Interessen zu kollidieren. Jetzt scheine

hier, wie ich zu meinem Bedauern sähe, „the dog in the manger policy" in der Aszendenz zu sein. Denn im Ernste könne doch niemand behaupten und noch weniger beweisen, daß eine türkische Bahn durch Kleinasien unter deutscher Leitung eine Gefahr für Indien bilde.

Wenn auch an und für sich der Beteiligung englischen Kapitals unter für die deutsche Verwaltung der Bahn annehmbaren Bedingungen nichts im Wege stehe, so hielte ich doch in Anbetracht der unfreundlichen hiesigen öffentlichen Stimmung den jetzigen Augenblick nicht für geeignet, mit England in Unterhandlungen über die Beteiligung am Bahnbau einzutreten.

Ich habe dem Minister gegenüber eine Verständigung über die Bagdadbahn offen gelassen, ihn aber nicht ermutigt, dieselbe schon jetzt zu suchen, das Ansinnen, als ob wir Vorschläge zu machen hätten, aber schroff abgelehnt.

P. Metternich

Nr. 8657

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 282
Ganz vertraulich

London, den 9. April 1907

Die Kommission, die sich im Foreign Office mit der Bagdadbahnfrage beschäftigte, hat, wie ich im strengsten Vertrauen erfahre, vor einiger Zeit ihre Arbeiten beendigt. Dieselbe ist zu dem Ergebnis gelangt, daß die Beteiligung Englands an dem Unternehmen sich empfehle und auch im Interesse der deutsch-englischen Beziehungen zu befürworten sei. Der Berichterstatter der Kommission, der vor einigen Wochen persönlich in Konstantinopel war, um an Ort und Stelle die einschlägigen Fragen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, hat in diesem Sinne ein ausführliches Exposé verfaßt, das Sir Charles Hardinge auf seiner Reise nach Spanien mitgenommen hat, um sich in dasselbe zu vertiefen. Auch Sir Nicholas O'Conor und Herr Block haben sich entschieden für die Beteiligung Englands an der Bahn ausgesprochen.

Das Weitere wird nunmehr von den Entschließungen Sir Edward Greys abhängen. Mein Gewährsmann, der ein warmer Freund Deutschlands ist, und der die Ansicht hegt, daß eine deutsch-englische Verständigung über die Bagdadbahnfrage geeignet sein würde, die Anbahnung besserer deutsch-englischer Beziehungen einzuleiten, hatte auch Kenntnis von Vorschlägen, mit denen Herr Auboyneau an die hiesigen Finanzkreise behufs Beteiligung an der Bahn herangetreten ist. Aus seinen Mitteilungen entnehme ich, daß die vorgenannte Kommission die ganze Frage unter den verschiedensten Gesichtspunkten erwogen, das Projekt in seinen finanziellen und technischen Einzelheiten geprüft und auch die allgemeine

Lage der türkischen Finanzen in Erwägung gezogen hat. Es dürfte dies damit zusammenhängen, daß, wie mir mein Gewährsmann versichert, es festzustehen scheint, daß die englische Finanz sich an dem Unternehmen nur unter der Voraussetzung einer gewissen Garantie durch die englische Regierung beteiligen will. Ebenso hat die Kommission Vorschläge für die uns als Gegenleistung für die Beteiligung an der Bahn zu machenden Konzessionen ausgearbeitet.

Es ist kein Zweifel, daß in der Haltung der hiesigen öffentlichen Meinung dem Bagdadbahnunternehmen gegenüber seit einiger Zeit ein gewisser Umschwung insofern eingetreten ist, als der Standpunkt der absoluten Negation und Feindseligkeit mehr vor der Besorgnis in den Hintergrund getreten ist, daß das Unternehmen auch ohne englische Beteiligung zur Durchführung gelangen könnte. Die Sympathien für eine turkophilere Richtung, die sich hier in neuerer Zeit bemerkbar machen, — ich berichte darüber an anderer Stelle — der Wunsch nach einer regeren wirtschaftlichen Beteiligung im ottomanischen Reiche fallen zeitlich hiermit zusammen. Auch aus den Worten meines Gewährsmannes klang lebhaftes Bedauern über den relativen Rückgang der englischen Stellung in der Türkei in politischer und wirtschaftlicher Beziehung trotz des alle anderen Mächte überwiegenden Anteils Englands am türkischen Außenhandel und seinem erheblichen Interesse an der türkischen Staatsschuld. „Sie können nicht verlangen," so meinte mein Gewährsmann, „daß wir die Bagdadbahn, die politische und wirtschaftliche Interessen Englands wie zum Beispiel die Smyrna—Aidin-Bahn schwer schädigt, als ein rein deutsches Unternehmen unterstützen." In dieser Anschauung, die die zurzeit hier herrschende ist, liegt meines Dafürhaltens der Schlüssel, aber auch die Schwierigkeit der ganzen Situation. Daß man englischerseits über kurz oder lang mit dem Ersuchen um Beteiligung an der Bahn an uns herantreten wird, möchte ich, so wie die Verhältnisse heute liegen, für wahrscheinlich halten. Ob aber eine Verständigung möglich sein wird, dürfte in letzter Linie davon abhängen, inwieweit beide Teile im gegebenen Augenblicke die Erzielung einer solchen politisch für opportun halten werden.

Stumm

Nr. 8658

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 346 Berlin, den 11. April 1907

Im Anschluß an anderweitige Mitteilungen zu Eurer Exzellenz gefälligen Orientierung.

Dr. Zander hat hier am 9. d. Mts. eine weitere Rücksprache mit Herrn

Auboyneau über die Bagdadbahnfrage gehabt. Der Inhalt dieser Unterredung ist von ihm in der abschriftlich beigefügten Aufzeichnung* wiedergegeben worden.

Am 10. d. Mts. hat Herr Auboyneau nochmals Herrn Zander aufgesucht und ihm die Frage vorgelegt, ob die Kaiserliche Regierung weitere Erörterungen mit der französischen Finanz in der Angelegenheit nicht wünsche. Dr. Zander ist darauf zu der mündlichen Antwort ermächtigt worden, daß die Kaiserliche Regierung der Frage einer Beteiligung fremden Kapitals am Bagdadbahnunternehmen nicht unsympathisch gegenüberstehe. Die Kaiserliche Regierung habe indes um so weniger Anlaß, die Bagdadbahnfrage jetzt mit Nachdruck betreiben zu lassen, als diese Frage neuerdings in Konstantinopel — allerdings irrtümlicherweise — mit der dreiprozentigen Zollerhöhung in Verbindung gebracht worden sei.

Tschirschky

Nr. 8659

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 436

Berlin, den 13. April 1907
[abgegangen am 16. April]

Von Euer Hochwohlgeboren gefälligem Bericht Nr. 282 vom 9. d. Mts.** zur Bagdadbahnfrage habe ich mit Interesse Kenntnis genommen.

Ich bitte Sie, Ihrerseits in der Angelegenheit wie bisher Zurückhaltung zu beobachten. Sollten Sie von der dortigen Regierung darauf angesprochen werden, so wollen Sie sich dahin äußern, daß Sie keine Instruktion in der Sache hätten. Persönlich wären Sie der Ansicht, daß man in Berlin einer Beteiligung fremden Kapitals an der Bahn nicht unsympathisch gegenüberstehe. Die Deutsche Bank hätte bekanntlich bereits im Jahre 1903 der englischen Finanz ein überaus günstiges Angebot in dieser Hinsicht gemacht, die Offerte wäre damals aber abgelehnt worden.

---

* Nach der Aufzeichnung Direktor Zanders vom 9. April war bei der Unterredung, die er an diesem Tage mit dem Direktor der Ottomanbank Auboyneau gehabt hatte, nichts Wesentliches herausgekommen. Den Sondierungen Auboyneaus, ob die deutsche Regierung nicht Frankreich und England bei einer Beteiligung an der Bagdadbahn einen größeren Einfluß in dem Verwaltungsrat zugestehen könne, setzte Zander die Erklärung entgegen, daß Deutschland in der Form zu jeder Konzession bereit sei; aber jede Lösung, die die definitive Entscheidung in Sachen der Bahn dem deutschen Einfluß entziehe, sei für Deutschland unannehmbar. Auf Zanders Anfrage, ob die Ottomanbank sich entschlossen habe, sich an der Fortsetzung des Bahnbaues zu beteiligen, auch wenn eine Verständigung zwischen Deutschland, Frankreich und England wegen des gesamten Bagdadbahngeschäftes nicht zustande komme, blieb wieder Auboyneau eine klare Antwort schuldig.

** Siehe Nr. 8657.

Nach diesen Erfahrungen läge nach Ihrer Ansicht für die Bank um so weniger Veranlassung zu einer neuen Offerte vor, als die deutsche Finanz an sich in der Lage wäre, die Bahn ohne fremdes Kapital, wenn auch entsprechend langsamer zu bauen. Die in der Presse immer wiederkehrende Forderung, daß die Deutsche Bank das Unternehmen internationalisieren solle, stelle sich hiernach als eine eigenartige Zumutung dar. Sie hielten es für ausgeschlossen, daß sich die Bank hierauf einlassen würde, und glaubten im übrigen auch nicht, daß die Bank unter den heutigen Verhältnissen fremdes Kapital noch zu den günstigen Bedingungen vom Jahre 1903 zulassen könnte. Unverständlich wäre es Ihnen andererseits, wie die Presse immer wieder den Gedanken ventilierte, daß England die Beteiligung an der Bagdadbahn, die durch Konzession des Sultans ein einwandsfreies deutsches Wertobjekt geworden, als ein ihm zustehendes Recht beanspruchen könne. Ebensogut würde Deutschland von England zum Beispiel die Beteiligung an ägyptischen oder argentinischen Bahnen verlangen können. Auch die englische Behauptung, daß die Bagdadbahn politische und wirtschaftliche Interessen Englands, wie zum Beispiel die Smyrna—Aidin-Bahn schwer schädige, könnten Sie als stichhaltig nicht anerkennen. Schon ein Blick auf die Karte genügte, um sich davon zu überzeugen, daß die Interessengebiete der Bagdadbahn und der Smyrna—Aidin-Linie völlig von einander getrennt wären.

Zu Euer Hochwohlgeboren persönlicher Information bemerke ich ferner, daß ich der Deutschen Bank anheimgeben werde, etwaige Anregungen der englischen Finanz nicht etwa durch Vermittelung der französischen Finanz, sondern direkt zu beantworten. Schließlich stelle ich zur Erwägung, ob Sie vielleicht durch Ihren Vertrauensmann ganz unauffällig und unter der Hand Näheres über die Vorschläge in Erfahrung bringen könnten, die die Kommission des Foreign Office angeblich hinsichtlich der uns als Gegenleistung für eine englische Beteiligung an der Bahn zu machenden Konzessionen ausgearbeitet hat.

Tschirschky

Nr. 8660

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Berlin, den 6. Mai 1907

Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel war es gelungen, die von der Dette publique verwalteten sogenannten alten Revenuen von einer Festlegung für die mazedonischen Bedürfnisse freizuhalten*. Wir hatten

* Vgl. Nr. 8648, S. 230, Fußnote *.

diese Revenuen daher als Unterlagen von Anleihen für den Weiterbau der Bagdadbahn in Aussicht nehmen können. Neuerdings verlautet aus Konstantinopel, daß sich die Pforte auf gemeinsamen Druck Englands und Frankreichs zu teilweiser Verpfändung der fraglichen Einkünfte für eine Finanzoperation mit der Ottomanischen Bank verstanden hat. Falls dieses Geschäft definitiv werden sollte, würden die Revenuen bis zum Jahre 1910 belastet bleiben und daher für Bagdadbahnanleihen nicht herangezogen werden können. Der Weiterbau der Bagdadbahn würde durch die Finanzoperation mit der Ottomanischen Bank daher ernstlich gefährdet werden.

Nach Mitteilungen der Deutschen Bank besteht ferner Grund zu der Annahme, daß England unter der Hand die im Verkehr befindlichen Aktien der Anatolischen Eisenbahngesellschaft aufzukaufen trachtet, um in dieser Gesellschaft den deutschen Einfluß tunlichst zurückzudrängen und selbst darin eine ausschlaggebende Position zu erlangen. Der Sultan ist durch Euerer Majestät Botschafter auf diese Gefahr aufmerksam gemacht worden. Auf die besorgte Frage Seiner Majestät, wie dieser Gefahr vorgebeugt werden könne, hat Freiherr von Marschall erwidert, daß Seine Majestät der Sultan der Anatolischen Eisenbahngesellschaft die erbetene Konzession zur Bewässerung von Konia erteilen und ihr gleichzeitig zur Ausführung dieses Unternehmens die Verdoppelung ihres Aktienkapitals gestatten möge. Erhalte die Gesellschaft diese Vermehrung ihrer Aktien, so werde sie die letzteren festlegen und dadurch jede Gefahr einer Überraschung seitens Englands beseitigen. Der Sultan hat darauf Euerer Majestät Botschafter vor dessen Abreise von Konstantinopel* sagen lassen, daß er die Verdoppelung des Aktienkapitals der Anatolischen Bahngesellschaft gelegentlich der Irrigation von Konia genehmige.

Es wird nunmehr darauf ankommen, in Verfolg dieser Zusage des Sultans möglichst schnell definitive Vereinbarungen mit der Pforte zu treffen. Nach meinem alleruntertänigsten Dafürhalten ist es jedoch bei der durch das Zusammenwirken Englands und Frankreichs in der Türkei für uns ernsten und schwierigen Lage geboten, daß die Leitung dieser Verhandlungen sowie die Wahrnehmung unserer sonstigen wichtigen Interessen in der Türkei während der Abwesenheit Euerer Majestät Botschafters von Konstantinopel einem älteren besonders dorthin zu entsendenden Beamten des diplomatischen Dienstes, nicht dem ständigen Geschäftsträger übertragen wird. Hierfür spricht die Tatsache, daß der Sultan erfahrungsgemäß den Geschäftsträgern nur geringe Beachtung schenkt und sie gar nicht oder nur ganz ausnahmsweise zu Audienzen zuläßt. Euere Majestät kennen die Eigentümlichkeiten des Sultans und wissen, wie großen Wert er auf Äußerlichkeiten legt. Es würde dem hohen

---

* Freiherr von Marschall war zum Ersten Delegierten Deutschlands auf der 2. Haager Friedenskonferenz bestimmt und kehrte erst Mitte Dezember 1907 auf seinen Posten nach Konstantinopel zurück.

Herrn zweifellos schmeicheln, wenn Euere Majestät ihm als Vertreter des Freiherrn von Marschall einen älteren, bereits auf einem wichtigen Posten bewährten Gesandten senden wollten. Als geeignetster Vertreter Allerhöchstdero Botschafters in Konstantinopel dürfte Euerer Majestät Gesandter für Rumänien in Betracht kommen. Herr von Kiderlen kennt die orientalischen Verhältnisse infolge seines langjährigen Aufenthalts in Bukarest genau und ist auch mit dem Konstantinopeler Posten durch seine frühere Tätigkeit bei dieser Behörde vertraut.

Euere Majestät wage ich daher um allergnädigste Ermächtigung zu bitten, Euerer Majestät Gesandten in Bukarest als Vertreter des Freiherrn von Marschall nach Konstantinopel entsenden zu dürfen*.

Bülow

Randvermerk Kaiser Wilhelms II.:
Ja! W.

Nr. 8661

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 568 Berlin, den 13. Juni 1907
Vertraulich [abgegangen am 17. Juni]

Auf den Bericht Nr. 392 vom 5. d. Mts.**

Die Nachricht des türkischen Botschafters, daß eine Verständigung zwischen der deutschen Gruppe und den französisch-englischen Finanzgruppen wegen deren Beteiligung an dem Bagdadbahnbau erzielt worden sei, und die Angelegenheit in wenigen Wochen zum Abschluß kommen

---

* Über die siebenmonatige Tätigkeit Kiderlens in Konstantinopel vgl. auch E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, Der Staatsmann und Mensch I, 220ff. Jäckh neigt allerdings dazu, die Erfolge Kiderlens als stellvertretender Botschafter, die doch nur auf der Grundlage des durch Freiherrn von Marschall fundierten deutschen Einflusses in Konstantinopel möglich waren, zu überschätzen. Die Übertragung der Bewässerung der Koniaebene an die Anatolische Eisenbahngesellschaft und die Fortsetzung des Baus der Bagdadbahn durch das Taurusgebirge bis Helif, die allein auf das Konto von Kiderlen gesetzt werden, waren in der Hauptsache schon von Freiherrn von Marschall erreicht.

** Im Bericht Nr. 392 vom 5. Juni 1907 hatte Fürst Radolin angefragt, ob eine Meinungsäußerung des türkischen Botschafters Munir Pascha, wonach eine Verständigung zwischen Deutschland, Frankreich und England betreffs Beteiligung französischer und englischer Finanzgruppen an der Bagdadbahn nahezu erzielt sei, als begründet anzusehen sei.

werde, entbehrt der Begründung. Nach Auskunft des Direktors Gwinner schweben diesbezügliche Verhandlungen zurzeit weder mit der französischen noch mit der englischen Finanz. Was insbesondere die Haltung der Deutschen Bank zur Pariser Finanz anlangt, so hat Herr Gwinner bei seiner letzten Anwesenheit in Paris seinen dortigen Geschäftsfreunden erklärt, über die Bagdadbahnfrage könne er nicht in Paris, sondern nur in Berlin oder an einem dritten Orte verhandeln. Verhandlungen in Paris würden nach den bisherigen Erfahrungen von der Presse sofort dahin gedeutet werden, daß die Deutsche Bank sich um fremde Kapitalsbeteiligungen an dem Unternehmen bemühe, was keinesfalls den Tatsachen entspräche. Seither ist die Pariser Finanz mit keinerlei Vorschlägen an die Deutsche Bank herangetreten.

Bei den Beziehungen des türkischen Botschafters zu den französischen Regierungs- und Finanzkreisen wird die Annahme nicht von der Hand zu weisen sein, daß Munir Pascha Euere Durchlaucht auf Veranlassung der dortigen Interessenten in der Bagdadbahnfrage zu sondieren sucht. Andererseits erscheint es nicht ausgeschlossen, daß der Botschafter etwaige nicht gänzlich unverfängliche Mitteilungen, namentlich hinsichtlich eventueller englischer Beteiligung an dem Unternehmen, dazu benutzen könnte, um uns beim Sultan zu verdächtigen. Aus diesen Gründen wird es sich empfehlen, ihm gegenüber Vorsicht zu beobachten. Sollte Munir Pascha daher auf die Angelegenheit zurückkommen, so bitte ich Euere Durchlaucht, sich etwa in folgendem Sinne zu äußern:

Soweit Ihnen bekannt wäre, schwebten zurzeit keinerlei Verhandlungen zwischen der deutschen Gruppe und den französisch-englischen Finanzgruppen wegen deren Beteiligung an dem Bagdadbahnbau. Für die deutsche Gruppe läge auch keine Veranlassung vor, derartige Verhandlungen einzuleiten, da sie in der Lage wäre, die Bahn ohne fremdes Kapital zu bauen. Die deutsche Gruppe wäre übrigens bereit, sofort die nächste Strecke der Bahn in Angriff zu nehmen, sobald Seine Majestät der Sultan den Bau durch Iradee genehmigt haben würde.

Falls Herr Pichon die Bagdadbahnfrage anschneiden sollte, so wollen Euere Durchlaucht dem Minister gefälligst erwidern, daß Sie keine Instruktionen in der Sache hätten. Persönlich wären Sie der Ansicht, daß man in Berlin einer Beteiligung fremden Kapitals an der Bahn nicht unsympathisch gegenüberstehe. Die Deutsche Bank hätte bekanntlich bereits im Jahre 1903 den fremden Finanzkreisen überaus günstige Angebote in dieser Hinsicht gemacht, die Offerten wären aber damals abgelehnt worden. Nach diesen Erfahrungen läge nach Ihrer Ansicht für die Bank um so weniger Veranlassung zu einer neuen Offerte vor, als die deutsche Finanz an sich in der Lage wäre, die Bahn ohne fremdes Kapital, wenn auch entsprechend langsamer zu bauen. Falls fremde Finanzkreise sich an dem Unternehmen zu beteiligen wünschten, würde es daher der Sachlage nur entsprechen, wenn sie nunmehr ihrerseits dem deutschen Syndikate Offerten machten.

Zu Euerer Durchlaucht gefälligen persönlichen und vertraulichen Orientierung füge ich hier einen Auszug aus einem Erlaß an Graf Metternich vom 9. Februar d. Js.* ergebenst bei, in dem unsere Stellung in der Bagdadbahnfrage ausführlich erörtert worden ist.

Mühlberg

Nr. 8662

Der Stellvertretende Botschafter in Konstantinopel Gesandter von Kiderlen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 124 Therapia, den 3. Juli 1907
Ganz vertraulich

Wie ich Euerer Durchlaucht zu melden die Ehre hatte, war vor tatsächlicher Regelung der Erhebung des dreiprozentigen Zollzuschlags nicht daran zu denken, ein kaiserliches Iradee zu erlangen, das die Überschüsse der „revenus concédés" für die Bagdadbahn festlegte.**

Bevor ich jedoch den Austausch der Ratifikationsurkunden Euerer Durchlaucht Ermächtigung gemäß vollzog, habe ich nicht verfehlt, Seiner Majestät dem Sultan nochmals auf sicherem Wege unsere Erwartungen in dieser Beziehung, in Gemäßheit der von Seiner Majestät dem Sultan Seiner Exzellenz Freiherrn von Marschall gegebenen formellen Versprechungen, schriftlich zu unterbreiten.

---

* Siehe Nr. 8655. Vgl. auch den Bericht Graf Metternichs Nr. 510 vom 17. Juni 1907 (Bd. XXI, Kap.CLV, Nr. 7223) über die ausführliche Unterredung, die er am 15. Juni mit dem Kriegsminister Haldane über die Modalitäten einer deutsch-englischen Verständigung bezüglich der Bagdadbahn hatte. Haldane insistierte in dieser Unterredung keineswegs auf der Forderung Sir E. Greys, der von der Bagdadbahn ein volles Drittel für England verlangt hatte, betonte aber, daß England für den Kriegsfall die Endstrecke der Bahn mit der Ausmündung im Persischen Golf in der Hand behalten müsse. Der Besorgnis Graf Metternichs, daß durch den englischen Einfluß auf das kurze Endstück der Bahn der freie Verkehr durch Tarifbestimmungen usw. gehemmt werden könne, glaubte Haldane durch den Hinweis auf die englische Freihandelsregierung begegnen zu können. Haldane war der Ansicht, daß auf der Basis einer Einräumung des Endstücks der Bagdadbahn an England unter der Bedingung, daß der freie Verkehr auf der Bahn weder durch Tarifbestimmungen noch auf anderem Wege gehindert werde, sich eine Vereinbarung erzielen lasse, und er riet, diese Verständigung noch vor den nächsten englischen Wahlen herbeizuführen. Zu der Äußerung Haldanes, daß England im Kriegsfalle die Endstrecke der Bagdadbahn in der Hand haben müsse, bemerkte Kaiser Wilhelm, das sei unmöglich; wenn das wichtigste Ende ausfalle, nütze die ganze Bahn nichts. Darauf erhielt Graf Metternich unter dem 3. Juli die Anweisung, in der Frage der Bagdadbahn die bisherige reservierte Haltung beizubehalten und abzuwarten, ob und mit welchen positiven Vorschlägen die englische Regierung hervortreten werde. Vgl. Nr. 8664.

** Vgl. Nr. 8648, S. 230, Fußnote.

Die amtliche Stelle des ersten Sekretärs sichert gegen Indiskretionen nicht und Seine Majestät fürchtete, daß eine Mitteilung auf diesem Wege zur Kenntnis der Engländer kommen und diesen Anlaß geben werde, erneute Schwierigkeiten in der Erhebung des dreiprozentigen Zollzuschlags zu machen.

Seine Majestät der Sultan ließ mir deshalb durch den zuverlässigen Kammerherrn Emin Bey sagen, daß er an eine Verfügung über jene Überschüsse nicht denke. Diesbezügliche anderweitige Vorschläge seien an ihn nicht herangetreten und würden von Seiner Majestät auch stets abgelehnt werden.

Kiderlen

Nr. 8663

Der Stellvertretende Botschafter in Konstantinopel Gesandter von Kiderlen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 137
Vertraulich

Therapia, den 29. Juli 1907

Der hiesige englische Botschafter Sir Nicholas O'Conor geht auffällig häufig zum Selamlik und hat dann stets ungewöhnlich lange Audienzen bei Seiner Majestät dem Sultan.

Wenn ich die eigenen Äußerungen des Botschafters und andere mir vertraulich zugegangene Nachrichten zusammenhalte, so bewegen sich die Gespräche dieses Herrn mit dem Sultan in zwei sich ergänzenden Richtungen.

Einmal sucht sich Sir Nicholas O'Conor dem Sultan als denjenigen Großmachtsvertreter hinzustellen, ohne den nichts geschehen kann, der aber gern der Türkei gefällig sein würde, wenn sie seine weisen Ratschläge befolgte.

Sodann sucht der englische Botschafter dem Sultan klarzumachen, daß er bei der Finanzlage seines Reiches durch die Projekte der Deutschen — Koniabewässerung und Bagdadbahn— sich nur unnütz in Schulden stürze. Wenn er hierauf verzichte, liege das Geld sozusagen auf der Straße für ihn. Er brauche nur die als Garantien jener Unternehmungen vorgesehenen Einkünfte, insbesondere die excédents des revenus concédés für eine größere Anleihe zu verpfänden, und er sei alle Sorgen los.

In der ersteren Richtung hat Sir Nicholas O'Conor, wie ich zuverlässig höre, dem Sultan seine Dienste bezüglich der bevorstehenden mazedonischen Justizreform* angeboten. Er will auch in dieser ihm eigentlich entzogenen Frage England als führende Macht hinstellen.

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

Unter der Hand sucht dabei O'Conor die Russen zu möglichst hohen Forderungen in der Justizreform zu veranlassen. Er hat in dem fanatischen und eingebildeten russischen Botschaftsrat Swjetschin, den er mit seiner besonderen Freundschaft beehrt, darin ein gutes Instrument und gewinnt damit auch auf den altersschwachen, aber eigensinnigen russischen Botschafter Sinowiew Einfluß.

Wenn dieser auch mit seinem Botschaftsrat nicht gut steht, läßt er sich doch von ihm beeinflussen und beharrt dann starr auf den ihm soufflierten Ideen.

Während die Vorschläge für die Reformen in Mazedonien laut Abmachung der russisch-österreichischen Verständigung vorbehalten sind, ist tatsächlich der Engländer, soweit die Russen in Betracht kommen, der Drahtzieher.

Mein österreichisch-ungarischer Kollege hat mir infolgedessen auch schon die bestimmte Ansicht ausgesprochen, daß die Verständigung über die der Türkei bezüglich der mazedonischen Justizreform zu machenden Vorschläge nicht hier, sondern zwischen dem Wiener und Petersburger Kabinett getroffen werden müsse.

Bezüglich des zweiten Teils seines Programms, die Türkei zum Verzicht auf Koniabewässerung und Bagdadbahn zu veranlassen, hatte sich Sir Nicholas O'Conor vor allem bemüht, die momentane finanzielle Lage der Türkei auszunutzen.

Die türkische Regierung, die unbedingt Geld brauchte, sollte ausgehungert werden und nirgends Vorschüsse finden. Das amtliche Frankreich war dafür auch durch den Druck der entente cordiale gewonnen. Der französischen haute finance, die gegen anderthalb Milliarden in der Türkei investiert hat, paßte aber diese Politik ihrer Regierung nicht.

Bei den Machtmitteln der französischen Regierung war eine direkte Auflehnung unmöglich. Die französische Finanz ließ es aber zu, daß die türkische Regierung sich dem von England geplanten Aushungerungssystem durch eine Reihe kleinerer und größerer Anleihen entzog. Bei der Deutschen Bank, bei der Orientbank, zuletzt bei der französischen Leuchtfeuergesellschaft mit Hilfe des Wiener Bankvereins fand die Türkei Geld für ihre dringendsten Bedürfnisse.

Wenn sie es ernstlich wollte, konnte die Ottomanbank diese Transaktionen verhindern. Sie hat es nicht getan, weil eben zwei Seelen in der hiesigen französischen Politik leben; die offizielle Politik ist lediglich bestrebt, dem momentanen englischen Freund Handlangerdienste zu leisten; die Finanz sucht ihre Interessen zu wahren.

In dieser Beziehung hat also die englische Politik keinen Erfolg gehabt. Die Interessen der französischen Gläubiger der Türkei haben sich stärker erwiesen als die amtliche französische Liebedienerei vor England.

Was die Verhinderung unserer Aktion in Kleinasien betrifft, so wäre die Koniaangelegenheit unter Dach und Fach, wenn die Deutsche Bank

ihrem hiesigen Vertreter* mehr Vertrauen entgegengebracht hätte. Sie wird meines Erachtens zustande kommen; dies hat mir der Sultan durch zwei Kanäle als seinen bestimmten Willen kundgeben lassen. Damit ist dann die Kapitalsverdoppelung eo ipso geregelt.

Auch die Weiterführung der Anatolischen Bahn über den Taurus wird sich trotz englischen Widerspruchs regeln lassen. Nur darf sie nicht vom grünen Tisch der Deutschen Bank in Berlin entschieden werden. Hat diese nicht volles Vertrauen in ihre hiesigen Vertreter, sollte sie jemand hierher entsenden, aber nicht in Berlin Entscheidungen treffen, die auf hiesige Verhältnisse nicht passen.

Meine in diesem Sinne abgefaßten Telegramme an Euere Durchlaucht betreffend die Koniasache beruhen insbesondere auf eingehenden Besprechungen mit dem besten Kenner hiesiger Verhältnisse, Herrn Testa.

Kiderlen

Nr. 8664

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 738 London, den 30. August 1907

Die Frage der Bagdadbahn ist hier sowohl an amtlichen Stellen wie in der Presse seit einiger Zeit vollständig zum Schweigen gekommen. Das ist kaum ein Zufall. Aus den Äußerungen eines Mitgliedes des englischen diplomatischen Dienstes entnehme ich, daß man die Konzessionen an England, die der Kaiserliche Herr Botschafter gelegentlich als von unserer Seite eventuell in Betracht kommend bezeichnet hat, für ungenügend hält. Graf Metternich sei zu „greedy", sonst würden die Verhandlungen längst in Fluß gekommen sein.

Auch aus den Mitteilungen eines anderen in Sachen der Bagdadbahn oft bewährten Gewährsmannes schließe ich, daß die Kommission, die sich seinerzeit mit der Frage befaßt hat, sehr merkwürdige und echt englische Anschauungen über die Basis hegt, auf der eine Verständigung mit uns über die Bagdadbahnfrage würde erfolgen können. Mein Gewährsmann bezeichnete es mir als eine unerläßliche Kompensation für den Verzicht auf das Monopol, das der englische Handel bisher de facto in Mesopotamien besessen habe, daß die Teilstrecke der Bahn vom Persischen Meerbusen

---

* Helfferich.

bis zu einem noch jenseits Bagdad gelegenen Punkte England zugewiesen werde. Dieser Punkt scheint Mosul zu sein. Auf meine Frage, welches denn die Gegenkonzessionen seien, die uns England für ein solches Zugeständnis zu machen bereit sein werde, erfolgte die Entgegnung, die Hauptgegenleistung bestehe in der finanziellen Beihülfe, durch die England den Bau der Bahn ermöglichen werde. Englischerseits solle nämlich für den in Betracht kommenden Teil der Bahn auf die Zinsgarantie des Sultans verzichtet werden, an deren Stelle die Garantie der englischen Regierung treten werde. Diese Garantie werde den Zufluß des erforderlichen Kapitals sicherstellen und zugleich eine ökonomischere Ausführung des Bahnbaues ermöglichen, als dies der Fall sei, wenn die betreffenden Finanzgesellschaften die Garantie des türkischen Staatsschatzes in beliebiger Höhe in Anspruch zu nehmen vermöchten. Man scheint sich somit hier mit dem Gedanken zu tragen, den Bahnbau unter staatlicher Kontrolle durchzuführen und das Unternehmen später mehr oder weniger als Staatsbahn zu betreiben.

Ich habe mich natürlich dahin ausgesprochen, daß auf einer solchen Basis eine Verständigung mit uns mir ausgeschlossen erscheine, und daß es sich unter diesen Umständen gar nicht lohne, die Frage überhaupt englischerseits anzuregen, wofür ich unter anderen Umständen eingetreten sein würde. Mein Gewährsmann meinte darauf, es werde natürlich dafür gesorgt werden, daß das Ganze eine „deutsche Fassade" behalte, und er deutete an, daß die interessierten deutschen Finanzkreise von der englischen Auffassung unterrichtet seien. Erst wenn mit diesen eine Verständigung erzielt worden sei, werde die englische Regierung an uns offiziell mit der Sache herantreten.

Es dürfte Euerer Durchlaucht bekannt sein, inwieweit unsere Banken von den englischen Wünschen Kenntnis haben. Soll in absehbarer Zeit eine Verständigung mit England über die Bagdadbahnfrage unter für uns akzeptabelen Bedingungen erfolgen, so wird es meines gehorsamsten Dafürhaltens unbedingt erforderlich sein, daß der hier jetzt bestehenden Auffassung, daß das Unternehmen ohne die finanzielle Unterstützung Englands nicht durchgeführt werden könne, energisch entgegengetreten wird. Das wird natürlich in erster Linie die Aufgabe der beteiligten deutschen Finanzkreise sein. Je länger man hier das Gefühl der Unentbehrlichkeit für den Bahnbau hat, um so mehr wird sich auch die englische Begehrlichkeit bezüglich der Beteiligung an der Bahn steigern. Am wirksamsten würde derselben allerdings begegnet werden, wenn es möglich wäre, darauf hinzuweisen, daß uns das französische Kapital zur Verfügung steht.

Stumm

Nr. 8665

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 9. September 1907

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht alleruntertänigst zu berichten, daß nach einer telegraphischen Meldung Allerhöchstdero Geschäftsträgers in Konstantinopel* Seine Majestät der Sultan durch Iradee die Ent- und Bewässerung der Koniaebene der Anatolischen Eisenbahngesellschaft übertragen hat[1]. Die von der genannten Eisenbahngesellschaft auszuführenden Arbeiten umfassen die Herstellung eines geordneten und kontrollierbaren Ausflusses des wasserreichen, gegen 100 km westlich von Konia gelegenen Beyschehir-Sees durch den gleichnamigen Fluß, die Regulierung des Beyschehirsu und Tscharschembesu in einer Länge von rund 175 km, die Anlage eines 30 km langen Kanals zur Umgehung des Sees bei Karawiran sowie eines weiteren 20 km langen Kanals im Engpaß von Balikowa, die Herstellung von Wasserwehren und drei Hauptreservoiren, eines Aquädukts und zahlreicher Verteilungskanäle, endlich die Errichtung der zum Betrieb erforderlichen Gebäude. Es handelt sich um die Bewässerung eines zurzeit öden Gebiets von ungefähr 53000 ha, dessen Getreideerträgnis nach dem Maßstabe der Erzeugung bewässerungsfähiger Landstriche in der Türkei bis zu 20000 Eisenbahnwaggons jährlich erreichen dürfte. Diese Frachten werden der Bagdadbahn zugute kommen, da die zu bewässernden Ländereien von ihr durchschnitten werden. Die Irrigationsarbeiten sollen durch die Firma Philipp Holzmann & Cie. in Frankfurt a. M. ausgeführt werden, die die Bahn von Eskischehir nach Konia und die bisherige Strecke der Bagdadbahn bis zum Taurus gebaut hat. Die Leitung der Arbeiten soll dem deutschen Ingenieur Waldorp** übertragen werden, der den Hafen von Haidar Pascha angelegt und die Studien zu der Bewässerung der Koniaebene geleitet hat. Die Kosten des großen zivilisatorischen Werkes, das ein Segen für weite Gebiete zu werden verspricht, sind auf etwa 20 Millionen Mark veranschlagt worden. Die Anatolische Bahn schießt die erforderlichen Summen gegen 5% Verzinsung und Tilgung in 35 Jahren, von der Inbetriebsetzung an gerechnet, der Verwaltung der Zivilliste vor und erhält eine besondere Sicherung durch Verpfändung der infolge der Bewässerungsanlagen zu erwartenden Mehrerträge der betreffenden Bezirke.

---

* Nr. 177 vom 4. September 1907. Nach einem Telegramm Kiderlens vom 23. November 1907 wurden die letzten Formalitäten bezüglich der Bewässerung von Konia an diesem Tage durch Zeichnung und Austausch der Verträge zwischen der Pforte und der Anatolischen Eisenbahngesellschaft erledigt.

** Tatsächlich war Waldorp kein Deutscher, sondern Holländer.

Euerer Majestät Regierung und Allerhöchstdero Vertreter in Konstantinopel haben die nunmehr zum glücklichen Abschlusse gelangten Verhandlungen der Anatolischen Eisenbahngesellschaft mit der Zivilliste Seiner Majestät des Sultans um so nachdrücklicher gefördert, als diese Verhandlungen gleichzeitig den Zweck verfolgten, der Anatolischen Eisenbahngesellschaft dauernd den Charakter eines deutschen Unternehmens zu sichern. Die Mehrheit des Aktienbesitzes der genannten Gesellschaft war zwar für normale Verhältnisse sofort bei Begründung des Unternehmens für die Deutsche Bank festgelegt worden. In neuerer Zeit hatten sich indes Großkäufe bei den Börsen bemerkbar gemacht, wobei Agenten, anscheinend für England, mit unbegrenzten Mitteln Anatolische Eisenbahnaktien direkt von Privaten über den Kurswert kauften. Da sich von den 135000 Aktien der Gesellschaft in Konstantinopel allein 45000 Stück in türkischen Händen und eine weitere nicht unerhebliche Anzahl in anderem, unkontrollierbaren Privatbesitze befinden, so war die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß die Mehrheit der Anatolischen Aktien in englische Hände übergehen könnte. Diese Gefahr ist nunmehr endgültig beseitigt worden. Durch den vorliegenden Vertrag hat die Anatolische Eisenbahngesellschaft die Ermächtigung seitens Seiner Majestät des Sultans erhalten, die zur Ausführung der Koniairrigation erforderlichen Geldmittel durch Verdoppelung ihres Aktienkapitals zu beschaffen*. Die Deutsche Bank wird diese neuen Aktien von vornherein für sich festlegen und auf diese Weise jede Gefährdung des deutschen Unternehmens durch englische Treibereien beseitigen.

Der Vertragsabschluß stellt für uns daher einen doppelten Erfolg dar; er eröffnet nicht nur der deutschen Industrie und dem deutschen Kapital ein neues aussichtsreiches Feld der Betätigung in der Türkei, sondern er stellt auch die Anatolische Bahn dauernd als deutsches Unternehmen sicher.

von Tschirschky

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:

Gratulire Kiderlen u[nd] Marschall und dem Ausw[ärtigen] Amt herzlichst zu dem schönen Erfolge, der unserm Großen Culturwerk den Deutschen Charakter bewahrt hat.

10/IX 07 W.

Randbemerkung des Kaisers:

[1] Gut

Schlußbemerkung des Kaisers:

Bravo!

---

* Das Iradee für die Verdoppelung des Aktienkapitals der Anatolischen Eisenbahngesellschaft wurde vom Sultan, der auch selbst einen erheblichen Betrag der neuen Aktien für sich und seine Kinder übernahm, am 20. Dezember 1907 erteilt.

Nr. 8666

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 778 London, den 14. September 1907

Die englische Regierung hat beschlossen, unter keinen Umständen eine Initiative zur Besprechung der Bagdadbahnfrage zu ergreifen, sondern zu warten, bis Deutschland mit einer solchen hervortreten wird[1], so versichert mir mein in dieser Sache oft erprobter Gewährsmann. Ich habe hierauf erwidert, daß Sir Edward Grey darauf lange warten könne[2]. Mein Gewährsmann, der sich persönlich für das Zustandekommen einer deutsch-englischen Verständigung über die Bagdadbahn sehr interessiert, meinte, es könne vielleicht durch irgendwelche Zwischenpersonen der Stein ins Rollen gebracht werden[3]. Auch hege er die Hoffnung, daß gelegentlich der Monarchenbegegnung im November ein Wort Seiner Majestät des Kaisers oder des Königs die Angelegenheit in Fluß bringen werde[4]. Wie der König persönlich über die Sache denkt, entzieht sich meiner Beurteilung. Sollte er eine Initiative anläßlich des Kaiserbesuchs ergreifen, so würde ich geneigt sein, dahinter den Einfluß Sir Ernest Cassels zu wittern, der, wie ich weiß, vor einiger Zeit Interesse für die Bagdadbahnangelegenheit gezeigt hat[5]. Sir Ernest Cassel aber wollen die maßgebenden Regierungsleute unter allen Umständen aus der Sache ausgeschaltet wissen, da er ihnen wegen seines deutschen Ursprungs verdächtig ist[6] und sie nur wirkliche englische Finanzleute an dem Unternehmen beteiligt haben wollen. Damit würde also nichts gewonnen sein.

Mein Gewährsmann wünscht, daß die Frage möglichst bald in Gang kommt, da er befürchtet, daß sonst das russische Eisenbahnsystem sich inzwischen in einem Grade fortentwickeln könne, daß demselben der Vorzug bei weiteren Anschlüssen an die Bagdadbahn vor dem englischen würde gegeben werden[7]. England aber habe ein großes Interesse an dem Bau einer direkten Bahn nach Indien durch Belutschistan, etwa von Bagdad abzweigend. Es werde übrigens erforderlich sein, die geplante Trace der Bahn zu verändern und nach dem Austritt aus dem Taurus mehr nach Norden zu verlegen[8]. Nach den gegenwärtigen Plänen durchschneide dieselbe eine Wüste, während sie, mehr nördlich geführt, reiche und bevölkerte Gegenden berühren würde. Es müsse dem allerdings eine Verständigung mit der russischen Regierung vorausgehen[9], der gegenüber die Türkei durch den bekannten Eisenbahnvertrag gebunden sei. Das werde sich aber durch eine Konzession an Rußland[10] auf anderen Gebieten wohl erreichen lassen. So wie die Bahn jetzt projektiert sei, werde sich nach Ansicht des Herrn Block dieselbe niemals rentieren können. Die Baukosten für dieselbe seien viel zu hoch in Aussicht genommen. Es könnten ungefähr £ 5000000 gespart werden. Darin liege der Profit der das Unternehmen finanzierenden Banken, darin aber auch die Gefahr einer

dauernden Belastung des türkischen Staatsschatzes, der bei der immer zunehmenden Verschuldung des türkischen Reichs England mit Rücksicht auf die zahlreichen englischen Staatsgläubiger nicht gleichgiltig gegenüber stehen könne[11]. Die englischen Pläne sehen daher auch, wie mir bekannt, eine englische Staatsgarantie für die Bahn vor.

Stumm

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Fällt uns gar nicht ein!
[2] sehr gut
[3] nein!
[4] nein!*
das ist mein Werk! und bleibt mein Werk!
[5] er hat sie aufzukaufen versucht!
[6] uns ist er ebenso verdächtig wie H[err] Eltzbacher!**
[7] natürlich!
[8] nein!
[9] nein !
[10] wie nett!
[11] !
Schlußbemerkung des Kaisers:
Der weiß noch nichts von dem neuen Bahnabkommen mit der Türkei!
sehr gut

Nr. 8667

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen, z. Z. in Windsor

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 8 Berlin, den 14. November 1907

Mit Bezug auf das Telegramm Seiner Majestät an mich Nr. 123 vom heutigen Tage*** zu Eurer Exzellenz vertraulicher Orientierung:

Bagdadbahn anlangend würde förmliche Überlassung der Ausmündung am Persischen Golf an England bedenklich sein, da England hier-

---

* Tatsächlich war es doch Kaiser Wilhelm II., der gelegentlich seines Besuches in England im November 1907 die Bagdadbahn gegenüber Sir E. Grey und Haldane zur Sprache brachte. Vgl. Nr. 8667, Fußnote ***. Nach Haldane (Before the war, p. 48) hatte sich der Kaiser ihm gegenüber sogar bereit gezeigt, England das Endstück der Bagdadbahn einzuräumen.

** Englischer Journalist deutscher Abstammung, der unter dem anglisierten Namen Ellis Barker in englischen Zeitschriften wie „Nineteenth Century", „Fortnightly Review" gegen Deutschland schrieb.

*** Am 14. November hatte Kaiser Wilhelm II., der am 10. zu seinem offiziellen Besuch in England eingetroffen war, dem Reichskanzler telegraphisch (Nr. 123) über den Empfang in London am 13. berichtet. Über Unterredungen, die der Kaiser an diesem Tage mit Sir E. Grey und Haldane gehabt hatte, hieß es in dem Telegramm: „Ich hatte mit Sir E. Grey und Herrn Haldane Unterredung über Bagdadbahn, in welcher ich alle hier bestehende Vorurteile mit Erfolg widerlegte. Ich glaube, daß Engländer jeden Widerstand aufgeben, wenn wir ihnen Ausmündung der Bahn am Persischen Meerbusen

durch gefährliche Waffe gegen uns in Konstantinopel erhielte. Der Sultan hat sich mit der englischen Vorherrschaft am Persischen Golf nicht abgefunden und gerade in der Überzeugung, daß Deutschland ihn in diesem Punkte stützt, die Ausführung der Bagdadbahn uns übertragen. Eine Abmachung über Überlassung der Ausmündung der Bahn am Golf an England, die auf die Dauer in Konstantinopel zweifellos nicht unbekannt bliebe, würde geeignet sein, das Vertrauen des Sultans zu uns zu zerstören und dadurch gleichzeitig die ganze Bahnfrage zu gefährden. Außerdem liegt es auf der Hand, daß derjenige, der das Ausgangstor einer Bahn beherrscht, damit den ganzen Bahnbetrieb in seine Abhängigkeit bringt. Wir würden mit diesem Zugeständnis die ganze Bahn englischem Einfluß ausliefern, gegen den uns in der Praxis kein noch so verklausuliertes Abkommen zu schützen imstande wäre. Als Ausweg erschiene folgende Abmachung mit England unbedenklich: Deutschland verpflichtet sich, die Bahn zunächst nur bis Bassorah zu bauen, darüber hinaus keinen Spatenstich ohne vorherige Verständigung mit England zu tun, das ganze Unternehmen lediglich als rein wirtschaftliches ohne jegliche politische Zwecke zu betreiben und die englische Finanz zu einer Beteiligung daran unter der Voraussetzung zuzulassen, daß der Charakter des Unternehmens als ein deutsches gewahrt bleibt.

England würde sich dagegen zu verpflichten haben, der Finanzierung des Unternehmens keinerlei Schwierigkeiten entgegenzusetzen.

Bitte, auch Graf Metternich entsprechend zu verständigen.

Bülow

als ein Tor überlassen, dessen stete Offenlassung wir ausbedingen. Hierüber voraussichtlich morgen mehr." Vgl. dazu Viscount Haldane, Before the war, p. 48ff. Nach Haldanes Erzählung hätte der Deutsche Kaiser ihm dieses Tor, dessen England bedürfe, „to protect India from troops coming down the new railway," alsbald mit den Worten zugesagt: „I will give you the ‚gate'." In den Schriftstücken deutscher Provenienz findet es keine Bestätigung, daß der Kaiser eine solche positive Zusage gegeben hätte. In der ausführlichen Aufzeichnung Staatssekretärs von Schoen vom 20. November über den kaiserlichen Besuch in England (siehe Bd. XXIV, Kap. CLXXIV, Nr. 8171) werden die Äußerungen des Kaisers dahin zusammengefaßt: „Bei dem Unternehmen, das nicht nur deutscher Kulturkraft entspringe, sondern auch von einem der weitsichtigsten Engländer, Cecil Rhodes, warm empfohlen worden sei, lägen politische Absichten und Hintergedanken gänzlich fern. Es handele sich lediglich darum, ein im Altertum blühendes Kulturland wirtschaftlich wieder zu beleben und deutschem Handel und deutscher Industrie ein neues bedeutendes Absatzgebiet zu eröffnen. Die in England vielfach gehegten Bedenken strategischer Natur seien gegenstandslos. Niemand könne daran denken, daß die Bahn jemals zu feindseligen militärischen Unternehmungen gegen Indien benutzt werde, am wenigsten von Deutschland. Für England und Indien biete die Bahn vielmehr als kürzeste Verbindung große Vorteile für den Waren-, Post- und Personenverkehr. England tue gut daran, sich mit uns in irgendeiner Weise zu verständigen. Wolle England eine Sicherheit in der Weise haben, daß es das ‚Ausgangstor' der Bahn am Persischen Golf in Händen habe, so ließe sich darüber reden, nur müsse es seinerseits eine Sicherheit dafür bieten, daß dieses Tor immer offen und der Charakter des ganzen Unternehmens uns Deutschen gewahrt bleibe." Vgl. Nr. 8669 und Freiherr von Schoen, Erlebtes (1921), S. 57f.

Nr. 8668

Note of a private conversation between Sir E. Grey and Mr. Haldane on 14 November 1907

Unsignierte Reinschrift*

We recognize that the object of the commercial development of Mesopotamia is one which should not be opposed.

What we desire is to ensure that the quickest route between West and East should not be under the exclusive control of a virtually foreign company which would be in a position to affect seriously commercial relations between England and India, or to sanction its use for strategic purposes in hostility to British interests which have existed in Southern Mesopotamia and the Persian Gulf for more than 200 years.

We could not, however, discuss this question à deux, but only à quatre, for the various interests, strategical, political and commercial, affect France and Russia as well as ourselves. It does not seem impossible to reconcile all these with the commercial object of what we recognize to be a German enterprise.

If the German Government can accept this point of view, there would probably be no difficulty in arranging for a preliminary discussion by the Governments interested if the German Government take the initiative, and the question of how these interests might be adjusted is a business matter, which could be discussed by experts at Berlin.

It is important, however that, if discussions are to take place on a business footing, the matter should be kept secret.

Nr. 8669

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen, z. Z. in Windsor, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 Windsor Castle, den 16. November 1907

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 8**.

Bei den Besprechungen, die Seine Majestät und ich mit britischen Staatsmännern über Bagdadbahn gehabt, wurde unsererseits hervor-

---

* Die dem Kaiser von Haldane übergebene Reinschrift findet sich auf einem Quartbogen, der das Wappen des englischen Königs und die Bezeichnung Windsor Castle trägt. Die „Note" ist offenbar identisch mit dem von Haldane in seinem Erinnerungsbuche (Before the war, p. 49) erwähnten Memorandum Sir E. Greys.

** Siehe Nr. 8667.

gehoben, daß es sich um ein Unternehmen handelt, welches ohne jegliche politische Absichten und Hintergedanken lediglich die wirtschaftliche Wiederbelebung eines einst blühenden Landes bezweckt. Für England könne die Bahn als kürzeste Verbindung mit Indien von großem Vorteil werden. Die Bedenken strategischer Natur seien gegenstandslos.

Von englischer Seite wurde Bereitwilligkeit ausgesprochen, das Unternehmen als rein deutsches anzuerkennen und Vorurteile sowie Widerstand aufzugeben, falls England in irgend einer Form ein mitbestimmender Einfluß auf die Ausmündungsstrecke eingeräumt würde. England sei zu vertraulichen Vorverhandlungen auf dieser Basis bereit, wünsche aber, daß diese im Einvernehmen mit Frankreich und Rußland stattfinden. Nach prinzipieller Einigung der Mächte würden Verhandlungen über die näheren Modalitäten zweckmäßig durch Vertreter der Finanz- und Geschäftswelt, die in Berlin zusammenkommen könnten, zu führen sein, und zwar alles dies geheim, damit Presse nicht wieder vergiftenden Einfluß ausüben könne.

Ich bemerkte, daß Rußland bereits Verhandlungen mit uns angeknüpft habe, deren weiterer Fortschritt zunächst abzuwarten sei. Wir seien zu gegebener Zeit zu Verhandlungen mit den anderen Mächten bereit. England gegenüber könne es sich nicht um förmliche Überlassung der Ausmündungsstrecke handeln, dagegen seien wir bereit, uns mit ihm über gemeinsamen Bau und Betrieb dieser Strecke sowie über finanzielle Beteiligung am ganzen Unternehmen, das wir als rein wirtschaftliches betrachten, zu verständigen. Der Charakter des Unternehmens als deutsches müsse unter allen Umständen gewahrt bleiben.

Sir E. Grey sah in diesen Vorschlägen eine gesunde Unterlage für weitere Verhandlungen.

Weiteres mündlich.

Schoen

Nr. 8670

Der Botschafter in London Graf von Metternich, z. Z. in Highcliffe, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 1

Highcliffe, den 19. November 1907

Ich hatte in Windsor eine eingehende Unterredung mit Mr. Morley, dem Staatssekretär für Indien. Neben Sir Edward Grey hängt es hauptsächlich von Mr. Morley ab, ob wir mit England zu einer Verständigung über die Bagdadbahn gelangen werden. Er teilte mir offen die Bedenken mit, die die anglo-indischen Kreise mit Bezug auf dieses Unternehmen hegen. Sie sind wirtschaftlicher und militärischer Natur. Die englische

Herrschaft in Indien fühlt sich am sichersten, je weiter fremde europäische Einflüsse von den Grenzen Indiens entfernt bleiben. Englisch-Indien würde es daher am liebsten sehen, wenn die Bagdadbahn gar nicht an den Persischen Golf oder in dessen Nähe gelangte, das heißt nicht gebaut würde. Der Handel in Mesopotamien, im Persischen Golf und im südlichen Persien ist überwiegend in englischen Händen. Mit der Bagdadbahn wird dies, so fürchtet man auf englischer Seite, anders werden. Ist die Bagdadbahn einmal erbaut, so wird eine Anschlußbahn durch Persien nach Indien nach hiesiger Auffassung unausbleiblich und die direkte Landverbindung von Europa nach Indien dann hergestellt sein. England fühlt sich aber nur stark in Indien, solange es dort isoliert bleibt. Denn, so sagen die Anglo-Indier, eine Eisenbahn kann außer Waren und Reisenden auch Soldaten befördern. Eine Eisenbahn durch Kleinasien und Mesopotamien in der Hand einer einzelnen starken europäischen Macht bietet nach Ansicht dieser Kreise weder eine Gewähr dafür, daß sie nicht durch Vorzugstarife den englischen Handel aus dem Persischen Golfe vertreibt, noch daß sie im Kriegsfalle nicht militärischen Zwecken dient, die Indien bedrohen. Zudem werden, immer nach der Ansicht jener Kreise, durch das System der kilometrischen Garantie die Provinzen, durch die die Bahnstrecke läuft, durch Anspannung der Steuerschraube zur Bezahlung der Garantie ausgesaugt, sie verarmen[1], die Türkei gerät immer tiefer in Schulden[2], und auch dadurch wird wieder in erster Linie der englische Handel als der bedeutendste geschädigt.

Es ward mir leicht, in meiner Erwiderung diese Argumente allgemeiner Natur zu zerstören. Die Bahn würde unter gleichen Bedingungen dem Handel aller Nationen offen stehen. Gerade die Bevölkerung der Provinzen, durch die die Bahn führe, würde in erster Linie von ihr Vorteil ziehen, Bewässerungsanlagen entstehen, der Boden der Kultur zurückgegeben, und die nomadisierenden Stämme dem seßhaften Leben zugeführt werden. Die Bahn, trotz der kilometrischen Garantie, würde daher einem Kulturzwecke dienen und die Steuerkraft der Türkei heben infolge des Wohlstandes, den sie schaffe. Die Befürchtung, durch sie werde die englische Schiffahrt auf dem Flusse und im Persischen Golf geschädigt oder selbst brach gelegt werden[3], erinnere mich an die jüngsten Jahre meiner Kindheit, wo Eisenbahnen in reaktionären Kreisen als ein Übel gegolten hätten, das dem lokalen Grundbesitzer Ruin drohe. Die Geschichte der Verkehrsentwicklung strafe aber diese beschränkte Auffassung Lügen[4]. Wo Länderstrecken durch Schienenwege dem allgemeinen Verkehr eröffnet würden, erhalte die Schiffahrt an den Küsten und Ufern, die sie berührten, einen verdoppelten Impuls[5]. Es sei dies eine allgemein anerkannte Tatsache, die in dem aufgeklärten England wohl kaum erst zu beweisen sei. Wenn er, Mr. Morley, aber sage, daß durch die Tarifpolitik der deutsch verwalteten Bagdadbahn der englische Handel geschädigt werden könne, so könne bei uns umgekehrt die Befürchtung obwalten, daß durch künstliche Verkehrsschwierigkeiten auf der letzten Strecke,

die England unter seinen Einfluß zu bringen wünsche, das ganze Unternehmen gefährdet erscheine[6].

Auf die Weiterführung der Bahn durch Persien hätten wir meines Wissens keine Absicht. Wir würden uns aber meines Erachtens über diesen Punkt leicht in der Weise verständigen können, daß England eventuell die Bahn durch das südliche oder mittlere Persien weiterbaue unter der gleichen Bedingung des Transitverkehrs für alle Nationen ohne Hindernis[7], wie bei der deutschen Bahn. — Auf dieser Grundlage können wir eventuell darauf verzichten, unsere Bahn ans offene Meer zu bringen. Wir beruhigen damit die Engländer und zugleich den Sultan, den eine rein englische oder auch eine gemischte deutsch-englische Verwaltung der Endstrecke bis ans Meer mißtrauisch machen würde. Ich habe aber bei Mr. Morley unseren etwaigen Verzicht des Ausbaues bis ans Meer nicht verwertet, da ich nicht weiß, wie die Sachverständigen der Bagdadbahn über diesen Punkt denken. Ich habe hier den definitiven Verzicht im Sinne, nicht die Klausel: nur mit Zustimmung Englands.

Es bliebe nun noch, so fuhr ich fort, die militärische Seite der Frage zu betrachten übrig. Auf der Bagdadbahn könnten türkische Truppen bewegt werden und eventuell bis an den Persischen Golf fahren. Wie sollten sie aber über ihn hinüberkommen? Fürchteten seine, Morleys, Freunde die türkischen Transportschiffe und die türkische Flotte? Wenn nicht, so bliebe den Türken nur das unschädliche Vergnügen, die indische Grenze von der entgegengesetzten Seite des Persischen Golfs aus zu betrachten.

Mr. Morley meinte nun, es könnten auch andere als türkische Truppen auf der Bahn befördert werden. Ich frug: Welche? Als er nicht mit der Sprache heraus wollte, sagte ich: Doch wohl nicht deutsche? Jawohl, erwiderte Mr. Morley[8]. Er wolle zwar nicht behaupten, daß dies seine Ansicht sei. Er gebe nur die Befürchtungen der anglo-indischen Kreise wieder. Hierauf frug ich nun im Scherze, ob er mir nicht mitteilen wolle, wie seine Freunde sich die deutsche Invasion Indiens auf dem Wege der Bagdadbahn vorstellten. Er würde mir damit einen wichtigen hint für unseren Generalstab geben, der bis jetzt auf diesen Gedanken noch nicht verfallen sei[9]. Als er gutmütig meinte: You make fun of me, sagte ich: Dann wollen wir die Sache einmal ernsthaft betrachten. Bitten Sie Ihre Freunde, sich die Karte anzusehen, wo Deutschland liegt, und wo Kleinasien liegt, und was dazwischen ist, und sich die Frage vorzulegen: wie können deutsche Truppen nach Kleinasien gelangen? Natürlich ist die Frage nicht zu beantworten. Zudem möchte ich glauben, daß, wenn Deutschland und England im Kriege liegen, die deutschen Armeekorps näher zu Hause genügend Beschäftigung finden[10].

Dies leuchtete ihm ein, und er bemerkte, er habe nur mit seinen Ausführungen den Widerstand andeuten wollen, dem er mit Bezug auf die Bagdadbahn begegne. Er persönlich wünsche, daß wir zu einer Verständigung gelangten.

Er berührte nun die Gespräche zwischen Seiner Majestät dem Kaiser, Sir Edward Grey und Haldane und das vorläufig skizzierte Programm der hiesigen Regierung: Verhandlungen à quatre und Konferenz in Berlin.

Ich führte darauf als meine persönliche Auffassung folgendes aus: Ich sei entschieden gegen eine gemeinsame Verhandlung zu Vieren über die in Betracht kommenden politischen Fragen, und zwar deshalb, weil ich nicht wünschte, daß wir eventuell Einer gegen Drei stünden, und daß über die wohlerworbenen Rechte des deutschen Unternehmens von drei anderen Mächten verhandelt werde[11]. Ganz besonders aber auch deshalb nicht, weil die Interessen der drei anderen keineswegs identisch, im Gegenteil geographisch und inhaltlich ganz verschieden seien und daher auch getrennt behandelt werden müßten[12]. Rußland habe nur Landinteressen im Norden der Bagdadbahn, Englands Interessen dagegen lägen hauptsächlich in der Richtung des Persischen Golfs, woran Rußland geringen Anteil nehme. Frankreich habe aber überhaupt kein legitimes Interesse im östlichen Kleinasien[13], Mesopotamien, dem Persischen Golf oder der russischen Einflußsphäre, soweit die Bagdadbahn in Betracht käme. Es würde daher willkürlich und unbegründet sein, Frankreich in diese Fragen hereinzuziehen und ihm ein Votum über sie zu gewähren. Frankreichs Interessen lägen auf der Mittelmeerseite. Es habe dort eine kleine, sich schlecht rentierende Bahn. Wenn es für diese Vorteile wünsche, so müsse es genügende Gegenkonzessionen bieten. Also: Verhandlungen unsererseits über die allgemeinen Gesichtspunkte einzeln[14] mit jeder der drei Mächte. Aber nicht gemeinsame Verhandlungen mit allen zu gleicher Zeit über Fragen, die nichts Gemeinsames hätten[15]. — Ich bin mir wohl bewußt, daß die politische Seite der Bagdadbahnfrage von der wirtschaftlichen nicht scharf zu trennen ist, ich wünschte aber, Mr. Morley mit meinen Ausführungen an den Gedanken zu gewöhnen, daß wir uns nicht von den drei anderen majorisieren lassen wollen[16].

Er bemerkte, es sei für England schwierig, ohne Frankreich in dieser Frage vorzugehen, zudem besäße es in Maskat[17] Interessen, die nicht umgangen werden dürften. Ich erwiderte, Maskat liege nicht am Persischen Golfe, es habe mit der Bagdadbahn nicht das geringste zu tun[18], ganz Arabien liege dazwischen. Frankreich habe aber überhaupt keine Bedenken gegen die Bagdadbahn, es würde sich vielmehr längst und gern mit Kapital an ihr beteiligt haben, wenn es nicht von England zurückgehalten worden wäre[19]. Stimme England zu, so werde Frankreich folgen. Ich wünschte die Franzosen keineswegs auszuschließen, sondern sie nur von den Fragen fern zu halten, an denen sie nicht beteiligt seien. Zudem würde gewiß nichts ohne ihr Wissen vereinbart werden, da England sie wohl jedenfalls auf dem laufenden halten werde.

Es reduziere sich die politische Seite der Frage eigentlich darauf, daß die drei Mächte sich entschlössen, ohne Mißtrauen und ohne Hintergedanken und mit redlichem Willen an die Lösung der Aufgabe heranzutreten. Dann sei der Boden geebnet für eine nützliche Konferenz von

Sachverständigen zu Vieren in Berlin, die Tarif- und Transitfragen, Anschlußbahnen und Kapitalsbeteiligung beraten könnten[19].

Mr. Morley ließ sich meine Ausführungen über das englische Programm wiederholen und bemerkte, er werde als englischen Delegierten für die Konferenz in Berlin Sir James Mackay, Mitglied des Rats für Indien und Vorsitzenden der British India Steam Navigation Company, bestimmen.

Ich halte diese Wahl nicht für günstig, habe aber vorläufig nichts dagegen gesagt, um den Minister nicht kopfscheu zu machen. Die englische Schiffahrtsgesellschaft im Persischen Golf wittert in der Bagdadbahn einen gefährlichen Konkurrenten, und es ist nicht anzunehmen, daß ihr Vertreter auf der Konferenz eine entgegenkommende Haltung einnimmt. Mr. Morley erwähnte auch noch die Anstrengungen der Hamburg-Amerika-Linie, im Persischen Golf festen Fuß zu fassen. Nach seinen aus englischen Schiffskreisen herrührenden Nachrichten setze die Linie für jede Fahrt £ 600 zu, so daß seine Leute die Frage aufgeworfen hätten, ob dieses unlukrative Geschäft rein kommerziellen Zwecken diene und nicht etwa der Anbahnung von politischem Einfluß. Ich erwiderte, daß mir der Direktor der Linie gut bekannt sei und er mir bei einer Begegnung in Berlin vor zwei Monaten auf meine Erkundigung hin gesagt habe, die Fahrten nach dem Persischen Golf rentierten sich schon ganz gut. Ich bemerkte dem Minister ferner, daß unsere Handelsinteressen in Persien und im Golf noch recht gering seien. Wir hofften aber, daß sie wüchsen, mit oder ohne Bagdadbahn. Deshalb hätten wir auch eine Handelsbank in Teheran gegründet trotz des englischen Widerstandes. Seien unsere Handelsleute und Reeder nicht geschickt und rührig genug, um den deutschen Handel dort zu entfalten, so würde die deutsche Flagge von selbst wieder verschwinden[19]. Verständen sie es aber, sich dort zu behaupten und ihren Handel auszudehnen, so betrachteten wir dies als ein erfreuliches Zeichen des Unternehmungsgeistes der deutschen Handelswelt, woran niemand gerechterweise etwas aussetzen könne. Die englische Handelswelt könne dort ebenso vorgehen. Verstehe sie dies nicht: tant pis pour eux[20]. Die Offene Tür für alle.

Der Minister gab dies zu. Ich habe den Eindruck, daß ich manche seiner Bedenken zerstreut habe. Im Grunde ist alles nur die Furcht für Indien und die Besorgnis, die Abgeschlossenheit dieses Kronlandes von der Landseite durch Eisenbahnen zu gefährden. In dieser Beziehung sagte ich ihm auch noch, daß Indien durch die russischen Eisenbahnen von Norden her, die schon bis Herat vorgeschoben seien, doch gewiß mehr aus seiner Absonderung heraustrete als durch die Bagdadbahn, die nur bis in die Nähe des Persischen Golfes gehe.

Mit Mr. Haldane habe ich mit Bezug auf das englische Programm (Note of a private conversation between Sir Edward Grey and Mr. Haldane 14. XI. 07*) ähnlich gesprochen wie mit Mr. Morley. Sir Edward Grey habe ich noch nicht gesehen.

* Siehe Nr. 8668.

Um die nach meiner Ansicht sehr bedenklichen[21] politischen gemeinsamen Vorverhandlungen zu Vieren zu umgehen, scheint es mir wichtig, daß wir möglichst bald mit Rußland weiter verhandeln und uns, wenn es geht, verständigen[22], so daß wir Rußland nicht stets auf der englisch-französischen Seite gegen uns finden. Um aber die Sache nicht einschlafen zu lassen, und da die hiesige Regierung gemäß der oben angeführten note of a private conversation unsere Initiative erwartet, so halte ich es für nützlich, wenn ich in den nächsten Tagen nach London fahre, etwa am 25. oder 26. dieses Monats, nachdem dieser Bericht in Euerer Durchlaucht Hände gelangt sein wird, um mit Sir Edward Grey die Angelegenheit im Sinne des Auswegs zu besprechen, den Euere Durchlaucht in dem an den Herrn Staatssekretär nach Windsor gerichteten Telegramm Nr. 8 vom 14. d. Mts.* angeben: nicht weiter als Bassorah ohne englische Zustimmung, wirtschaftlich und nicht politisch, englische Finanzbeteiligung unter Wahrung des deutschen Charakters. Wir müssen hier Zeit zu gewinnen trachten in der Hoffnung auf eine separate Verständigung mit Rußland. Wenn es dazu nicht kommt, müssen wir den diplomatischen Kampf mit allen Dreien aufnehmen; denn daß diese in gemeinsamen Verhandlungen uns gutwillig geben, was wir wünschen, bezweifle ich vorläufig noch. In den Verhandlungen à quatre, wenn wir uns nicht vorher mit Rußland verständigt haben, wird der bisher latente Gegensatz der Drei zur Bagdadbahn ein offener werden. Voilà tout. Herr Poklewsky** erzählt bereits in London von der Viererkonferenz in Berlin zur Regelung der Bagdadbahnfrage.

P. Metternich

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 21/XI 07 W.

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Das hat noch niemals eine Eisenbahn zuwege gebracht!
[2] Blech! das gerade Gegentheil ist der Fall!
[3] im Gegentheil! Es werden neue Dampferlinien sich entwickeln mit schwunghaftem Handel
[4] richtig
[5] ja
[6] gut
[7] ja
[8] ! Donnerwetter! Heiliger Alexander d[er] Gr[oße]! Nicht die Knochen eines Pommerschen Grenadiers werth!
[9] sehr gut!
[10] yes sir!
[11] richtig
[12] ja
[13] richtig
außerdem ist die Bahn schon an der französischen Sphäre vorbeigebaut!
[14] richtig

---

* Siehe Nr. 8667.

** Erster Sekretär der russischen Botschaft in London.

[15] gut
[16] richtig
[17] ! Morley seine Geographie hat Lücken! Er soll mal Daniels Leitfaden sich kommen lassen!
[18] gut
[19] ja
[20] gut
[21] richtig
[22] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Nr. 8671

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in London Grafen von Metternich, z. Z. in Highcliffe

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 66

Berlin, den 23. November 1907

Mit Bezug auf Bericht Nr. 1 vom 19. d. Mts.*

Mit Euerer Exzellenz halte ich Vorverhandlungen zu Vieren über die Bagdadbahn für sehr bedenklich. Bitte daher, bei Ihren Besprechungen mit Sir Edward Grey nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß dieser Gedanke englischerseits fallen gelassen wird.

Ob wir alsbald zu einer Verständigung mit St. Petersburg gelangen werden, ist zweifelhaft, da vorläufig die russischen Forderungen hinsichtlich Verzichtleistung Deutschlands auf wirtschaftliche Betätigung in dem an sich für unseren Handel und unsere Industrie aussichtsreichen Nordpersien sehr weitgehend sind und uns durch keinerlei nennenswerte russische Gegenkonzessionen annehmbar gemacht werden. Es wäre daher sehr erwünscht, wenn es Euerer Exzellenz gelänge, Sir Edward Grey zu dem skizzierten Abkommen mit uns zu bewegen. Selbstverständlich legen wir keinen Wert darauf, in diesem Abkommen die fremde Finanzbeteiligung ausdrücklich auf England zu beschränken. Wir sind vielmehr bereit, auch Frankreich und Rußland zur Beteiligung zuzulassen. Sir Edward Grey könnte daher in diesem Punkte unbedenklich als Anwalt beider Mächte auftreten.

v. Schoen

---

* Siehe Nr. 8670.

Nr. 8672

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 928 London, den 21. November 1907

Ganz vertraulich höre ich, daß im Foreign Office lebhafte Meinungsverschiedenheiten über den bezüglich der Bagdadbahn vorzuschlagenden modus procedendi bestanden haben. Die Partei, welche für vertrauliche Vorbesprechungen der Frage mit uns allein eintrat, unterlag gegen die Partei, welche Einbeziehung Frankreichs und Rußlands für erforderlich hielt, um Mißtrauen zu vermeiden. Das Seiner Majestät dem Kaiser übergebene Memorandum* ist zur Kenntnis der russischen und französischen Regierung gebracht worden.

Stumm

Nr. 8673

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 936 London, den 26. November 1907

Bei meiner heutigen Besprechung mit Sir Edward Grey gab derselbe seiner Genugtuung Ausdruck über den günstigen Verlauf und den ausgezeichneten Eindruck des kaiserlichen Besuches in England, wovon er sich eine gute Wirkung auch für die Zukunft verspricht.

Sodann kam er auf die Unterredung Seiner Majestät des Kaisers mit ihm und dann auch mit Mr. Haldane und das daraufhin entworfene Promemoria*, betreffend die Bagdadbahn, zu sprechen, welches den Standpunkt der englischen Regierung kennzeichne.

Er führte aus, daß die konservative Regierung unter Mr. Balfour, nachdem die Verhandlungen mit unsern Finanziers infolge vorzeitigen Bekanntwerdens gescheitert seien, einen prinzipiell ablehnenden Standpunkt gegen die Bagdadbahn eingenommen hätte. Hiervon sei die liberale Regierung bald nach Übernahme der Geschäfte zurückgekommen. Sie habe aber der französischen und russischen Regierung schon damals versprochen, sich nur mit Vorwissen dieser beiden Regierungen mit uns zu verständigen, falls überhaupt eine Verständigung möglich sei; daher habe er auch das zwischen ihm und Herrn Haldane entworfene Promemoria dem hiesigen französischen und russischen Botschafter als geheim

* Siehe Nr. 8668.

mitgeteilt. Die Verhandlungen seien geheim zu halten, da sonst die Presse wieder unliebsam eingreifen könne.

Über die Scheidung der Vorverhandlungen und der Konferenz zu Vieren hat sich der Minister kein klares Bild gemacht. Es schwebt ihm aber folgender Plan vor. Er erwartet, daß wir uns nun an die französische und russische Regierung wenden, um deren Wünsche mit Bezug auf die Bagdadbahn zu hören. Wenn das auf diese Weise eruierte Material ein nach unserer Ansicht diskutierbares Programm enthält, so würde die Viererkonferenz in Berlin zusammenzutreten haben[1], um es zu beraten.

Ich suchte den Minister zu bewegen, den englischen Standpunkt näher zu kennzeichnen. Hierauf wollte oder konnte er sich aber nicht einlassen. Er erwartet vielmehr nun zunächst, daß wir uns mit den beiden anderen Regierungen in Verbindung setzen[2].

Die russischen Forderungen sind ihm anscheinend nicht bekannt. Jedoch bemerkte er, daß seit dem letzten russisch-englischen Abkommen über Asien* der englische Widerstand gegen russische Eisenbahnbauten in Persien fallen gelassen worden sei. Auch die französischen Wünsche mit Bezug auf die Smyrnabahn sind ihm nicht genauer bekannt.

Falls die Verhandlungen fortschreiten sollen, bleibt uns nichts anderes übrig, als mit Petersburg weiter zu verhandeln und in Paris die Frage anzuschneiden.

Unsere Verhandlungen mit Rußland sind mir nicht näher bekannt. Es scheint mir aber, daß, falls wir in Persien Zukunftsverzichte leisten und russische Anschlußbahnen gewähren sollen, Rußland auf seinen Vertrag mit der Türkei verzichten muß, wonach uns der Bahnbau im nördlichen Kleinasien versagt ist.

Die französischen Smyrnabahnwünsche sind mir gänzlich unbekannt[3]. Die französische Regierung wird aber wohl ihr Verhalten von demjenigen Englands und Rußlands abhängig machen und dem französischen Kapital freien Lauf nach der Bagdadbahn lassen, wenn der englische und russische Widerstand aufhört.

Wir befinden uns in einer Art von circulus vitiosus, wo der eine auf den anderen hinweist und sagt: Ich tue nur mit, wenn Du dabei bist.

Ich hoffe immer noch, daß sich am ersten noch etwas in Petersburg erreichen läßt. Rußland ist augenblicklich nicht in der Lage, uns allzu unangenehm sein zu dürfen. Wir können auch, falls die russische Regierung starr bleibt und lediglich Konzessionen verlangt, ohne welche anzubieten, den Spieß umkehren und damit drohen, daß, wenn sie die Verständigung abweist, sie auch den kommerziellen Kampf in Persien haben kann[4], und daß wir unbekümmert um russische Interessen die unsrigen mit aller Macht verfolgen und im besonderen jeglichen russischen Anschluß an die Bagdadbahn ablehnen werden.

Sir Edward Grey gab wiederum zu, daß die Bahn den deutschen

---

* Vgl. darüber Kap. CLXXXIII.

Charakter bewahren solle, falls die Verhandlungen der Sachverständigen dazu führten, ihr den Charakter einer kommerziellen oder strategischen Gefahr für die übrigen beteiligten Mächte zu benehmen.

Ich bitte, mich auf dem laufenden halten zu wollen über etwaige Verhandlungen mit Frankreich und Rußland. Ich werde in der Zwischenzeit die Frage akademisch mit den hiesigen Ministern weiter besprechen.

Meine heutigen Ausführungen Sir Edward Grey gegenüber darf ich übergehen, da sie sich auf alte Argumente und Gesichtspunkte stützten.

P. Metternich

Randbemerkungen von Schoens:

[1] Also die Experten

[2] Ich habe Sir E. Grey in meiner Unterredung deutlich gesagt, daß Rußland die Initiative zu Verhandlungen mit uns ergriffen hat. Sie seien noch nicht recht vorwärts gekommen. Solange dies der Fall, könnten wir an die anderen Mächte nicht herantreten

[3] auch uns!

[4] das weiß Rußland

Randvermerk Zimmermanns:

Der Bericht ist mit dem Kaiserlichen Botschafter Freiherrn von Marschall besprochen worden. Freiherr von Marschall stimmt dem diesseitigen Standpunkte zu, daß eine Verhandlung à quatre für uns ausgeschlossen sei, daß wir auch in St. Petersburg nicht auf eine Antwort zu unserer Äußerung drängen dürfen, sondern lediglich auf Bewilligung der Taurusstrecke in Konstantinopel hinzuarbeiten haben. Er wird dieses Ziel im Auge behalten. Z.

Nr. 8674

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1473 Berlin, den 7. Dezember 1907

Die Bagdadbahnfrage ist hier in den letzten Tagen mit dem Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel mündlich erörtert worden. Freiherr von Marschall hat sich dabei völlig der Ansicht angeschlossen, daß eine Verhandlung über die Frage à quatre aus den bereits von Euerer Exzellenz entwickelten Gesichtspunkten für uns unmöglich ist. Diese eigenartige englische Zumutung wird daher mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müssen, wobei wir nach Lage der Verhältnisse auch eventuell einen ausdrücklichen Hinweis darauf nicht zu scheuen brauchen, daß es von einer wenig freundschaftlichen Gesinnung für Deutschland zeugt, wenn Sir Edward Grey sich in dieser Angelegenheit immer wieder als Anwalt Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland geriert.

Die Sache selbst anlangend, so liegt an sich zu Verhandlungen mit anderen Mächten über die Bagdadbahn zurzeit überhaupt keinerlei Veranlassung für uns vor. Bei dem Bahnunternehmen, das jetzt in Frage steht, handelt es sich bekanntlich keineswegs um eine Bahn nach Bagdad, sondern lediglich um Herstellung der Taurusstrecke und einer Verbindung mit Aleppo. Man wird daher vorläufig mit viel größerem Recht von einer Tauruslinie als von der Bagdadbahn sprechen. Bei der Taurusbahn kann von irgend welchen entgegenstehenden Rechten oder Interessen anderer Mächte wohl nicht die Rede sein, da das Unternehmen sich auf eine Gegend bezieht, die mehr als tausend Kilometer von Bagdad entfernt ist, und in der auch andere Mächte, insbesondere England und Frankreich, die ihnen türkischerseits konzessionierten Eisenbahnbauten unbekümmert um dritte Mächte ausführen konnten. Ich erinnere in dieser Hinsicht an die französische Hama-Aleppo-Bahn und an die englische Smyrna-Aidin-Linie, die neuerdings bis in das eigentliche Gebiet der Anatolischen Eisenbahnen verlängert wurde. England und Frankreich werden aber füglich das Recht, das sie hier für sich in Anspruch genommen haben, auch uns nicht bestreiten können und daher dem eventuellen Bau der Taurusbahn mit derselben Loyalität begegnen müssen, die wir ihren Bahnbauten in Kleinasien und Nordsyrien gegenüber beobachtet haben.

Handelt es sich hiernach zurzeit nicht um die Bagdadbahn, sondern lediglich um die Tauruslinie, so fragt es sich weiter, ob Deutschland zu dem Bau der Tauruslinie fremden Kapitals überhaupt bedarf. Diese Frage muß verneint werden. Die Deutsche Bank ist vielmehr, sobald die Türkei die vertragsmäßig vorgesehenen Bauunterlagen erteilt, in der Lage, das erforderliche Baukapital in Deutschland flüssig zu machen. Hieraus erhellt, daß für uns zurzeit nicht die geringste Veranlassung vorliegt, uns wegen des Bahnbaus hülfesuchend an andere Mächte zu wenden. Wir müssen daher auch die weitere Zumutung Sir Edward Greys, nunmehr unsererseits Vorschläge bei den Mächten in der Bahnfrage zu machen, entschieden zurückweisen.

Wenn wir trotz des vorliegenden Sachverhalts nach wie vor bereit sind, uns mit England schon jetzt über die Bagdadbahnfrage zu verständigen, so geschieht dies lediglich in dem Wunsche, der englischen Regierung unsere volle Loyalität in dieser Sache zu bezeugen und mögliche Reibungsflächen mit England aus der Welt zu schaffen. Wir werden indes zu weitergehenden Zugeständnissen als den bereits an anderer Stelle skizzierten nicht in der Lage sein. Hierbei gehen wir von der Tatsache aus, daß es sich bei der Bagdadbahn um eine Konzession nicht an die Kaiserliche Regierung, sondern an die Deutsche Bank handelt, und daß wir nicht das Recht haben, die Bearbeitung dieser rein wirtschaftlichen Angelegenheit der Deutschen Bank abzunehmen. Unsere Tätigkeit in dieser Sache muß sich naturgemäß lediglich darauf beschränken, der Deutschen Bank das wohlerworbene Recht wahren zu helfen. Wir würden daher, nachdem wir der englischen Regierung durch das von uns

vorgeschlagene Abkommen unsere Loyalität in Behandlung der Frage zu erkennen gegeben haben, nach Abschluß eines derartigen Abkommens die weiteren Detailverhandlungen hinsichtlich Finanzierung des Unternehmens der Deutschen Bank überlassen müssen.

Euere Exzellenz bitte ich, die vorstehenden Gesichtspunkte bei etwaigen weiteren Besprechungen der Bagdadbahnfrage, namentlich auch gelegentlich des bevorstehenden Besuchs Seiner Majestät in London den Engländern gegenüber verwerten zu wollen. Vertraulich und nur zu Ihrer persönlichen Orientierung bemerke ich noch, daß Aussichten auf eine befriedigende Verständigung mit Rußland über die Bagdadbahn und Persien vorläufig nicht vorhanden sind. Herr Iswolsky wird bei etwaiger Wiederaufnahme der diesbezüglichen Verhandlungen wohl zweifellos in vollstem Einvernehmen mit Sir Edward Grey vorgehen und uns daher ähnliche unannehmbare Bedingungen stellen, wie sie bisher englischerseits verlautbart worden sind. Wir beabsichtigen daher, nunmehr nachdrücklich den Bau der Taurusstrecke in Konstantinopel zu betreiben.*

v. Schoen

---

* Der Gedanke einer Verhandlung zu Vieren war damit vorerst begraben. Vgl. Freiherr von Schoen, Erlebtes, S. 58. Wenn Viscount Haldane, Before the war, p. 51 f., die Schuld dafür auf Deutschland schiebt, so frägt sich doch, ob die englische Bevorwortung, nur zu Vieren verhandeln zu wollen, wobei Deutschland sich in der Minderheit befunden haben würde, nicht von vornherein bezweckte, den Eintritt in Verhandlungen zu verhindern. Wenig überzeugend klingt auch, wie Haldane sein Bedauern über das Scheitern der Verhandlungen begründet: „It was, I think, a great pity, because I have reason to believe that the French view was that, if the Bagdad Railway question could have been settled, one great obstacle in the way of reconciling German with French and English interests would have disappeared." Selbst wenn das wirklich die französische Anschauung gewesen wäre, was angesichts der bisherigen Haltung der französischen Regierung in der Bagdadbahnfrage nicht eben wahrscheinlich ist, so handelte es sich doch im November 1907 um deutsche Anerbietungen an England, nicht an Frankreich, und es fragte sich also, was Englands, nicht was Frankreichs Absicht war. Daß Rußland sich nicht etwa auf den englischen Gedanken einer Verhandlung zu Vieren versteift hat, lehrt Iswolskys Brief an Graf Benckendorff vom 19. Dezember 1907 (mitgeteilt bei v. Siebert, a. a. O., S. 319f.). Das Fazit bleibt somit, daß England, obwohl das deutsche Anerbieten, ihm das „Ausgangstor" der Bagdadbahn einzuräumen oder doch darüber mit sich reden zu lassen, den einzigen stichhaltigen Grund für die bisherige Zurückhaltung hinwegräumte, nicht etwa mit beiden Händen zugriff, sondern eine Vorbedingung, nämlich die der Verhandlung zu Vieren, stellte, von der es sich sagen mußte, daß Deutschland nur schwer darauf eingehen könne. Vgl. auch die rückschauende Auseinandersetzung, die Graf Metternich Ende Juni 1908 mit Sir Ch. Hardinge über die vergeblichen Erörterungen vom Herbst 1907 hatte. Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8212.

Nr. 8675

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 58
Geheim

Konstantinopel, den 22. Februar 1908

Der Sultan ließ mir gestern unter Betonung, daß es sich um eine ganz geheime Sache handele, durch Tahsin Pascha sagen, er halte es für nötig, alsbald den Weiterbau der Bagdadbahn zu beginnen. Das sei das einzige Mittel, um den fortdauernden englisch-russischen Intrigen ein Ende zu machen. Der Sultan wünscht mich in den nächsten Tagen über die Angelegenheit zu sprechen.

Die Sache liegt so, daß, sobald die Pforte die nötigen Garantien bietet, die Bahngesellschaft weiter bauen muß. Diese Garantien sind in den excédents des revenus concédés vorhanden. Die Frage, für wieviel Kilometer sie ausreichen, ist ein Detail, über welches die Pforte und die Bahngesellschaft sich verständigen müssen. Heute liegt die wiederholte mündliche Zusage des Sultans vor, daß diese excédents für die Bagdadbahn bzw. die Aleppobahn reserviert werden sollen. Diese Zusage ist trotz der türkischen Geldklemme und der dadurch geschaffenen Versuchungen, über die fraglichen Überschüsse zum Zwecke der Geldbeschaffung zu verfügen, bis zur Stunde gehalten worden. Offenbar erblickt nun der Sultan in der von der russischen Presse verteidigten Transversalbahn Donau-Adria, an welcher Rußland an sich keinerlei Interesse hat, nicht nur einen Vorstoß gegen die Sandschakbahn*, sondern auch einen Schachzug gegen den Weiterbau der ihm schon wegen der Verbindung mit der Hedjasbahn dringend am Herzen liegenden Aleppobahn. In der Tat konnte in dem Augenblick, wo über die Transversalbahn hier verhandelt wird, auch die Frage der Garantien für dieses außerordentlich kostspielige Unternehmen aufgeworfen sein. Und es würde dann dem Sultan viel leichter werden, die einzigen für Eisenbahngarantien noch freien Staatsmittel, nämlich jene excédents des revenus concédés gegen serbisch-russische Angriffe zu verteidigen, wenn dieselben schon vorher in bindender Weise für die Aleppobahn festgelegt sind.

Nach derselben Richtung laufen auch unsere Interessen. Sind die Verhandlungen über die Transversalbahn erst hier ernstlich im Gang, so werden wir eventuell vor die unerwünschte Alternative gestellt, entweder uns in einen direkten Gegensatz gegen russische Wünsche zu stellen oder auf jene Staatsmittel und damit auf den Weiterbau der Bagdadbahn überhaupt zu verzichten.

---

* Vgl. dazu Kap. CLXXXVII.

Unter diesen Umständen möchte ich dem Sultan raten, die Pforte anzuweisen, daß sie alsbald mit der Bahngesellschaft in Verhandlungen über den Weiterbau trete. Diese Verhandlungen würden natürlich eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Aber ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß wir alsbald die Umwandlung der erwähnten mündlichen Zusage in eine schriftliche erreichen. Aber selbst wenn dies nicht sofort erreichbar wäre, so würde die bereits vor langer Zeit gegebene mündliche Zusage in Verbindung mit der Tatsache, daß auf Grund derselben bereits Verhandlungen mit der Bahngesellschaft im Gange sind, dem Sultan eine Waffe in die Hand geben, um etwaige Angriffe auf die excédents des anciens revenus abzuschlagen.

Von russischer Seite könnte man gerechterweise keinen Vorwurf gegen uns erheben, wenn die Bahngesellschaft lediglich das tut, wozu sie nach den Bahnkonzessionen verpflichtet ist.

Marschall

Nr. 8676

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 27 Berlin, den 24. Februar 1908

Auf Telegramme Nr. 58* und 62**.

Dem Gedanken, daß wir Österreich-Ungarn zur Aufnahme der Sandschakbahnfrage angestiftet haben, um gleichzeitig unsere eigenen Interessen namentlich hinsichtlich Bagdadbahn desto nachdrücklicher zu verfolgen, würde durch Aufnahme der Verhandlungen über Bagdadbahn zweifellos neue Nahrung gegeben werden. Wir würden uns mit dieser Tatsache abfinden können, wenn es uns dafür gelänge, unsere Bahnverhandlungen alsbald zum befriedigenden Abschluß zu bringen. Es fragt sich, ob der Sultan letzteres ernstlich wünscht, oder ob er Bagdadbahnfrage nicht etwa nur deshalb jetzt anschneiden will, um sie in bemerkbaren Zusammenhang mit Justizreform*** zu bringen, den oben angedeuteten Insinuationen neuen Stoff zu geben und dadurch die Verstimmung im Konzert der Mächte noch zu erhöhen.

Mit Euerer Exzellenz halte ich daher die Aufnahme der Angelegenheit im gegenwärtigen Augenblick nur dann für ratsam, falls der Sultan

---

* Siehe Nr. 8675.

** In Telegramm Nr. 62 vom 23. Februar 1908 hatte Freiherr von Marschall nochmals betont, daß kein Grund vorliege, falls der Sultan ernstliche Verhandlungen über den Weiterbau der Bagdadbahn wünsche, nach irgendeiner Seite Rücksichten zu nehmen.

*** Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

ernstlich Verhandlungen über den Weiterbau der Bagdadbahn wünscht. Vielleicht läßt sich der Sultan davon überzeugen, daß zunächst auch in seinem Interesse schleunige Umwandlung der mündlichen Zusage hinsichtlich Reservierung der excédents des revenus concédés in eine schriftliche, etwa durch geheimes Iradee, geboten ist.

v. Schoen

Nr. 8677

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67
Vertraulich

Pera, den 28. Februar 1908

Der Sultan sagte mir, er habe mich zum Selamlik bitten lassen, um mit mir über den Weiterbau der Bagdadbahn zu sprechen. Derselbe liege ihm sehr am Herzen, denn mit der Herstellung der Linie Bulgurlu-Aleppo werde die Verbindung mit der Hedjasbahn geschaffen, und er halte an der Hoffnung fest, daß ihm noch beschieden sein werde, auf dieser Linie sich selbst nach den heiligen Stätten zu begeben. Auf seine Frage um meine Ansicht habe ich erwidert, der Weiterbau hänge von der Stellung von Garantien ab. In den excédents des revenus concédés ständen die nötigen Staatsfonds zur Verfügung. Dieselben seien jetzt bereits faktisch für die Bagdadbahn reserviert, aber es erscheine mir wünschenswert, dies in formell unanfechtbarer Weise festzulegen. Sobald dies geschehen, hängt es von den allerhöchsten Entschließungen ab, wann über die Details des Weiterbaus in Verbindung getreten werden solle. Soviel mir bekannt, würden die erwähnten excédents für die Linie Bulgurlu-Aleppo genügend sein. Dieselben vergrößerten sich alljährlich, und effektive Zahlungen würden erst nach Vollendung der fraglichen Linien bzw. nach der Inbetriebsetzung zu erfolgen haben. Der Sultan erklärte sich damit vollkommen einverstanden. Auf seine Frage, ob es nicht rätlich erscheine, gleichzeitig von Bagdad aus nach Norden zu bauen, um den englisch-russischen Intrigen ein Ende zu machen, habe ich erwidert, es scheine mir nötig, den Weiterbau lediglich nach praktischen, nicht nach politischen Gesichtspunkten in die Wege zu leiten. Darum solle man zunächst die schwierigsten und kostspieligsten Strecken, nämlich bis Aleppo, bauen und dann erst die billigen und leichten Strecken. Fange man von beiden Seiten an, so liege die Gefahr vor, daß man infolge mangelnder Geldmittel wieder neuen cul de sac schaffe und der Wunsch des Sultans, die Verbindung der Hauptstadt mit der Hedjasbahn herzustellen, vereitelt werde. Auch damit erklärte sich der Sultan einverstanden.

Ich habe mit Erfolg dahin gestrebt, der Unterhaltung einen akademischen Charakter zu geben, und deshalb vorläufig nur die formelle Festlegung der „excédents des anciens revenus“ für die Bagdadbahn als geboten bezeichnet. Das wäre kein fait nouveau, denn in der hiesigen politischen und finanziellen Welt ist es längst bekannt, daß die Türken diese Überschüsse für die Bagdadbahn reserviert haben.

Marschall

Nr. 8678

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 131 Konstantinopel, den 18. Mai 1908

Gestriger Ministerrat hat Fortsetzung der Bagdadbahn um 840 Kilometer bis Aleppo und Helif beschlossen. Excédents des revenus concédés werden generaliter für Weiterbau der Bagdadbahn verpfändet. Als Pfand für die Anleihe von insgesamt 227 Millionen frcs. für die 840 Kilometer dienen an erster Stelle die excédents, an zweiter Stelle die Aghnams der Wilajets Konia, Adana und Aleppo. Die Betriebsgarantie wird, soweit sie nicht durch die Bruttoeinnahme Deckung findet, durch die gleichen Pfänder — excédents und Aghnams der drei Wilajets — gesichert. Da Ertrag der Aghnams der drei Wilajets über 200000 türkische Pfund beträgt, ist die Gesellschaft ausreichend gesichert, zumal da bis zu dem Zeitpunkt, in welchem der Anleihedienst für die gesamte Strecke von 840 Kilometern von der türkischen Regierung zu decken sein wird, die excédents aller Voraussicht nach für den Anleihedienst allein ausreichen werden.

Bitte, vorstehendes der Deutschen Bank mitzuteilen. Da der Sultan in der Frage das treibende Element gewesen ist, wird, wie mir der Großwesir sagt, das Iradee heute oder spätestens morgen erwartet. Die Redaktion der bezüglichen Konvention ist mit den Beamten des Bautenministers bereits vereinbart.

Marschall

Nr. 8679

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 138 Therapia, den 22. Mai 1908

Der Sultan teilte mir in meiner heutigen Audienz mit, daß er das Masbata des Ministerrats bezüglich der Fortsetzung der Bagdadbahn bis Helif — letzterer Ort ist südlich von Mardin, 840 km von der bisherigen

Endstation Bulgurlu gelegen — sanktioniert habe. Er bat mich dies Seiner Majestät dem Kaiser zu berichten.

Ich erwiderte darauf, daß die Nachricht Seine Majestät mit lebhafter Freude erfüllen werde, da allerhöchstdieselbe mit größtem Interesse der Entstehung des großartigen Werkes gefolgt sei, welches der eigenen Initiative des Sultans entsprungen sei und der Türkei sowie seiner Bevölkerung reichen Nutzen verspreche. Der Sultan bemerkte darauf, diese Gesinnung Seiner Majestät beglücke ihn und finde bei ihm volle Gegenseitigkeit. Dies möge ich meinem gnädigsten Herrn mit den herzlichen Grüßen melden.

Marschall

Nr. 8680

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 161 Therapia, den 2. Juni 1908

Die Konvention, welche den Weiterbau der Bagdadbahn bis zu dem 840 Kilometer von der bisherigen Endstation Bulgurlu entfernten Helif bewilligt, sowie der Finanzvertrag sind heute abend zwischen dem Bautenminister, dem Finanzminister und den Herren Huguenin und Helfferich unterzeichnet worden. Die Dette publique wird morgen früh ihre Zustimmung zum Finanzvertrag erteilen und der Präsident Berger denselben zeichnen.

Da die nunmehr definitiv bewilligte Strecke den technisch schwierigsten und teuersten Teil der Bahn enthält, nämlich die Übergänge über Taurus und Amanus sowie die große Brücke über den Euphrat, so kann nunmehr auch die spätere Fortsetzung bis Bagdad als gesichert angesehen werden. Die Strecke Helif-Mosul — 225 Kilometer — und von da nach Bagdad — zirka 400 Kilometer — bietet technisch keinerlei Schwierigkeiten mehr. Die jüngsten Verhandlungen sind in den Einzelheiten überaus schwierig gewesen. Daß die Sache zustande kam, ist wesentlich ein Verdienst des Großwesirs Ferid Pascha und des Bautenministers Zihni Pascha[1*].

Marschall

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Dekorierung!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Bin sehr erfreut! Marschall meinen Dank! Ebenso S[einer] M[ajestät] d[em] Sultan ein Danktelegramm

* Vgl. auch Karl Helfferich, Der Weltkrieg I, S. 133 f.; derselbe, Georg von Siemens III, S. 142.

R12De